G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Helmut Ridder
Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE

Dorothee Sölle
Die Peinlichkeit der Befreiung

Lorenz Knorr
NATO-Gipfel und NATO-Krise
Zur gegenwärtigen Situation und Politik des Nordatlantikpaktes

Jürgen Kuczynski
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht

Herbert Schui
Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus?
Ideologie und Technik eines Konzeptes

Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn
Kriegsdienstverweigerung ohne Prüfungsverfahren?

Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien Portugals (Wortlaut)

6'75

Juni 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1975

CHRONIK DES MONATS MAI 1975 597

KOMMENTARE UND BERICHTE

Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE
Ein Diskussionsbeitrag . . . . . *Helmut Ridder* 600
Zur Lage in Angola und Moçambique . . . . . *Jürgen Ostrowsky* 603
Die Peinlichkeit der Befreiung. Zum 8. Mai 1975 . . . . . *Dorothee Sölle* 608

HAUPTAUFSÄTZE

NATO-Gipfel und NATO-Krise. Zur gegenwärtigen Situation
und Politik des Nordatlantikpaktes . . . . . *Lorenz Knorr* 612
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 625
Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus?
Ideologie und Technik eines Konzeptes . . . . . *Herbert Schui* 632
Kriegsdienstverweigerung ohne Prüfungsverfahren?
Kritische Anmerkungen zu den Suspendierungsplänen der
SPD/FDP-Koalition und ihrem Verhältnis zur
Wehrstrukturreform . . . . *Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn* 649
Zur Kritik der sozialdemokratischen
Hausgeschichtsschreibung (II) . . . . *Georg Fülberth und Jürgen Harrer* 660
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (IV)
Das Scheitern des Interimskanzlers Erhard . . . . . *Dieter Halfmann* 678

MEDIENKRITIK

Genres und Gebrauchswert
(6: Der Realismus des Fernsehkrimis) . . . . . *Günter Giesenfeld* 689

BÜCHER

Sozialdemokratie und Europa . . . . . *Wolfram Elsner* 690
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 696

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jürgen Goldberg* 698

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué der Tagung des Nordatlantikrates
am 29. und 30. Mai in Brüssel (Wortlaut) 701
Neun-Punkte-Programm des ZK der KPdSU, des Präsidiums des
Obersten Sowjets und der Regierung der Sowjetunion für Frieden,
Abrüstung und Zusammenarbeit vom 9. Mai 1975 702
Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung
der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien in Portugal (Wortlaut) 704
Resolution des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd
vom 24. Mai 1975 zur Praxis der Berufsverbote (Wortlaut) 709
Aufruf hessischer Persönlichkeiten vom Mai 1975 zur
Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte (Wortlaut) 710

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 6/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Mai 1975

1.—6. 5. — Commonwealth. Die Regierungschefs der Staatengemeinschaft halten in Kingston (Jamaika) eine Konferenz ab, die sich vor allem mit Wirtschaftsproblemen befaßt; vertreten sind 33 Staaten. In dem anschließenden Kommuniqué wird u. a. das Ende des Indochina-Krieges begrüßt und „zu Beiträgen für den Wiederaufbau" aufgefordert.

2. 5. — EG/EURATOM. Die Regierungen der Bundesrepublik, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs hinterlegen die Ratifikationsurkunden zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968; damit gehören alle Mitglieder der Europäischen Atomgemeinschaft (mit Ausnahme Frankreichs) dem Vertrag an. Die Hinterlegung erfolgt im Hinblick auf die am 5. Mai 1975 in Genf beginnende „Überprüfungskonferenz", die nur den Vertragsstaaten volles Stimmrecht einräumt.

3. 5. — Zypern. Nach acht Begegnungen werden die seit dem 28. 4. unter Vorsitz von UN-Generalsekretär Waldheim geführten vertraulichen Zypern-Gespräche in Wien vorläufig abgeschlossen. Die beiden Verhandlungspartner, Vizepräsident Denktasch (türkische Volksgruppe) und Parlamentspräsident Klerides (griechische Volksgruppe), einigen sich auf die Bildung eines Experten-Ausschusses, der detaillierte Vorschläge über Stellung und Machtbefugnisse einer künftigen Zentralregierung aus-

arbeiten soll und dabei auch Fachleute aus dem Ausland zur Mitarbeit heranziehen kann.

4. 5. — Nordrhein-Westfalen. Bei den Landtagswahlen (Wahlbeteiligung 86,2 Prozent) kann die sozial-liberale Regierungskoalition die absolute Mehrheit behaupten und ihre parlamentarische Position verbessern; die Christlichen Demokraten verzeichnen leichte Stimmengewinne und stellen weiterhin die stärkste Fraktion im Landesparlament. Es entfallen auf CDU 47,1 (1970: 46,3), SPD 45,1 (46,1), FDP 6,7 (5,5), NPD 0,4 (1,1), DKP 0,5 (0,9) Prozent. Zusammensetzung des Landtages (200 Abgeordnete): CDU 95 (1970: 95; nach dem Übertritt von FDP-Abgeordneten: 98), SPD 91 (94), FDP 14 (11; nach dem Übertritt von Abgeordneten zur CDU: 8) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 14. Juni 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 110).

— Saarland. Die regierende Christlich-Demokratische Union verliert bei den Landtagswahlen (Wahlbeteiligung 88,9 Prozent) trotz leichter Stimmengewinne die bisherige absolute Mehrheit, bleibt aber stärkste Fraktion im Landesparlament; die Freien Demokraten kehren in den Landtag zurück. Es entfallen auf CDU 49,1 (1970: 47,8), SPD 41,8 (40,8), FDP 7,4 (4,4), NPD 0,7 (3,4), DKP 1,0 (2,7) Prozent. Zusammensetzung des Landtages (50 Abgeordnete): CDU 25 (1970: 27), SPD 22 (23), FDP 3 (0) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 14. Juni 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 110).

5. 5. — Naher Osten. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Yasir Arafat, beendet einen Besuch in Moskau. In einem Kommuniqué über die Besprechungen mit Außenminister Gromyko und ZK-Sekretär Ponomarjow heißt es u. a.: „Die beiden Seiten gaben ihrer festen Meinung Ausdruck, daß es keinen Frieden und keine Ruhe im Nahen Osten geben kann, wenn die Palästina-Frage nicht im Interesse des arabischen Volkes von Palästina gelöst wird. Sie unterstrichen die Bedeutung der Teilnahme eines Vertreters des palästinensischen arabischen Volkes, der die gleichen Rechte besitzt wie die anderen interessierten Seiten, an den Bemühungen zu einer Nahost-Regelung, einschließlich einer Genfer Friedenskonferenz über den Nahen Osten." — Vom 12.—15. 5. hält sich der sowjetische Ministerpräsident Kossygin in Libyen auf, wo er mit Präsident Ghadafi und Ministerpräsident Jalloud verhandelt und am 15. 5. mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat zusammentrifft. Es werden mehrere sowjetisch-libysche Abkommen unterzeichnet. Kossygin reist anschließend zu Gesprächen mit Präsident Bourguiba nach Tunesien (15.—17. 5.). — Am 28. 5. verlängert der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Mandat der UN-Friedenstruppe (UNDOF), die auf den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien stationiert ist, um weitere sechs Monate bis zum 30. November 1975.

— Thailand. Nach Verhandlungen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Thailands wird eine Vereinbarung veröffentlicht, die die Reduzierung der in Thailand stationierten US-Truppen von gegenwärtig rund 25 000 auf 19 500 Mann innerhalb von zwei Monaten vorsieht. In Bangkok heißt es dazu, die Truppenverminderung sei der erste Schritt zum völligen Abzug des amerikanischen Militärs aus dem Lande.

5.—30. 5. — Abrüstung. Im Genfer Palais des Nations findet die Konferenz zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons) statt. Die Überprüfungskonferenz wurde entsprechend Artikel VIII des Vertrages vom 1. Juli 1968 (Text in „Blätter", 7/1968, S. 767 ff.) fünf Jahre nach dessen Inkrafttreten (am 5. März 1970) einberufen. Bis zur Eröffnung der Konferenz, an der auch UN-Generalsekretär Waldheim teilnimmt, hatten 91 Staaten den Vertrag ratifiziert und 17 weitere unterzeichnet.

8. 5. — China. Der für die Außenbeziehungen zuständige Vizepräsident der EG-Kommission, Christopher Soames, teilt in Peking mit, die Volksrepublik China habe beschlossen, einen Botschafter zu den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel zu entsenden. Soames hatte zuvor mit Vertretern der chinesischen Regierung konferiert.

9. 5. — BRD / Guinea. Die Regierungen beider Staaten kommen überein, die im Januar 1971 (vgl. „Blätter", 2/1971, S. 115) unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen und Botschafter auszutauschen.

12. 5. — U N O. Die sowjetische Regierung übermittelt an UN-Generalsekretär Waldheim eine Verbalnote, die sich auf ein Schreiben der drei Westmächte vom 14. April 1975 bezieht. Die Note enthält u. a. folgende Feststellungen: 1) „Die Hauptstadt der DDR ist ein integraler Bestandteil dieses Landes, von dem sie untrennbar ist; sie hat denselben rechtlichen Status wie jeder andere Teil des Territoriums der DDR." 2) „Die Sowjetunion hält es für notwendig, zu betonen, daß Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten keine ‚ursprünglichen', vertraglich nicht festgelegten Rechte über Berlin haben oder hatten. Gebietsmäßig war Berlin nicht getrennt von der früheren Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland . . ." 3) „Die Sowjetunion hält es weiterhin für erforderlich, daß alle Seiten die politische und territoriale Lage berücksichtigen, die in diesem Gebiet als Folge der Ereignisse in den Nachkriegsjahren existiert und die von der überwältigenden Mehrheit der Staaten jetzt anerkannt und akzeptiert wird."

— C D U. Der Bundesvorstand nominiert einstimmig den Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahlen 1976. Es wird beschlossen, mit der CSU über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zu verhandeln.

14. 5. — V i e t n a m. Der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, Ton Duc Thang, spricht sich für eine Wiedervereinigung beider Teile Vietnams aus. In einer Grußadresse an die Revolutionsregierung von Südvietnam erklärt der Präsident, es sei die Aufgabe aller Vietnamesen, „ihr Land wieder zu vereinen".

15. 5. — U n g a r n. Ministerpräsident Jenö Fock tritt zurück. Die Nachfolge übernimmt György Lazar.

19.—20. 5. — U d S S R / U S A. Die Außenminister der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, Gromyko und Kissinger, treffen sich in Wien zu einem vertraulichen Meinungsaustausch. Beide Minister werden von Sachverständigen begleitet. Themen der Gespräche sind nach Presseberichten das Nahost-Problem, der Fortgang der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sowie Abrüstungsprobleme.

20. 5. — B R D / U S A. Der amerikanische Außenminister Kissinger trifft zu einem Kurzbesuch in Bonn ein, um Gespräche mit Außenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt zu führen. Kissinger verabredet überraschend auch eine Begegnung mit dem in Bonn weilenden portugiesischen Außenminister Antunes. In Begleitung von Genscher reist Kissinger am 21. 5. für einen Tag nach Westberlin, wo er vor dem Abgeordnetenhaus eine Ansprache hält. Der Aufenthalt Genschers in offizieller Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik wird von seiten der DDR und der Sowjetunion heftig kritisiert und als eine Verletzung des „Vierseitigen Abkommens" vom September 1971 bezeichnet.

25.—31. 5. — D G B. Der 10. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes findet in Hamburg statt. Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter wird in seinem Amt für weitere drei Jahre bestätigt.

26. 5. — E G. Der Rat der Europäischen Gemeinschaften tagt auf der Ebene der Außenminister in Dublin. Die wichtigsten Themen sind die künftige Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Portugal (die portugiesische Regierung schlägt die Einberufung einer gemeinsamen Außenministerkonferenz vor) sowie die Vorbereitung des Dialogs zwischen der Gemeinschaft und den arabischen Ländern.

29. 5. — C S S R. Die Nationalversammlung wählt den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Dr. Gustav Husak, zum neuen Präsidenten der Republik. Husak, der sein Amt als Parteisekretär weiter ausüben wird, löst den erkrankten bisherigen Präsidenten Ludvik Svoboda ab.

29.—30. 5. — N A T O. In Brüssel tagt der Ministerrat der Organisation unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs. Zu den Teilnehmern gehören u. a. Bundeskanzler Schmidt, US-Präsident Ford, der britische Premierminister Wilson und der portugiesische Ministerpräsident Goncalves. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing bleibt der Tagung fern, folgt aber der Einladung zu einem gemeinsamen Essen bei König Baudouin von Belgien.

Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE

Ein Diskussionsbeitrag*)

Das Thema der Ersten Kommission des Zweiten Forums der Vertreter der Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das vom 26. bis 29. April 1975 in Brüssel und Lüttich stattfand **), darf mit einem gewissen Recht als das wichtigste dieser ganzen Veranstaltung bezeichnet werden, ging es doch vor allem um die generelle Bedeutung und Funktion der KSZE und — was noch wichtiger ist — um die politisch-institutionellen Folgen der KSZE, mit anderen Worten darum, nicht nur in einer institutionell nicht direkt greifbaren Weise den allgemeinen Entspannungsprozeß irreversibel zu machen, sondern ganz speziell darum, den Endpunkt der Konferenz zu einem „point of no return" zu machen und der politisch-moralischen Kraft, die gerade diese Konferenz hervorgebracht hat, zu gewährleisten, daß sie als kostbares Agens permanenter Weiterentwicklung operationsfähig bleibt. Operationsfähigkeit setzt aber nicht zuletzt auch Organisation voraus. Ich durfte dazu als Mitglied des nationalen Komitees der Bundesrepublik Deutschland einige wenige Überlegungen unter dem Blickwinkel der spezifischen Rolle unseres Landes vortragen, dessen Regierung ebenso wie dessen Öffentlichkeit allerdings leider, was die Erkenntnis der neuen Ära wie auch die ihr notwendig entsprechende Praxis angeht, bislang eher der Nachhut als dem Gros oder gar der Spitze angehören, ja nicht selten dem Motto huldigen, die KSZE müsse „unschädlich" gemacht werden.

Sehr bewußt habe ich von einer „moralischen" Kraft gesprochen. Denn es war durchaus ein *moralisches* politisches Unternehmen, ein *moralischer* „effort créateur", eine Alternative zu den unbewährten, verrotteten und vordemokratischen Mechanismen von Friedenssicherung durch gegenseitige Machtblockaden (bis hin zum Gleichgewicht des Schreckens) zu konzipieren, die letztlich auf der Gemeinsamkeit der zivilisatorischen Grundlagen Europas beruht und daher des unwürdigen Zynismus der sogenannten klassischen Mittel der Sicherung des Nicht-Kriegs enträt. Ist aber der Rekurs auf die Gemeinsamkeit der zivilisatorischen Grundlagen Europas das Tragende an dem Unternehmen der KSZE, dann ist die Vorstellung von Westeuropa als *der* „pars pro toto Europae" einigermaßen unzeitgemäß. Sie erfreut sich allerdings auch andernorts unzeitgemäßer Sympathien. So hat z. B. auch Herr Kissinger, als er im Sommer 1973 exogen das „Jahr Europas" einläutete, nur Westeuropa im Sinne gehabt. Doch als eben dieses „Jahr Europas" im Sommer 1974 mit den Erklärungen von Ottawa (mit dem Kommuniqué der Ministertagung wie der auch von den Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts unterzeichneten Erklärung über die atlantischen Beziehungen) wieder ausgeläutet wurde, fanden sich darin — sogar hervorgehoben — u. a. das Bekenntnis zur Entspannung, die Gutheißung der KSZE, ja sogar die Anvisierung eines Tages X, an dem eine allgemeine Abrüstung dem atlantischen Militärbündnis, das den europäischen Kontinent aufspaltet, ein natürliches Ende bereitet. Vor diesen in den Vordergrund der Erklärungen gerückten Elementen treten die zum überholten atlantischen Traditionsgut gehö-

*) Die nachstehenden Überlegungen fußen auf einem Beitrag, den der Verfasser in der Ersten Kommission des Zweiten Forums der Vertreter der Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 26. April 1975 in Lüttich erstmals zur Diskussion stellte. D. Red.

**) Vgl. Dokumententeil in Heft 5/1975, S. 593 ff. D. Red.

renden Auslassungen über die Glaubwürdigkeit der Abschreckung und ähnliche unwissenschaftliche „Philosophien" sehr deutlich zurück. Wenn die Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE gleichwohl der Formel X = PZ — 1 huldigt — will sagen: eine organisierte politische Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Rahmen (X) muß in bezug auf Stellenwert, Niveau und Intensität immer mindestens einen Schritt hinter der institutionalisierten Zusammenarbeit (PZ) innerhalb der EG zurückbleiben —, so hängt das also Anno 1975, wenn man die Parallelität der bisherigen Entwicklungen von Nordatlantikpakt und westeuropäischen Gemeinschaften berücksichtigt, weit hinter den wirklichen europäischen (und bisweilen jenseits des Atlantik besser erkannten) Erfordernissen von heute zurück. Oder stellt man sich etwa, wenn man den Nachbarn links des Rheins hoch vom gelben Wagen fröhlich die „Einigung Europas", d. h. Westeuropas, zu einer geschlossenen politischen Einheit, welcher Form auch immer, als Priorität Nr. 1 suggeriert, immer noch (oder schon wieder) gar als Spitzenreiter dessen dar, was, obwohl es in Frankreich nie vorhanden war, sondern in Bayern erdacht worden ist, als „Gaullismus" bezeichnet wird — der chinesisch illuminierten Duodezrevolte gegen die „Supermächte"?

Natürlich kann es zur Stunde nicht darum gehen, solchen Gebilden wie der E(W)G mehr oder weniger gewaltsam den Garaus zu machen, obwohl bittere Erfahrungen damit, wem sie nützen, wem sie schaden und wer letztlich die Kosten zu tragen hat, sich häufen. Aber im Lichte der Erkenntnis, daß es sich um Annex- und Komplementärgebilde einer überholten globalen Blockbildung handelt, müssen sie eine nachrangige Bewertung erfahren; und keinesfalls dürfen von ihnen her die neuen bilateralen europäischen Tentativen beeinträchtigt werden.

Damit bin ich bei dem m. E. enorm wichtigen Stichwort des *Bilateralismus*, über den ich bereits auf dem Ersten Forum der europäischen Öffentlichkeitsvertreter in Brüssel vor drei Jahren einiges angemerkt habe: Bilateralismus, zunächst tentativ, dann intensiviert und schließlich dezidiert, in parallelen wie in sich überkreuzenden Beziehungen von Staatenpaaren aus jeweils dem einen oder anderen ehemaligen „Block", am Anfang vielleicht sogar unter einer gewissen Anleitung der beiden nicht ganz korrekt so genannten Supermächte, wird für geraume Zeit ein unerläßliches Vehikel zur positiven und schmerzlosen Auflösung der versteinerten Blockbildung und damit zur Normalisierung Europas sein müssen. Dies ist unschwer einzusehen. Bedenken wir nur, daß erst die bilateralen Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen andererseits, schließlich auch der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, obwohl sie, internationalrechtlich gesehen, nur einen ganz dürftigen Inhalt aufweisen, indem sie bare Selbstverständlichkeiten festlegen, jedenfalls erst einmal abgeschlossen werden mußten, bevor es überhaupt zu der KSZE kommen konnte. Natürlich bedurfte es für die Bundesrepublik Deutschland als atlantischen Musterknaben und Festlanddegen, dem bei seiner Geburt die primäre Mission der „Offenhaltung" zumindest der mitteleuropäisch-deutschen Grenzfrage mit auf den Lebensweg gegeben worden war, nachhaltiger Aufmunterung seitens seiner Bundesgenossen, den Weg der Normalisierung einzuschlagen. Aber diesen Weg gehen mußte er dann allein, den Weg der bilateralen Übereinkunft.

Doch so notwendig und unvermeidlich der Weg zu dem normalisierten, entspannten, friedensgesicherten und kooperierenden neuen Europa durch die Renaissance der blockfreien außenpolitischen Aktivitäten der souveränen Ein-

zelstaaten führt, so dornig und vor allem so gefährlich ist er, weil er doch die diversionsträchtige Versuchung clandestiner ideologisch-ökonomischer Abwerbung und Proselytenmacherei mit sich bringt. An dieser Stelle muß ich darauf hinweisen, daß hier für die m. E. unbedingt notwendige permanente institutionalisierte gesamteuropäische Agentur, die aus der KSZE herauswachsen müßte, große Aufgaben liegen, die m. E. noch nicht richtig erkannt und deswegen auch noch nicht richtig gewürdigt und abgeschätzt worden sind. Es müßte nämlich diese künftige gesamteuropäische Agentur oder Institution, oder wie immer man das Gebilde zu nennen haben wird, bei aller notwendigen Respektierung der souveränen Gleichheit der von ihr betreuten europäischen Einzelstaaten sozusagen als ehrlicher Makler eine politisch-moralische Kontrolle über die diesbezügliche Ehrlichkeit der bilateralen Interaktionen ausüben. Es wird nicht immer leicht sein, zuverlässig zu unterscheiden zwischen solchen bilateralen Bewegungen, die zum vielgestaltigen Kollektivismus der vielen, auch der kleinen, souveränen und in ihrer Souveränität gleichen europäischen Einzelstaaten führen, und solchen, die im Kern und in Wirklichkeit entspannungsfeindlich sind, ja die unterschwellig an der Wiederherstellung von bipolaren Kampffronten arbeiten, was in jedem Fall schädlich wäre (wenn es auch wegen seiner geschichtlichen Widersinnigkeit aussichtslos ist). Ich kann es mir jedenfalls für eine längere Übergangszeit als nützlich vorstellen, wenn die künftige zentrale europäische Institution sozusagen ein Attest über die europäische Bonität bilateraler Aktionen ausstellt. Das heißt zugleich, daß die künftige europäische Institution keine zweitrangige bloße Registrier- und Dokumentationsstelle werden darf, sondern eine hohe moralische Autorität besitzen muß, was sich auch in ihrer personellen Besetzung auszudrücken haben wird. Ganz sicher darf sie nicht nach dem Vorgang der EWG usw. mit sogenannten supranationalen Befugnissen ausgestattet und noch viel weniger zu einem Instrument ausgebaut werden, das den Bipolarismus kontinuierlich fortsetzt. Manche stellen sich das ja leider so vor, als ob das (atlantische) Westeuropa der Neun, das Osteuropa des Warschauer Pakts und als „dritte Kraft" die Gemeinschaft der blockfreien europäischen Länder in künftigen gesamteuropäischen Institutionen wiederum deutlich abgebildet und repräsentiert sein müßten. Es versteht sich ferner m. E. von selbst, daß in der kommenden gesamteuropäischen Institution nicht-europäische Mächte nur im Status von Beobachtern installiert sein können. Erinnern wir uns bitte daran, daß das Ursprungskonzept der KSZE das Konzept einer *Europäischen* Sicherheitskonferenz, nicht das einer Konferenz über Sicherheit usw. *in* Europa war. Aus sehr wohl vertretbaren, gewissermaßen in der Natur der Sache liegenden und auch heute noch vorhandenen Gründen, z. B. wegen der Präsenz nicht-europäischer Truppen in Europa, greift der Kreis der Teilnehmer an der KSZE über den Kreis der europäischen Staaten hinaus. Das kann aber kein Grund dafür sein, in eine dauerhafte europäische Institution auch dauerhaft nicht-europäische Mächte als Voll-Mitglieder aufzunehmen. Mit Genugtuung kann verzeichnet werden, daß die Beteiligung Kanadas und der USA an der KSZE auch nicht auf ein solches Ziel hin orientiert ist, dessen Verwirklichung das künftige Europa dem Verdacht aussetzen müßte, eine Verschwörung zur Fortsetzung alter Kolonialismen und Imperialismen darzustellen. —

Abschließend sei mir an dieser Stelle noch gestattet, im Zusammenhang mit der mir sehr am Herzen liegenden Frage der Organisation künftiger europäischer Institutionen auf die Rolle der europäischen Öffentlichkeit zu sprechen zu kommen. Im Geleitwort des Zweiten Forums sind die Kraft und auch die Ver-

dienste der Öffentlichkeit um die KSZE, wie mir scheint, sehr zutreffend gewürdigt worden. Im Rahmen der Entspannung, heißt es, werde die Rolle der Öffentlichkeit durchaus nicht kleiner, sei vielmehr im Anwachsen begriffen. Und schließlich heißt es am Schluß, es wachse „die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit noch breiter an der Kontrolle über die strikte und umfassende Einhaltung der Vereinbarungen und Abmachungen zu beteiligen, die von den Staaten auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingegangen werden." Was liegt danach näher als die Erwägung, daß die so positiv eingeschätzte Kraft der Öffentlichkeit mit Hilfe geeigneter Verfahren auch der künftigen, über eine hohe politisch-moralische Autorität verfügenden europäischen Institution dauernd zur Seite stehen muß? Ja, mehr als das! Schließlich ist das ganze säkulare Unternehmen der KSZE ja doch auch ein großes, kühnes und ermutigendes Experiment in Sachen Demokratie! Demokratische Öffentlichkeit aber dient nicht nur, in ihr stellt sich auch letztlich der Herr des politischen Geschehens dar. Natürlich wissen wir alle um die Schwierigkeiten und um die Verzerrungen und Entstellungen, denen der demokratische Prozeß der Meinungs- und Willensbildung in den verschiedenen politischen Systemen in sehr verschiedener Art und Weise ausgesetzt ist. Und ebenso wissen wir, daß auch in einem friedensgesicherten und kooperierenden Europa der ideologische Kampf der Systeme weitergehen wird; Europa wird keine a-politische Idylle und Insel jenseits der ideologischen Auseinandersetzungen sein. Aber warum sollten nicht bei einer künftigen europäischen Institution sich organisierende Teile und Assoziationen der gesellschaftlichen Kräfte beispielsweise einen Konsultativstatus erlangen, um dadurch den Gefahren professionalisierter Europapolitik entgegenzuwirken? Jedenfalls kann insofern die notgedrungen öffentlichkeitsfeindliche exklusive Gestion von Spezialisten und Experten in den Technostrukturen der westeuropäischen „supranationalen" Gemeinschaften kein überzeugendes Leitbild darstellen.

Helmut Ridder

Zur Lage in Angola und Moçambique

Die Entwicklung in Portugal und den ehemaligen afrikanischen Kolonien seit dem 25. April des Vorjahres stellt ein Lehrstück dar, wie die Kräfte des Imperialismus — mit unterschiedlichen Methoden, im wesentlichen gleichen, nichtsdestoweniger rivalisierenden Zielsetzungen freilich — vorzugehen pflegen, wann und wo immer Völker ihre Entwicklung selbst zu bestimmen begonnen haben. Um den historischen Prozeß umzukehren, setzen sie das ganze Arsenal ihrer Mittel ein: Konterrevolutionären Terror, Spaltungsmanöver, Förderung pseudorevolutionärer Gruppen und Banden, Einsatz ganzer Agentenheere (gewiß nicht zufällig entsandte Washington mit Frank Carlucci einen der Hauptverantwortlichen für die Ermordung Patrice Lumumbas nach Lissabon als Botschafter; wurde mit Nathaniel Davis der Mitorganisator des faschistischen Putsches in Chile zum Leiter der Afrika-Abteilung des State Department ernannt), Sabotage, propagandistische Diversion, Drohungen und Ausübung ökonomischen, politischen und militärischen Drucks, Versprechungen und Täuschungsmanöver, Vorschieben von Marionetten, um die eigentlichen Interessen zu verschleiern, sich veränderten Bedingungen neu anzupassen. Sich abwechselnd, zum Teil über-

schneidend, sich ergänzend oder konkurrierend beziehen sich indessen alle methodischen Unterschiede nur aufs Taktische, nicht jedoch auf die Gesamtstrategie, reflektieren sie zumeist nur die jeweils unterschiedlichen Bedingungen und politische Differenzen untergeordneter Bedeutung, aber auch das nur aktuell wie vom gemeinsamen Kapitalverwertungsinteresse gebändigte Rivalitätsverhältnis etwa zwischen USA und Bundesrepublik. Setzt das US-amerikanische Kapital vorzugsweise auf Methoden des Terrors und der CIA-Subversion, so dienen etwa Reisen sozialdemokratischer Politiker in die früheren Kolonien primär der Imagepflege Bonns und der Anbahnung besonderer Beziehungen zur BRD als einer Art „dritter Kraft" zwischen dem diskreditierten US-Imperialismus und dem ob seines wachsenden Einflusses gefürchteten sozialistischen Lager; ob dieses — schon seit längerem verfolgte — Kalkül aufgeht, scheint wegen der Doppelzüngigkeit der westdeutschen Afrika-Politik allerdings fraglich. Zu deutlich traten nämlich seit dem Sturz des Faschismus in Portugal und dem daraufhin eingeleiteten Rückzug der Kolonialmacht die tatsächlichen Interessen hervor, derentwegen die Kolonialkriege geführt worden waren: diejenigen internationaler Monopole und der damit verbundenen strategischen und politischen Optionen; sie sind es auch, um deren Erhaltung willen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in den früheren Kolonien Moçambique und Angola provoziert wurden und werden — gegen die Zukunftsinteressen der afrikanischen Völker.

Ungleich größer als die Guinea-Bissaos, der Cap-Verdischen Inseln sowie der Inselgruppe Sao Tomé/Príncipe ist die ökonomische Bedeutung Angolas und Moçambiques; abgesehen von den Cap-Verdischen Inseln fällt auch ihre strategische Position weitaus stärker ins Gewicht, zumal die Rassistenregime in der Republik Südafrika und Rhodesien ihre Stellungen unmittelbar bedroht sehen; hinzu treten die Interessen der verbliebenen weißen Siedler, die politisch überwiegend reaktionär orientiert sind, sowie die Ambitionen des zwar mit den USA engstens verbündeten, gleichwohl Sonderinteressen verfolgenden Regimes Mobutus in Zaire.

Während die sogenannte „Lusitanische Idee" — also die Errichtung einer Art portugiesischen Commonwealth —, vertreten vor allem durch General Spinola und die durch ihn repräsentierten portugiesischen Kapitalinteressen, mit dessen gescheitertem Putsch als erledigt gelten kann, ebenso wie Intentionen, weiße Minderheitsregime nach rhodesischem Vorbild zu etablieren, haben die gegenwärtigen imperialistischen Manöver zum Ziel, den Fortschritt der afrikanischen Völker zu blockieren und neokoloniale Verhältnisse zu schaffen; daß dabei die konterrevolutionären Attacken rechtsradikaler Weißer geschickt ausgenutzt werden, zeitweilig separatistische Zielsetzungen ins Spiel kommen, ändert nichts an deren Perspektivlosigkeit, reflektiert Partialinteressen, die — von der Cabinda-Frage abgesehen — dem monopolkapitalistischen Gesamtinteresse unterworfen werden.

Die erste Phase konterrevolutionärer Aktionen (vgl. hierzu: „Antiimperialistisches Informationsbulletin", 11—12/1974) — im Herbst und gegen Ende des vergangenen Jahres — wurde vorwiegend in Form putschistischer Abenteuer und sezessionistischer Gewaltaktionen durchgeführt; ihre Hauptkräfte waren großenteils die weißen Minderheiten und portugiesisches Kapital. Parallel dazu verliefen politische Manöver wie die Konferenz Spinolas mit Mobutu über die Zukunft Angolas und Cabindas im September 1974. Die Revolte einer sogenannten Befreiungsorganisation in Cabinda, der FLEC, wurde von den Kräften der MPLA und portugiesischen Truppen niedergeschlagen —

Mobutus und der Gulf Oil Corporation Nahziel, das „Kuweit Afrikas" von Angola abzutrennen, war vorerst gescheitert. Bezeichnenderweise fiel in diese Phase auch der erste Versuch der Spinola-Gruppe, die Entwicklung in Portugal selbst zu bremsen und umzukehren; selbstverständlich mischten bereits bei diesen Abenteuern Hintermänner der CIA und der Republik Südafrika mit.

Auch im Moçambique wurden die blutigen Terrorakte weißer Gruppen niedergeschlagen — gemeinsam von portugiesischen und FRELIMO-Truppen, unterstützt von den Massen der afrikanischen Bevölkerung.

Die durch diese Anschläge und ihre Folgen noch verschärften Probleme, denen sich Moçambique konfrontiert sieht, sind indessen gravierend:

— Die Abwanderung Zehntausender von Weißen traf die unterentwickelte Ökonomie des Landes empfindlich: vor allem technische und Verwaltungskader fehlen jetzt, nicht zuletzt auch ärztliches Personal;

— die in fünfhundert Jahren Kolonialherrschaft geschaffene Unterentwicklung des reichen Landes, die brutal praktizierte Zwangsumsiedlung großer Bevölkerungsteile während des Kolonialkrieges und die Vernichtung großer landwirtschaftlicher Anbauflächen bedrohen jetzt das Volk von Moçambique mit Hungersnöten in großen Landesteilen;

— die traditionelle Abhängigkeit von der Republik Südafrika (Transporteinnahmen aus der Bahnlinie Witwatersrand-Industriegebiet — Hafen Lourenço Marques; hohe Wanderarbeiterquote nach Südafrika und Einkünfte aus deren Verdiensten; Stromlieferung von Cabora Bassa nach Südafrika; Touristenströme aus der RSA; Handelsvolumen) macht Moçambique äußerst empfindlich gegenüber Sabotageakten des Rassistenregimes in Pretoria; Moçambiques Übergangsregierungs-Chef Joaquin Chissano behandelte folglich das Problem der Unterstützung für die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC bislang relativ zurückhaltend (was beim ANC auf volles Verständnis stieß, wie dessen Führungsmitglied Oliver Tambo in einem Interview erkennen ließ);

— nach wie vor drohen weiße Minderheitsgruppen und Söldnertruppen, die gegenwärtig in der RSA großenteils aus früheren Kongo-Killertrupps rekrutiert und von portugiesischen Gruppen finanziert werden, mit Sabotage und Staatsstreich, sobald Moçambique Ende Juni vollends unabhängig geworden ist und die portugiesischen Resttruppen abgezogen sind.

Andererseits sind die Erfolgsaussichten der revolutionären Entwicklung in Moçambique keineswegs allein durch negative Faktoren bestimmt:

— Aus den Kämpfen im vergangenen Herbst ging die FRELIMO siegreich und gestärkt hervor; sie ist die einzige bedeutende organisierte Kraft, nachdem alle Splittergruppen und Eintagsparteien der Herbstunruhen ebenso rasch verschwanden, wie sie kreiert worden waren;

— nicht nur die milde Behandlung ehemaliger Verräter — wie Simangos und seiner COREMO-Anhänger, die jüngst ihre Verbindungen zur portugiesischen PIDE/DGS-Geheimpolizei gestanden —, haben der FRELIMO großes Ansehen eingetragen, auch die Behandlung der verbliebenen Weißen schlug sich darin nieder, daß viele Flüchtlinge zurückkehrten und die Sympathien der Partei unter den weißen Siedlern gewachsen sind;

— während Moçambiques Abhängigkeit von der RSA groß ist, ist diese ihrerseits auf das Funktionieren ihrer Beziehungen zu Moçambique angewiesen: Arbeitskräftemangel, Knappheit an Transportwegen, Handelsbilanzschwierigkeiten usw. zwingen auch Pretoria zu Vorsicht;

— hinsichtlich der dringlichsten Probleme des Landes hat eine Reihe sozia-

listischer Länder — die DDR, die Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien — rasche Hilfe zugesagt und aufgenommen, unter anderem Techniker und Ärzte entsandt.

Was die FRELIMO für Moçambique, ist die MPLA für Angola: Die älteste, ideologisch fortschrittlichste Organisation, die seit 1961 den antikolonialen Kampf allein bestritt, große Gebiete des Landes befreit hatte und die mit Abstand größte Massenbasis nicht nur auf dem Lande, sondern auch und besonders in den Küstenstädten unter den Arbeitern und der Intelligenz besitzt.

Verwunderlich ist es daher, daß bald nach dem 25. April 1974 die FNLA des Holden Roberto sowie die UNITA des Jonas Savimbi von der westlichen Presse zu bedeutenden Befreiungsorganisationen befördert wurden, obwohl von ihnen während des gesamten Befreiungskampfes entweder nichts oder aber reaktionäre Aktionen zu vermelden waren — offenkundig (wie der Afrika-Experte Basil Davidson über die FNLA schrieb), um sie „von einem Sieg profitieren (zu lassen), den andere errungen haben". Konsequent ist diese Kampagne wiederum insofern, als beide Gruppen von ausländischen Interessenten gefördert werden, für die in Angola noch mehr auf dem Spiel steht als in Moçambique, und als ihr Hauptkampf gegen die MPLA gerichtet ist, von der diese gewaltigen Kapitalinteressen in der Tat bedroht sind. Ein Blick auf die Geschichte dieser obskuren Organisationen zeigt, warum sie in der gegenwärtigen zweiten Phase der konterrevolutionären Aktionen in Angola sich solcher Favorisierung erfreuen dürfen.

Die FNLA geht zurück auf Organisationsgründungen durch Holden Roberto bereits in den 50er Jahren (UPA) und trat spektakulär erstmals 1961 mit einem abenteuerlichen Aufstandsversuch in Erscheinung, der von den Portugiesen blutig erstickt wurde; Roberto setzte sich nach Zaire — damals Kongo (Leopoldville) — ab und betrat bis vor wenigen Wochen nie mehr angolesisches Territorium. Die Ideologie Robertos und der FNLA besteht aus einer abenteuerlichen Mischung rassistischer, tribalistischer und mystischer Elemente. Kampfaktionen seitens der FNLA gab es kaum, dagegen wurde sie in Zaire großzügig von Mobutu unterstützt; Roberto avancierte zum Schwiegersohn Mobutus und durfte eine ponpöse Exilregierung unterhalten, die GRAE. Neben dem beherrschenden Einfluß des nationalistischen Mobutu stand die FNLA jedoch seit ihrer Gründung auch unter US-Protektion: Die Kennedy-Regierung und die CIA bauten Roberto als künftigen Statthalter in einem dem portugiesischen Kolonialismus entzogenen, dafür von den USA neokolonial beherrschten Angola auf; der Kennedy-Biograph Arthur Schlesinger beschreibt diese Phase der zweigleisigen US-Politik gegenüber Portugal eindrucksvoll. Die Fortschritte der Befreiungsbewegungen, die Veränderungen des globalen Kräfteverhältnisses führten jedoch zur Änderung der US-Haltung gegenüber Portugal, die neokoloniale Variante wurde vorerst fallengelassen. Gegenwärtig stützt sich die FNLA hauptsächlich auf Zaire, dessen US-Bindungen freilich notorisch sind, sowie auf militärische Hilfe der VR China; verhältnismäßig gering ist ihr Einfluß unter der angolesischen Bevölkerung, mit Ausnahme des Bakongo-Stammes an der Grenze nach Zaire.

Bezeichnenderweise war es Jonas Savimbi, bis 1964 „Außenminister" der sogenannten Exilregierung, der Holden Roberto CIA-Unterwanderung und -Unterstützung vorwarf und 1966 seine eigene, zunächst von der VR China unterstützte Organisation, die UNITA, gründete. Weder von Kampfaktionen dieser „Befreiungsbewegung" erfuhr die Weltöffentlichkeit jemals, noch davon, daß sie portugiesischen Gegenschlägen ausgesetzt gewesen wäre (sieht man von den neuerdings gestrickten Legenden ab), und dies nicht

ohne Grund: Portugals ehemaliger Diktator Caetano geht in seinen im brasilianischen Exil verfaßten Memoiren ausführlich auf die guten Beziehungen zwischen Kolonialregime und Savimbis „Befreiungsbewegung" ein. Auch die jüngeren Aktionen und Bekenntnisse dieses Politikers finden den offenen Beifall der westlichen Presse: Im November inszenierten UNITA-Mitglieder militante Störaktionen gegen Verhandlungen zwischen MPLA und portugiesischen Militärs über die Unabhängigkeit des Landes; UNITA (und FNLA) sympathisierten offen mit der Sezessionsbewegung in Cabinda; Savimbi erklärte sich demonstrativ gegen jegliche Vergesellschaftung von Bodenschätzen und Industrien (laut „Newsweek" v. 19. Mai 1975); künftiger Unterstützung der Befreiungsbewegung Namibias, der SWAPO, erteilte er eine Absage. All dies brachte ihm die Sympathien weißer Geschäftsleute in Angola ein; die „Frankfurter Rundschau" mußte vermelden, daß ihm freundschaftliche Kontakte mit den Rassisten in Südafrika vorgeworfen werden. Vor allem genießt Savimbi jedoch eine beträchtliche Publicity als möglicher kommender Führer Angolas in der westlichen Presse, vom „Vorwärts" über die „Frankfurter Rundschau" bis zu „Newsweek".

Diese eindeutige Favorisierung — dieweil die FNLA wegen ihrer Abhängigkeit von Zaire kritischer beurteilt wird — läßt auf politische Absicht schließen: Unverhohlene Zielsetzung aller reaktionärer Manöver insbesondere seit Beginn dieses Jahres ist die Ausschaltung des Einflusses der MPLA, die „Marginalisierung", wie es die französische Zeitschrift „Afrique-Asie" in einer Untersuchung bezeichnete. Zu sehr schmerzen das internationale Monopolkapital jene 400 000 begeisterten Menschen, die den MPLA-Präsidenten Agostinho Neto bei seiner Rückkehr nach Angola Anfang Februar in Luanda feierten; zu sehr die Massen vor allem junger Afrikaner in den Städten, die der MPLA als Mitglieder zuströmen; selbst weiße Parteien wie die Demokratische Bewegung traten der MPLA bei.

Nachdem Spaltungsmanöver die MPLA nicht entscheidend zu schwächen vermochten (die Gruppe Chipendas, aus der MPLA ausgeschlossen, verlor viele ihrer Mitglieder, die zur MPLA zurückkehrten; Chipenda selbst schloß sich der FNLA an, in der auch zahlreiche ehemalige Geheimpolizei-Mitglieder Unterschlupf fanden), setzten die FNLA und die hinter ihr stehenden Kräfte auf die brutale Zerschlagung der MPLA durch Terror und Massaker. Die Schuld an den Massenmorden dieses Frühjahrs wurde eindeutig der FNLA zugeschrieben. Andere Methoden sind die gewaltsame Erpressung von Austritten aus der MPLA durch bewaffnete Banden und die Zwangsrekrutierung von FNLA-Mitgliedern. Um sich nicht zu diskreditieren, waren FNLA und UNITA gezwungen, in der Cabinda-Frage Konzessionen an die MPLA zu machen und die Integrität Angolas im Abkommen von Mombasa anzuerkennen; andererseits erzwangen sie durch Drohungen und Ausschreitungen ihre Beteiligung an den Unabhängigkeitsverhandlungen mit Portugal und damit ihre im Abkommen von Alvor festgelegte Beteiligung an der Übergangsregierung, die Wahlen im kommenden November vorbereiten soll. Zwielichtig in diesem politischen Prozeß ist die Rolle des gegenwärtigen portugiesischen Hochkommissars Cardoso (dessen Abberufung angolesische Demonstranten jüngst forderten) und des früheren Außenministers Soares, der im Dezember in Kinshasa (Zaire) Gespräche mit der FNLA sowie der UNITA führte und anschließend erklärte: „Ich kann sagen, daß wir dieselbe Sprache gesprochen haben." Unmittelbar nach Bildung der Übergangsregierung gingen indessen FNLA-Truppen, die sich laufend mit Söldnern aus Zaire ver-

stärken, zu Terroraktionen über, in deren Verlauf Hunderte von Menschen getötet wurden.

Hinter diesem Vorgehen scheint ein Konzept zu stehen, zu dem sich durchaus differierende Interessenkonstellationen treffen: Der FNLA, deren irrationalistischen Tendenzen sowie deren Mentor Mobutu auch imperialistische Kreise mißtrauisch gegenüberstehen und von der nicht zu erwarten ist, daß sie sich eine wirkliche Massenbasis im ganzen Land zu schaffen vermag, überlassen die Planer des State Department und der CIA sowie die mit ihnen kooperierenden Kräfte das blutige Geschäft, die MPLA zu dezimieren. Entweder in einer Koalition mit der FNLA oder vielleicht allein — nachdem die MPLA weitgehend eliminiert wäre, die FNLA sich vollends diskreditiert hätte — könnte darauf die Propagierung Savimbis als „Alternative" erfolgen; dafür spricht, daß die UNITA versucht, die Rolle des Schlichters zu spielen, und sich aus den Auseinandersetzungen weitgehend heraushält.

Welch ein Rückschlag für die Befreiung des Volkes von Angola ein Sieg der FNLA wie der UNITA wären, bedarf keiner Phantasie: Die Auslieferung an den Neokolonialismus wäre das Resultat; zur Erreichung dieses Zieles wird ein Blutbad zynisch in Kauf genommen. Dem gegenüber steht die Haltung der MPLA, die um der Vermeidung eines Bürgerkrieges willen zu großen Konzessionen bereit war und auch gegenwärtig zur Wahrung des vereinbarten Waffenstillstandes und zur Einheit aller Kräfte aufruft, um einen Sieg der reaktionären Kräfte und ihrer Werkzeuge zu verhindern, um vor allem Blutvergießen zwischen ihren Anhängern und den von ihren Führern getäuschten und irregeleiteten Mitgliedern der FNLA und UNITA zu verhindern. Die MPLA weiß sich dabei der Unterstützung der Mehrheit der angolesischen Bevölkerung sicher.

Jürgen Ostrowsky

Die Peinlichkeit der Befreiung

Zum 8. Mai 1975 *)

Der 8. Mai, Tag der Kapitulation der Hitler-Wehrmacht im Jahre 1945, versetzt viele Menschen in unserem Land auch heute noch, 30 Jahre danach, in eine gewisse Unsicherheit. Wie soll man ihn begehen, soll man ihn feiern, wie soll man sich verhalten? Ich möchte drei verschiedene Ebenen benennen, wie Menschen in unserem Land mit diesem Datum, das vielleicht das wichtigste in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts ist, umgehen.

Die erste Ebene ist die einer breiten Ignoranz. Die meisten Leute wissen nichts von diesem Datum und wollen nichts davon wissen. Ich habe vor einigen Wochen meine dreizehnjährige Tochter gefragt: Was ist am 8. Mai los gewesen? Sie wußte es — aber, wie sie sagte, nur aus dem „Roten Schülerkalender". In ihrer Klasse sei das völlig unbekannt, und es wird nach diesem Tage wieder vergessen werden. Das entspricht der allgemeinen Vergeßlichkeit oder der zunehmenden Geschichtslosigkeit, die durch manipulierte Nostalgiewellen eher noch verstärkt als abgebaut wird.

Es liegt mir fern, ein allgemeines kulturkritisches Gejammer über die Geschichtslosigkeit unseres Volkes, das seine Friedensdaten nicht feiert, anzustimmen, aber klarmachen möchte ich, daß diese Geschichtslosigkeit ja nicht wie eine naturhafte Dreingabe zur Industrialisierung anzusehen ist, sondern daß sie gemacht, manipuliert, hergestellt wird: Es gibt eben keine „Straße des 8. Mai"; schulfrei haben die Kinder am Himmelfahrtstag und am 17. Juni und nicht am Tag der Befreiung, als ganz Europa aufatmete, weil

*) Überarbeitete Fassung eines Beitrags von Dorothee Sölle zu einer Veranstaltung in Bonn aus Anlaß des 8. Mai. D. Red.

das Massenmorden aufhörte. Es gibt keine bewußte Zurkenntnisnahme und Übernahme deutscher Geschichte — und anders als in der DDR keine Versuche, nationale Identität wiederherzustellen und die Erinnerungen an die demokratischen und sozialistischen Tendenzen innerhalb der deutschen Geschichte wachzuhalten. Die vielzitierte Unfähigkeit zu trauern setzt ja massenhafte, bewußt manipulierte Unwissenheit voraus. Ich erinnere an das Faktum, daß man in der deutschen Bewußtseinsindustrie sehr wohl zwischen verwertbaren Toten und solchen, die nicht zu verwerten waren, zu unterscheiden wußte. Ich erinnere an den Unterschied, der zwischen sechs Millionen ermordeten Juden und 20 Millionen ermordeten Russen besteht — für die deutsche Bewußtseinsindustrie.

Mit Hilfe der ermordeten Juden konnte man einen Teil des Faschismus bewältigen, aber die Einbeziehung der Russen und Polen in die Versuche der Aufarbeitung hätte die heimliche Rechtfertigung des Faschismus, die in jeder Form des Antikommunismus steckt, erschwert, und so unterblieb sie. Diese Versäumnisse an Volkserziehung und Volksbildung sind nicht wieder aufzuholen — und heute erst recht nicht. Wenn der „Südwestfunk" eine kritische Jugendsendung abwürgt und die Selbstdarstellung der Jugendlichen stoppt mit dem Hinweis „Mehr Musik, weniger Wort", so wird genau die pädagogische Tendenz des Vergessenmachens deutlich. Das Volk soll sein wie die drei asiatischen Affen: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen . . .

Die zweite Ebene, die ich ansprechen will, ist die offizielle der Reden der Politiker. Sie alle haben Schwierigkeiten mit dem 8. Mai, sie müssen sich abgrenzen vom Tag der Befreiung, den das übrige Europa feiert, aber ebenso von der nationalistischen Trauer. Diese Unklarheit in der Beurteilung führt dann zu einem neutralistischen Geschichtsbild, das die klare Parteinahme verhindert und in Vokabeln wie Katastrophe, Tragik, Gewittersturm schwelgt. Aber welche Partei sollen wir denn ergreifen? Die Partei der Sieger? Die Partei der Unterlegenen? Für mich als Christen ist das einfach: es ist die Partei der Opfer, der Ermordeten und Umgekommenen, sowohl derer, die auf dem Feld der Ehre, d. h. in den Konzentrationslagern und Standgerichten, umgekommen sind, wie derer, die auf dem Feld der Schande, nämlich der Front, gestorben sind.

Ihre Partei zu ergreifen, heißt aber, den Neutralismus einer Geschichtsbetrachtung unter dem Katastrophenaspekt zu überwinden und die Ursache genauer zu befragen, um zu Handlungsmöglichkeiten zu kommen.

Damit bin ich bei der dritten Ebene, auf der der 8. Mai bei uns begangen wird. Die erste war Ignoranz und Vergeßlichkeit der bewußtseinsmanipulierten Massen, die zweite die mit Nostalgie vermischte Trauer über die Katastrophe, die dritte Ebene ist die Zukunfts- und Handlungsperspektive, die führende Politiker als die Lektion der Geschichte ausgeben. Walter Scheel sagte: „Wir haben gelernt. Nicht nur die Politiker — sondern unser Volk hat gelernt. Es hat begriffen, daß Extremismus in jeder Form für unser Land verderblich ist." Und Helmut Schmidt rief die Bevölkerung am 8. Mai 1975 dazu auf, die Verfassung als Fundament des Staates auch in Notzeiten „zu festigen, zu schützen und zu verteidigen". Was bedeuten diese Aussagen? Es sind Versuche, den 8. Mai 1945 der sogenannten Tendenzwende dienstbar zu machen und die Erfahrungen des Faschismus für den Rechtsruck in unserem Land zu benutzen. Unter dem Titel „Extremismus" wird da zusammengeworfen: die terroristischen Desperados, die Nazis und alle Sozialisten oder die, die etwas mehr Demokratie verwirklicht sehen wollen. Sie alle verhalten sich abweichend zu den drei Affen, und diese Ab-

weichung wird als „extremistisch" erklärt. Die Geschichtsverfälschung, die diesem Denken zugrundeliegt, ist uns aus den 50er Jahren bekannt, als unter dem Titel „Totalitarismus" immer wieder aufs neue Faschismus und Kommunismus identifiziert wurden. Heute erfüllen die Schimpfwörter „Extremist" oder „Radikaler" denselben Zweck, nämlich die radikal unterschiedlichen politischen Ziele zu verschleiern.

Und wie sollen die Bürger des Staates die Verfassung festigen und schützen? Wer bedroht eigentlich die Verfassung? Die Linke oder die Verfassungsschützer? Im Sinne der Regierung kann ich mir darunter nur folgendes vorstellen:

Die immense Steigerung von Polizei und Verfassungsschutz soll als demokratiefördernd hingenommen werden. Allein beim Bundesverfassungsschutz ist die Zahl der Mitarbeiter von 1969 bis 1974 um über 50 % gestiegen, die Haushaltsmittel stiegen im gleichen Zeitraum von 29,9 Mio DM auf 74,4 Mio. Hinzu kommt eine ständige Kompetenzerweiterung, etwa der Auftrag, alle politisch motivierten Bestrebungen zu beobachten, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sein sollen. Die Gewaltenteilung, die Grundlage des Verständnisses von Demokratie, ist damit gefährdet.

Am Beispiel der Berufsverbote oder, wie man historisch richtiger sagt, der Sozialistengesetze läßt sich zeigen, was das bedeutet. Zwischen 1972 und 1974 sind in der BRD über 250 000 Menschen einer sogenannten Anhörung unterworfen worden. Eine Viertelmillion Bürger also sind „angehört" und das heißt ja auch bespitzelt, überwacht worden; ihr Telefon wurde abgehört, ihre Post geöffnet. Wieviel Spitzel braucht man dazu? Eine junge Lehrerin in Hessen wurde „angehört", weil sie am Beginn ihres Studiums 14 Tage lang, als sie noch kein Zimmer hatte, bei einer Freundin, die Mitglied der DKP ist, gewohnt hat... Die Verfassung „schützen" und „festigen" heißt im gegenwärtigen Zeitpunkt, die Aushöhlung der Demokratie schweigend hinnehmen. Nur zwei Beispiele aus der letzten Zeit: Wir wählen die Regierung, damit sie regiert; sie versucht das auch — und beschließt z. B. eine Neufassung des § 218 oder eine verbesserte Ausbildung der Lehrlinge. Diese Gesetze oder Beschlüsse werden aber dann, noch ehe sie wirksam werden, von bestimmten Gruppierungen oder Interessenvertretern verhindert. Das Bundesverfassungsgericht und der Bundesverband der deutschen Industrie haben da eine ähnliche Funktion: man verweigert den Lehrlingen die Ausbildung, stellt also künstlich eine Jugendarbeitslosigkeit her, und erklärt dann, unter bestimmten Bedingungen könne man eine ganze Anzahl von Lehrstellen schaffen ... Was heißt in einem solchen politischen Kontext der Mißachtung des Wählerwillens eigentlich, „die Verfassung schützen"? Vor wem? Mich interessiert dieses Problem weit mehr als das Hochspielen einiger Terroristen in den Massenmedien. Sind meine politischen Mittel als Bürger tatsächlich mit der Stimmabgabe alle vier Jahre erschöpft? Besteht die Verfassungstreue darin, Stimmvieh zu sein?

Ein letztes Beispiel für die politische Situation, in der man gefordert wird, „für die Verfassung" und gegen den „Extremismus" einzutreten. In Nordbaden bedeutet der Ausschluß junger Lehrer nicht nur Kontrolle, Bespitzelung und Diskriminierung der organisierten Sozialisten, sondern auch das Verbot, sich zu solidarisieren. Ein junger Lehrer, der sich gegen den Rausschmiß eines Kollegen wandte, wurde bedroht und zu einer Geldstrafe von 300 DM verurteilt. Aus dem Berufsverbot folgt hier das Solidarisierungsverbot, höchst konsequent. Solidarität aber ist eine Grundvoraussetzung jeder funktionierenden Demokratie, so wie

Angstmache Zerstörung des demokratischen Verhaltens bedeutet — wie man zunehmend an den Hochschulen beobachten kann, wo junge Menschen zu Heuchelei und Anpassung verführt werden. Eine Staatsexamensarbeit in Baden behandelte die Einflüsse der Großkonzerne auf die Bildungsarbeit, sie wurde von verschiedenen Professoren mit „Sehr gut" bewertet, der Junglehrer aber wurde dieser Arbeit wegen nicht in das Beamtenverhältnis übernommen („Frankfurter Rundschau" v. 18. April 1975). Reisen in die DDR, Abonnements kommunistischer Zeitungen, Teilnahme an Vietnam-Demonstrationen sind andere aktenkundige Vorwürfe, die deutlich machen, wer hier wirklich die Verfassung und die Grundrechte der Informations- und Meinungsfreiheit bedroht. Es sind — in bester deutscher Tradition — ihre „Schützer".

Ich schließe mit einem Vorschlag fürs Rechenbuch:

1. In den beiden letzten Jahren wurden 250 000 Personen auf ihre Verfassungstreue hin überprüft, 300 davon erhielten Berufsverbot.
   a) Schätze die Mengen der Beamten und Spitzel, die gebraucht werden!
   b) Berechne die Personal- und Bürokosten für die in der Überprüfung Tätigen!
   c) Ermittle die Zahl der ausfallenden Lehrer und berechne die Zahl der ausgefallenen Schulstunden!
   d) Erfinde weitere Aufgaben zum gegebenen Sachverhalt!

2. Die Bismarckschen Sozialistengesetze verboten allen im öffentlichen Bereich Beschäftigten, sich sozialistisch zu betätigen. Kombiniere die Bonner Gesetzgebung in einem Planspiel mit den bisherigen Erfahrungen deutscher Geschichte!
   a) Berechne, wie viele Bundesbahnangestellte, Müllmänner und Friedhofsgärtner in Köln auf ihre Verfassungstreue hin überprüft werden müssen.
   b) Löse die unter 1. a, b und d gestellten Aufgaben im Planspiel!

3. Lies Orwell, 1984!

Dorothee Sölle

Neuerscheinung

Dieter Kramer

Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft

Kleine Bibliothek Band 52
279 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt: Zeitverteilung in der vorindustriellen Produktion – Trennung von Arbeit und Freizeit im Lohnarbeitsverhältnis – Arbeitszeitverkürzung und Intensivierung der Arbeit – Reproduktion der Arbeitskraft – Widersprüche des Konsumangebots für die Freizeit im Kapitalismus – Freie Zeit und gesellschaftlicher Reichtum – Herrschaft und freie Zeit in der Klassengesellschaft – Ansätze zur „Bewältigung" der Freizeit im Kapitalismus – Die offenen Möglichkeiten menschlicher Entwicklung.

Pahl-Rugenstein

NATO-Gipfel und NATO-Krise

Zur gegenwärtigen Situation und Politik des Nordatlantikpaktes

Von Lorenz Knorr

Das diesjährige Gipfeltreffen der NATO in Brüssel sollte die nach dem Scheitern in Vietnam eingeleitete Kurskorrektur der US-Globalstrategie verdeutlichen. Auch wenn innenpolitische Gründe für das Auftreten Präsident Fords in Europa eine gewichtige Rolle spielten, so stand doch die Notwendigkeit im Vordergrund, die „Zuverlässigkeit der USA als Bündnispartner" zu demonstrieren und das modifizierte Rollenverständnis mit den westeuropäischen Staats- und Regierungschefs zu erörtern. Zugleich demonstrierte Ford die Führungsrolle der USA und versuchte glaubwürdig zu bekunden, daß „eine regionale Niederlage mit globalem Prestigeverlust" eine Weltmacht noch nicht vom „Ende der Allmacht zur totalen Ohnmacht" führt [1]). Schließlich versuchte man, die NATO-Staaten auf größere Rüstungsanstrengungen festzulegen und dies als „das Wichtigste" darzustellen — obgleich Bundeskanzler Schmidt „in Übereinstimmung mit Ford" davon ausging, daß die NATO „durch den gegenwärtigen Zustand der Weltwirtschaft stärker (gefährdet werde) als durch militärische Bedrohung" [2]).

Die Verlagerung des strategischen Schwerpunkts in der US-Globalstrategie von Indochina nach Europa — von Kissinger als „Wendepunkt der Geschichte" bezeichnet — war als Folge einer veränderten Weltlage bereits in Fords Erklärung vom 10. April 1975 deutlich erkennbar [3]). In seiner vielzitierten Rede in St. Louis präzisierte Kissinger die Konsequenzen aus der Niederlage in Vietnam. Danach wird die Weltgendarmenrolle keineswegs aufgegeben: die USA wollen sich nicht „unkritisch der Verantwortung entziehen", weil sonst bald stärker als je vorher „Chaos" und „Gefahr" drohten. Man beabsichtige jedoch, was früher unterblieben sei, „die langfristigen Auswirkungen neuer Engagements sorgfältig abzuwägen. Wir dürfen uns nicht übernehmen und versprechen, was weder in unserem Interesse liegt noch in unseren Kräften steht" [4]). Nicht die militärische Macht als Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele ist also in Frage gestellt, sondern lediglich die Bedingungen ihres Einsatzes. Für Europa kündigte Ford in Brüssel an, daß die USA „jeder Nation im Falle des bewaffneten Angriffes zu Hilfe kommen" würden. Doch wenn man zugleich davon ausgeht, daß kein Angriff droht, bleibt dies zunächst Rhetorik [5]). Die Gefahrenzentren dürften vor allem außereuropäische Krisengebiete bzw. die Öl- und Rohstoffprobleme der NATO bleiben.

Die Kurskorrektur der US-Globalstrategie beinhaltet jedoch keineswegs allein eine Verschiebung des geographischen Schwerpunktes. Auch die politischen Prioritäten sind verändert. Während Präsident Johnson im Herbst 1966 dem Ausgleich mit der UdSSR den Vorrang einräumte, stützen sich die USA nach dem Schock, den Vietnam auslöste, vor allem auf die verläßlichsten Verbündeten in Westeuropa, Kanada und Japan, wobei der BRD eine Sonderrolle zufällt [6]). Diese angekündigte Umkehrung der bisherigen Rangordnung bei der Konsultation zur Bewältigung der anstehenden Weltprobleme reißt jedoch — jetzt schon erkenn-

1) „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 31. 5. 1975 und „Die Zeit" v. 30. 5. 1975.
2) SZ v. 31. 5. 1975 und „Die Welt" v. 31. 5. 1975.
3) „Europa-Archiv" (EA), 9/1975, D 239 ff.
4) „Die Zeit" v. 23. 5. 1975.
5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) und „Die Welt" v. 31. 5. 1975.
6) „Die Welt" v. 24. 5. 1975 und „Die Zeit" v. 23. 5. 1975.

bar — neue Widersprüche auf. Der Versuch der USA, mit einer einigen NATO und Japan im Rücken an den Verhandlungstisch mit der UdSSR zu gehen, kann bei dem krisenhaften Zustand der „atlantischen Gemeinschaft" und den besonderen Interessen Japans eher zu einer Schwächung als zu einer Stärkung der US-Verhandlungsposition führen. Die Interessen innerhalb der NATO und Japans etwa zu SALT II, zum Nahostkonflikt, zum Umgang mit blockfreien Staaten usw. sind keineswegs auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Außerdem stellt sich die Frage, ob die zu erwartenden Initiativen der UdSSR sowie Sachzwänge der USA selbst es möglich machen, die anvisierten neuen Prioritäten zu realisieren.

Gleichwohl ist die mit der modifizierten Globalstrategie verbundene Absicht erkennbar. Nach einer „Serie von internationalen Niederlagen" erstreben die USA, bei verkürzten politischen Fronten die verlorene Initiative wiederzuerlangen. Vom sozialistischen Lager, von den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und von den Weltfriedenskräften insgesamt in die Defensive gedrängt, suchen sie nach einer neuen Plattform, um diese Entwicklung umzukehren. Wie das zu bewerkstelligen sei, wußte der „Vorwärts" zu berichten: „Washington wird, sobald das Trauma des verlorenen Krieges überwunden ist, die weltpolitische Initiative zurückzugewinnen suchen. Dazu bedürfen die USA der politischen und militärischen Unterstützung der Westeuropäer" [7]). Wohlgemerkt: auch der „militärischen Unterstützung der Westeuropäer", was auf eine kollektive Ausübung der Weltgendarmenrolle hindeutet und neue Gefahren signalisiert.

Solches Unterfangen nennt „Die Welt" etwas voreilig „Politik der neuen Stärke", wobei die „Konzentration des amerikanischen Engagements auf das Wesentliche, Überschaubare und Garantierbare" zu demonstrieren sei [8]).

Gewiß, man verzichtete weder beim NATO-Gipfel in Brüssel noch bei anderen Gelegenheiten nach dem Zusammenbruch der US-Politik in Indochina darauf, das Festhalten an der Entspannung zu betonen und das Interesse an Erfolgen bei SALT II, KSZE und Abrüstung zu bekunden [9]). Dabei handelt es sich keineswegs nur um verbale Zugeständnisse. Die Außenpolitik der NATO-Staaten, auch die der USA, bildet sich nach der andauernden fundamentalen Umgestaltung der internationalen Beziehungen, nach dem Übergang von der feindseligen Konfrontation des Kalten Krieges zur koexistentiellen Zusammenarbeit nicht mehr allein aus der inneren Gesetzmäßigkeit des Spätkapitalismus. Diese tendiert gerade angesichts vertiefter Krisen zu Aggressionen nach außen. Die NATO ist aber zunehmend genötigt, die vom sozialistischen Lager durchgesetzten und von den Völkern akzeptierten Bedingungen der friedlichen Koexistenz zu berücksichtigen. So fließen realistische Elemente in die antisozialistische Globalstrategie, obwohl man gleichzeitig an Elementen gescheiterter Doktrinen festhält. Die Mischung von verstärkter Rüstung und Festhalten an der Weltgendarmenrolle mit dem Eingehen auf Vorschläge des sozialistischen Lagers zum Abbau der militärischen Konfrontation zeigt die Widersprüchlichkeit und Kompliziertheit des Anpassungsprozesses der NATO an die von den Weltfriedenskräften geschaffenen neuen Situationen.

Für die NATO als Hauptinstrument des Kalten Krieges wird es immer schwerer, in der Phase der koexistentiellen Zusammenarbeit sich zu behaupten, den Berechtigungsnachweis für die weitere Existenz zu erbringen und den überdimensionalen Rüstungsaufwand zu rechtfertigen. Deshalb wurde in einigen Reden und im Schlußdokument des Gipfeltreffens der Popanz von der „ungerechtfertigt wach-

7) „Vorwärts", 21/1975.
8) „Die Welt" v. 22. 5. 1975.
9) Vgl. Tagespresse v. 30. und 31. 5. 1975, E A, 9/1975, D 239 ff., „Die Zeit" v. 23. 5. 1975.

senden militärischen Stärke des Warschauer Paktes" aufgebaut, obgleich seit dem 8. November 1973 bei den Wiener Verhandlungen eine prozentual gleichwertige Abrüstung in Mitteleuropa angeboten ist. Der fortschreitende Entspannungsprozeß und die vertiefte Krise im Westen verstärken ungeachtet aller Appelle die Erosion der NATO. Die vielen zweiseitigen Gespräche während des NATO-Gipfels erfüllten die Funktion, den angehäuften Konfliktstoff und die wachsende Interessendivergenz aus der Vollversammlung herauszuhalten, um einen Eklat zu vermeiden. Dennoch sprach der britische Premier Wilson in der Vollversammlung stellvertretend auch für andere NATO-Staaten, als er erklärte, „es nütze nicht viel, zu sagen, der Aufwand für die Verteidigung sei das Wichtigste. Der Westen stehe unter viel stärkerem wirtschaftlichen Druck als die kommunistischen Länder. Es sei ausgeschlossen, daß England seine Verteidigungsanstrengungen erhöhe. Die Kürzungen des Wehretats seien nötig gewesen" [10]). Die Kürzungen der Rüstungsausgaben in den meisten westeuropäischen Staaten resultieren jedoch nicht allein aus ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten. Im politischen Bereich zeigt sich, daß manche Staaten früher, andere später, einige sehr intensiv, andere sehr ambivalent den Anpassungsprozeß an die neuen Realitäten in Europa vollziehen.

Nachdem die NATO „das schlimmste Jahr ihrer Geschichte" erlebte [11]), keine hoffnungsvolle Zukunftsperspektive zu bieten hat und ihre innere Krise einem Höhepunkt zustrebt, hielt man vieles vom NATO-Gipfel geheim. Aber in Berichten und Kommentaren über Machtbilanz, kollektive Weltgendarmenrolle, NATO-Struktur und -Strategie sowie über Entspannungsbremsmanöver vor dem NATO-Gipfel zeigt sich manches, was hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde.

Machtbilanz nach der Niederlage der USA in Vietnam

„Wenn die Amerikaner in einer asiatischen Kubakrise unterliegen sollten, so wären die Konsequenzen ... auch für die Nordatlantikmächte möglicherweise schicksalsentscheidend." So formulierte es einst Helmut Schmidt [12]). Andere Bonner Politiker erklärten, in Vietnam verteidigten die USA auch Westberlin. Jetzt, nach dem Waterloo der USA in Vietnam, ein Fall vergleichbar „dem Sturz des byzantinischen Reiches" [13]), wird die Losung ausgegeben „In Saigon wurde nicht um Westberlin gekämpft" [14]).

Wie die Apologeten und Helfershelfer des US-Krieges in Vietnam das Scheitern der z. Z. größten Militärmaschinerie der Welt vor dem Befreiungskampf der indochinesischen Völker auch deuten mögen: es ist ein Ereignis von historischem Ausmaß, das eine weitere Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse zeigt und fördert. Zudem schwächt es durch die weltweite Vertrauenskrise der Freunde der USA deren Beziehungen zu ihrer „Schutzmacht". Denn überall auf dem Erdball wird die Frage gestellt, „wie hoch der Bündniswert einer Weltmacht einzuschätzen ist, die mit der größten Katastrophe ihrer Geschichte fertig werden muß" [15]). Lediglich das offizielle Bonn verkündete, daß „Zweifel an der amerikanischen Bündnistreue nicht angebracht sind" [16]). Ansonsten setzte das kritische Abwägen der eigenen Interessen und die Anpassung an die veränderte Machtkonstellation in der Welt bei allen Verbündeten der USA stärker denn je ein [17]).

10) FAZ v. 31. 5. 1975.
11) „Die Welt" v. 17. 5. 1975.
12) Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart, S. XIII.
13) „Der Spiegel", 19/1975, S. 94 ff.
14) „Die Welt" v. 5. 5. 1975.
15) „Der Spiegel", 19/1975, S. 94 ff.
16) Bundestagsprotokoll v. 15. 5. 1975.
17) Verschiedene Tageszeitungen, 14. 5. bis 23. 5. 1975.

Solidaritätsbekundungen, wie sie Ford während des Gipfeltreffens und in seiner Rede am 10. April 1975 aussprach [18]), ändern daran wenig.

Noch können die USA zwar als größte Wirtschafts- und Militärmacht auftreten. Aber die vielfältigen Verschleißprozesse, die sie als Folge der angemaßten Weltgendarmenrolle und des Krieges in Indochina erlitten, schmälern ihre Aktionsfähigkeit. Die Krise des Selbstverständnisses, die nach Watergate und Vietnam in den USA einsetzte, konnte auch durch starke Worte Fords auf dem NATO-Gipfel nicht verdrängt werden. Fords Bericht über die Lage der Nation am 15. Januar 1975 [19]) zeigte, daß das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" wachsende innere und äußere Begrenzungen erfährt. Symbolisch dafür ist u. a., daß die USA in der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 24. November 1974 in Wladiwostok über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen [20]) genötigt waren, den „Grundsatz der Gleichheit" mit der UdSSR erstmals aktenkundig zu akzeptieren; vorher waren sie von der Notwendigkeit ihrer Überlegenheit ausgegangen. Manche sehen bereits die Gefahr auftauchen, daß die USA von der UdSSR „in die Rolle des Zweiten" gedrängt werden [21]).

Die NATO-Staaten als Ganzes stützen sich vorläufig noch auf das größere Wirtschaftspotential, auf eine stärkere Finanzkraft, auf eine umfangreichere Militärmaschinerie und auf ein zahlreicheres Arbeitskräftepotential als die Staaten des Warschauer Paktes. Aber der Anteil der NATO-Staaten an der Weltindustrieproduktion schrumpft ständig, z. B. der der USA von 47 % 1974 auf 25 % 1974, der der EWG-Staaten von 22 % 1947 auf 16 % 1974, während der der sozialistischen RGW-Staaten von 16 % 1947 auf 37 % 1974 wuchs. Die Investitions- und die realen wirtschaftlichen Zuwachsraten liegen in den sozialistischen Staaten durchschnittlich weit über denen der kapitalistischen [22]). Schnell oder langsam wachsende oder gar schrumpfende ökonomische Potenzen beeinflussen die politische Manövrierfähigkeit positiv oder weniger positiv und negativ. Dazu kommt der Vorteil der östlichen Staatengemeinschaft bei der Rohstoffversorgung, während Westeuropa hier eine Achillesferse besitzt.

Wichtiger als quantitative Faktoren sind jedoch die qualitativen. Die zunehmende Krisenanfälligkeit der NATO-Staaten mit unausgenützten Produktionskapazitäten, Arbeitslosigkeit, rapider Geldentwertung, Ungerechtigkeit, Zukunftsangst, Mißtrauen gegenüber den staatlichen Institutionen usw. tragen zur Labilität des Systems bei und unterminieren die militärische Potenz. Insofern konnte NATO-Generalsekretär Luns erklären, daß die „Ost-West-Beziehungen in ruhigere Gewässer gelangt sind", während neue „Bedrohungen" innerhalb der NATO entstanden [23]). Darauf aufbauend konnte Bundeskanzler Schmidt auf dem NATO-Gipfel angesichts einer drohenden gesamtwestlichen Wirtschaftskrise bei anhaltender Inflation auf mögliche soziale Spannungen hinweisen, die zusammen „Sicherheitsrisiken" für die NATO produzieren. Seine Vorschläge zielten auf eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts-, Kredit- und Währungspolitik — die bislang an nationalen Egoismen und Rivalitäten scheiterte — und auf reduzierte Lohnforderungen [24]), die keineswegs sozial stabilisierend wirken dürften.

Die Staaten des Warschauer Paktes dagegen stabilisieren und konsolidieren sich trotz nicht zu übersehender Schwierigkeiten. Ihre ökonomische Integration und

18) EA, 9/1975, D 239 ff.
19) Ebd., 5/1975, D 139 ff.
20) Ebd., 4/1975, D 95 ff.
21) „Vorwärts", 21/1975.
22) „IPW-Berichte", 5/1975, S. 73.
23) EA, 9/1975, D 225 ff.
24) „Die Welt" und „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 31. 5. 1975.

die politische Kooperation zeigt Fortschritt. Der Sieg in Indochina verstärkt zweifellos ihren psychologischen Auftrieb.

Die NATO-Ministertagung am 22./23. Mai 1975 ging davon aus, daß im militärischen Kräfteverhältnis zum Warschauer Pakt „unter Berücksichtigung aller Umstände noch ein gewisses Übergewicht der NATO bestehe, die Tendenz aber zum Ausgleich zeige" [25]). Die wachsende Präsenz der sowjetischen Marine auf den Weltmeeren, insbesondere nach dem Manöver „Okean 75", beweise die entstehende Parität. Für die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen verringert sich damit die Gefahr westlicher Kanonenboot-Diplomatie.

Bereits vor Jahren veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse in der UNO soweit, daß sie aufhörte, Instrument der US-Globalstrategie zu sein. Bei der VI. UNO-Sonderkonferenz 1974 über die „Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung" [26]) konnte die Mehrheit der blockfreien Staaten — gestärkt durch den erfolgreichen Einsatz von Öl als Waffe — Empfehlungen durchsetzen, die koexistentieller und kooperativer Natur sind und die bisherigen Privilegien der westlichen Staaten beschneiden. Auch wenn die NATO-Staaten unter Führung der BRD dieser Entwicklung entgegenwirken [27]), bleiben die Möglichkeiten begrenzt. Nach dem Sieg der Volkskräfte in Indochina ist der Handlungsspielraum der Westmächte weiter eingeengt. Auch die Isolierungsversuche der USA gegen Kuba verlieren in Lateinamerika den Resonanzboden, so daß USA und NATO auch in diesem Bereich Positionen zu räumen gezwungen sind [28]).

Zwar demonstrierten die USA neue Entschlossenheit, indem sie Nordkorea und den ölproduzierenden arabischen Staaten härtere militärische Maßnahmen als bisher im Konfliktfall androhten [29]). Auch im Fall „Mayaguez" zeigten sie Härte. An der für USA und NATO negativen Machtbilanz ändert das wenig, vom psychologischen Effekt abgesehen. Eher verstärkt sich dadurch die internationale Isolierung der USA. Die andauernde Aggressivität und die Bereitschaft, völkerrechtswidrig in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen, wurde wieder einmal deutlich demonstriert.

Die Machtbilanz zeigt den historischen Niedergang der NATO und den zunehmenden Einfluß der Weltfriedenskräfte auf die internationale Entwicklung.

Ölinteressen, Nahostkonflikt und kollektive Weltgendarmenrolle

Von einer „doppelten Zerreißprobe" für die Militärallianz war auf der letzten NATO-Ratstagung 1974 die Rede, falls ein neuer Nahostkrieg entweder Bündnissolidarität mit den engagierten USA bei folgender Ölsperre oder Sicherung der unverzichtbaren Ölversorgung durch araberfreundliche Haltung der westeuropäischen Staaten als Alternative stelle. Dabei könnte auch Westeuropa mehr als bisher gespalten werden [30]). In einem „Geheimbericht" hatte Luns u. a. ausgeführt, daß die NATO-Staaten als Folge der Ölverteuerung bis 1980 Zahlungsbilanzdefizite von 300 Mrd. Dollar erreichten. „Selbst ein teilweises Ölembargo ... würde die freie Marktwirtschaft und das demokratische System mehrerer Allianzländer erschüttern ... Ein neuer Nahostkrieg wird sich nicht mehr auf diese Region beschränken lassen", weshalb eine klare Position der NATO erforderlich sei [31]).

25) FAZ v. 23. 5. 1975.
26) „Blätter", 6/1974, S. 639 ff.
27) FAZ v. 24. 5. 1975.
28) „Die Welt" und FAZ v. 12. 5. 1975.
29) Schlesingers Interview, Tagespresse v. 20. 5. 1975.
30) SZ v. 16. 12. 1974.
31) „Die Welt" und SZ v. 14. 12. 1974.

Luns dramatisierte mit Vorbedacht die komplizierte Lage und gab als alleinige Ursache der originären Krise im Westen die Praxis der „Ölscheichs" an, um eine Konsequenz plausibel zu machen. Diese lag in einer Pentagon-Studie vor und war bereits im Militärausschuß der NATO akzeptiert worden. Danach müßten die Europäer „aus der selbstgefälligen Überzeugung gerissen werden, daß die USA die Krise allein bewältigen könnten". Die NATO dürfe sich „nicht auf irgendwelche willkürlichen Grenzen beschränken", sondern müsse auf die Seegebiete ausgedehnt werden, durch die ihre lebenswichtigen Handelsrouten führten [32]).

Einigkeit über einen ausgeweiteten Territorial- und Kompetenzbereich der NATO war nicht zu erzielen. Die USA hatten bereits bei der Diskussion um die „Atlantische Deklaration" von Ottawa erfolglos versucht, die Lasten ihrer Weltgendarmenrolle nicht nur finanziell mit dem „burden sharing", sondern auch durch direktes Engagement anderer NATO-Staaten in Krisenzonen der Welt stärker als bisher abzuwälzen. Aus den vietnamesischen Erfahrungen zogen sie den Schluß, daß nur die vereinte wirtschaftliche, finanzielle und militärische Kraft aller Westmächte einen erfolgreichen Kampf gegen antiimperialistische Befreiungsbewegungen garantiert. Insofern sei ein kollektiver Weltgendarm unter US-Führung angemessen. In der Deklaration von Ottawa blieb jedoch nur die nicht verpflichtende vorsichtige Umschreibung übrig, daß die gemeinsamen Interessen der NATO-Staaten „durch Ereignisse in anderen Gebieten der Welt berührt werden können" [33]).

Während der Internationalen Begegnung für Wehrkunde Anfang Februar 1975 in München unternahm CDU-MdB Wörner einen erneuten Vorstoß zugunsten des kollektiven Weltgendarms. Der von ihm definierte Sicherheitsbegriff schloß geregelte Energieversorgung und Stabilität des westlichen ökonomischen Systems ein, woraus er „zwingend" schlußfolgerte, „daß jede bewußt unternommene Störung dieses Systems als Aggression erkannt, bewertet und beantwortet werden muß" [34]). Der französische Sprecher dagegen sah den einzigen Weg, ein Wirtschaftschaos in Europa zu vermeiden, in vertrauensvollen Beziehungen und im Willen zur Zusammenarbeit mit den Ölförderländern sowie in der Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes [35]). Er steht damit nicht allein. An solchen prinzipiellen Haltungen scheiden sich die Geister in der NATO.

Angesichts der Bestrebungen, die NATO-Kompetenz auf Nahost und die Seehandelswege auszudehnen, bekräftigte Luns bei dieser Tagung Kissingers Warnung an die Ölförderländer, daß eine „Strangulierung" mit einer „militärischen Intervention" beantwortet würde [36]). Zu diesem Zeitpunkt war bekannt, welche Gefahren damit für Westeuropa heraufbeschworen wurden: „Es war der vorläufige Höhepunkt einer Serie von Indizien, die anzeigen, daß Amerika militärisch, politisch und moralisch auf den Casus belli (in Nahost) vorbereitet ist" [37]). Hatte Bundeskanzler Schmidt deshalb erklärt, „daß wir in einen Konflikt hineingezogen werden können wider unseren Willen" [38])? Warum gab er dann keine eindeutige Erklärung ab gegen die erweiterte NATO-Kompetenz? Nach dem Inhalt seines Amtseides wäre er dazu verpflichtet. Selbst die sonst scharfmacherische „Welt" warnte vor einer kollektiven Weltgendarmenrolle: gerade die BRD „hat allen Grund, an Geist und Buchstaben des Nordatlantikpaktes festzuhalten, der mit Bedacht den Bündnisfall auf den atlantischen Raum beschränkt" [39]).

32) „Der Spiegel", 3/1975, S. 56 ff., und „Neue Zürcher Zeitung" v. 14. 12. 1974.
33) „Bulletin", hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 21. 6. 1974, S. 735/736, Ziff. 11.
34) „Wehrkunde", 2/1975, S. 61 ff., SZ v. 3. 2. und 4. 2. 1975.
35) SZ v. 4. 2. 1975.
36) FR v. 3. 2. 1975.
37) „Der Spiegel", 3/1975, S. 59.
38) Ebd., 1/2 1975, S. 33.
39) „Die Welt" v. 3. 2. 1975.

Das Frühjahrsmanöver der NATO mit der Aufgabe, eine Intervention gegen Ölländer zu simulieren [40]), in Verbindung mit der jüngsten Drohung Schlesingers gegen arabische Ölländer zeigt, daß die Kriegsgefahr in Nahost und die Einbeziehung westeuropäischer Staaten keineswegs abgewendet ist [41]).

Mitte Mai 1975, auf der Tagung der NATO-Minister für Militär und Rüstung, eskalierten die USA eine Sprosse weiter. Sie forderten die Einbeziehung des faschistischen Spaniens und des wegen seiner Rassenpolitik verurteilten Südafrikas in die NATO [42]). Es entwickelte sich eine dramatische Situation. Holland drohte mit dem Austritt aus der NATO und kündigte den Verlust des strategisch wichtigen Nachschubhafens Rotterdam an. Auch Belgien, Dänemark, Norwegen und z. T. Großbritannien sperrten sich gegen die Ausweitung. Als Begründung für die Ausweitung der NATO benützte man diesmal nicht die „Ölscheichs", sondern die sowjetische Präsenz auf den Weltmeeren.

Beim Gipfeltreffen verlangte Ford von den westeuropäischen Staaten, „eine überregionale Mitverantwortung für weltpolitische und weltwirtschaftliche Fragen (zu) übernehmen" [43]). Er scheiterte damit ebenso wie mit seinem Versuch, Spanien an die NATO heranzuführen [44]). Sein anschließendes Auftreten in Spanien war eine Brüskierung der meisten NATO-Partner, was keineswegs krisenmildernd wirkt.

Die USA werden zu ihrer Entlastung und zur Sicherung ihres Einflußbereiches ohne Rücksicht auf die Interessen der westeuropäischen Staaten versuchen, die Militärallianz auszudehnen und die kollektive Weltgendarmenrolle durchzusetzen. Damit wächst die Brisanz innerhalb der NATO.

Zwei-Säulen-Struktur der NATO oder ein „harter Kern"?

Die Niederlage der USA in Indochina belebte eine alte Diskussion über eine neue Struktur der NATO. Seitdem die USA unter Johnson den Schwerpunkt ihrer antikommunistischen Praxis von Europa nach Ostasien verlagerten und seit durch das koexistentielle Suchen nach Sicherungen wider die gegenseitige atomare Vernichtung der nukleare US-Schirm für Westeuropa löchrig wurde, diskutiert man die Neustrukturierung der NATO im Sinne von zwei relativ selbständigen Säulen unter einem gemeinsamen Dach. Franz Josef Strauß hatte schon 1966 geschrieben: „Selbstverständlich wird auch ein militärisch eigenständiges Europa neben starken konventionellen Streitkräften über taktische sowie strategische Atomwaffen verfügen". Dies war seine Konsequenz aus der Analyse, nach der die USA wegen der weltweiten Überbeanspruchung ihrer Kräfte ein provisorisches Stillhalteabkommen mit der UdSSR abzuschließen gezwungen seien, „und zwar in erster Linie zulasten Europas" [45]). Heute fordert auch der hessische CDU-Vorsitzende Dregger mit gleicher Prononciertheit eine derartige NATO-Reform [46]). Beide folgen dem Konzept de Gaulles, der damit allerdings keine aggressiv-expansiven Ziele anvisierte, obgleich auch er ein vereintes Gesamteuropa als dritte Kraft zwischen beiden Weltmächten anstrebte. Der Besuch von Strauß in China stand ganz im Zeichen seiner Strategievorstellungen. Mit einer eigenständigen westeuropäischen Atommacht und einem vom Westen unterstützten

40) FAZ v. 30. 5. 1975.
41) „Die Welt" v. 20. 5. 1975.
42) Tagespresse v. 24. 5. 1975.
43) SZ v. 28. 5. 1975.
44) Tagespresse v. 31. 5. 1975.
45) Entwurf für Europa, S. 37 und 103, Stuttgart.
46) FR v. 7. 2. 1975, „Die Welt" v. 21. 4. 1975.

China die UdSSR so in die Zange zu nehmen, daß der Weg nach Osteuropa frei wird, das ist der Inhalt seiner Politik. Nach dem Motto „Meines Feindes Feind ist mein Freund" soll nachgeholt werden, was im Kalten Krieg nicht erreicht wurde. Nur der Zwang zur Koexistenz, dem sich auch die USA ausgesetzt sehen, und die derzeitige NATO-Struktur schienen dabei zu stören. Der „Bayernkurier" versuchte denn auch in seiner Vorschau auf das NATO-Gipfeltreffen die westeuropäische Eigenständigkeit psychologisch vorzubereiten: „Die Ford-Administration schenkt den Schutzinteressen der europäischen Allianzpartner innerhalb der NATO kaum Beachtung. Sie will nur ihren Einfluß im Bündnis gewahrt wissen, um es als Instrument seiner Globalstrategie in der Auseinandersetzung mit der Sowjetmacht und der Volksrepublik China einzusetzen" [47]).

Kurz bevor der Einsatz von Öl als Waffe Westeuropa schwächte, hatte eine EG-Gipfelkonferenz in Kopenhagen in der „Charta der europäischen Identität" — wenn auch ohne das Streben nach einer westeuropäischen Atomstreitmacht — neue politische Prioritäten gesetzt. Dabei rangierte erstmals die Bindung an die USA an vierter Stelle hinter der westeuropäischen Einigung, hinter der Assoziierungspolitik der EG und hinter der Verantwortung für die Länder des Mittelmeerbeckens und Afrikas [48]). Dies wurde als späte Reaktion darauf verstanden, daß die USA ihre NATO-Partner stets vor vollendete Tatsachen gestellt hatten — nicht nur bei dem Weltkriegsrisiko der militärischen Eskalation in Vietnam — und die Lasten der Weltgendarmenrolle immer stärker auf Westeuropa abzuwälzen versuchten. Eine solche Machtverschiebung innerhalb des spätkapitalistischen Lagers schien real gegeben durch die ungleichmäßige Entwicklung der westlichen Staaten, wobei die wirtschaftliche, handelspolitische und monetäre Potenz der EWG gegenüber der USA gewaltig angewachsen war. Nun sollte durch die politische Praxis der „Europäischen Identität" die Angleichung an die materiellen Veränderungen erfolgen.

Die USA wollen jedoch ihre oft infrage gestellte Führungsrolle im westlichen Lager nicht angetastet sehen. Präsident Ford unterstrich den Führungsanspruch erneut in seinem Bericht über die internationale Lage [49]) und auch auf dem Gipfeltreffen in Brüssel. Für die USA ist dies keinesfalls allein eine Prestigefrage, sondern ein Ausdruck vielfältiger Interessen. Aktiv unterstützt wird dieser US-Anspruch allein von der Bundesregierung in Bonn [50]). Helmut Schmidt nennt die USA sogar „die zur Führung verpflichtete westliche Macht" [51]).

Umgekehrt ist die US-Führung bestrebt, im Rahmen der Bemühungen um einen kollektiven Weltgendarm, die wirtschaftlich relativ stabile, finanz- und währungspolitisch starke sowie militärisch nach den USA in der NATO aufwendigste BRD als eine Art „Hilfssheriff" für ihre Unterstützung zu gewinnen [52]). Vor allem nach der Kurskorrektur der US-Globalstrategie wird die Rolle der BRD innerhalb der NATO „als verläßlichster Bündnispartner" verstärkt. Die „neue Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen" führt dazu, daß sich Washington und Bonn in allen die NATO betreffenden Fragen „ganz eng abstimmen". Die US-Führung geht nach dem Debakel in Indochina davon aus, daß für ihre Sicherheit nicht nur Abmachungen mit der UdSSR über strategische Atomwaffen, sondern auch die Streitkräfte der BRD von besonderer Bedeutung sind [53]). Dabei handelt es sich nicht nur um eine Aufwertung der BRD, sondern um eine qualitativ neue Rolle.

47) „Bayernkurier" v. 19. 4. 1975.
48) „Bulletin" v. 18. 12. 1973, S. 1651 ff.
49) EA, 9/1975, D 239 ff., und FAZ v. 14. 5. 1975.
50) So Georg Leber, vgl. FR v. 27. 5. 1975.
51) „Die Welt" v. 28. 5. 1975.
52) „Der Spiegel", 1/2 1975, S. 28.
53) „Die Welt" v. 24. 5. 1975 und „Die Zeit" v. 23. 5. 1975.

In der politischen Praxis entstand in der NATO ein „harter Kern", den die USA und die BRD bzw. deren militärisch-industrielle Komplexe bilden, während die weniger engagierten übrigen Staaten mitgezogen werden. Zwar verfügen letztere über eine zahlenmäßige Mehrheit, aber das politische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Gewicht von USA und BRD, die zusammen über 75 % des Potentials verfügen (ohne Frankreich), dominiert.

Die Tendenz zum „harten Kern" spitzte sich angesichts der vertieften Krise weiter zu. In den meisten westeuropäischen NATO-Staaten verringerte man den Anteil der Rüstungskosten am Sozialprodukt um ein Viertel bis Drittel und wurde gleichzeitig die Militärdienstzeit verkürzt, während allein die USA und die BRD das Militärpotential effektiv erweiterten. Das „Zerflattern der Südflanke der NATO" und die Instabilität der Nordflanke festigten die Achse Washington—Bonn noch mehr.

Die Probleme der Südflanke waren erwartungsgemäß auch auf dem Gipfel und in zweiseitigen Gesprächen nicht lösbar [54]). Die Versuche, Portugal aus der NATO zu drängen oder es durch finanzielle und wirtschaftliche Eingriffe „umzudrehen", dürften die Lage eher verschlimmern als verbessern.

Unter diesen Bedingungen kann vorläufig von „zwei Säulen" nicht die Rede sein [55]), auch wenn Frankreich dieser Tage sein Interesse an einem „europäischen Sicherheitsrat" bekundete [56]). Der harte Kern der NATO festigt sich weiter — wobei unschwer festzustellen ist, wessen Interessen die Bundesregierung in diesem Fall vertritt. Aber der Streit um die Neustrukturierung hält an. Während des NATO-Gipfels plädierte Peter Scholl-Latour, sicher nicht ohne Absicherung, demonstrativ für eine eigenständige westeuropäische Atomstreitmacht [57]). Andere Kräfte suchen aus Gründen der Friedenssicherung ein distanzierteres Verhältnis Westeuropas bzw. einzelner Staaten desselben zu den USA. Der NATO-Gipfel konnte diese interessenbestimmte Problematik nur übertünchen, nicht lösen.

Ambivalente neue Militär-Strategie für die NATO

Präsident Ford hatte in seinem Reisegepäck für den Gipfel die Unterlagen für „eine modernisierte Verteidigungsplanung", deren „militärische Einzelheiten" bereits im zuständigen NATO-Ausschuß erörtert waren [58]). Dabei handelte es sich nicht allein um ein neues Waffengeschäft, sondern um eine veränderte Strategie.

Die Doktrin der „massiven Vergeltung", gekoppelt mit dem Streben nach den Vorkriegsgrenzen, wurde bekanntlich hinfällig, als die UdSSR in der atomaren Bewaffnung gleichgezogen hatte und die USA mit dem Risiko der Verwüstung im Falle eines Nuklearkrieges konfrontiert waren. Es folgte die Doktrin der „flexiblen Reaktion", die den abgestuften Einsatz konventioneller Waffen sowie taktischer und strategischer Kernwaffen vorsieht. Mit dem Übergang zur Entspannung und mit der Entwicklung neuer Waffentechnologien mußten nicht nur für die NATO allgemein, sondern auch für deren Militärstrategie Erosionserscheinungen auftreten [59]).

Am 22. Juni 1973 hatten Breschnew und Nixon das Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges unterzeichnet. Es war die Konsequenz aus der Einsicht, daß die Zerstörungskraft der Waffen solche Ausmaße erreicht hatte, daß diese nicht nur den Verzicht auf Atomkrieg und Androhung desselben nahelegten,

54) „Die Welt" und FR v. 30. 5. und 31. 5. 1975.
55) Bundestagsprotokoll v. 15. 5. 1975.
56) „Die Welt" v. 28. 5. 1975.
57) „Deutsche Zeitung" v. 30. 5. 1975.
58) SZ v. 26. 5. 1975.
59) Vgl.: Gesucht: ein neues Konzept für die Sicherheit, in: „Die Zeit", 23. 5. 1975.

sondern auch eine Politik, die eine Verschärfung der Lage als Vorstufe militärischer Konfrontation vermeidet [60]). Wenige Wochen später erklärte US-Verteidigungsminister Schlesinger, daß er „dem amerikanischen Präsidenten zusätzliche Optionen für strategische Nuklearwaffenangriffe begrenzter Wirkung" verfügbar mache [61]). Dies reflektiert nicht nur den Versuch der aggressivsten Kräfte der USA, das Abkommen zur Verhütung eines Atomkrieges zu unterlaufen, den Rüstungswettlauf anzuheizen und die Entspannung zu stören. Man beabsichtigte zugleich, trotz koexistentieller Zusammenarbeit am Pressionsmittel atomarer Potenz festzuhalten [62]). Zugleich lebte damit die Diskussion über die wirklichen Absichten der USA auf.

Die Entwicklung von Kleinstatombomben, die auf Interkontinentalraketen mit zielgenauer elektronischer Steuerung „begrenzte chirurgische Schläge" auf Waffensysteme des potentiellen Gegners erlauben, retouchierten das bisherige Kriegsbild, wodurch angeblich die „Abschreckung glaubhafter" sein sollte [63]). Mit dem neuen Geheimdokument MC 14/4 hielt man also, trotz der Eskalation positiver Schritte im Entspannungsprozeß, an der „Politik mit der Vernichtungsspirale" [64]) fest, wenn auch gekoppelt mit dem Versuch, das US-Territorium als Kriegsschauplatz auszuklammern.

Diese neue Strategie offenbart jedoch — dem Kräfteverhältnis in der US-Führung zwischen Kalten Kriegern und Entspannungsbefürwortern entsprechend — ambivalenten Charakter. Sie kann einerseits das Kriegsrisiko in Europa vergrößern, zumal die Planer im Pentagon einen Rahmen schaffen wollen, „in dem militärische Konflikte auf einem niedrigeren Niveau stattfinden können". Die Gefahr des Stellvertreterkrieges mit dem Ziel der Veränderung der Machtlage zu eigenen Gunsten, der Waffenerprobung und der Vernichtung überschüssigen Kapitals ist keineswegs gebannt. Andererseits ist es möglich, daß die in Europa gelagerten taktischen und strategischen US-Atomwaffen samt deren Trägern überflüssig werden [65]). In den USA diskutiert man seit Monaten zwei Studien, eine des Kongresses und eine des Brooking-Institutes, die eine Verringerung der 7200 in Westeuropa gelagerten Atomwaffen auf 2000 oder 3000 vorsehen, ohne daß eine „Sicherheitslücke" entstünde [66]). Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen Abbau des atomaren Potentials der USA, sondern vielmehr um seine Verlagerung auf U-Boote, die wegen ihrer Beweglichkeit weniger leicht auszuschalten sind.

Solche Planungen lösten bei der Dezember-Tagung der NATO und jetzt wieder im Mai „grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten" aus. Die US-Konzeption basiert auf der Annahme, daß im Falle eines Krieges in Europa durch die Weltraumaufklärung mit einer relativ langen Vorwarnzeit zu rechnen sei, während der man das konventionelle Truppenpotential voll mobilisieren könnte. Die erste Phase eines konventionellen Krieges müsse man durchstehen, bis sich die Lage nach Heranführung von US-Reserven verbessere. Man müsse nur die konventionellen Streitkräfte verstärken, pro Jahr real um 3 bis 5 %; dafür wäre eine Verringerung des atomaren Potentials in Europa möglich. Die USA gaben selbst ein Beispiel, indem sie mit der „Umrüstung" von 18 000 Nachschubsoldaten für zwei zusätzliche Kampfbrigaden begannen.

Die Generalität in Bonn und die NATO-Stäbe in Europa dagegen gehen davon aus, daß es keine Vorwarnzeit gäbe, daß im Falle eines Krieges die Warschauer-

60) „Blätter", 7/1973, S. 788/789.
61) EA, 23/1974, S. 790.
62) Ebd., S. 794/795.
63) Tagespresse 12. bis 14. 6. 1974, EA, 10/1974, und EA, 23/1974.
64) Herman Kahn, Eskalation, Berlin (West).
65) EA, 23/1974, S. 794/795.
66) SZ v. 9. 12. 1974.

Pakt-Staaten mit überlegenen konventionellen Kräften vordringen würden, so daß man zu einem sehr frühen Zeitpunkt Atomwaffen einsetzen müsse. Eine verstärkte konventionelle Streitmacht könne niemals die Präsenz von Atomwaffen ersetzen [67]). Während die US-Administration dazu tendiert, den Einsatz ihres nuklearstrategischen Potentials aus Gründen der Selbsterhaltung von einem Krieg in Europa „abzukoppeln", geht man hier von der „Abschreckung durch vorbedachte Eskalation und Drohung mit dem großen Bruder" aus [68]).

Derlei Planungen lassen völlig außer acht, daß bereits ein konventioneller Krieg zu substantiellen Zerstörungen der BRD führen würde. Kompetente Wissenschaftler haben schon vor geraumer Zeit unwiderlegt nachgewiesen, daß die BRD weder konventionell noch mit Atomwaffen zu verteidigen ist [69]).

Indessen sind mit solchen Vernichtungsplanungen reale Interessen verbunden. Die USA versuchen, die militärische Abhängigkeit Westeuropas zum eigenen Vorteil zu erhalten, und zielen auf atomare Schwächung Westeuropas. Außerdem sieht ihre Planung nicht vor, daß die Europäer vorschreiben, wann beim Einsatz militärischer Mittel zur nächsten Stufe der Eskalation überzugehen ist. Schließlich versuchen sie, neuestes elektronisches Gerät für konventionelle Waffensysteme en gros an die westeuropäischen Staaten zu verkaufen, um die eigene Rüstungswirtschaft zu beleben. Der militärisch-industrielle Komplex der USA sucht mit neuem konventionell-elektronischen Gerät einen Ausgleich für die Begrenzungen, die SALT II dem Rüstungswettlauf auferlegt [70]).

Bonn hält jedoch mit der Strategie der „flexiblen Reaktion" an Atomwaffen auf deutschem Boden fest [71]). Die Option auf eine westeuropäische Atomstreitmacht ist unverkennbar. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa würde den Weg dahin versperren und dem „Souveränitätsdefekt" — wie Strauß den Nichtbesitz an Atomwaffen nannte — dauerhaften Charakter verleihen. Einer möglichst hohen Präsenz von US-Truppen und -Waffen, einschließlich atomarer, wird eine Geiselfunktion zugemessen, die bei wirksamer Entspannung mit stabilen Grenzen unnötig wäre, die ihren Sinn erst durch die Option auf ein wiederzuvereinigendes Deutschland erhält. Die Deklassierung der Staatsgrenze zwischen BRD und DDR durch das völkerrechtswidrige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einer Grenze des Ranges, wie sie zwischen Hessen und Bayern verläuft, deutet eine Problematik an, die keineswegs entspannungsfördernd ist.

Während des Gipfeltreffens konnte die BRD mit ihrem gegenüber den USA gewachsenen Gewicht erreichen, daß kein rapider Abzug von US-Atomwaffen aus Mitteleuropa erfolgt. Aber der Streit um die neue Strategie ist nicht beigelegt. Auch die zur weiteren Entspannung und Abrüstung drängenden Völker werden durch ihre Aktivität einen Beitrag zum Thema leisten.

Sicherheit in Europa durch Verständigung und Abrüstung

Durch die verstärkte Rolle der BRD könnte bei der KSZE und den Wiener Abrüstungsverhandlungen beachtliche Akzentverschiebungen im Verhalten der NATO-Staaten entstehen. An einem erfolgreichen Abschluß der KSZE bekundeten zwar alle beteiligten Staaten ihr Interesse, die NATO-Staaten auch während des Gipfels in Brüssel [72]). Dennoch verbinden sich mit dieser Konferenz und ihren

67) FAZ v. 12. 12. 1974; vgl. auch FAZ v. 10. 12. 1974, „Die Welt" v. 5. 11. 1974, 14. 11. 1974 und 11. 12. 1974.
68) Vgl. General a. D. Hinrichs in „Wehrkunde", 5/1975, S. 226 ff.
69) Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, hrsg. C. F. v. Weizsäcker, München.
70) „Die Zeit" v. 23. 5. 1975 und „Wehrkunde", 6/1974, S. 290.
71) Vgl. Genschers Erklärung in Brüssel, teilweise zit. in FAZ v. 13. 12. 1974.
72) Tagespresse v. 31. 5. 1975.

Ergebnissen divergierende Ziele und Erwartungen. Die sozialistischen Staaten legten das Schwergewicht von Anfang an darauf, trotz aller Systemkonkurrenz und trotz der prinzipiellen Unvereinbarkeit der Gesellschaftssysteme verbindliche Grundlagen und Regeln für die Zusammenarbeit auf der Basis des Status quo zu fixieren [73]). Für sie geht es um multilaterale Vereinbarungen, um die friedliche Koexistenz vertraglich abzusichern und durch verstärkte Kooperation zum allseitigen Nutzen dem Frieden in Europa eine feste materielle Grundlage zu geben. Bonn versucht dagegen, alle Westmächte auf das Konzept des „peacefull change", der friedlichen Veränderungen, einzuschwören [74]). Genscher umriß es so: „Außerordentlich wichtig" sei „die Möglichkeit der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen", was er damit verband, „daß wir die deutsche Frage offenhalten". Dies steht im Zusammenhang mit dem „Prozeß der europäischen Einigung, der ein zentraler Punkt unserer Außenpolitik ist", wobei er offenbar nicht den westeuropäischen Zusammenschluß meinte. Sonst hätte er nicht schlußfolgern können, daß „der Wegfall der Grenzen die schärfste Form der Veränderung ist" [75]). Prof. Carstens drückte dies etwas deutlicher aus und verlangte jüngst wieder, die Forderung an die NATO auf „Wiederherstellung der deutschen Einheit" zu stellen [76]). Ein bekannter Interpret der ostpolitischen Vertragspolitik Bonns, Prof. Ludz, definierte deren „Mehrdimensionalität und Ambivalenz" mit der Feststellung, daß sie einerseits die „Anerkennung des Status quo" enthalte, andererseits die „Transformation des Status quo" anstrebe [77]). Um solche Ziele zu erreichen, legten die Westmächte den Schwerpunkt ihrer Bemühungen bei der KSZE auf den sogenannten Korb 3, d. h. auf den „Austausch von Meinungen, Informationen und Menschen". Wiewohl eben dies bei Abkehr von subversiven Zielen fruchtbar für alle Länder sein könnte, wird es als Gleitschiene für friedliche Veränderungen des territorialen und sozialen Status quo betrachtet, mindestens aber als eine Schwächung der Systemalternative.

Gerade an diesem Punkt verlangte man während der Maitagungen von NATO und WEU größere Zugeständnisse von den östlichen Nachbarn und nimmt dafür nicht nur weitere Verzögerungen des Abschlusses auf höchster Ebene in Kauf, sondern versucht zugleich, damit die andere Seite zu erpressen und das westliche Konzept durchzusetzen [78]). Ford zielte auf dem Gipfel in die gleiche Richtung, als er sagte, die Entspannung sollte „so geführt werden, daß sie zuerst den westlichen Interessen und nicht denen des Gegners" dient [79]). Wieweit er diese Linie durchhalten kann, ist eine andere Sache, denn Entspannung basiert auf dem gegenseitigen Vorteil, oder es gibt sie nicht.

Willy Brandt präsentierte inzwischen einen Kompromißvorschlag über die Weiterführung der KSZE nach der dritten Phase, nach dem auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister darüber berichtet wird, wie die Ergebnisse der Konferenz im Prozeß der Realisierung aussehen [80]). Er wich damit, offenbar gedrängt vom verstärkten politischen Druck gesellschaftlicher Kräfte, von der bisherigen auf eine „Pause im Entspannungsprozeß" drängenden Haltung ab. Jedoch würde auch die Institutionalisierung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit in einem Gremium, wie es die sozialistischen Länder vorschlagen, der auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten ausgerichteten „indirekten Strategie" des subversi-

73) Aufruf des ZK der KPdSU usw. An die Völker, Parlamente und Regierungen, „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 22.5. 1975.
74) DVZ v. 26. 9. und 3. 10. 1974.
75) „Bulletin" v. 2. 4. 1975, S. 404.
76) Bundestagsprotokoll v. 15. 5. 1975, S. 11874 C.
77) „Außenpolitik", 3/1974, S. 253/254.
78) FAZ v. 27. 5. 1975.
79) FAZ v. 30. 5. 1975.
80) Bundestagsprotokoll v. 15. 5. 1975, S. 11858.

ven Hineinwirkens nicht schon durch seine Existenz einen Riegel vorschieben. Verzögerungen löst die von Bonn inspirierte Haltung der NATO-Staaten auf jeden Fall aus. Mitunter wird solcher Bremsung des Entspannungsprozesses die Funktion zugemessen, dessen positive innenpolitische Rückwirkungen — Abbau des „Feindbildes" und Verlangen nach Rüstungsabbau — aufzufangen und die Hände für die Bewältigung der inneren Krise freizubekommen.

Im Gegensatz zu den Fortschritten, die die KSZE trotz aller Schwierigkeiten bereits brachte, stagnieren die Verhandlungen in Wien über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Das ist kein Zufall. Ursprünglich hatten diese Verhandlungen für die NATO „primär den Charakter diplomatischen Spielmaterials" [81]). Sie werden auch jetzt noch „als Kontrollinstrument gegen einseitige westliche Verteidigungseinschränkungen" aufgefaßt [82]). Die NATO betrachtet „Truppenreduzierungen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Veränderung des militärischen Status quo" zu ihren Gunsten [83]). Von solchen Positionen ausgehend, ist es kein Wunder, daß die NATO auf Betreiben der BRD den realistischen Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten auf eine prozentual gleichwertige, für drei konkrete Phasen fixierte und alle Waffengattungen umfassende Abrüstung sowie einen Rüstungsstopp während der Verhandlungen ablehnte [84]). Gegenwärtig setzen USA und BRD eine gewaltige Umrüstung in Gang, um selbst bei Reduzierungen von Truppen und Gerät Effizienz und Feuerkraft zu verstärken. Aber das Kostenproblem dürfte dazu nötigen, eine Grenze zu setzen. Kissinger ließ jüngst verlauten, daß nach dem KSZE-Gipfel, nach SALT II bzw. nach einem Treffen von Breschnew und Ford auch in Wien Fortschritte möglich seien [85]). Nicht zuletzt wird es von der Aktivität gesellschaftlicher Kräfte abhängen, ob das Tempo bei den Abrüstungsverhandlungen beschleunigt wird oder nicht.

Für die westeuropäischen Staaten liegen in der KSZE und deren Weiterführung in einem institutionalisierten gesamteuropäischen Gremium sowie in der Wiener Abrüstungskonferenz ausgezeichnete Perspektiven für die eigene Entwicklung. Als Alternative zu der immer tiefer in die Krise gleitenden und nur Gefahren produzierenden NATO, die ständig nach kurzfristigen Rettungsaktionen verlangt — auch nach der Kurskorrektur an der US-Globalstrategie —, bieten KSZE und Abrüstung langfristige Entfaltungsmöglichkeiten. Die Umfunktionierung von Rüstungsmilliarden in Sozialinvestitionen ermöglicht die Lösung vieler innenpolitischer Probleme, z. B. die Reformfinanzierung und die Reduzierung der Inflationsrate. In einer verstärkten Kooperation mit den östlichen Nachbarn sind nicht nur starke friedenssichernde Elemente angelegt, sondern auch Möglichkeiten, durch bessere Auslastung der Produktionskapazität eine Reihe sozialer Probleme, z. B. das der Arbeitslosigkeit und das der rückläufigen Steuereinnahmen, zu mildern. Die einseitige Abhängigkeit von den USA könnte man im Prozeß gesteigerter west-östlicher Zusammenarbeit durch ein ausgewogenes System der internationalen Balance zum Vorteil aller europäischen Völker ersetzen. Kollektive Sicherheitsgarantien, sowohl für die territoriale Unantastbarkeit eines jeden Staates als auch für die Entwicklung der inneren Strukturen nach den Bedürfnissen und Interessen der Menschen, sind bereits im Entstehen und können im Rahmen eines kollektiven Systems europäischer Sicherheit verbessert werden.

81) „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 13/1973, S. 42.
82) „Die Welt" v. 12. 12. 1974.
83) „Aus Politik und Zeitgeschichte", 13/1973, S. 43; vgl. auch Außenminister Genscher im Bundestag am 15. 5. 1975, S. 11870 C.
84) V. Komlev, Die Wiener Verhandlungen, DVZ, 9/1975, S. 1 und 5.
85) FAZ v. 20. 5. 1975.

Das Gipfeltreffen der NATO leistete für eine derartige Perspektive keinen Beitrag. Noch dominieren in der NATO die parasitären Sonderinteressen der militärisch-industriellen Komplexe, wenn auch bereits erheblich eingeschränkt von realistischeren Kräften im Großkapital und in manchen Regierungen, vor allem aber von der allgemeinen Weltlage, in der sie die Initiative verloren. So ist die NATO zu Anpassung genötigt, aber zugleich zielt jede ihrer Maßnahmen im politischen, ökonomischen, militärischen und psychologischen Bereich auf die Verstärkung des antisozialistischen Kampfes innerhalb der Staaten und im internationalen Bereich. Doch der Widerspruch zwischen den Zielen der NATO und ihrer Realisierungschancen wächst — auch wenn vor und während des Gipfeltreffens versucht wurde, diesen Trend umzudrehen. Die Interessen der Völker und der Entspannungsprozeß können Zug um Zug gegen das aus dem Kalten Krieg überkommene Militärbündnis durchgesetzt werden. Erstmals wurde auf einem NATO-Gipfeltreffen die Hoffnung auf Auflösung der gegeneinander gerichteten Militärblöcke ausgesprochen — vom portugiesischen Regierungschef Goncalves [86]). Jede Verstärkung der Aktivität für koexistentielle Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt fördert den Erosionsprozeß der NATO und ebnet den Weg für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa.

Die Weltwirtschaft des Kapitals

Vierteljahresübersicht

Von Jürgen Kuczynski

I. Die Weltpreisstruktur

Im letzten Jahr sind die Weltmarktpreise für Rohstoffe gefallen. Der „Economist" gibt folgende Zahlen für Ende April 1975 im Vergleich zu Ende April 1974:

Preisbewegung von Rohstoffen im Welthandel

Insgesamt	*— 21,4 %*
darunter Nahrungsmittel	*— 11,5 %*
darunter industrielle Rohstoffe	*— 39,7 %*
darunter Metalle	*— 51,6 %*

Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Preise von Rohstoffen vor einem Jahr einen Höhepunkt erreicht hatten und daß trotz des Rückgangs im letzten Jahr die Rohstoffpreise im Vergleich zu 1970 oder 1938 oder 1913 oder 1883 noch immer einen Höhepunkt halten.

86) SZ v. 31. 5. 1975.

Viel bedeutsamer aber noch als die absolute Höhe der Rohstoffpreise ist die Tatsache, daß sie im Vergleich zu den Preisen industrieller Fertigwaren so stark gestiegen sind. Das ist eine Entwicklung von größter Bedeutung in der Geschichte der Preisstruktur des Kapitalismus, die auch sehr gewichtige Auswirkungen auf das wirtschaftliche und politische Verhältnis der imperialistischen und der Entwicklungsländer hat.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über das Verhältnis der Rohstoffpreise zu den Preisen von industriellen Fertigwaren im Welthandel (1913 = 100) [1]:

Jahre	*Index*	*Jahre*	*Index*
1876—1880	*107*		
1881—1890	*104*	*1876—1900*	*101*
1891—1900	*91*		
1901—1910	*96*		
1911—1913	*100*		
1913	*100*	*1901—1938*	*87*
1921—1929	*85*		
1930	*77*		
1931—1938	*73*		
1948—1950	*111*		
1951—1959	*109*		
1960—1969	*90*	*1948—1973*	*99*
1970—1973	*93*		
1973	*110*		
1974	*136*		

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen lagen die Rohstoffpreise im Verhältnis zu den Preisen industrieller Fertigwaren besonders niedrig. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg stiegen sie wieder relativ auf das Niveau der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. 1974 jedoch lagen sie ganz ungewöhnlich hoch.

Wenn wir die gesamte Geschichte des Verhältnisses von Rohstoffpreisen und industriellen Fertigwaren in den letzten 400 Jahren überblicken, dann können wir folgende Feststellungen machen:

1. Ein beachtlicher Teil der Rohstoffe, die die kapitalistischen Länder verbrauchten, wurden aus den Kolonien bezogen. Ja, man kann auch umgekehrt formulieren: ein beachtlicher Teil von Ländern wurde von den kapitalistischen Mächten zu Kolonien gemacht, um sich der Rohstoffe dort zu bemächtigen, seien es Nahrungsmittel oder Metalle oder Baumwolle und andere Naturfasern; später kam vor allem Erdöl dazu. Diese Tendenz verschärfte sich noch ganz außerordentlich mit der Entwicklung der modernen Monopole. Lenin schreibt in seiner Imperialismus-Studie:

„Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer. Derartige Monopole sind am festesten, wenn *alle* Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden, und wir haben gesehen, wie eifrig die internationalen Kapitalistenverbände bemüht sind,

[1] Die Zahlen wurden berechnet aufgrund der Angaben für Rohstoffpreise und industrielle Fertigwaren: für die Jahre 1876 bis 1930 in: „Industrialization and Foreign Trade", League of Nations, 1945; für die Jahre 1930 bis 1959 in: A. Maizels, Industrial Growth and World Trade, Cambridge 1963; für die Jahre 1959 bis 1974 in: "Monthly Bulletin of Statistics" der UNO.

dem Gegner jede Konkurrenz unmöglich zu machen, wie eifrig sie bemüht sind, z. B. Eisenerzlager oder Petroleumquellen usw. aufzukaufen. Einzig und allein der Kolonialbesitz bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen Zufälligkeiten im Kampfe mit dem Konkurrenten — bis zu einer solchen Zufälligkeit einschließlich, daß der Gegner auf den Wunsch verfallen könnte, sich hinter ein Gesetz über ein Staatsmonopol zu verschanzen. Je höher entwikkelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien" [2]).

Von Anfang an war der Handel mit den Kolonien ein Nichtäquivalentenaustausch, das heißt, die kapitalistischen Mächte führten Rohstoffe zu niedrigem Preis, unter ihrem Wert, aus den Kolonien ein und verkauften ihre industriellen Fertigwaren zu hohem Preis, über ihrem Wert, in den Kolonien. Daher wurde es mit vollem pragmatischen Recht üblich, Länder, die vor allem Rohstoffe produzierten und ausführten, als zurückgebliebene und arme Länder zu betrachten, und Länder, die vor allem industrielle Fertigwaren produzierten und ausführten, als reiche Länder.

Aus der vorangehenden Tabelle wird deutlich, daß mit der Festigung der Herrschaft der Monopole das Verhältnis von Rohstoffpreisen und industriellen Fertigwaren noch ungünstiger für die ersteren, noch günstiger für die letzteren wurde — insbesondere wenn wir die Zahlen für die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen betrachten. Anders sieht es für die Jahre 1948 bis 1973 aus. 1948—1950 lagen die Preise für Rohstoffe relativ hoch. Dann zwar sanken sie wieder ab; sie schienen auf dem Wege zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. In den letzten Jahren aber erreichten sie einen Höhepunkt in der Geschichte ihres Verhältnisses zu den Preisen industrieller Fertigwaren; in jüngster Zeit scheinen sie nun wieder abzusinken. Um diese Bewegungen seit 1948 zu erklären, müssen wir jetzt die Gestaltung der Rohstoffpreise in den verschiedenen Wirtschaftslagen untersuchen.

2. Die Rohstoffe unterliegen in ganz anderem Ausmaß als die industriellen Fertigwaren der Spekulation, innerhalb des Wirtschaftszyklus steigen ihre Preise in der Zeit des Booms im allgemeinen schneller als die Preise von industriellen Fertigwaren und sinken entsprechend schneller in der Krise. Auch im Kriege, in dem ein Großteil der Rohstoffe vielfach sogar starke Knappheitserscheinungen aufweist, steigen sie relativ zu den industriellen Fertigwaren. So stiegen zum Beispiel innerhalb der USA [3]):

Jahre	*Rohstoffe*	*Industrielle Fertigwaren*
	Während des Zweiten Weltkrieges	
1939	*100*	*100*
1945	*166*	*127*
	Während des Koreakrieges	
150	*100*	*100*
1951	*115*	*109*
	Während des Vietnamkrieges	
1968	*100*	*100*
1973 (April)	*156*	*122*

Stets sind die Rohstoffpreise stärker als die Preise für industrielle Waren gestiegen. Und umgekehrt war die Bewegung in Jahren der Krise, der Depression und nach einem Kriege:

[2]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin (DDR) 1960, S. 264 f.

Jahre	Rohstoffe	Industrielle Fertigwaren
	Während der Krise	
1937	100	100
1939	83	92
	Nach dem Koreakrieg	
1951	100	100
1955	81	99

Diese Bewegungen — auf und ab — erklären die Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1973 und den Unterschied zu den Bewegungen zwischen den beiden Weltkriegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Rohstoffpreise kaum Zeit, von ihrem relativen Höhepunkt während des Weltkrieges abzusinken, als der Koreakrieg kam, der überall in der Welt die Rohstoffpreise wieder hochtrieb. Als sie dann, und diesmal beachtlich, gegenüber den Preisen industrieller Warenpreise abzusinken begannen, kam der Vietnamkrieg, der sie wieder relativ hochtrieb.

Wie aber erklärt sich die Bewegung von 1973 und 1974? Verfolgen wir noch genauer die Bewegung auf dem Weltmarkt 1970 bis 1974:

Verhältnis der Rohstoffpreise zu denen industrieller Fertigwaren 1970 bis 1974 (1970 = 100)

Jahre	Index
1970	100
1971	102
1972	105
1973	132
1974	165

Die Bewegungen bis 1972 sind nicht sehr bedeutend und stehen auch im Weltmaßstab unter dem Einfluß des Vietnamkrieges. Die Steigerung von 1972 bis 1973 erklärt sich zum Teil aus dem außerordentlichen Boom, der die Produktion überall in der kapitalistischen Welt steil hinauftrieb. Doch am Ende des Jahres 1973 macht sich bereits eine neue Tendenz bemerkbar, die auch 1974 — ein Jahr, in dem man eher einen relativen Fall der Rohstoffpreise gegenüber den industriellen Fertigwarenpreisen hätte erwarten sollen, da die Produktion nur wenig anstieg — das Geschehen bestimmte und es für sehr lange bestimmen wird.

Was war diese neue Tendenz?

3. Die ehemaligen Kolonien befreiten sich zum größten Teil politisch von der Herrschaft der imperialistischen Länder in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu Beginn der 60er Jahre. Aber die politische Befreiung bedeutete noch keine ökonomische Befreiung. Die Monopole der imperialistischen Länder beherrschten die Wirtschaft der ehemaligen Kolonien, die jetzt Entwicklungsländer genannt wurden, weiter. Nur ganz allmählich, nur ganz langsam wurden, oft mit direkter Hilfe der sozialistischen Länder, Einzelschritte zur ökonomischen Befreiung getan. Es wurden neue Rohstoffquellen erschlossen, wobei die Hilfe der sozialistischen Länder durch Investitionsunterstützung eine direkte Rolle

[3]) Die Zahlen wurden berechnet aufgrund der Angaben in: "Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957", Washington, D.C., 1960, und im "Statistical Abstract of the United States".

spielte, und sodann ging die nationale Bourgeoisie der Entwicklungsländer auch zur Verstaatlichung der Rohstoffquellen und der mit ihnen verbundenen Investitionen der ausländischen Monopole über.

Die potentielle wirtschaftliche Stärke der Entwicklungsländer beruht jedoch nicht in erster Linie auf ihrem Anteil an der Weltproduktion von Rohstoffen, sondern auf ihrem Welthandel. Sie produzieren insgesamt noch nicht ein Drittel der Weltrohstoffproduktion, stellen aber mehr als zwei Fünftel des Welthandels. Das sei an einigen Beispielen illustriert:

Der größte Kupferproduzent der Welt sind die USA mit einem Anteil von über 20 %. Und doch ist ihr Anteil am Weltexport gering. Ja, die USA führen mehr Kupfer ein als aus — so groß ist ihr eigener Verbrauch.

Vier Entwicklungsländer — Sambia (Anteil 10 %), Chile (10 %), Zaire (6 %) und Peru (3 %) — produzieren zusammen rund 30 % der Weltförderung von Kupfer. Da ihr eigener Verbrauch aber ganz gering ist, beträgt ihr Anteil am Weltkupferhandel etwa 55 %. Sehr deutlich wird hier, daß die potentielle Stärke der Entwicklungsländer in der Rohstoffwirtschaft nicht in erster Linie auf einem Monopol in der Produktion, sondern auf ihrem hohen Anteil am Welthandel beruht.

Das gleiche können wir zum Beispiel auch für Erdöl feststellen. Die USA sind bei weitem der größte Erdölproduzent in der kapitalistischen Welt — jedoch sind sie ein Einfuhrland für Erdöl, während die Erdöl produzierenden Entwicklungsländer den überwältigenden Teil ihrer Produktion ausführen. Für die meisten von ihnen — wie Libyen, Irak, Kuweit, Saudi-Arabien, Iran und Venezuela — macht die Ausfuhr von Erdöl nicht nur über 90 % ihrer Erdölproduktion, sondern auch über 90 % ihrer gesamten Ausfuhr aus.

Anders steht es mit Bauxit, das in den USA und Westeuropa praktisch überhaupt nicht gefördert wird. Unter den Entwicklungsländern fördern allein Jamaica und andere karibische Länder etwa 35 % der Weltförderung und stellen fast 60 % des Welthandels.

Wieder anders ist die Situation für Phosphate. Hier sind die USA zwar nicht auf Einfuhren angewiesen, Westeuropa jedoch fördert praktisch nichts, so daß die Entwicklungsländer, vor allem die arabischen Staaten, fast ein Monopol auf die Ausfuhr von Phosphaten nach Westeuropa haben. Unter den arabischen Ländern ragt wieder Marokko hervor, das allein mit mehr als einem Drittel am Welthandel mit Phosphaten beteiligt ist.

Die Außenhandelsposition der Erdöl fördernden Länder und ihr kultureller Zusammenhalt (arabische Länder) machte es ihnen nun möglich, eine starke Vereinigung zur ökonomischen Befreiung zu bilden und die Erdölpreise heraufzusetzen; die beiden anderen wichtigsten Erdölexporteure, Indonesien und Venezuela, schlossen sich dieser Vereinigung an. Sie haben bisher allen Versuchen der USA und Westeuropas bzw. der EG, diese Vereinigung (OPEC) zu zerbrechen, widerstanden. Niemand kann behaupten, daß heute noch Erdöl gegen industrielle Fertigwaren zu niedrig verkauft wird. Der Austausch von Nichtäquivalenten hat in bezug auf Erdöl aufgehört.

Auch in bezug auf Bauxit hat sich eine internationale Organisation gebildet. Genau wie die OPEC hat die IBA zum Ziel, den Nichtäquivalentenaustausch zwischen Bauxit und industriellen Fertigwaren zu beenden und — das gilt entsprechend auch für die OPEC — dem Raubbau von Bauxit zugunsten der Aluminium-

monopole ein Ende zu bereiten. Interessanterweise hat sich der IBA auch das kapitalistisch entwickelte Australien, das fast 20 % der Bauxitproduktion fördert, angeschlossen. Die in der IBA vereinigten Entwicklungsländer arbeiten vor allem auch auf die Verarbeitung des Bauxits zu Aluminium in eigener Hand hin. Jamaica, Guyana (zusammen 25 % der Weltproduktion) sowie Trinidad und Tobago haben sich zusammengetan, um zwei Aluminiumwerke als gemeinsamen Besitz zu bauen und so Aluminium statt Bauxit verkaufen zu können. Das ist ein wichtiger Schritt zur ökonomischen Befreiung, der in gewisser Weise noch weiter geht als der geplante Bau von Raffinerien in den Erdöl produzierenden Ländern, da die Aluminiumproduktion wesentlich größere Investitionen als der Bau von Raffinerien erfordert.

Was die Phosphate betrifft, so ist man über informelle Besprechungen zur Bildung einer Vereinigung, selbst innerhalb der arabischen Länder, noch nicht hinausgekommen, und die Kupfer produzierenden Entwicklungsländer besitzen zwar eine Vereinigung (CIPEC), in der sich Sambia, Chile, Zaire und Peru zusammengetan haben, sie betreiben auch gegenwärtig eine gemeinsame Politik der Produktionseinschränkung, aber ihre Position ist noch nicht stark genug, um sich, insbesondere in der gegenwärtigen Krisensituation mit sinkendem Kupferbedarf und großen Kupferlagern, durchzusetzen.

Auch für andere Metalle — sogar Eisenerz — sind Besprechungen über eine Vereinigung im Gange, ohne daß jedoch die Entwicklungsländer schon zu einem gemeinsamen Vorgehen unter sich gekommen sind.

*

Frage: Was ist in der allernächsten und was in der nicht allzufernen Zukunft zu erwarten?

Solange die kapitalistische Weltproduktion von industriellen Fertigwaren noch zurückgeht, solange darum auch der Bedarf nach Rohstoffen sinkt, solange die zum Teil erheblichen Lager an Rohstoffen, insbesondere bei einigen Metallen, noch nicht abgebaut sind, ist mit einem erneuten Ansteigen der Rohstoffpreise, insbesondere gegenüber den Preisen von industriellen Fertigwaren, nicht zu rechnen. In dieser Zeit wird es auch nicht leicht sein, wirksame Rohstoffvereinigungen unter den Entwicklungsländern zu bilden.

Sobald sich die zyklische Überproduktionskrise aber temporär gelöst hat, kann man im Zuge der ökonomischen Befreiung der Entwicklungsländer wieder mit einem Ansteigen der Preise der Rohstoffe gegenüber den Preisen von industriellen Fertigwaren rechnen. Es ist offenkundig, daß diese Entwicklung für den Imperialismus einen sowohl politischen wie auch ökonomischen Schlag bedeutet.

II. Die „Talsohle"

In den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern sprechen Minister und Ökonomen gegenwärtig davon, daß die zyklische Überproduktionskrise ihre „Talsohle" erreicht habe, das heißt, daß die Krise sich nicht weiter vertiefen werde. Bevor wir auf diese reine Spekulation eingehen, sollte man hinzufügen, daß alle diese Minister und Ökonomen gleichzeitig mit bedauerndem Achselzucken nebenbei erklären, daß die Arbeitslosigkeit „allerdings weiter steigen und in absehbarer Zeit nicht merklich zurückgehen" werde.

So also sieht eine Monopol-Talsohle aus! Sie bedeckt nur die Füße des Kapitals. Sie hat nichts mit der Beschäftigung und der Lebenshaltung der Werktätigen zu tun. Ihre Beschäftigung, ihre Lebenshaltung gehören nicht zur Wirtschaftslage, zur Entwicklung der Wirtschaft, sie sind ausgeschlossen aus der Wirtschaftsperspektive, wenn von der Talsohle die Rede ist. Ein typisch monopolistischer Blick auf die Wirtschaft, der nur die Profite sieht! Wie aber steht es nun faktisch mit der Wirtschaft?

Das, was man mit Sicherheit sagen kann, ist, daß alle letzten Zahlen anzeigen, daß die Industrieproduktion im Weltbereich des Kapitals weiter absinkt. Auch die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Ferner deuten die — relativ spät — veröffentlichten Daten über die Entwicklung des Außenhandels an, daß der Welthandel schrumpft. Weiter muß man feststellen, daß das Tempo der Entwicklung der Krise in den Hauptländern des Kapitals recht verschieden ist. Das „Wall Street Journal" brachte Ende April einen großen Artikel unter der Überschrift „Goodbye Great Britain". Großbritannien schien ihm im Abgrund der Krise zu verschwinden. In der Bundesrepublik geht die Abwärtsentwicklung langsamer vor sich. Die Produktion aber sinkt laufend, und die Arbeitslosigkeit hat sich unter Ausschaltung der Saisonschwankungen nach den Berechnungen der Bundesbank so entwickelt:

Arbeitslosigkeit in der BRD

2. Vierteljahr 1974	*2,3 %*
3. Vierteljahr 1974	*2,9 %*
4. Vierteljahr 1974	*3,5 %*
1. Vierteljahr 1975	*3,7 %*
*April 1975 *)*	*4,1 %*

*) Vorläufig.

So sieht die Talsohle in der Bundesrepublik und überall in der kapitalistischen Welt aus.

Wie aber wird sich die Entwicklung in den nächsten Monaten gestalten? Ich glaube, es wäre falsch — und das geschieht nur allzu oft —, die künftige Entwicklung nur aus den Daten der innerwirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder ablesen zu wollen. Man braucht nur daran zu denken, daß in der BRD in diesem Jahr die Aufträge für die Industrie aus dem Inland tatsächlich eine Art leicht nach unten gesenkter Talsohle anzeigen — die Gesamtaufträge an die Industrie aber gehen stetig zurück, da die Auslandsaufträge abnehmen. Man kann auch nicht sagen, daß die Währung der BRD irgendwelche ernsten Schwierigkeiten in der nächsten Zeit voraussehen läßt; jedoch knistert es wieder bedenklich im internationalen Währungsgefüge, und insbesondere das englische Pfund Sterling macht dem internationalen Finanzkapital Sorge. Man kann sich vorstellen, daß in einer Situation, in der der Weltmarkt schrumpft, eine neue Weltwährungskrise oder auch nur die Währungskrise eines so großen Konkurrenten wie Großbritannien zu erheblichen Störungen auf dem Welthandelsmarkt führen und die Außenwirtschaft der BRD schädigen muß.

Es wäre leichtsinnig und verantwortungslos, aufgrund von propagandistischen politischen Äußerungen für den Sommer mit einer Talsohle oder gar mit einem Aufschwung zu rechnen, für den in der Wirtschaft wahrlich noch keine Anzeichen vorliegen, die eine solche Voraussage wissenschaftlich rechtfertigen würden.

Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus?

Ideologie und Technik eines Konzepts

Von Herbert Schui

Nachdem der Monetarismus seit geraumer Zeit in den USA nicht nur Gegenstand der akademischen Diskussion ist, sondern wegen seines ausdrücklichen Praxisbezuges Eingang in wirtschaftspolitische Überlegungen gefunden hat, beginnt man nun auch in der BRD, mit der üblichen zeitlichen Verzögerung, die neue ökonomische Schule zu diskutieren. Beschleunigt wird dieser Prozeß, da die zunehmenden Schwierigkeiten bei der ökonomischen Stabilisierung den Versuch der Praktizierung neuer Sozialtechniken begünstigen, so daß selbst das jüngste Sachverständigengutachten auf keynesianischen Wurzeln monetaristische Blüten zu treiben beginnt [1]). Um nun die Tragweite der monetaristischen Konzeption nicht nur als technische Variante zu verstehen, sondern als integralen Bestandteil einer neuen bürgerlichen politischen Ökonomie, ist es notwendig, die Entstehungsbedingungen der neuen Schule eingehender zu diskutieren, ohne Rückgriff auf ein nebuloses intellektuelles Klima, das häufig für die Entwicklung ökonomischer Schulen atmosphärisch verantwortlich gemacht wird [2]).

Die Herausbildung der neuen Schule

Unbestreitbar fällt jeder sozialwissenschaftlichen und somit auch jeder ökonomischen Theorie des Kapitalismus eine zweifache Funktion zu: Sie hat zunächst einem ideologischen Erfordernis zu dienen und weiterhin zu gewährleisten, daß die aus ihr abgeleiteten Sozialtechniken (hierunter auch die wirtschaftspolitischen Techniken) zweckmäßig zur Sicherung einer störungsfreien Reproduktion des Systems eingesetzt werden können. Hierbei erschöpft sich die Ideologie nicht nur in einer bloßen Apologie der bestehenden Gesellschaftsformation, sie stellt vielmehr auch eine Eingrenzung des Feldes der ableitbaren Sozialtechniken sicher, so daß Techniken, die in ihrer Praktizierung eine systemtranszendierende gesellschaftliche Dynamik auslösen könnten, möglichst ausgeschaltet werden. Stellt sich heraus, daß die der herrschenden ökonomischen Theorie zugrundeliegende Ideologie in einer Weise ausgeformt wird, die diese Erfordernisse zu verletzen droht, dann ist sie notwendigerweise unbrauchbar und wird durch eine zuverlässigere ersetzt. Solche Konflikte ergeben sich um so häufiger, als das kapitalistische System in seiner historischen Überfälligkeit zur Aufrechterhaltung des Reproduktionsprozesses Sozialtechniken verlangt, die im Grunde mit dem bestehenden System nicht mehr vereinbar sind, sondern ihrerseits ideologische Varianten im Kapitalismus erzeugen, die in letzter Konsequenz das System aufs äußerste gefährden. Neue bürgerliche ökonomische Theorien werden daher ausgearbeitet, begründet und finden Verbreitung als Ergebnis eines Moments, in dem die der herrschenden Theorie zugrundeliegende Ausformung der kapitalistischen Ideologie die Klasse der ableitbaren Sozialtechniken inadäquat ein-

[1]) So wird in Ziffer 347 zunächst darauf hingewiesen, daß die Aussagen hinsichtlich der kurzfristigen Auswirkungen monetärer Impulse empirisch noch nicht hinreichend gesichert sind, um dann jedoch zu betonen, daß die monetäre Politik auf eine mittelfristige Verstetigung abzielen muß.

[2]) Vgl. hierzu: K. Brunner/H. C. Monissen/ M. J. M. Neumann (Hrsg.), Geldtheorie, Köln 1974, Einleitung der Herausgeber, S. 11—21, insbesondere S. 11—13.

schränkt, also Strategien zur Gewährleistung der Reproduktion des Systems nicht zur Verfügung stellen kann, und/oder in dem die zugrundeliegende ideologische Variante in einer Weise weiterentwickelt wird, die nun Sozialtechniken begründet, in denen eine systemüberwindende gesellschaftliche Dynamik angelegt ist. Während das erste Argument ausschlaggebender ist beim Übergang zum Keynesianismus, ist das zweite bedeutsamer für die Notwendigkeit, den reformerischen oder Linkskeynesianismus durch eine ideologisch zuverlässige Konzeption abzulösen.

Harry G. Johnson führt das erste Argument — wenngleich sehr subtil — in Zusammenhang mit dem Übergang zum Keynesianismus an, wenn er bemerkt, daß „eine Orthodoxie für Herausforderungen äußerst verwundbar ist, wenn ihre Prinzipien und Schlagworte sich nachweislich in Konflikt befinden mit den alltäglichen Erfahrungen" [3]), wenn also die Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig macht, die nicht im Einklang sind mit der klassischen kapitalistischen Ideologie des „laissez faire", die ja eine automatische Tendenz zur Vollbeschäftigung postuliert.

Der neue wirtschaftspolitische Stil der 30er Jahre, die keynesianistische Konzeption, beinhaltet eine Auffassung über die Funktionsweise eines kapitalistischen Systems, eine Ideologie, die bedenklichen und gefährlichen Tendenzen für dieses System den Weg bereitet:

Die ideologische Variante des Keynesianismus besteht in dessen Eingeständnis, daß der private reale Sektor, d. h. die Privatwirtschaft, wegen ihrer internen Dynamik ständig Schwankungen der ökonomischen Aktivität verursacht, die gelegentlich sogar in wirtschaftliche Katastrophen einmünden. Diese interne Dynamik äußert sich dem Keynesianismus entsprechend insbesondere in einer instabilen Investitionsnachfragefunktion, also in einem unternehmerischen Investitionsverhalten, das von einer Vielzahl unwägbarer Erwartungsgrößen, psychischer Determinanten und somit einer nicht notwendigerweise bestimmten Reaktion auf den Zinssatz determiniert ist. Hieraus leitet sich die Begründung für eine vermehrte ökonomische Aktivität des Staates und damit für die gesamte Fiskalpolitik ab. Indem jedoch massive Wirtschaftspolitik erstmals in der ökonomischen Theorie legitimiert wird, werden sozialreformerische, linkskeynesianistische Tendenzen begründet und gefördert. Die dem Keynesianismus zugrundeliegende Ideologie formt sich systemgefährdend aus: Denn statt sich als Regierung ständig den Sachzwängen der unternehmerischen Investitionsneigung unterwerfen zu müssen, d. h. kompensatorisch auf Investitionszyklen zu reagieren, wobei die Funktionsfähigkeit des Systems letztlich durch Profitgarantien an die Unternehmer erkauft werden muß, erscheint es rationaler, unmittelbar staatliche Investitionslenkung zu betreiben, die Mitbestimmung für den Bereich der Investitionsplanung inner- und überbetrieblich zu erweitern und im monopolisierten Bereich die Preispolitik staatlicherseits in die Hand zu nehmen. Diese durch keynesianisches Gedankengut ausgelöste Knochenerweichung im Kapitalismus und darüber hinaus der Umstand, daß der Keynesianismus im Verständnis der bürgerlichen Kritiker einige dringend benötigte Sozialtechniken, so eine erfolgversprechende Antiinflationsstrategie, nicht bereitstellen kann, machen die herrschende Lehre überfällig.

Seitens der Monetaristen wird die Argumentation gegen die fiskalistische Stabilisierungstechnik natürlich hauptsächlich aus den ihr angelasteten technischen

[3]) H. G. Johnson, The Keynesian Revolution and the Monetarist Counter-Revolution, in: „The American Economic Review", Papers and Proceedings, May 1971, Vol. LXI, No. 2, S. 3.

Mängeln abgeleitet: Die Vernachlässigung der Rolle des Geldes bei der Inflationsbekämpfung und weiterhin das Problem der Wirksamkeit der keynesianischen Fiskalpolitik im Vergleich zur Geldpolitik beim Konjunkturmanagement und der Systemstabilisierung allgemein sind das Fundament, auf dem die Angriffe gegen den praktizierten Keynesianismus gegründet werden.

Zur Diskussion steht also letztlich eine dem Keynesianismus völlig konträre wirtschaftspolitische Konzeption. Während der Keynesianismus die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems nicht leugnet, sondern vornehmlich auf die Instabilität der Investitionsnachfrage zurückführt und hieraus die kompensatorische Nachfrage des Staates zur Krisensteuerung ableitet, stellt der Monetarismus diese keynesianische Krisenerklärung und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen energisch in Abrede. Dem Monetarismus zufolge werden die zyklischen Krisen hervorgerufen durch eine inadäquate Geldversorgung, d. h. durch unstete, den Wachstumsraten des Sozialprodukts nicht angemessene Wachstumsraten der Geldmenge, durch Beschleunigungen und Verlangsamungen der Geldversorgung, die das Resultat einer falschen, mißkonzipierten Geldpolitik sind. Das Ziel monetaristischer Geldpolitik muß demnach logischerweise eine Verstetigung der Geldversorgung sein. Es ist noch zu zeigen, daß eine verstetigte Geldversorgung — soll mit ihr erfolgreich Krisenvermeidung betrieben werden — in ähnlicher Weise wie der Keynesianismus Profitgarantien für die Unternehmen implizieren muß.

Ist nun die Krisenvermeidung eine Sache der Geldpolitik und diese wiederum aufgrund der geltenden Gesetze vornehmlich Angelegenheit der Notenbank, wird ein weiterer Aspekt des Monetarismus deutlich. Denn obwohl es in einem gewissen Ausmaß gelungen ist, im Zuge des Stabilitätsgesetzes die Legislative aus der keynesianischen Globalsteuerungsstrategie herauszudrängen, so ist doch andererseits noch kein Automatismus erreicht, der ohne Rücksicht auf Formen bürgerlicher Demokratie, wie Wahlen und Mehrheiten, die zur Krisenvermeidung notwendig geglaubten Profitgarantien durchzusetzen vermag. Läßt sich dies dagegen einzig mit der Geldpolitik realisieren und wird diese von der Notenbank betrieben und gelten weiterhin die Gesetze, die den Notenbanken — ursprünglich aus Gründen einer Vermeidung übermäßiger Staatsverschuldung — gegenüber den Regierungen eine relative Unabhängigkeit einräumen, so ist durch diese weitere Ausschaltung der Legislative ein zusätzlicher Schritt zu einem System getan, das sich von Demokratie entfernt.

Gerade an den Funktionen, die dem Monetarismus gemäß der Staat wahrnehmen soll, läßt sich die ideologische Grundrichtung der neuen ökonomischen Schule ausmachen. Die Tendenz ist eindeutig: Im blinden Glauben an die Überzeitlichkeit des kapitalistischen Systems und angesichts einer Reihe krisenhafter Erscheinungen, die zu augenscheinlich sind, um geleugnet werden zu können, kann nur falsche staatliche Aktivität für die Störungen des Reproduktionsprozesses verantwortlich gemacht werden.

Das Grundpostulat: Verminderung der Aktivität des Staates

Der Keynesianismus hat die theoretischen Grundlagen für die wirtschaftliche Aktivität des Staates seit den 30er Jahren geschaffen. Die wirtschaftspolitische Praxis erkennt somit ausdrücklich die Instabilität einer sich selbst überlassenen Privatwirtschaft an; die ökonomische Aktivität des Staates ist somit Ausdruck einer zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei weiter bestehender privater Aneignung, ein Widerspruch, der zu leugnen oder zu lösen ist. Eine

dritte Dimension, nämlich, daß dieser Widerspruch zwar besteht, jedoch keinerlei weitere Bedeutung hat, eröffnet selbst der Monetarismus nicht, vielmehr entschließt er sich zum Versuch einer theoretischen Lösung. Die zunehmende ökonomische Aktivität des Staates wird nicht als Manifestation einer zunehmend vergesellschafteten Produktion interpretiert, sondern als Mißgriff von Politikern und Parteien, als ein Fehlverhalten, aus dem heraus sich Störungen bei der Reproduktion des Systems und somit Wirtschaftskrisen erklären. Auch im Verständnis des Monetarismus begründet der Widerspruch also die Krise, doch heißt seine Lösung einleuchtenderweise nicht „Vergesellschaftung der Aneignung", sondern „Privatisierung der Produktion". Dies ist der eigentlich ahistorische, reaktionäre Kern des Monetarismus.

Die Privatisierung der Produktion soll wieder erreicht werden durch eine Reduzierung der staatlichen Aktivität in allen Bereichen, durch „Wiederherstellung vernünftiger ökonomischer Rahmenbedingungen" [4]). Der Ausweg wird also nicht im Sinne des Keynesianismus in der Globalsteuerung oder in der „planification" gesucht, sondern im Zurück zur nachträglichen Koordinierung der Einzelplanungen durch den Markt. Soll sich auf diese Weise eine Lösung des Widerspruchs abzeichnen, so ist weiterhin jegliche monopolistische Konkurrenzform zu leugnen. Konsequenterweise wird demnach davon ausgegangen, daß zwar marktbeherrschende Unternehmen existieren, daß diese jedoch grundsätzlich der gleichen Form von Konkurrenz unterworfen sind wie ein ausschließlich bestehendes Ensemble kleiner Unternehmen. In der fachlichen Diskussion wird diese Position deutlich bei der strikten Ablehnung jeder Konkurrenzthese, die von einer besonderen, dauerhaften Monopolpreisbildung ausgeht.

Das Postulat einer nicht monopolistischen Konkurrenzform folgt allerdings nicht nur aus der Notwendigkeit, das objektiv bestehende Problem der Vergesellschaftung der Produktion ohne ideologische Einbußen theoretisch zu verarbeiten: Wie noch gezeigt werden wird, bedarf auch die monetaristische Geldpolitik, soll sie in der langen Frist Vollbeschäftigung garantieren, einer nicht monopolistischen Konkurrenzform.

Augenscheinlich interessant ist, daß einige sich auf Marx berufende Gruppen hinsichtlich der Bedeutung der Monopole im Konkurrenzzusammenhang die monetaristische Position teilen. (Hieraus kann gewiß nicht die völlige Identifikation dieser Gruppen mit dem Monetarismus folgen.)

Der negative Etatismus der Monetaristen äußert sich nicht nur im engeren ökonomischen Bereich: Je mehr es ins allgemeine Bewußtsein eindringt, daß viele drängende Fragen gesellschaftlich bedingt sind und deswegen einer gesellschaftlichen Lösung bedürfen, Fragen, in deren Gefolge die Rationalität und Leistungsfähigkeit des Systems selbst in Frage gestellt wird, um so notwendiger wird es, darzustellen, daß diese Probleme nicht durch positives staatliches Tun, etwa Sozialgesetzgebung, Mindestlohngesetze usw., gelöst werden können, sondern vielmehr durch individuelle Aktionen der Betroffenen. Denn „die staatlichen Behörden werden zu mächtigen Monopolen, die unsere Fähigkeit zur Lösung von Tagesproblemen dadurch reduzieren, daß sie die Zahl der brauchbaren Alternativen . . . einengen" [5]). Vielmehr geht es darum, „das Feld der individuellen Wahlhandlungen zu vergrößern" [6]). Was an individuellen Handlungsmöglichkeiten

4) A. Meltzer, Die Wiederherstellung vernünftiger ökonomischer Rahmenbedingungen, in: „Kredit und Kapital", 4. Jg. 1971, S. 119—137.
5) Ebd., S. 135.
6) Ebd., S. 135.

konkret fehlt, kommt in einem Aufsatz von H. Demsetz „Minorities in the Market Place" [7]) zum Ausdruck. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der Neger in den Vereinigten Staaten beispielsweise dauert hiernach wegen der Mindestlohngesetzgebung an. Die „staatliche Monopolmacht" äußert sich in diesem Zusammenhang allgemein darin, „die Verkaufspreise von Eigentum einzuschränken" [8]). Denn legt der Staat einen Mindestlohn für Arbeit fest, so können bei der Arbeitssuche diskriminierte Neger nicht zu niedrigeren Löhnen arbeiten. Folglich ist ihnen eine Strategie genommen, nämlich dem diskriminierenden Unternehmer die Kosten für seine Haltung durch eine behaviouristisch inspirierte Strategie zu erhöhen. Denn die Kosten, zu diskriminieren, sind um so höher, je größer der entgangene Gewinn durch den Akt der Diskriminierung ist. Entgangene Gewinne wiederum stellen sich dann ein, wenn Neger zu niedrigeren Löhnen beschäftigt werden könnten, dies aber wegen der Präferenz, weiter zu diskriminieren, nicht erfolgt. Die Diskriminierten können also durch eine geeignete Preispolitik eine Änderung erzwingen. „Wenn viele Neger ihre Dienste zu niedrigeren Löhnen einer einzelnen Firma anbieten, konzentrieren sie wirksam Vermögensanreize auf einen einzelnen Entscheidungsträger" [9]).

Individuelle Aktionen übertragen sich also durch veränderte Preisrelationen in den gesellschaftlichen Bereich. Das alte Muster bürgerlicher Demokratie „One Man, one Vote" kann demnach zugunsten eines Systems relativer Preise aufgegeben werden, in dem sich das „Wählen in Proportion zu der Anzahl Dollars vollzieht, die eine Person hat" [10]) oder auf die sie etwa durch Unterbieten des Mindestlohnes verzichten kann.

Das Wirken des Systems relativer Preise ist also jeder staatlichen Sozialpolitik vorzuziehen. Ebenso verhält es sich mit der staatlichen Konjunkturpolitik:

Die keynesianisch inspirierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben keineswegs die Auswirkungen einer vermeintlichen Instabilität der Privatwirtschaft abgemildert oder ausgeglichen [11]), sondern umgekehrt: Die Wirtschaftspolitik des Staates trägt häufiger zur Instabilität als zur Stabilität bei [12]). Die Grundhypothese, die häufig genug den Charakter eines Axioms annimmt, ist demnach: Die Privatwirtschaft ist stabil; sie neigt weder zu Krisen noch gar zu Katastrophen. Beobachtbare Instabilitäten — Konjunkturzyklen — sind hervorgerufen durch die staatliche Wirtschaftspolitik, die im irrigen Glauben an ihre stabilisierende Funktion in der Tat Instabilität schafft, um dann den ungenügenden Versuch zu unternehmen, diese wieder zu beseitigen. Die Implikationen hinsichtlich der ökonomischen Theoriebildung sind folgende: Abzulehnen ist die Keynes'sche Krisenerklärung, die auf der Annahme einer instabilen, nicht notwendigerweise in jedem Bereich zinselastischen Investitionsnachfragefunktion beruht und in der weiter die Geldnachfragefunktion, d. h. die Vorliebe des Publikums für Kasse, solche Formen annehmen kann, daß eine Geldmengenvariation keinerlei Zinsänderung zur Folge hat und infolgedessen auch ohne jeden Impuls auf die Investitionsnachfrage bleibt. Stattdessen erklärt die monetaristische Position die für die ökonomischen Zyklen fraglos bedeutende Investitionsnachfrage der Privaten aus den Preisrelationen der verschiedenen erwerbbaren Vermögensarten (Investitionsgüter, Wertpapiere, dauerhafte Konsumgüter usw.) zueinander. Diese Preisrelationen wer-

7) H. Demsetz, Minorities in the Market Place, in: „The North Carolina Law Review", Vol. 43/2, February 1965, S. 271—297.
8) Ebd., S. 295.
9) Ebd., S. 294.
10) M. Friedman, Price Theory, A. Provisional Text, Chicago 1962, S. 11 (Übersetzung v. Verf.).
11) A. Meltzer, a. a. O., S. 122.
12) Ebd., S. 128.

den durch De- und Akzelerationen der Geldversorgung beeinträchtigt, so daß sich auf diese Weise Investitionswellen und somit Konjunkturzyklen ergeben müssen. Stört die durch die Zentralbank betriebene Geldversorgung das System dieser Preisrelationen nicht, kann die originäre Stabilität der Privatwirtschaft sich voll entfalten. Entsprechend entfallen dann die bis dahin beobachteten Konjunkturzyklen.

Konsequenterweise muß der Monetarismus zur Sicherung eines störungsfreien Reproduktionsprozesses für eine schwankungsfreie, verstetigte Geldversorgung eintreten. Konkretisiert hat sich diese Forderung im jüngsten Sachverständigengutachten, so z. B. in Ziffer 398, wonach „die Rolle der Finanzpolitik (gemeint ist hier keynesianistische Konjunkturpolitik, d. Verf.) im Konzept der Globalsteuerung weniger anspruchsvoll formuliert werden sollte".

Ist das ideologische und allgemeine ökonomische Rahmenwerk bis zu diesem Punkt abgesteckt, dann lassen sich die technischen Anforderungen an die neue monetaristische Theorie ausweisen: zu zwei eng miteinander verbundenen Problemkreisen sind Hypothesen zu entwickeln. Eine erste Hypothese hat die Geldversorgung zu erklären, also darzulegen, auf welche Weise der beobachtbare Bestand an Banknoten, Münzen und Giralgeld (Sichteinlagen und Zeiteinlagen) zustandekommt und ob Staat und Zentralbank — die geldpolitischen Instanzen — in der Lage sind, die Geldmenge zu kontrollieren. Eine zweite Hypothese hat darzustellen, auf welche Weise und mit welchem Ergebnis sich eine Veränderung der Geldversorgung auf die Preisrelationen und somit auf die ökonomische Aktivität und auf das Preisniveau allgemein überträgt. Zu konzipieren ist also eine Geldangebotshypothese zur Erklärung des existierenden Geldvolumens und eine monetäre Impulshypothese, d. h. eine Hypothese, die sich mit der Übertragung eines monetären Impulses, also einer Veränderung der Geldversorgung befaßt. Der Ideologie des theoretischen Ansatzes des Monetarismus folgend, also der Hypothese höherer Ordnung, die die Stabilität der Privatwirtschaft postuliert, müssen beide Hypothesen folgende unverzichtbare Elemente aufweisen:

1. Die geldpolitischen Instanzen Staat und Zentralbank und die von ihnen geschaffenen institutionellen Arrangements sind verursachend für die beboachteten Zyklen in der Geldversorgung. Dies schließt eindeutig die Aktivität des privaten Sektors als nennenswertes Einflußmoment bei der Geldversorgung aus. Ebenfalls ausgeschlossen sind Wechselwirkungen zwischen Geldversorgung und ökonomischer Aktivität.

2. Hierauf aufbauend hat die Impulshypothese die Verarbeitung einer Geldmengenvariation durch die Wirtschaft zu erklären, d. h. die Impulshypothese hat sicherzustellen, daß die realen zyklischen Schwankungen durch monetäre Störungen, also durch die geldpolitischen Instanzen, d. h. allgemein durch die staatliche Aktivität verursacht werden.

Die Geldangebotshypothese

Im Gegensatz zu Keynes geht die monetaristische Sicht der Geldversorgung davon aus, daß das existierende Geldvolumen nicht auf einem Geldmarkt, d. h. durch die Geldnachfrage des Publikums, sondern maßgeblich auf dem Kreditmarkt bestimmt wird. Grundlegender Gedanke ist die Refinanzierungstätigkeit des inländischen Bankensystems, das ja bei der Vergabe eines neuen Kredits genötigt ist, sich beim inländischen oder ausländischen Publikum, bei Auslands-

banken oder bei der heimischen Zentralbank zu verschulden. Das Ausmaß der Refinanzierungstätigkeit der Banken hängt einleuchtenderweise von den dabei entstehenden Kosten ab, die wiederum in Relation zum Ertrag des zusätzlichen Kredits, also zum Kreditzins gesehen werden müssen. Kurz, Angebot und Nachfrage auf dem Kreditmarkt bestimmen einen Kreditzins, der die Abgabe von Refinanzierungstiteln durch die Banken reguliert. Zunächst nimmt das Publikum Refinanzierungstitel dieser Art herein in Form von Depositen (Sicht-, Termin- und Spareinlagen), die es bei den Banken hält. Ausmaß und Einteilung in die verschiedenen Depositenarten sind reguliert durch das Zinsniveau und die Zinsstruktur, die die Banken aufgrund ihrer Ertragserwartungen setzen. Im Falle der Refinanzierung bei der Zentralbank durch Rediskontierung von Schuldtiteln oder im Ausland richten sich die Banken nach den ihnen gesetzten Preisen, also nach dem Diskontsatz oder dem Eurogeldsatz. Abstrahiert von Rediskontoperationen und Auslandsverschuldung, löst eine steigende Kreditnachfrage zunächst notwendigerweise ein Steigen des Kreditzinses aus, was die Banken veranlaßt, ihr Bilanzvolumen auszudehnen, und sie zwingt, sich vermehrt zu refinanzieren. Zusätzliche Depositen allerdings können nur zu höheren Zinsen erworben werden, so daß der steigende Gleichgewichtzins auf dem Kreditmarkt den Zins auf dem Geldmarkt (hierin eingeschlossen den Depositenmarkt) gleichzeitig steigen läßt. Die Ausdehnung des Kreditvolumens hält sich demnach in den Grenzen, die das Depositenvolumen vorgibt: Die Banken ziehen ebensoviel Geldkapital als Depositen aus dem Kreislauf heraus, wie sie ihm an Krediten wieder zukommen lassen; hier wird keine kreditfinanzierte Nachfrage aus dem Nichts geschaffen: Es vollzieht sich lediglich eine Verschiebung der Nachfrage nach Gütern und Diensten von den Gläubigen der Bank zu deren Schuldnern [13]).

Soweit der klassische Aspekt des Sachverhalts, der allerdings den Kreditbedürfnissen sehr häufig nicht genügt. In Ländern mit temporär starken Zahlungsbilanzdefiziten — so Frankreich von 1967 bis 1969 — zeigt sich entgegen den referierten monetaristischen Vorstellungen folgendes Phänomen: Da die Zentralbank zu einem von ihr bestimmten Diskont- oder Interventionssatz alle ihr angebotenen Schuldtitel ins Portefeuille nimmt, besteht der Leitzins für die Refinanzierung der Banken in diesem Interventionssatz. Entsprechend ist der Kreditzins eng an diesen Interventionssatz gebunden. Bei einem einmal vorgegebenen Interventionssatz führt eine zunehmende Kreditnachfrage lediglich zu einem Ansteigen der Rediskontierungen, während der Kreditzins hiervon unberührt bleibt. Demnach wird hier nicht mehr, auf einem abstrakten Niveau argumentiert, Sparen und Investieren durch den Kreditzins zuverlässig in Einklang gebracht. Nun muß nicht notwendigerweise, wie im angeführten Beispiel, die heimische Zentralbank durch Rediskontierungen die Liquidität bereitstellen, die notwendig ist, um die allgemeine Kreditnachfrage zu befriedigen. Ebenfalls eröffnet ein etwa spekulationsbedingter Devisenzufluß eine solche Absatzmöglichkeit für Refinanzierungstitel der Banken, versorgt sie also mit einer solchen Liquidität, daß jedes gewünschte Kreditvolumen realisiert werden kann. Hohe Zahlungsbilanzüberschüsse allgemein schaffen zusätzliches Geldkapital, das sich in Form von Depositen bei den Banken sammelt und deren Refinanzierungsspielräume beachtlich erhöht. Eine unmittelbare Verschuldung des Staates bei der Zentralbank hat denselben Effekt.

[13]) Eingehendere Darstellungen finden sich bei Manfred J. M. Neumann, Einführung in die Geldangebotsanalyse, „WiSu-Texte", 3/1974, S. 116—121, und 4/1974, S. 170—176; oder bei Siebke-Wilms, Das Geldangebot in der Bundesrepublik Deutschland, in: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Bd. 126 (1970), S. 55—74; K. Brunner, Zwei alternative Theorien des Geldangebotsprozesses: Geldmarkt- versus Kreditmarkttheorie, in: Brunner/Monissen/Neumann (Hrsg.), a. a. O., S. 114—148.

Allgemein zeigt sich, daß jedes Defizit auf dem Kreditmarkt buchungstechnisch finanziert werden kann, notfalls auch zu gleichbleibendem Zinsniveau. Folglich können Zyklen in der privaten Kreditnachfrage entsprechende Zyklen des Refinanzierungsvolumens der Banken und somit der Geldversorgung auslösen. Nun ist dies ein erster Hinweis dafür, daß die Privatwirtschaft durch ihre Kreditnachfrage die Geldversorgung maßgeblich beeinflußt, also die unerwünschte diskontinuierliche Geldversorgung selbst hervorruft. Eben dies aber bedeutet fraglos die von den Monetaristen verneinte umgekehrte Verursachung: Nun hat nicht die Geldpolitik die Stabilität der Privatwirtschaft beeinträchtigt, sondern die Privatwirtschaft selbst hat über die Kreditnachfrage eine Geldmenge geschaffen, die nun zusätzlich destabilisierend wirkt. Dennoch läßt sich ein solcher Sachverhalt im monetaristischen Konzept noch verarbeiten. Nicht der private Sektor verursacht hier Störungen, sondern die geldpolitischen Instanzen und deren institutionelle Arrangements, die etwa Rediskontierungen dieses Ausmaßes zulassen.

Hier aber wird das grundsätzliche Mißverständnis des Monetarismus deutlich. Die geldpolitischen Instanzen Staat und Zentralbank werden interpretiert als exogene Faktoren im ökonomischen Prozeß. Sie werden abstrakt und isoliert begriffen. Das besondere Verhältnis, das sich aufgrund objektiver Gesetzmäßigkeiten zwischen Staat und Wirtschaft herausgebildet hat, wird nicht erkannt. Entsprechend müssen sich die Maßnahmen der öffentlichen Entscheidungsträger als Mißgriffe darstellen, die augenscheinliche Hilflosigkeit führt zu Erklärungsversuchen wie „Unfähigkeit der Bürokratie", „verselbständigte Bürokratie" oder „Bürokratie, die ihre Überlebenswahrscheinlichkeit maximieren möchte", zum Teil Thesen, die nicht nur in Chicago entwickelt zu werden scheinen, um allgemein die Bedingtheit staatlicher Entscheidungen unzureichend zu erklären.

Doch nicht nur diese Unterlassungen werden den staatlichen Organen zur Last gelegt, viele empirische Untersuchungen der Monetaristen zeigen auch positiv, daß die staatliche Budgetpolitik eine Hauptursache für die übermäßige Geldversorgung ist [14]). Nun ist diese Behauptung fraglos solange richtig, wie man glaubt, davon ausgehen zu können, daß der Staat die Möglichkeit hat, innerhalb eines weiten Bereiches das Haushaltsvolumen beliebig zu variieren. Der Finanzbedarf des Staates jedoch entzieht sich dieser willkürlichen Disponibilität. Zum einen ist der Staat genötigt, zumindest ein Minimum an gesellschaftlichem Konsum bereitzustellen, also solche Güter und Dienste herzustellen, die privat nicht angeeignet werden können und infolgedessen keinen privaten Produzenten finden. Bereits analytisch schwierig zu trennen ist eine weitere Funktion des Staates: Durch eine geeignete Umverteilung des Sozialprodukts sind die Bedingungen für eine bessere Verwertung insbesondere des Monopolkapitals zu schaffen. D. h. der Staat ist genötigt, all die Vorleistungen zu erbringen, die notwendig sind, um die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft nicht erlahmen zu lassen. Soweit Programm und Selbstverständnis der jeweils regierenden Parteien an einer Beibehaltung des kapitalistischen Systems orientiert sind, ist diese Haushaltspolitik auch die einzige Möglichkeit, um tiefgreifende Störungen im Reproduktionsprozeß zu verhindern. Ähnlich wie bei der Einschätzung der Zentralbank begeht der Monetarismus hier wiederum den Fehler, den Staat abstrakt zu begreifen, also ohne Berücksichtigung der Gesetzmäßigkeiten, die staatliche wirtschaftspolitische Maßnahmen im Spätkapitalismus begründen.

Was nun im Zusammenhang mit der Geldversorgung interessiert, ist die Finanzierung des staatlichen Budgets. Es bedarf nicht mehr im einzelnen des Nach-

14) So z. B. H. G. Johnson, Inflation and the Monetarist Controversy, Amsterdam/London 1972, 1st Lecture.

weises, daß das Volumen der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum Sozialprodukt ständig gestiegen ist. Dies gilt nicht nur für die Nachkriegsperiode, sondern für einen wesentlich längeren Zeithorizont, und auch nicht nur für die BRD, sondern für alle kapitalistischen Länder. Die Finanzierung des Budgets einzig über das Steueraufkommen wird zwangsläufig immer schwieriger. Dies, da zum einen einer Erhöhung der Profitsteuer enge Grenzen gesetzt sind (die Verwendung des Budgets dient ja einer Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und fordert insofern eine Umverteilung des Sozialprodukts die bei Besteuerung der Unternehmensprofite nur erschwert durch Steuerüberwälzung erfolgen kann), und da es zum anderen zunehmend schwieriger wird, die Lohnsteuern im entsprechenden Ausmaß anzuheben. Infolgedessen muß vermehrt auf eine Kreditfinanzierung zurückgegriffen werden, ein Sachverhalt, der den offiziellen Statistiken unschwer entnommen werden kann. Zwar haben Steuerprogression, Inflationierung und zunehmender relativer Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen insgesamt bislang verursacht, daß der relative Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen der öffentlichen Haushalte gestiegen ist, während der Anteil anderer Steuerarten, so der Körperschaftssteuer, zurückbleibt, doch tendieren steuerliche Belastung der Löhne und hohe Inflationsraten dazu, die in den Lohnrunden erkämpften Nominallohnsteigerungen auszuhöhlen, so daß weitere Steuererhöhungen zur Finanzierung der öffentlichen Budgets politisch kaum noch durchsetzbar werden bzw. steuerliche Entlastungen der kleinen Einkommen vorgenommen werden müssen. Folglich muß vermehrt auf Kreditfinanzierung zurückgegriffen werden.

Zu diesem systematisch ableitbaren Kreditbedarf des Staates gesellt sich der Bedarf der Unternehmen an zusätzlichen Finanzierungsmitteln zu Akkumulationszwecken, die gleichfalls auf dem Kreditmarkt beschafft werden.

Die Befriedigung dieses Kreditbedarfs insgesamt stößt um so weniger auf Schranken, je elastischer das gesamte Kreditsystem ist. Diese Elastizität ist historisch hergestellt seit der Überwindung des Goldstandards, der in dem Augenblick überfällig wird, in dem sich der gesamte Kreditbedarf einer sich monopolisierenden Wirtschaft und des Staates nicht mehr an mechanische, seinen eigenen Interessen zuwiderlaufende Regelungen hält. Die nationale Geldversorgung wird quasi autonom, wobei gleichgültig ist, ob die entsprechenden Bilanzen formal ausweisen, daß die Geldschöpfung durch staatliche Defizite, Zahlungsbilanzüberschüsse oder vermehrte Rediskontierung privater Schuldtitel bei der Zentralbank erfolgt ist. Entscheidend ist der Mechanismus des gesamten internationalen kapitalistischen Systems. Devisenzuflüsse aus einem Land beispielsweise, das Budgetdefizite durch Notenbankkredite finanziert, enthebt das Land mit Zahlungsbilanzüberschüssen der Notwendigkeit, das erforderliche Kreditvolumen seinerseits mit Notenbankkrediten zu finanzieren. Die zwingende Automatik des Goldstandards wird nicht zufällig gerade in einer solchen Epoche aufgegeben, in der sich marktbeherrschende Unternehmen in zunehmendem Ausmaß herausbilden. Hierbei zeigt der zeitlich vorgelagerte Beginn der Monopolisierung, daß der Goldstandard offenbar zunächst in der Lage war, ein Kreditvolumen zu garantieren, das den allgemeinen Kreditbedürfnissen noch genügte, und andererseits ein solches Geldvolumen bereitstellte, daß die gesteigerte Produktivität nicht durch sinkende Preise weitergegeben werden mußte. Weiter steigender Kreditbedarf und das Verlangen nach Steigerung der Preise allerdings läßt das historisch überkommene Korsett zu eng werden. Und auch der wesentlich geschmeidigere Mechanismus von Bretton Woods genügt allmählich den Bedürfnissen nicht mehr. Entsprechend muß die Einlösungspflicht des US-Dollar in Gold fallen. Die

Ideologie der Keynesianer, daß Geld keine Rolle spiele, paßt natürlich in ein System, das eine hohe Elastizität von Kredit und Geldversorgung fordert.

Das Fazit: Der rationale Kern der monetaristischen Geldangebotshypothese besteht in der Erklärung der existierenden Geldmenge durch die Kreditmarktthese. Der so realisierte wissenschaftliche Fortschritt jedoch in diesem speziellen Bereich gefährdet die der Geldangebotshypothese abverlangten zentralen Aussagen erheblich, nämlich das Postulat vom Ausschluß der umgekehrten Verursachung und das Postulat von der Steuerbarkeit der Geldmenge durch die geldpolitischen Instanzen. Der Schritt zur Analyse der umgekehrten Verursachung, nämlich daß die ökonomische Aktivität sich ihre Geldmenge schafft, ist dann durch die kreditmarktorientierte Geldangebotshypothese getan, wenn der öffentliche und private Kreditbedarf aus dem gesamten politisch-ökonomischen System des Kapitalismus abgeleitet wird — wozu sich der Monetarismus erklärtermaßen nicht bereitfinden kann —, wenn also die Autonomie der Zentralbank in der Theorie fällt. Die neue ökonomische Schule muß jedoch — dies ist die eingangs erwähnte zweite zentrale Aussage — ohne Einschränkung an der Auffassung festhalten, daß die Geldmenge durch die geldpolitischen Instanzen steuerbar ist. Staat und Zentralbank müssen folglich theoretisch aus dem gesellschaftlichen Prozeß ausgegliedert und ihnen gleichzeitig in der Theorie eine Machtfülle unterschoben werden, über die sie in der kapitalistischen Realität objektiv nicht verfügen können.

Dennoch besteht abstrakt die Möglichkeit der Kontrolle von Geld- und Kreditmenge, konkret ist das jedoch nicht der Fall, denn die geldpolitischen Instanzen befinden sich nicht außerhalb des kapitalistischen Systems, sie sind vielmehr dessen wesentlicher und unverzichtbarer Teil. Denn selbst wenn die größten und führendsten Banken eines kapitalistischen Landes verstaatlicht sind, so in Frankreich der Crédit Lyonnais, die Société Générale und die BNP mit insgesamt 60 % der Bilanzsumme des französischen Bankensystems, und damit abstrakt die Möglichkeit jeder gewünschten Kontrolle des Geld-Kreditsystems eröffnet ist, so ändert dies konkret nichts, jedenfalls solange nicht, wie sich nicht ein demokratisches antikapitalistisches Parteienbündnis dieser abstrakten Möglichkeit bemächtigt, um sie zu konkretisieren.

Die Impulshypothese

Einmal zustandegekommen, bleibt die Geldmenge und deren Variation nicht ohne Effekt auf die reale ökonomische Aktivität der Privatwirtschaft. Die Beschreibung und Begründung dieses Effekts erfolgt im Monetarismus durch die Theorie der relativen Preise in enger Verbindung mit der Theorie der Vermögensstruktur. Ausgangspunkt monetaristischer Überlegungen ist die einzelne Wirtschaftseinheit (Unternehmen, Haushalte, Einzelpersonen) und deren Ausstattung mit ökonomischen Aktiven. Um mit der Ausstattung zu beginnen: Jede Wirtschaftseinheit verfügt über eine Klasse von Vermögenswerten, ein Portefeuille, das sich aus materiellen Vermögenswerten, nämlich Geld (Noten, Münzen, Sichteinlagen und — je nachdem — Termineinlagen), öffentlichen und privaten Schuldtiteln, Realkapital (hierin dauerhafte Wirtschaftsgüter, Immobilien und Investitionsgüter) und schließlich aus „menschlichen Vermögenswerten" (der individuelle Vorrat an abstrakter, wertschaffender Arbeit) zusammensetzt. Natürlich können diese Vermögenswerte, soweit dies von der Natur der Sache her möglich ist, auch mit negativen Vorzeichen als Schulden ins Portefeuille eingehen.

Einer umfassenderen Definition der individuellen Ausstattung zufolge werden weitere Aktivposten in die Betrachtung einbezogen, so alle „Güter", die ange-

strebte Situationen oder Ziele darstellen, oder grundsätzlich all das, was jemand subjektiv zu haben wünscht. Konsequenterweise gehören hierzu Prestige, Macht, Freunde, Respekt usw.[15]).

Es versteht sich von selbst, daß die Struktur eines individuellen Portefeuilles nicht beliebig ist, sondern bestimmten Regeln genügt, die auf eine Maximierung des Vermögens und des damit verbundenen Nutzens auch in einer zeitlichen Dimension hinauslaufen. Eine Umgruppierung innerhalb des Portefeuilles erfolgt als Anpassung an eine Veränderung der Preise der verschiedenen Vermögensarten zueinander und als Anpassung an eine Veränderung von deren Erträgnissen. Nimmt der relative Anteil eines Vermögenswertes durch den Erwerb einer zusätzlichen Einheit dieses Wertes in einer sonst unveränderten Situation zu, so ist davon auszugehen, daß der Ertrag (oder Nutzen) dieser letzterworbenen Einheit geringer ist als der vormalig erreichte Durchschnitt. Als Folge betreibt die Wirtschaftseinheit nun eine Umstrukturierung des Gesamtvermögens; die verhältnismäßig zuviel erworbene Vermögensart wird vermindert und durch eine andere ersetzt (substituiert); es ergibt sich eine Kette von Substitutionen, bis schließlich eine neue, bestmögliche Vermögensstruktur erreicht ist.

Der Effekt solcher Substitutionen besteht in einer Veränderung der Struktur und/oder der absoluten Größe des Portefeuilles, also des Vermögens insgesamt: Ausgelöste Substitutionen haben demnach einen Effekt auf den relativen Anteil der einzelnen Vermögensarten am bestehenden Portefeuille, sie betreffen das Verhältnis von neu produziertem zu bereits vorhandenem Realkapital (eben die Akkumulation) und weiterhin das Verhältnis von Vermögenswerten zu deren Erträgnissen. Im Sinne der Theorie der relativen Preise bewirken die Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten hinsichtlich einer bestmöglichen Strukturierung ihres Vermögens aggregative ökonomische Effekte, d. h. es kann ein größerer Nachfrageschub nach bestimmten Vermögensarten ausgelöst werden, etwa nach Investitionsgütern, wenn eine hinreichend große Klasse von Entscheidungsträgern von gleichartigen Außenbedingungen hierzu veranlaßt wird — ein Schub, der dann Zyklen in der ökonomischen Aktivität nachsichzieht.

Diese Bewegungen gehorchen einem System praxeologischer Regeln, gemäß den Maximen, nach denen sich individuelles nutzen- oder profitmaximierendes Handeln richten muß. Im Bereich der Ökonomie stellen alle nicht staatlichen Entscheidungsträger den Zusammenhang zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene stringent durch die Anwendung dieser praxeologischen Regeln her, deren Ensemble die Theorie der relativen Preise ausmacht. Hier gelingt es dem Monetarismus, ein Dilemma der Keynes'schen Theorie zu bewältigen, nämlich das beziehungslose Nebeneinander von Preistheorie, die der Erklärung von Mikrodezisionen dient, und makroökonomischer Theorie zur Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich nur noch gelegentlich auf die die Einzelentscheidungen begründende Preistheorie beruft.

Von entscheidender Bedeutung jedoch ist, daß die die Vermögensstruktur begründende Theorie der relativen Preise fraglos gleichfalls Geltung für die erweiterte Definition des Portefeuilles beansprucht, also unter Einschluß der zitierten Beispiele wie Prestige, Macht, Respekt, Liebe usw. Dies ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß entsprechend den wiederherzustellenden „vernünftigen ökonomischen Rahmenbedingungen" staatliche Entscheidungen durch

15) A. A. Alchian und W. R. Allen, Exchange and Production, Theory in Use, Belmont, Cal., USA, 3. Aufl. 1969, S. 20 (Übersetzung v. Verf.). Es handelt sich um ein einführendes Lehrbuch in die Wirtschaftswissenschaften. Wenngleich keine Geldtheoretiker, so sind die Verfasser ideologisch der Gruppe der Monetaristen zuzuordnen, was eine Reihe weiterer Veröffentlichungen gleichfalls beweist.

dieselbe Preistheorie ersetzt werden sollen, eine Preistheorie, die ebenfalls für die Selbststeuerung der Individuen gilt und somit die Übertragung von Einzelentscheidungen im traditionell nicht ökonomischen Bereich auf die gesamtgesellschaftliche Ebene reguliert: Die Preistheorie gilt nicht nur für die Wahl zwischen Aktien und Obligationen. „Man ist willens, etwas Nahrung für mehr Muße oder Freundschaft oder Prestige oder Kunst zu opfern. Ein wenig Freundschaft oder Prestige oder Liebe wird entsprechend aufgegeben für etwas mehr Wohlstand oder künstlerische Bildung" [16]).

Die neue ökonomische Schule entwickelt mit ihrem Methodenimperialismus den alten Grundsatz der Ökonomie, nämlich die wirtschaftlichen Aspekte menschlichen Handels analysieren zu wollen, weiter, um stattdessen aus dem einen abstrahierten Aspekt, dem ökonomischen, den konkreten Menschen neu zu konzipieren, was darauf hinausläuft, den vormaligen „homo oeconomicus" zum „homunculus" zu transformieren oder aus der Analyse der Aspekte menschlicher Tätigkeit die Analyse des Menschen als Aspekt „der Ökonomie" werden zu lassen. Nun ist dies kein Hinweis auf amüsante Vignetten: Es muß Klarheit darüber herrschen, daß Monetarismus als Sozialtechnik begründendes Konzept Bestandteil eines geschlossenen ideologischen Systems ist.

Hinsichtlich der Frage nach der Existenz einer Klassengesellschaft leistet der Portfolio-Ansatz weitere ausgezeichnete ideologische Dienste: Jeder im ökonomischen Prozeß Involvierte verfügt über ein Portefeuille, also besitzt Vermögen im oben definierten Sinne als psychische oder physische Eigenschaft und als materielles Vermögen. Ist dies der Fall, kann entlang der Kategorie Besitz oder Nicht-Besitz eine Klasseneinteilung nicht mehr vorgenommen werden. Sofern sich dennoch systematisch Gruppen ausmachen lassen, die im wesentlichen nur über nicht-materielle Vermögenswerte verfügen, und solche, die typischerweise materielles Vermögen besitzen, kann der Portfolio-Ansatz dies mit dem Hinweis auf die Existenz von Transaktions- und Informationskosten gerade bei der Substitution zwischen diesen Vermögensarten erklären, also durch objektive Kostenelemente, die weiter nicht Gegenstand der Erörterung sind. Während also bei Keynes die Stellung im Einnahme-Ausgabe-Schema Anlaß zu einer Klasseneinteilung geben könnte, besteht hierfür im Portfolio-Ansatz die einzige Möglichkeit in der Barriere, die Transaktions- und Informationskosten gerade zwischen materiellem und menschlichem Vermögen aufzurichten. Die Stellung im Aneignungsprozeß als Klassenkriterium aber kann durch diese Kostenkategorien nicht mehr ausgemacht werden, denn schließlich sind leitende Funktionen in der Wirtschaft nicht notwendig mit dem Besitz von Produktionsmitteln verbunden, was jedoch nicht rechtfertigt, Personen, die solche Funktionen innehaben, dem Proletariat zuzurechnen. Demnach kann innerhalb der Gruppe, die im wesentlichen lediglich über menschliches Vermögen verfügt, kein antagonistischer Gegensatz bestehen. Investitionen in die eigene Ausbildung stehen schließlich jedermann offen: Das Ausmaß des menschlichen Vermögens kann durch Verzicht auf die Nutzung konsumtiver Güter vergrößert werden. Denn grundsätzlich ist die Struktur des individuellen Portefeuilles das Ergebnis einer freien Entscheidung entsprechend den angeführten Optimierungsregeln. Diese Regeln sind einheitlich

16) Ebd., S. 21, übersetzt v. Verf. Weitere Ausführungen zu spätbürgerlicher Krämer- und Bordellkultur s. G. S. Becker, A Theory of Mariage; A. Freiden, The United States Mariage Market, in: „The Journal of the Political Economy", Vol. 32, No. 2, Part II, March/April 1974. Herausgeber des Journals sind H. G. Johnson und G. Stiegler. Daß in demselben Journal (Vol. 82, No. 1) ein Aufsatz von D. S. Hamermesh und N. M. Soss, „An Economic Theory of Suicide" erscheint, wundert eigentlich nicht, denn wenn diese politisch-ökonomische Theorie die Realität richtig analysiert (und auch die in ihr enthaltenen Möglichkeiten der Änderung, nämlich substantiell keine), ist das von Hamermesh und Soss zu Anfang ihres Aufsatzes gelieferte Schopenhauer-Zitat völlig gerechtfertigt: „. . . as soon as the terrors of life reach the point at which they outweigh the terrors of death, a man will put an end to his life."

und gelten unabhängig von der spezifischen Ausprägung des Portefeuilles, sie sind kapitalistisch und folglich die, die nach ihnen verfahren, Kapitalisten. Gegensätze werden in das handelnde Individuum verlagert nach Maßgabe des Verhältnisses materielles Vermögen/menschliches Vermögen. Sie sind weiter nichts als die Qual der Wahl zwischen verschiedenen Vermögensarten. Harry G. Johnson führt in diesem Zusammenhang aus: „Die Tatsache, daß in der jetzigen Gesellschaft der Arbeiter, im weiteren Sinne definiert, in einem wesentlichen Umfang ein typischer Kapitalist ist, hat einige wichtige politische und gesellschaftliche Implikationen. Das allereinleuchtendste und grundlegendste ist, daß im Gegensatz zur Analyse von Marx, die auf einer kapitalistischen Industrie des 19. Jahrhunderts basiert, die Industrie des 20. Jahrhunderts keine inneren Widersprüche enthält, die zur Revolution und Transformation des Systems führen könnten. Anstelle einer Polarisation der Gesellschaft in eine kleine Klasse von Kapitaleigentümern und eine wachsende Klasse eigentumsloser Arbeiter hat die moderne industrielle Organisation eine pluralistische Hierarchie von Kapitalisten unterschiedlicher Größenordnungen erzwungen, und darüber hinaus eine Hierarchie, deren logische Grundlage ausdrücklich vorgesehen ist durch das industrielle System selbst und nicht durch die Willkür von Eigentumsrechten und Erbschaft. Nicht nur schafft das System keine potentielle revolutionäre Klasse, es stellt auch sicher, daß die Armen die offensichtlich Unfähigen sind, die folglich der Sympathie der ebenso offensichtlich Fähigen und Reichen nicht würdig sind" [17]).

Doch zurück zum ökonomisch-technischen Aspekt der Theorie der Vermögensstruktur und ihren Aussagen zu einer Geldmengenvariation. Der Ausgangspunkt sei eine Rediskontierung von Handelswechseln seitens einer Bank bei der Zentralbank. Die Bank verfügt durch den Verkauf dieser Aktiva über zusätzliche Kasse, die, um ihre Vermögensstruktur zu optimieren, zinsbringend angelegt werden muß. Hier findet der monetäre Impuls seinen Ausgangspunkt, denn die überschüssige Kasse wird nicht vernichtet, sondern verbreitet sich systematisch über weitere Wirtschaftseinheiten. Zunächst wird die Bank Wertpapiere aufkaufen, da über Rendite und Kursrisiken in kurzer Frist hier die zuverlässigsten Informationen beschafft werden können. Die Kasse wandert so zu den Verkäufern von Wertpapieren, wobei deren Preise (Kurse) wegen der zunehmenden Nachfrage gestiegen sind. Hier werden durch den monetären Impuls erstmals die bis dahin bestehenden Preisrelationen verändert. Wertpapiere sind nun im Verhältnis zu Investitionsgütern teurer geworden. Dies veranlaßt die neuen Kasseninhaber, vielleicht nach einigen Zwischenschritten wie Rückzahlung von Krediten usw., vermehrt Investitionsgüter nachzufragen, was die Wirtschaftstätigkeit in diesem Bereich belebt und partiell zu Preissteigerungen führen kann. Der ursprünglich monetäre Impuls hat jetzt auf den realen Sektor der Wirtschaft übergegriffen. Nun ist diese Darstellung des Transmissionsmechanismus sehr vereinfachend [18]). Dennoch zeigt sich zweierlei: Veränderungen der Beschleunigung der Geldversorgung, also monetäre Impulse, bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit. Weiter ist offensichtlich, daß die spezifischen Auswirkungen monetärer De- und Akzelerationen in hohem Maß determiniert sind vom Ausmaß der Preisflexibilität der einzelnen Vermögensarten, d. h. von der Abhängigkeit dieser Preise vom Spiel von Angebot und Nachfrage. Die Mone-

17) H. G. Johnson, Economic Theory and Contemporary Society, in: „University of Toronto Quarterly". A. Canadian Journal of the Humanities, Vol. XXXVIII, No. 4, July 1968 (Übersetzung v. Verf.).
18) Darstellungen des Transmissionsmechanismus: K. Brunner, Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, in: „Kredit und Kapital", 3. Jg. 1970, Heft 1, S. 1—30; und ders., A. Survey of Selected Issues in Monetary Theory, in:„Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik", Nr. 1, 107. Jg., März 1971, insbesondere Kap. III und IV.

taristen unterstellen einleuchtenderweise ein hohes Ausmaß an Preisflexibilität und somit ein wirksames und ungehindertes Spiel der relativen Preise, was ja eine optimale Allokation der ökonomischen Ressourcen (und auch aller anderen „Güter" in ihrer erweiterten Definition, s. o.) durch den Markt ermöglicht. Das monetaristische Argument für eine stabile und stetige Geldversorgung leitet sich demnach aus der Überlegung ab, daß eine unstete Geldversorgung diese Preisrelationen ständig exogen stört und so die dem Marktmechanismus immanenten positiven, stabilisierenden Kräfte nicht voll zur Entfaltung kommen läßt. Eine voll antizipierte und verstetigte Inflation würde gleichfalls den Marktmechanismus nicht wesentlich beeinträchtigen. Infolgedessen muß auch eine Verringerung und Verstetigung der Geldversorgung nach kurzen Anpassungsschwierigkeiten zu einer Verringerung der Inflationsrate bei Vollbeschäftigung der Kapazitäten führen. Die Grundvoraussetzung für eine erfolgversprechende Stabilisierungspolitik im Sinne des Monetarismus ist allerdings nicht erfüllt: Die beobachteten Preisrelationen leiten sich nicht in der Hauptsache ab vom freien Spiel von Angebot und Nachfrage, vielmehr sind sie zu einem Großteil vorbestimmt durch die Markt- und Machtposition der Unternehmen, d. h. eng verknüpft mit dem Monopolisierungsprozeß.

Wie beispielsweise die Konzentrationsenquête aufweist, ist der Konzentrationsgrad der gesamten Industrie in der BRD von 1954 bis 1960 von 17,7 auf 22,8 gestiegen. Der Prozeß setzt sich überdies beschleunigt fort. Dies bedeutet für die unternehmerische Preispolitik einen zunehmenden Zug zur Preisrigidität. So stellt G. Means bereits 1935 fest, daß in der Krise von 1929—1933 die Produktion der landwirtschaftlichen Ausrüstungsgüter (eine relativ konzentrierte Branche) um 80 % sank, während sich das dazugehörige Preisniveau lediglich um 6 % verminderte. Bei der landwirtschaftlichen Produktion — nicht konzentrierte Branche — ein umgekehrtes Phänomen: Die Produktion sinkt um 6 %, die Preise dagegen um 63 % [19]).

Ähnliche Zusammenhänge können für die BRD ermittelt werden. Je konzentrierter die Branche, um so weniger macht sich ein Rückgang der Nachfrage in fallenden Preisen bemerkbar, sondern in entsprechend sinkendem Output. Der maßgebliche Bestimmungsfaktor für die Preissetzung im monopolistischen Bereich ist vielmehr die geplante Verzinsung der Investitionen, die — wie R. F. Lanzillotti ausweist — für die größten US-Firmen zwischen 10 und 15 % nach Steuerabzug liegt, wobei Du Pont und General Motors im Zeitraum 1947/55 durchschnittlich 26 % realisieren [20]).

Offensichtlich haben also die Monopole die Macht, eine Profitrate durchzusetzen, die ihnen adäquat erscheint, wobei sicherlich eingehendere Untersuchungen zeigen müssen, welches letztlich die Bestimmungsfaktoren der geplanten Profitrate sind. Das Nachfrageargument dürfte dabei allerdings sehr in den Hintergrund treten — und gleichzeitig das alte, kreislauftheoretisch inspirierte Argument, daß die Preisrigidität mit der Nachfrage-Elastizität verknüpft sei. So liegt die Nachfrage-Elastizität auf dem US-Automobilmarkt zwischen — 1,2 und — 1,5, was die Firmen allerdings nicht daran hindert, eine sinkende Nachfrage mit steigenden Preisen zu beantworten [21]).

Preisflexibilität als unumgängliche Bedingung für die monetaristische Stabilisierungskonzeption erklärt so auch die Attacken von G. Stiegler (Mitherausgeber

[19]) G. Means, Industrial Prices and their Relative Inflexibility, 74th Congress, 1st Session, Senate Document No. 13, Washington 1935.
[20]) R. F. Lanzillotti, Pricing Objectives in Large Companies, in: „The American Economic Review", Dec. 1958, S. 924 ff.
[21]) J. M. Blair, Administered Prices. A. Phenomenon in Search of a Theory, in: „The American Economic Review", May 1959, Papers and Proceedings, S. 444.

des „Journal of the Political Economy") gegen C. G. Means' These von den administrierten Preisen [22]) und verwandte Untersuchungen.

Diese spezifische Preispolitik der Monopole hält den inflationären Kurs in Gang, und zwar solange, wie es den Monopolen gelingt, im Zuge des inflationären Prozesses Mehrwert an sich zu ziehen, der im nichtkonzentrierten Bereich erzeugt wurde. Allein in diesem gesamtökonomischen Zusammenhang, also unter Einbeziehung der konzentrierten und nichtkonzentrierten Bereiche, führt eine Kreislaufbetrachtung weiter, nämlich zunächst die rudimentäre Feststellung, daß die Preissumme der Nachfrage insgesamt gleich der Preissumme des gesamten Angebotes sein muß. Wie sich allerdings nach vollzogenem Austausch die Profite verteilen, hängt von den Preisrelationen ab, die bestimmt sind in den konzentrierten Bereichen hauptsächlich durch die geplante Verzinsung der Investitionen und in den nichtkonzentrierten Bereichen vermehrt durch das Spiel von Angebot und Nachfrage.

Welches Privatunternehmen auch immer bei zunehmender Bankenliquidität den ersten Kredit aufnimmt, um Käufe zu tätigen, oder ob dies der Staat unternimmt, nachdem er sich verschuldet hat — die Zahlungsmittel fließen zum größten Teil dorthin, wo sich die Macht befindet, Preise ohne atomistischen Konkurrenzdruck zu setzen. Der monetäre Impuls wird zu Kasse und somit zu Geldkapital und Profit im monopolisierten Bereich. Der Zwang zur Akkumulation, der für alle Kapitale gilt, und die besonderen Möglichkeiten der Monopole, durch eine besondere Preispolitik Geldkapital an sich zu ziehen, um dies zur Akkumulation zu verwenden, ist so letztlich der Motor, der den Inflationsprozeß in Gang hält. Ein solcher Prozeß bringt es nicht notwendigerweise mit sich, daß die Preise in den nichtkonzentrierten Bereichen weniger steigen als in den monopolisierten; entscheidend ist vielmehr, daß, selbst wenn alle Preise im gleichen Ausmaß steigen, die steigenden Preise der kleinen Unternehmen nicht im gleichen Maß zu einer Steigerung ihrer Profite führen, sondern bereits Profitelemente der Monopole enthalten, die diese etwa als Zulieferer von Grundstoffen den Kleinunternehmen als Kosten oktroyieren. Die notwendigen Zahlungsmittel für diesen Prozeß werden bereitgestellt aufgrund der objektiv wirkenden Mechanismen, die im Zusammenhang mit der Kritik an der monetaristischen Geldangebots-Hypothese dargestellt wurden. Indem die monopolistische Preispolitik aber nicht nur die kleinen Kapitale ausbeutet, sondern gleichzeitig die Reallöhne zu mindern tendiert, wird der Lohnkampf härter, was die Profite insgesamt gefährdet. Überdies beeinträchtigen die Schwankungen in der Inflationsrate die unternehmerischen Dispositionen, und schließlich stellt sich die Frage, ob die Inflation die erforderliche zyklische Kapitalvernichtung im notwendigen Ausmaß ermöglicht, was sich aus der Sicht der Monopole als fehlende Ausschaltung von Konkurrenz darstellt.

Monetaristische Anti-Inflationspolitik in der aktuellen ökonomischen Situation

Zielt die Wirtschaftspolitik auf eine Verstetigung der Geldversorgung ab mit Wachstumsraten, die über denen des Sozialprodukts liegen, so muß sich entsprechend den monetaristischen Erwartungen die Inflationsrate gleichfalls verstetigen, allerdings als ein zeitlich nachgelagerter Effekt. Durch eine allmähliche weitere Reduzierung der Wachstumsrate der Geldmenge kann dann schließlich

[22]) G. Stigler and K. Kindahl, Industrial Prices, as Administered by Dr. Means, in: „American Economic Review", Sept. 1973, S. 717—721; dieselben, The Behaviour of Industrial Prices, New York 1970; vgl. auch G. Means, The Administered Price Thesis Reconfirmed, in: „The American Economic Review", June 1972, S. 292—306.

eine Situation mit annähernd stabilem Preisniveau erreicht werden. Da die Anpassungsperiode eine Revision der antizipierten Inflationsraten erfordert, ist einleuchtenderweise zunächst mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen, wobei die Unterauslastung der ökonomischen Ressourcen durch den Grad der Restriktion verschärft wird. Trotz Unterbeschäftigung und Reduzierung der Wachstumsrate der Geldmenge steigen die Preise zunächst weiter, was das Phänomen der Stagflation erklären soll.

Soweit die wirtschaftspolitische Konzeption. Die Frage ist, ob die Monopole, deren Aktivität in Verbindung mit ihrem besonderen Verhältnis zum Staat letztlich den Goldstandard und das Bretton Woods-System durchbrochen hat, um eine für ihre Bedürfnisse elastische Geldversorgung zu erzwingen, nun bereit sind, ein stabiles Preisniveau anzustreben.

Soll die neue Politik durchsetzbar sein, und gegen die objektiven Interessen des Monopolkapitals wird eine monetaristische Politik schlechterdings nicht durchgesetzt werden, müssen die Monopolprofite unangetastet bleiben. Entsprechend den seit der Weltwirtschaftskrise gemachten Erfahrungen werden die Preise bei restriktiver Geldpolitik im nicht monopolisierten Bereich zum Sinken tendieren oder jedenfalls nicht in dem Ausmaß steigen, in dem dies in den monopolisierten Bereichen der Fall ist. Dies bedeutet zunächst, daß die Profite des nicht monopolisierten Bereiches relativ zum monopolisierten fallen. Die weiterhin mit restriktiver Geldpolitik verbundene restriktive Kreditpolitik veranlaßt die Banken, vornehmlich Kredite an beste Kunden mit vermindertem Risiko zu vergeben, eben vorzugsweise an den monopolisierten Bereich. Dies um so mehr, als eine Insolvenz von Großunternehmen in der Regel nicht zum Bankrott, sondern zu staatlichen Hilfsmaßnahmen führt. Kleine Kapitale dagegen werden wegen sinkender Verkaufspreise (und u. U. steigender Preise für Primärprodukte, die sie aus dem monopolisierten Bereich beziehen), wegen der Kreditrestriktionen und allgemein wegen ihrer schwächeren Finanzkraft und u. U. kostenungünstigeren Produktionstechnik vermehrt in Schwierigkeiten geraten. Konkurse und Vergleiche nehmen zu, ein Umstand, der einer weiteren Monopolisierung nur förderlich ist und überdies in größerem Ausmaß die notwendige Kapitalvernichtung bewirkt. Die von den Monopolen geplante Verzinsung der Investitionen wird sich weiter realisieren lassen, da die Anti-Inflationspolitik für Arbeitslosenziffern sorgt, bei denen unbesorgt die Differenz zwischen Effektiv- und Tariflöhnen abgebaut werden kann. Durch weitere, wenn auch gemäßigte Erhöhung der Preise im Monopolbereich und durch sinkende Lohnkosten dürften die Monopolprofite nicht fühlbar beeinträchtigt werden. Anders im nicht monopolisierten Bereich, in dem auch in Zeiten der Konjunktur die Differenz zwischen Effektiv- und Tariflöhnen recht niedrig ist, so daß Kostensenkung durch Lohnsenkung hier rasch auf eine rechtliche Barriere stößt, nämlich die zwingenden und unabdingbaren Tariflöhne.

Der Effekt der neuen Politik wird es sein, daß zwar die Inflationsrate im Durchschnitt zum Sinken tendiert, was offiziell als Erfolg gepriesen werden wird, daß jedoch innerhalb des Durchschnitts die Monopolpreise rascher steigen als im nicht monopolisierten Bereich. Die Konsequenz wird also nicht Preisstabilität heißen, sondern Verstetigung der Inflation, d. h. gleichbleibende Inflationsraten. Der Inflationsprozeß als eine der Strategien der Monopole, in anderen Bereichen erzeugten Mehrwert an sich zu ziehen, um Monopolprofite zu erzielen, wird rationalisiert und planvoll betrieben; die störenden Begleiterscheinungen, wie schwankende Inflationsraten, werden im Zuge dieser Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik ausgeschaltet. Daß die angekündigte und erhoffte Stabilisierung des Preisniveaus nicht eintritt, wird mit dem Hinweis auf die zu hohen

Sozialkosten (Arbeitslosigkeit) einer völligen Geldwertstabilisierung erklärt werden.

Es zeigt sich, daß Monetarismus mehr bedeutet als eine vereinzelte konkurrierende Sozialtechnik. Der dieser Geldtheorie und -politik zugrundeliegende Ansatz ist außergewöhnlich breit, er macht geltend, für die Ökonomie und nicht nur für einen ihrer Teilaspekte zuständig zu sein. Mehr noch, das Gesamtkonzept überschreitet den üblichen ökonomischen Bereich, um eine universelle Gesellschaftswissenschaft zu werden, die vollständig axiomatisiert und konsistent die Gegenposition zur politischen Ökonomie im Sinne des Marxismus vertreten zu können glaubt. Diese neue politische Ökonomie als Hintergrund des Monetarismus ist ernstzunehmen in der ideologischen Auseinandersetzung. Jedoch nicht nur in diesem Zusammenhang. Schließlich zeichnet sich der Monetarismus durch einen ausdrücklichen empirischen Bezug aus. Die von A. Harberger (Leiter des Zentrums für lateinamerikanische Studien, University of Chicago) betreute Zusammenarbeit zwischen der Universität von Chicago und der Katholischen Universität von Chile trägt bereits Früchte: In einer Meldung des „Wall Street Journal" vom 2. November 1973, dem Jahr des Putsches in Chile, kurz vor der Ernennung des Herausgebers von „El Mercurio", Leniz, zum neuen Wirtschaftsminister, heißt es: „Eine Anzahl chilenischer Ökonomen, die an der Universität Chicago studiert haben und in Santiago als ‚Chicagoer Schule' bekannt sind, warten ungeduldig darauf, losgelassen zu werden." Nach allem verwundert es nicht, daß Minister Leniz diese Leute in sein Amt aufgenommen hat [23]).

[23]) A. G. Frank, Ökogorillas, Chicago-Mafia in Chile, in: „Neues Forum", Heft 251, November 1974, S. 15.

Neuerscheinung

Reinhard Kühnl

Der deutsche Faschismus

in Quellen und Dokumenten
Kleine Bibliothek Band 62
512 Seiten, DM 9,80

Ein Quellenwerk auf dem neuesten Stand der Faschismusforschung. Über 300 Dokumente klären die Frage, wie der Faschismus in Deutschland zur Massenbewegung werden, die Weimarer Republik zerstören und eine Diktatur errichten konnte. Sie zeigen, aus welchen sozialen Schichten und Klassen seine Anhänger kamen und mit welchen Mitteln sie gewonnen wurden. Sie verdeutlichen die Herrschaftsstruktur des faschistischen Systems. Sie enthüllen die Ziele der faschistischen Politik, wie sie durchgesetzt wurden und in wessen Interesse dies geschah. So ermöglicht der Band, nicht nur die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen des deutschen Faschismus in der Vergangenheit richtig einzuschätzen, sondern faschistische Tendenzen auch in der Gegenwart richtig zu erkennen, um ihnen angemessen begegnen zu können.

Pahl-Rugenstein

Kriegsdienstverweigerung ohne Prüfungsverfahren?

Kritische Anmerkungen zu den Suspendierungsplänen der SPD/FDP-Koalition und ihrem Verhältnis zur Wehrstrukturreform

Von Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn

Am 28. Februar 1975 einigte sich eine Verhandlungskommission, bestehend aus Vertretern der Koalitionsfraktionen SPD und FDP, dem Bundesminister der Verteidigung und dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, darauf, das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer für ungediente Wehrpflichtige zeitweilig auszusetzen und für Soldaten ein Prüfungsverfahren „in modifizierter Form" einzuführen. Vorausgegangen waren dieser von den Massenmedien eilfertig und fälschlich als Plan zur Abschaffung der entwürdigenden Gewissensprüfung apostrophierten Übereinkunft Gerüchte um Rücktrittsdrohungen des Verteidigungsministers [1]), mit denen dieser die Zustimmung des linken Parteiflügels der SPD zu seinen Vorstellungen erpreßt haben soll.

Obwohl Leber die Meldungen über Rücktrittsdrohungen entschieden dementierte, spricht einiges dafür, daß die Übereinkunft vom 28. Februar 1975 nur unter massivem Druck zustande kam. Abgeordnete von den linken Flügeln der SPD und der FDP hatten Ende 1974 Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die eine ersatzlose Abschaffung des Prüfungsverfahrens zum Ziel hatten. Georg Leber zog sofort nach. Gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Hans Iven, unterbreitete er einen „Vorschlag für die Modifizierung des Prüfungsverfahrens" (den sogenannten „Leber-Plan"), der als Alternative zu den Gesetzentwürfen der Abgeordnetengruppe gedacht war. Aufgabe der daraufhin eingesetzten Verhandlungskommission sollte sein, einen Kompromiß zwischen diesen Entwürfen und den Vorstellungen des Verteidigungsministeriums zu erarbeiten. Mit der Übereinkunft vom 28. Februar 1975 allerdings hat Leber seine Ziele kompromißlos durchgesetzt, während die Entwürfe der linken Abgeordneten nicht einmal im Ansatz verwirklicht sind.

Wenn jetzt eine Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsrechts unter dem Gesichtspunkt einer nur zeitweiligen Aussetzung des Prüfungsverfahrens auf der Tagesordnung steht, wird damit zugleich der Beschluß des SPD-Parteitages in Hannover 1973 übergangen, der die ersatzlose Abschaffung dieses Verfahrens forderte [2]).

Angesichts dieser Sachlage stellt sich die Frage, weshalb dann das Bundeswehrministerium überhaupt einer Änderung des Verfahrensrechts für Kriegsdienstverweigerer zustimmt. Einer der wesentlichen Gründe hierfür wird darin liegen, daß die Ablehnung jeglicher Reform nicht opportun erschien, da sie in der Öffentlichkeit weitgehend auf Unverständnis gestoßen wäre; schließlich haben die un-

[1]) „Frankfurter Rundschau" v. 1. 3. 1975.
[2]) Auf dem SPD-Parteitag in Hannover 1973 gelang es Georg Leber, die Forderung nach sofortiger Abschaffung des Prüfungsverfahrens zu verhindern. Er erwirkte einen Aufschub, indem die Aufhebung des Verfahrens von einer ausreichenden Zahl von Zivildienstplätzen abhängig gemacht wurde. Dieses Junktim ist mittlerweile eingelöst, da gegenwärtig zwischen 7000 und 8000 Zivildienstplätze nicht besetzt werden können.

erträglichen Zuspitzungen bei der Gewissensprüfung [3]) in den letzten Jahren zu starken Solidarisierungen mit den Kriegsdienstverweigerern in Parteien, politischen Organisationen, Teilen der Presse und in der liberalen Öffentlichkeit geführt. Die entstandene Sympathie für in ihrer Gewissensentscheidung unterdrückte Kriegsdienstverweigerer versuchte erstmals die CDU/CSU-Bundestagsfraktion propagandistisch zu nutzen, indem sie Anfang 1974 einen Entschließungsantrag einbrachte, der eine Säuberung des Prüfungsverfahrens von den gröbsten Auswüchsen forderte. Als dann einige Monate später die schon erwähnten Gesetzentwürfe der SPD- und FDP-Abgeordneten vorlagen, geriet das Leber-Ministerium in Zugzwang. Es konzentrierte alle Bemühungen darauf, dem Reformbedürfnis formal Genüge zu tun und doch gleichzeitig die Positionen der militärischen Personalplaner zu wahren.

Der Leber-Plan nimmt nur scheinbar die Kritik am verfassungswidrigen Prüfungsverfahren auf. Ihm liegt nicht einmal Einsicht in die Unmöglichkeit von Gewissensprüfungen zugrunde, seine Intention ist nicht, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung von der verfassungswidrigen Handhabung zu befreien, sondern die Kriegsdienstverweigerung der militärischen Personalplanung unterzuordnen.

Dieser erneute Versuch zur Aushöhlung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung ist Bestandteil einer langen Kette von Anstrengungen, das Grundgesetz selbst zu militarisieren und damit die Intentionen der Verfassung in ihr Gegenteil zu verkehren.

Kriegsdienstverweigerung — ein kollektives politisches Recht

In der konkreten Ausgestaltung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung konnte sich von jeher ein Standpunkt durchsetzen, der die Verweigerung allenfalls als Individualrecht gelten lassen will, eine politische Bedeutung des Grundrechts aber verneint. Eine weitere Konsequenz dieser Auffassung führt zur Degradierung des Grundrechts als Ausnahmerecht und damit zur Deklamation der Vorrangigkeit des Wehrdienstes, dessen Ableistung als Verfassungsauftrag anzusehen, also Verfassungsgebot sei, während die Kriegsdienstverweigerung vom Grundgesetz lediglich geduldet werde.

Diese Interpretation verfälscht bewußt die Entstehungsgeschichte des Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes. Die heftigen Diskussionen, die sich am Thema Kriegsdienstverweigerung seinerzeit im Parlamentarischen Rat entzündeten, sind bester Beweis dafür, daß die eminente politische Bedeutung dieses Verfassungsrechts damals sehr wohl erkannt wurde; erkannt wurden damit auch zugleich die politischen Gefährdungen und Hemmnisse, die dieses Grundrecht für restaurative und militaristische Politik beinhaltete. Diese Wirkung kam natürlich nicht allein dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung zu, konnte dieses Recht nicht allein durch die Tatsache seiner Kodifizierung erhalten; das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung ist vielmehr eine Komponente in einem Komplex verschiedener Verfassungsartikel, die die Grundlage für eine nichtmilitärische Politik und friedliche Zukunft der Bundesrepublik Deutschland legen sollten.

Das Grundgesetz sollte zur Zeit seiner Entstehung das Fundament für ein Gemeinwesen bilden, das sich durch die Bereitschaft auszeichnen würde, Verantwortung vor der Geschichte zu übernehmen; als konkreter Ausdruck dieser

[3]) Vgl. Klaus Mannhardt/Winfried Schwamborn, Schwarzbuch Kriegsdienstverweigerung. Ein Beitrag zum 25jährigen Bestehen des Grundgesetzes, Köln 1974, S. 59—89.

geschichtlichen Verantwortung wurde der Friedensgedanke zum Leitthema des Grundgesetzes. Schon in der Präambel bekundet das Grundgesetz den Willen des deutschen Volkes, „dem Frieden der Welt zu dienen", Art. 26 stellt Handlungen, „die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören", ebenso wie die Vorbereitung von Angriffskriegen unter Strafandrohung, Art. 24 schließlich eröffnet die Möglichkeit der Einordnung in ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit", um somit „zur Wahrung des Friedens" beizutragen. Gerade letztere Verfassungsbestimmung sollte die Voraussetzungen für eine Bündnis- und Vertragspolitik schaffen, die unter Verzicht auf Gewaltandrohung nichtmilitärische Sicherheit hätte herstellen können. Die zitierten Bestimmungen des Grundgesetzes sind also alles andere als eine Option auf Remilitarisierung und Eingliederung in ein Militärsystem. Für diese Entwicklung, die Realität geworden ist, fehlten in der Tat die verfassungsmäßigen Voraussetzungen.

Wenn Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz bestimmt: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden", so ist dies nicht nur die auf den einzelnen Bürger bezogene und seinen Gewissensschutz gewährleistende logische Konsequenz der oben erwähnten Verfassungsbestimmungen, sondern das Grundrecht aus Art. 4 Abs. 3 steht in direkter Wechselbeziehung zu den Art. 24 und 26. Dieses Grundrecht ist nicht — wie das Bundesverfassungsgericht die Remilitarisierung rechtfertigend urteilt — lediglich Ausdruck eines diffusen „Toleranzprinzips" der Verfassung, sondern es normiert in Verbindung mit den Vorschriften der Art. 24 und 26 die Verfassung selbst. Die antimilitaristische Zielsetzung des Grundgesetzes, wie sie in diesen Artikeln zum Ausdruck kommt, legitimiert das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung und seine exponierte Stellung im Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes ebenso, wie dieses Grundrecht auf der anderen Seite als kollektives Schutz- und Widerstandsrecht gegen eine Handhabung der Verfassung entgegen der antimilitaristischen Zielsetzung gesehen werden muß.

Jene Verfassungsinterpretation, die den politischen Charakter des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung nachträglich zu leugnen versucht, greift interessanterweise stets auf solche Diskussionsbeiträge im Parlamentarischen Rat zurück, die damals schon das Grundrecht enger gefaßt oder etwa nicht in das Grundgesetz aufgenommen sehen wollten. Solcher Interpretation muß freilich ein gehöriges Maß an Unredlichkeit unterstellt werden, versucht sie doch, eine Verfassungsbestimmung aus der Position ihrer Gegner auszulegen und das Votum einer Gruppe, die im Parlamentarischen Rat in der Minderheit blieb, als Willen des Verfassungsgebers auszuweisen.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß sich spätestens seit 1969 sozialdemokratische Wehrpolitiker — wie auch heute Verteidigungsminister Leber — zur Abwertung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung auf Stellungnahmen berufen, die in den Verfassungsdebatten von konservativer Seite gegen die sozialdemokratische Initiative zur Verankerung eines Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung vorgebracht wurden. Der von dieser Seite mit Vorliebe zitierten Heuß-Äußerung vom „Massenverschleiß des Gewissens" hielt im Parlamentarischen Rat der sozialdemokratische Abgeordnete Eberhard entgegen: „Ich glaube, wir haben hinter uns einen Massenschlaf des Gewissens. In diesem Massenschlaf des Gewissens haben die Deutschen zu Millionen gesagt: Befehl ist Befehl und haben getötet. Dieser Absatz (Art. 4 Abs. 3) kann eine große pädagogische Wirkung haben, und wir hoffen, er wird sie haben." Die Erwartung einer „großen pädagogischen Wirkung" ist wohl ebensowenig ge-

eignet, die These von der absoluten Individualität der Gewissensentscheidung zu stützen, wie die von Carlo Schmid namens der SPD im Bundestag vertretene Auffassung, der Parlamentarische Rat habe mit dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nicht „eine hübsche Verzierung anbringen", sondern der Bundesrepublik „ein bestimmtes Gepräge geben" wollen, die Behauptung zuläßt, dieses Grundrecht an sich sei unpolitisch und diene lediglich dem Minderheitenschutz.

Kriegsdienstverweigerung und die Krise der Militärdoktrin

Bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erschien die verfassungsrechtliche Verankerung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung den Militärplanern als ernstes Problem, schien dieses Grundrecht doch geeignet, das Wehrpflichtprinzip grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Adenauer-Regierung rechnete damals für den ersten Musterungsjahrgang mit einer Verweigerungsquote von 25—30 %.

Vor dem Hintergrund solcher „Befürchtungen" ergab sich für die damalige Bundesregierung die Notwendigkeit, mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gleichzeitig das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung in seiner Substanz anzugreifen, die Verfassung also in diesem Punkt faktisch unwirksam zu machen. Als Instrument hierzu sollte das neugeschaffene Wehrpflichtgesetz dienen, das auch Ausführungsbestimmungen zum Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung enthielt. So wurden in § 25 Wehrpflichtgesetz die Voraussetzungen für die Kriegsdienstverweigerung — Art. 4 Abs. 3 — einschränkend neu definiert, und mit § 26 WPflG wurde die Wahrnehmung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung von einer vorherigen Gewissensprüfung und einer Anerkennung der Berechtigung zur Ausübung des Grundrechts durch die Militärbehörden abhängig gemacht [4]). Zielsetzung dieser Gesetzgebung war, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung entgegen der Verfassungsnorm faktisch als Ausnahmerecht zu gestalten, dessen Inanspruchnahme einer privilegierten Minderheit vorbehalten sein sollte, die aufgrund ihrer Sozialisation in der Lage war, Gewissensprobleme ausreichend zu artikulieren. Möhle und Rabe kennzeichnen die Intention der diesbezüglichen Wehrgesetzgebung in ihrer faktenreichen Untersuchung zutreffend als „Entfunktionalisierung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung" [5]).

Die vorgenommenen Einschränkungen des Grundgesetzes sowie die massive Wehrpropaganda, die sich auf den in der Hochzeit des Kalten Krieges erfolgreich erzeugten primitiven Antikommunismus stützen konnte, verfehlten ihre Wirkung nicht. „Wehrbereitschaft" konnte weitgehend unhinterfragt durchgesetzt werden, Kriegsdienstverweigerung blieb eine kaum nennenswerte Randerscheinung.

Mit fortschreitender internationaler Entspannung geriet Mitte der 60er Jahre auch die traditionelle Militärdoktrin — die freilich bis heute nicht abgelöst ist — in eine Legitimationskrise. Der Militärpropaganda gelang es immer weniger, die klassischen Feindbilder vom „aggressiven Kommunismus" überzeugend zu vermitteln und hieraus „Wehrbereitschaft" abzuleiten. Im Kampf gegen die Notstandsgesetze wurde zudem die innenpolitische Funktion der Bundeswehr erstmals auf breiter

[4]) Vgl. zur Rechtslage bei der Anerkennung Winfried Schwamborn, Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 2. Aufl. Köln 1973. Zur Einschränkung des Grundgesetzes durch das Wehrpflichtgesetz vgl. auch Schwarzbuch Kriegsdienstverweigerung, a. a. O., S. 12 f.

[5]) Volker Möhle/Christian Rabe, Kriegsdienstverweigerer in der BRD. Eine empirisch-analytische Studie zur Motivation der Kriegsdienstverweigerer in den Jahren 1957—1971, Opladen 1972, S. 20. Die Untersuchung enthält eine ausführliche Darstellung der Entstehung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung und der Einschränkungsmaßnahmen durch die Wehrgesetzgebung.

Ebene kritisch diskutiert, die Bundeswehr als potentielle Notstandsarmee erkannt und der Dienst in ihr auch aus diesem Grunde abgelehnt.

Zu diesem Zeitpunkt gelangte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung in seiner Anwendung zu politischer Relevanz. 1968, im Jahr der Verabschiedung der Notstandsverfassung, verdoppelte sich die Zahl der Anträge gegenüber dem Vorjahr auf fast 12 000; der Anstieg hielt auch in den folgenden Jahren an, um sich schließlich bei einer Marke von 30 000 bis 35 000 Anträgen im Jahr (1972—1974) einzupendeln. Von den seit 1956 gestellten etwa 220 000 Kriegsdienstverweigerungs-Anträgen entfallen allein auf die Jahre 1970—1974 148 000!

Es ist einleuchtend, daß der sprunghafte Anstieg der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung aus der veränderten politischen Situation erklärt werden muß. Verändert hat sich damit aber auch zwangsläufig die Motivationslage der Kriegsdienstverweigerer; seit 1968 wird die Kriegsdienstverweigerung zunehmend politisch begründet. Das Grundrecht wurde damit entgegen allen Einschränkungen von denjenigen, die es in Anspruch nahmen, zu seiner ursprünglichen Funktion zurückgeführt.

Wenn Friedrich Zimmermann, damals Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages, in der Kriegsdienstverweigerung eine „Gefahr für unsere Sicherheit" sieht, wenn der damalige Bundeskanzler Brandt die Zunahme der Kriegsdienstverweigerer namens der Bundesregierung „mit Sorge" betrachtet, so kann als Gegenstand solcher „Sorge" und „Gefahr" sicher erst in zweiter Linie die quantitative Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung gewertet werden. Kriegsdienstverweigerung war vielmehr zum handfesten psychologischen Problem geworden, zur weithin sichtbaren Manifestation gegen „Wehrwillen" und Militärdoktrin, für Entmilitarisierung und Abrüstung. So wie die Zunahme der Kriegsdienstverweigerung erst vor dem Hintergrund internationaler Entspannung und der daraus folgenden bestrittenen Legitimation der Bundeswehr möglich wurde, so drängte auf der anderen Seite Kriegsdienstverweigerung als Problem ins öffentliche Bewußtsein und verstärkte damit die Einsicht in die Revisionsbedürftigkeit der herrschenden Militärdoktrin. Gleichzeitig wurden innerhalb der Bundeswehr immer stärker Zweifel an deren Existenzberechtigung geäußert; ein starker Anstieg der „Fälle von Disziplinverletzungen" deutete ebenfalls auf ein Nachlassen der „Einsicht in die Notwendigkeit der Landesverteidigung" hin, letzteres sicherlich auch eine Folge der „Zunahme politischer Diskussionen auch unter den Soldaten" [6]).

Eine 1970 durchgeführte Umfrage über die Einstellung ungedienter Wehrpflichtiger zur Bundeswehr ergab dann auch, daß die grundlegenden Prämissen der Militärdoktrin von einer Mehrzahl der Befragten nicht als richtig akzeptiert wurden. So stimmten der Aussage „Mit unseren Verbündeten zusammen erfüllt die Bundeswehr eine wichtige Aufgabe" nur 31 % zu, die These „Eine sinnvolle Aufgabe der Bundeswehr besteht darin, ein militärisches Gleichgewicht zum Osten zu bilden" erhielt von 32 % Zustimmung, während 53 % der Befragten meinten: „Für die Bundeswehr wird viel zuviel Geld ausgegeben" [7]).

Die Bundesregierung jedoch war und ist bis heute entschlossen, mit allen Mitteln an ihrem militärischen Kurs festzuhalten. Da ohne eine Korrektur der Militärpolitik die Ursachen für die wachsende Ablehnung des Militärdienstes nicht

[6]) Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages 1971, S. 39.
[7]) Vgl. zu den Einzelergebnissen der Umfrage Personalstrukturkommission des Bundesministers der Verteidigung, Die Personalstruktur der Streitkräfte, Bonn 1971, S. 39 f.

zu beseitigen sind, versuchte man, der Probleme durch Verschleierung der Ursachen, verstärkte Propaganda und administrativen Druck Herr zu werden. Zur Erklärung der zunehmenden Wehrunwilligkeit mußte das von der Bundesregierung hochgespielte und vorgeschobene Problem der sogenannten Wehrgerechtigkeit herhalten, gleichzeitig begann eine Propagandaoffensive, deren Merkmale die Verdoppelung der Zahl der Jugendoffiziere und eine verstärkte Wehrwerbung in den Schulen sind. Weitere Aushöhlungen des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung sollten dazu beitragen, die Zahl der Verweigerer drastisch zu reduzieren.

Neue Einschränkungen des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung

Den Militärpolitikern ging es Ende der 60er Jahre nicht nur darum, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung weiter einzuschränken, sondern auch — um seine politische Wirksamkeit dauernd zu verhindern — darum, es militärischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen unterzuordnen. Sicherlich hätten manche Vertreter dieser Politik gerne eine radikale Lösung durchgesetzt, mit anderen Worten also einen direkten Eingriff in die Verfassung vorgenommen, aber mit einem so offenkundigen Verfassungsbruch mochte sich natürlich kein Politiker identifizieren. Blieb also nur die Möglichkeit, die Verfassung zu umgehen.

Erste Maßnahme in diese Richtung war die Novelle zum Ersatzdienstgesetz, die am 4. November 1970 im Bundestag eingebracht wurde. Der Entwurf sah u. a. eine Verlängerung des Ersatzdienstes gegenüber dem Wehrdienst um drei Monate und den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern im technischen Bereich und in der öffentlichen Verwaltung vor. Während der fast dreijährigen parlamentarischen Beratungen stieß dieser Gesetzentwurf auf heftigen Widerstand der Betroffenen, der sich auch auf alle Versuche der Bundesregierung ausdehnte, Einzelbestimmungen der Novelle — wie z. B. den Einsatz im technischen Bereich — schon vorab zu praktizieren. Einer der wesentlichen Erfolge der Aktionen der ersatzdienstleistenden Kriegsdienstverweigerer besteht in der Zurücknahme des sogenannten Gummersbacher Modells, mit dem die Heranziehung Ersatzdienstleistender zu arbeitsdienstähnlichen Tätigkeiten erprobt werden sollte.

Wenngleich das zum 1. Juli 1973 in Kraft getretene Zivildienstgesetz auch in seiner endgültigen Fassung durchweg von dem Leitgedanken bestimmt ist, den Zivildienst so unattraktiv und abschreckend wie möglich zu gestalten, so konnten doch einige der zunächst vorgesehenen Verschlechterungen der Gesetzeslage abgemildert werden. So soll der Zivildienst „vorrangig" im sozialen Bereich geleistet werden; eine Ausweitung der Tätigkeitsbereiche Zivildienstleistender bedarf der Zustimmung eines Beirats, der beim Arbeitsministerium gebildet wurde. Entgegen der ursprünglichen Absicht trat keine Verlängerung des Dienstes um drei Monate ein, der Zivildienst dauert vielmehr jetzt einen Monat länger als der Wehrdienst.

Im Hintergrund der Zivildienstpolitik der SPD/FDP-Koalition stand und steht das Bemühen, den Zivildienst in ein System der allgemeinen Dienstpflicht zu integrieren und ihn somit zum Bestandteil der Landesverteidigungskonzeption umzufunktionieren [8]). Am deutlichsten ausgesprochen hat diese Intention der Deutsche Bundeswehrverband, der betonte, „dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer grundsätzlich positiv" gegenüberzustehen, „weil er zur Verwirklichung der allgemeinen Dienst-

8) Vgl. Winfried Schwamborn, Die Novellierung des Ersatzdienstgesetzes. Auf dem Weg zu einer allgemeinen Dienstpflicht, in: „Blätter", 2/1971, S. 180 ff.

pflicht beiträgt" [9]). Diese Dienstpflichtvorstellungen knüpfen direkt an jene Absichten an, die bei der Remilitarisierung ausschließlich von konservativen Kräften — damals gegen den Widerstand der Sozialdemokraten — erklärt wurden: „Wir wollen . . ., daß er (der Verweigerer, d. Verf.) seine nationale Verteidigungspflicht auch durch den zivilen Ersatzdienst voll und ganz erfüllt" [10]).

Der Versuch, durch eine Verlängerung des Zivildienstes einen Rückgang der Kriegsdienstverweigerungsanträge zu bewirken, mußte sich als Fehlkalkulation erweisen. Es scheint, als sei die Regierung bei der Einschätzung der Motivation der Kriegsdienstverweigerer ihrer eigenen Propaganda aufgesessen, die den Verweigerern jegliche Ernsthaftigkeit abzusprechen suchte und glauben machen wollte, es handele sich lediglich um eine unreflektierte Modeerscheinung. Nichts beweist die Unrichtigkeit dieser Diffamierungspolitik deutlicher als die Tatsache, daß die Zahl der Verweigerer auch nach Verabschiedung des Zivildienstgesetzes weiter zunahm. Durch eine Verschlechterung der Situation im Zivildienst läßt sich nun einmal nicht eine überholte Militärpolitik schmackhaft machen.

Mit dem Anstieg der Verweigererzahlen seit 1968 einhergegangen war eine entschiedene Verschärfung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Kriegsdienstverweigerung. Ein Verbot politischer Begründung versuchte die gesellschaftlich-politische Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung unter Androhung der Nichtanerkennung wenigstens in ihrer Artikulation auszuschließen, das Bundesverfassungsgericht konstatierte den Vorrang des Wehrdienstes vor der Kriegsdienstverweigerung, und das Bundesverwaltungsgericht legte — entgegen seiner eigenen früheren Rechtsprechung — dem Kriegsdienstverweigerer die Beweispflicht für das Vorhandensein einer Gewissensentscheidung auf [11]).

Immer noch gingen allerdings die Verweigerungsanträge nicht zurück. Vielmehr kündigte sich eine Stärkung der Kriegsdienstverweigererbewegung an, als 1972 die beiden Verbände der Kriegsdienstverweigerer Verhandlungen über ihren Zusammenschluß aufnahmen [12]). Die Bundeswehrführung reagierte auf diese Entwicklung übernervös. In einer großangelegten Kampagne versuchte sie unter Berufung auf das nationalsozialistische antijüdische Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz von 1935 durch über 200 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft, Berater von Kriegsdienstverweigerern zu kriminalisieren. An die Innenministerien der Länder richtete die Bundeswehr die Aufforderung, die Beratungsstellen durch administrative Maßnahmen zu schließen [13]). Die Kriegsdienstverweigerer-Organisationen, die mit verstärkter Beratung und politischen Aktionen auf diese Attacken offensiv reagierten, wurden in ihrem Vorgehen bestätigt. Die mit erheblichem Aufwand betriebene Kampagne der Bundeswehr ist mittlerweile im Sande verlaufen.

Parallel zu den Angriffen auf die organisierten Kriegsdienstverweigerer wurde die Prüfungspraxis verschärft, die Ablehnungsquoten wurden auf Anweisung des Bundeswehrministeriums heraufgesetzt. Gezielt wurden und werden Kriegsdienstverweigerer unmittelbar nach der Ablehnung zum Wehrdienst gezwungen. Die Konsequenz dieser Praxis ist eine sprunghafte Zunahme von Desertion und

9) Stellungnahme des Deutschen Bundeswehrverbandes, in: Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung, Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1971, S. 206.
10) Der Abgeordnete Mende in der Bundestagsdebatte v. 4. 7. 1956, zit. nach Möhle/Rabe, a. a. O., S. 27.
11) Vgl. zur Verschärfung der höchstrichterlichen Rechtsprechung seit 1968 auch Schwarzbuch Kriegsdienstverweigerung, a. a. O.
12) Am 24. 11. 1974 schlossen sich in Bonn die DFG-IDK und der VK zur Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) zusammen. Damit entstand mit 25 000 Mitgliedern die größte Organisation der Kriegsdienstverweigerer und Antimilitaristen in Europa.
13) Die Kampagne gegen die Beratungsstellen wird anhand zahlreicher Dokumente belegt in Schwarzbuch Kriegsdienstverweigerung, a. a. O., S. 20—58.

Befehlsverweigerung. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß Kriegsdienstverweigerer wegen Befehlsverweigerung mit mindestens sechsmonatigen Freiheitsstrafen rechnen müssen, die in aller Regel nicht zur Bewährung ausgesetzt werden [14]).

Bislang verzichtet die Bundeswehr nicht darauf, Kriegsdienstverweigerer gegen ihr Gewissen zum Waffendienst zu zwingen und sie im Falle der Verweigerung zu inhaftieren. Diese beispiellose Verfolgung von Menschen, die sich auf ein Grundrecht berufen, hat jedoch bisher ebenfalls nicht die erhoffte abschreckende Wirkung gezeitigt, sondern im Gegenteil zu einer starken Solidarisierung der Kriegsdienstverweigerer untereinander, aber auch zu Sympathien großer Teile der Öffentlichkeit mit den verfolgten Verweigerern geführt.

Vielfache Versuche, das Grundgesetz auszuhöhlen und zu umgehen, sind ohne den erhofften Erfolg geblieben. Die geschilderten Mißstände, von den Kriegsdienstverweigerern systematisch publiziert, haben vielmehr die Reformbedürftigkeit des Verwaltungsrechts mehr denn je im öffentlichen Bewußtsein verankert. So sprachen sich Anfang 1975 bei einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie 60 % der Bevölkerung für einen Wegfall des Prüfungsverfahrens aus. In dieser Situation gab es — wie eingangs bereits dargestellt — für das Verteidigungsministerium nur die Möglichkeit zu handeln. Lebers angekündigte Scheinreform soll das Problem lösen, einerseits das Reformverlangen aufzunehmen, auf der anderen Seite aber „jede organisierte Kriegsdienstverweigerung ad absurdum" [15]) zu führen.

Prüfungsverfahren und Wehrstruktur

Die Frage der Wehrgerechtigkeit, von der Koalition während der Auseinandersetzungen um das neue Zivildienstgesetz bewußt hochgespielt [16]), droht nun als Bumerang zurückzukommen, da die Regierung angesichts der zur Musterung und Einberufung heranstehenden geburtenstarken Jahrgänge Wehrgerechtigkeit entsprechend ihrer eigenen Definition unmöglich realisieren kann. Hier zumindest sieht die Opposition — mit den Grundzügen der Militärpolitik ohnehin einverstanden — einen Ansatzpunkt zur Kritik.

Die Bundesregierung setzte zur Lösung der anstehenden Wehrstrukturprobleme eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (!) ein, „die bezüglich der Fragen, die im Zusammenhang mit der Wehrgerechtigkeit auf uns zukommen, eine Vorlage erarbeiten soll, und zwar im besonderen mit dem Blick auf die Tatsache, daß wir es ab 1976 mit so starken Geburtsjahrgängen zu tun haben, daß wir die Streitkräfte zur Verteidigungsfähigkeit voll auffüllen können; um das zu tun, benötigen wir dann nur drei Fünftel der wehrfähigen Männer. Das Problem der Wehrgerechtigkeit stellt sich dann völlig neu und muß neu überarbeitet werden" [17]).

Ein zusätzliches Problem ergibt sich für die Personalplanung der Bundeswehr daraus, daß die Geburtenentwicklung nicht gleichmäßig ansteigend verläuft. Ab 1986 mit Einsetzen des sogenannten „Pillenknicks" folgen wieder geburtenschwache Jahrgänge, die den zahlenmäßigen Bedarf der Bundeswehr bei Beibehaltung der heutigen Wehrstruktur nicht decken können. Das Problem der

14) Zu Einzelheiten über die Behandlung von Kriegsdienstverweigerern bei der Bundeswehr vgl. Schwarzbuch Kriegsdienstverweigerung, a. a. O., S. 90—114.
15) Brief Georg Lebers an den Verband der Heimkehrer, zit. nach „Sozialistische Korrespondenz", 4/1975.
16) Seinerzeit erklärte die Bundesregierung, es müsse durch entsprechende Regelungen sichergestellt werden, daß jeder taugliche und verfügbare Wehrpflichtige zu einer Dienstleistung herangezogen werden könne.
17) Georg Leber in einer Erklärung vor dem Bundesrat am 24. 5. 1974.

Arbeitsgruppe bestand also darin, für eine Übergangszeit von 1976—1985 eine Regelung zu finden, die die Bundeswehr zahlenmäßig entlastet, dennoch aber einen möglichst großen Teil der Wehrpflichtigen zu Dienstleistungen heranzieht, die andererseits aber gleichzeitig sicherstellt, daß ab 1986 wieder nahezu alle Wehrpflichtigen zur Bundeswehr eingezogen werden können.

Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich die interministerielle Arbeitsgruppe mit der Frage der Neuordnung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer. Der Leber-Plan ist das Ergebnis der Kommissionsarbeit. Die zeitweilig beabsichtigte Öffnung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung für einen größeren Personenkreis ist nichts anderes als ein Ventil für den Personalüberschuß der Bundeswehr; das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung soll somit zum Instrument der militärischen Personalplanung degradiert werden. Aus diesem Grunde auch enthält der Leber-Plan eine Sicherung, die ermöglicht, das Ventil bei Bedarf jederzeit wieder zu schließen.

Im Koalitionskompromiß zum Prüfungsverfahren heißt es dementsprechend: „Für ungediente Wehrpflichtige, die sich auf das Grundrecht des Art. 4 Abs. 3 GG berufen, wird das derzeitige Prüfungsverfahren suspendiert ... Die Bundesregierung wird ermächtigt ... durch Rechtsverordnung das Prüfungsverfahren für ungediente Wehrpflichtige wieder einzuführen, wenn die Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft dies erfordert."

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Paul Kratz kritisiert diese Absicht zutreffend: „Bei Überschuß von jungen Männern darf es ruhig mehr Kriegsdienstverweigerer geben; wenn die Menschen knapp werden, müssen es weniger sein ... Das nun offengelegte Ziel, die Anerkennungsquote im Hinblick auf den Personalbestand der Bundeswehr zu regeln und nicht im Hinblick auf das tatsächliche Vorliegen einer Gewissensentscheidung, widerspricht eindeutig dem Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes. Hier heißt es ausdrücklich, daß *niemand* gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf, und nicht: daß nur dann niemand gezwungen werden darf, wenn es ohnehin genügend Soldaten gibt" [18]).

Für Soldaten soll das Verfahren „in modifizierter Form" grundsätzlich beibehalten werden; im Zuge einer kosmetischen Korrektur soll es lediglich aus der Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums in die des Arbeitsministeriums wechseln. Gleichzeitig soll der Rechtsweg durch den Fortfall einer Vorinstanz von drei auf zwei Instanzen verkürzt werden. Mit dieser Regelung soll zunächst einmal sichergestellt werden, daß die Zahl der Kriegsdienstverweigerer unter den Soldaten so klein wie möglich bleibt.

Die dritte wesentliche Änderung, die der Koalitionskompromiß vorsieht, ist die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate. Diese Regelung sowie die Verkürzung des Instanzenweges sind wohl als Sicherung für die Zukunft gedacht. Bei der spätestens 1986 vom Gesichtspunkt der Militärplaner notwendig werdenden Wiedereinführung des Prüfungsverfahrens für alle Kriegsdienstverweigerer sähe die Situation dann so aus: Der Rechtsweg zur Anerkennung wäre beschnitten durch Fortfall der kostenfreien zweiten Instanz (bei Ablehnung in erster Instanz müßte sofort beim Verwaltungsgericht geklagt werden; das Kostenrisiko im Falle der Ablehnung beläuft sich gegenwärtig auf etwa 600,— DM), nicht-anerkannte Kriegsdienstverweigerer würden weiterhin gegen ihr Gewissen zum Militärdienst gezwungen und im Falle ihrer Verweigerung verfolgt und kriminalisiert,

[18]) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Paul Kratz in einem Schreiben an seine Fraktionskollegen, zit. nach „Zivilcourage", 4/1975, S. 2.

der verlängerte Ersatzdienst würde diejenigen bestrafen, die gegen den Willen der Regierung ein Grundrecht in Anspruch nehmen. Pastor Ulrich Finckh, Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, resümiert: „Würde es nach Minister Leber gehen, hätten wir am Ende nichts verändert, nur den Zivildienst zusätzlich um weitere zwei Monate verlängert und einmal mehr militaristisches Denken dem Grundgesetz vorgeordnet" [19]).

Insofern ist der Deutschen Friedensgesellschaft—Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) in ihrer bedingungslosen Ablehnung des Leber-Plans zuzustimmen. Wir können uns Einwänden nicht anschließen, die sagen, der Leber-Plan sei gegenüber der bestehenden Regelung das kleinere Übel, mit anderen Worten: besser eine schlechte Reform als überhaupt keine. Immerhin bringe der Leber-Plan zunächst für die Mehrzahl der Verweigerer durch die Suspendierung des Prüfungsverfahrens eine echte Verbesserung; um weitere Verbesserungen könne man dann ringen, wenn der Leber-Plan erst einmal Gesetz sei. Wer so argumentiert, übersieht u. E. die enge Verknüpfung von Leber-Plan und Wehrstrukturpolitik. Über die Theorie vom kleineren Übel könnte man allenfalls dann diskutieren, wenn nicht mögliche kurzfristige Verbesserungen der Situation der Kriegsdienstverweigerer einzig und allein unter dem Gesichtspunkt einer längerfristigen Verschlechterung konzediert würden. Sobald bei Inkrafttreten des Leber-Plans die Suspendierung des Prüfungsverfahrens zurückgenommen und das „Verfahren neuer Art" für alle Kriegsdienstverweigerer eingeführt wird — und die Möglichkeit hierzu besteht jederzeit —, ist damit objektiv die Inanspruchnahme des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung weiter erschwert!

Die von Leber in Verbindung mit der beabsichtigten Neuregelung gerne ins Spiel gebrachte Vokabel von der „Wahlfreiheit" zwischen Wehrdienst und Zivildienst kann von uns nur als Phrase verstanden werden. Die angeblich freie Wahl soll schließlich nur solange gewährleistet sein, wie dies ins Konzept der militärischen Personalplanung paßt. Darüber hinaus steht hinter dem Leber-Konzept die Vorstellung, dem Zivildienst jeden eigenständigen Charakter, jede aus einer inhaltlich begründeten Ablehnung von Bundeswehr und Militärpolitik hergeleitete Legitimation zu nehmen. Insofern war die Bundesregierung der Verwirklichung ihrer Konzeption einer allgemeinen Dienstpflicht noch nie so nahe wie mit der Leber-Plan. Kriegsdienstverweigerung soll keine antimilitaristische Entscheidung mehr sein, sondern den Stellenwert eines technokratischen Verteilungsmechanismus von Wehrpflichtigen auf verschiedene Dienste erhalten. Wie unter diesen Voraussetzungen der Zivildienst in das System der „Landesverteidigung" integriert werden könnte, deuten Überlegungen an, die Joachim Beutel in der offiziösen „Wehrkunde" anstellt: „Im z. B. 18 Monate währenden Zivildienst könnte neben den Wehrdienstverweigerern weiteres Personal dienen, welches bei körperlichen Mängeln nicht im Außendienst oder zu schweren körperlichen Arbeiten (z. B. die jetzt als ‚Wehrdienstfähig 3' Bezeichneten) herangezogen wird. Bei einer solchen Dienstleistungspflicht ist zu überprüfen, ob man ... vielleicht auf das umständliche, teure und im Ergebnis oft so wenig befriedigende Kriegsdienstverweigerungsverfahren verzichten oder es zum mindesten vereinfachen kann" [20]).

Wir wiesen eingangs bereits darauf hin, daß die Militärpolitiker vor allem die mit der Kriegsdienstverweigerung verbundene inhaltliche Begründung, die Nutzung des Verweigerungsrechts als kollektives Widerstandsrecht entsprechend der verfassungsmäßigen Intention, zu bekämpfen suchen. Insofern sind die Angriffe gegen das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung als Bestandteil einer Politik zu werten, die auf die Militarisierung des gesamten Grundgesetzes zielt.

19) Ulrich Finckh, Abschaffung der Inquisition, In: „Zivilcourage", 3/1975, S. 2.
20) Joachim Beutel, Wehrgerechtigkeit und Wehrdienstverweigerung. In: „Wehrkunde", 9/1974, S. 477.

Wie diese Militarisierung und damit Verfälschung des Grundgesetzes gegen seine ursprünglichen Intentionen aussehen soll, macht eine offiziöse Stellungnahme aus dem wissenschaftlichen Dienst des Bundestages deutlich. Der Verfasser beschäftigt sich hierin mit der Frage, ob die Bundeswehr verfassungsrechtlichen Rang habe. Das Ergebnis: Nicht nur der Bestand der Bundeswehr, sondern auch ihre ausreichende militärische Effizienz sei ein Gebot des Grundgesetzes.

Zur gleichen Zeit, da sich die Bundesrepublik an den Verhandlungen über Europäische Sicherheit und über Truppenreduzierungen beteiligt, wird versucht, das Grundgesetz — das ja immerhin die Möglichkeit zum Beitritt in ein kollektives nichtmilitärisches Sicherheitssystem ausdrücklich erwähnt — in das Gegenteil zu verkehren. Der Verfasser bleibt nicht bei der unhaltbaren These von der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Aufstellung von Streitkräften stehen, er geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er ein Verbot umfassender Abrüstungsmaßnahmen aus dem Grundgesetz abzuleiten versucht: „Die Grenze der verfassungsrechtlich zulässigen Abrüstung besteht aber darin, daß ... der Bestand und die Effektivität der Streitkräfte durch die Haushaltsgesetzgebung nicht in Frage gestellt werden dürfen; eine weitergehende Abrüstung wäre wegen des Verbots der Verfassungsumgehung grundgesetzwidrig" [21]). Mit anderen Worten heißt dies: Eine Beteiligung an effektiven Abrüstungsmaßnahmen soll der BRD verboten sein. Erlaubt wären demnach nur Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung, die nicht geeignet sind, die militärische Effizienz — und das ist lediglich ein anderes Wort für Zerstörungspotential — zu beeinträchtigen.

Es ist nicht zu sehen, daß die Bundesregierung solchen Versuchen, das Grundgesetz zu einer Militärverfassung zu machen, etwas entgegenzusetzen hätte. Die Militärpolitik der Koalitionsregierungen seit 1969 legt vielmehr den Schluß unabweisbar nahe, daß mindestens vom Verteidigungsflügel innerhalb der Regierung einer solchen Entwicklung zielstrebig und bewußt der Weg bereitet wird. Deshalb geht es beim Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer nicht „nur" um die Gewissensfreiheit von 30 000 Verweigerern im Jahr, deshalb geht es darum, mit dem Leber-Plan zugleich eine entscheidende Weichenstellung für die vollendete Militarisierung des Grundgesetzes zu verhindern. Deshalb ist der entschiedene Kampf gegen den Leber-Plan nicht nur Sache der Kriegsdienstverweigerer.

---

[21]) Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, verfaßt von Oberregierungsrat Dr. Kretschmer.

Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (II)*)

Von Georg Fülberth und Jürgen Harrer

4. 1918—1933: Die verhinderte Volkspartei

Bei der Darstellung der deutschen Arbeiterbewegung in Novemberrevolution und Weimarer Republik wird mehr als bei anderen Zeitabschnitten und unabhängig vom jeweiligen politischen Standort stets auch die Frage nach den historischen und politisch-strategischen Lehren aufgeworfen. Wie sich parteioffiziöse und akademische Literatur aus dem Umkreis der heutigen SPD in ihrer Argumentation für den Zeitraum von 1918 bis 1933 [76]) generall nahezu decken, so sind sie sich auch in diesem Punkt einig: Die Weimarer Republik gilt als Negativbeispiel einer parlamentarischen Demokratie, die am mangelhaften Integrationsgrad der Arbeiterbewegung gleichermaßen wie an der Uneinsichtigkeit von Teilen des Großkapitals gescheitert sei. Als strategische Konsequenz wird hieraus gefolgert, „daß eine dauernde Stabilisierung des demokratisch-freiheitlichen Gemeinwesens in Deutschland (. . .) die Überwindung jener zugespitzten Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und ‚bürgerlicher Gesellschaft' voraussetzt, die das Einleben und die Verwirklichung der Demokratie in Deutschland immer wieder hintangehalten hat" [77]). Nicht in den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse, sondern in ihrer Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem Deckmantel politischer Gleichberechtigung wird der Motor von Demokratisierung und sozialem Fortschritt gesehen. Zwar wird formal am Emanzipationsbegriff festgehalten, doch wird dieser seines ursprünglichen Inhalts — nämlich Emanzipation der Arbeiterklasse und aller werktätigen Bevölkerungsschichten von gesellschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung durch Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat — entleert. Der Emanzipations- ebenso wie der Demokratiebegriff verkümmert zur Umschreibung des Verzichts der Arbeiterbewegung auf die Vertretung von Klasseninteressen ihrer sozialen Basis; Emanzipation und Demokratie werden zu Synonymen für Klassenkooperation.

---

*) Vgl. Heft 5/1975, S. 1526 ff.

76) Die Entwicklung der SPD im Gesamtzeitraum von 1918—1933 wird in den offiziösen Darstellungen von Willi Eichler (Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O.) und Heinrich Potthoff (Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O.) sowie — eher der akademischen Geschichtsschreibung zuzurechnen — bei Helga Grebing (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O. Vgl. auch Helga Grebing, Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden 1962) behandelt. Eine ausführliche akademische Gesamtdarstellung der Weimarer SPD aus sozialliberaler Sicht liegt bislang nur auf englisch vor (vgl. Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918—1933, New Haven, London 1964). In dem Band „Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei" (Hrsg. von Hans Mommsen, a. a. O.) findet sich jeweils ein Beitrag zur Novemberrevolution und den Anfangs- sowie zu den letzten Jahren der Weimarer Republik (vgl. Susanne Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Ebd., S. 84—105. Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Ebd., S. 106—133). Ihre Interpretation der SPD-Entwicklung in der Weimarer Republik verarbeitet Erklärungsmuster, wie sie sich bei Sigmund Neumann (Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932) und Friedrich Stampfer (Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/M. 1947), teilweise bei Artur Rosenberg (Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961 / Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961) finden. Ferner bezieht diese Interpretation Ansätze ein, die in der innersozialdemokratischen Diskussion der zwanziger und frühen dreißiger Jahre in der Kritik an der offiziellen Parteipolitik entwickelt wurden (vgl. Anmerkung 112).
Insgesamt hat die Weimarer SPD in der akademischen Literatur bislang weniger Interesse gefunden als die Sozialdemokratie vor 1914. Die akademische Literatur hat sich stark auf die Novemberrevolution konzentriert. Hierzu hat sie eine ganze Reihe von Untersuchungen vorgelegt. Einzelne Arbeiten gibt es für die Jahre bis 1923 und von 1929—1933.

77) Hans Mommsen, Einleitung zu: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 10 f.

I

Unter diesen Prämissen erscheinen der kommunistische Flügel wie überhaupt alle klassenkämpferischen Tendenzen der Arbeiterbewegung als Störfaktor bei der Verwirklichung der Demokratie. Trotz gelegentlicher Distanzierung in der akademischen Literatur mündet dieser Ansatz notwendigerweise in die Übernahme des Totalitarismusdogmas, da ihm jede politische Richtung, welche die Zusammenarbeit der Klassen gefährdet, unabhängig von politischer Funktion und sozialem Inhalt als demokratiefeindlich gilt. Am deutlichsten ist dieser Zusammenhang in der offiziösen Literatur ausgeprägt. Sie geht nicht nur von der üblicherweise unterstellten Kontinuität von Sozialdemokratie vor 1914 und Weimarer SPD aus, sondern setzt unmittelbar den revolutionär-marxistischen Flügel der Arbeiterbewegung mit Rechtsextremismus und Faschismus gleich [78]). Während die Parteien der bürgerlichen Mitte in Gestalt von DDP und Zentrum sowie zumindest Teile der DVP dem demokratischen Lager zugerechnet werden, wird die KPD zusammen mit NSDAP und DNVP hiervon ausgenommen.

Eine solche Sichtweise schließt eine unvoreingenommene Diskussion von Entwicklung und Politik der kommunistischen Arbeiterbewegung von vornherein aus. Dies gilt für die akademische nicht minder wie für die offiziöse Literatur. Wenngleich sich beide zumeist auf die Darstellung der SPD konzentrieren, so zeichnen sie doch nebenbei ein sehr verzerrtes Bild der KPD. Sie tun dies zum Teil allerdings mit unterschiedlichen Methoden. Während die parteioffiziöse Literatur für die Schlußphase der Weimarer Republik das Totalitarismusdogma in seiner plattesten Form reproduziert [79]), geschieht dies in der akademischen Literatur auf verfeinerte, in der Regel eher indirekte Art. Mommsen beispielsweise vermeidet die unmittelbare Gleichsetzung von KPD und NSDAP. Stattdessen erklärt er die Ursachen ihres Erstarkens wie die Motivation und Bewußtseinshaltung ihrer Mitglieder und Anhänger für identisch und läßt hierbei höchstens graduelle Unterschiede gelten. So spricht er etwa von einer „ungewöhnlich hohe(n) Attraktivität der NSDAP und, in verringertem Maße, der KPD für die nachwachsende Generation" und begründet diese mit der angeblich „stark irrationalistische(n) und emotionale(n) Färbung ihres (der Jugend, d. Verf.) Denkens" [80]). Dieses wird seinerseits „als Reaktion auf die moderne industrielle Gesellschaft mit ihren nivellierenden und kollektivierenden Tendenzen" [81]), mit Hilfe der Theorie der Industriegesellschaft also, erklärt. Da Klassengegensätze nicht anerkannt, die Weltwirtschaftskrise und der besonders hohe Anteil von Jugendlichen an der Massenarbeitslosigkeit nur peripher erwähnt werden, reduziert sich das Problem auf einen bloßen „Generationskonflikt" [82]).

Jede weitere Differenzierung wird somit überflüssig, sei es in sozialer Hinsicht zwischen Arbeiterjugend bzw. Jungarbeitern, akademischer Jugend und anderen kleinbürgerlichen bzw. in ihrer Mentalität kleinbürgerlich disponierten Schichten der Jugendlichen oder gar jugendlichen Abkömmlingen aus dem Großbürgertum,

78) Vgl. z. B. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 56, 60. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 76 f., 116. Dies verbindet sich in der Regel mit der altbewährten Denkfigur, die radikale Linke habe das Erstarken der Rechtskräfte begünstigt bzw. die Extreme von links und rechts hätten sich gegenseitig hochgeschaukelt. In abgeschwächter Form ist dies auch in der akademischen Literatur zu finden, so etwa bei Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 218.

79) Dies führt zu Formulierungen wie: „Ein Teufelskreis verband sie (die KPD, d. Verf.) mit den nationalistischen und später nazistischen Totengräbern der Demokratie" (Eichler, a. a. O., S. 56). Oder: „Links und rechts (. . .) standen die Truppen bereit, um der ausgehöhlten Demokratie den Todesstoß zu versetzen. Offener Faschismus, Kommunismus Stalinscher Prägung, autoritäre Herrschaftsbestrebungen und nationalistische Machtträume bedrohten die Republik" (Potthoff, a. a. O., S. 116).

80) Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 127.

81) Ebd., S. 128.

82) Ebd.

sei es hinsichtlich deren politischen Verhaltens. Solche Differenzierungen können unter einer industriegesellschaftlichen Käseglocke aus „fundamentaler Zivilisationskritik", „realitätsfernem Idealismus", Irrationalismus und „politischer Desorientierung", die gleichermaßen NSDAP wie KPD zugute gekommen sei, verschwinden [83]). Ebenso schließt dieser Ansatz eine Differenzierung zwischen den zentralen politischen Leitbildern von KPD und NSDAP aus. Es wird für gleichgültig erklärt, ob es sich dabei um „die Klassen- oder die Vollsgemeinschaft" [84]) handelt. Mit den sozialen Gegensätzen lösen sich die Differenzen in Massenbasis und gesellschaftlicher Funktion wie auch die inhaltlichen Unterschiede der politischen Vorstellungswelt von revolutionärer Arbeiterjugend einerseits, faschistischen Jugendorganisationen andererseits im Nirwana von Industriegesellschaft und verfeinertem Totalitarismusdogma auf. Ein bezeichnender Nebenaspekt dieser Darstellungsweise besteht darin, daß auch kämpferische antifaschistische Ansätze auf *sozialdemokratischer* Seite wie etwa die Eiserne Front zur „Kopie faschistischer Stilmittel" [85]) degradiert werden [86]).

Finden sich also auch in der akademischen Literatur Elemente des Totalitarismusdogmas, so verdient doch festgehalten zu werden, daß dieses nicht so ungebrochen wie in der offiziösen Literatur vorgetragen wird. Dieser Sachverhalt verweist nicht nur auf Unterschiede in Funktion und Adressatenkreis, sondern auch auf Anpassungsnotwendigkeiten rechts-sozialdemokratischer Apologetik im Bereich der geschichtswissenschaftlichen Diskussion. Denselben Umständen dürfte es zuzuschreiben sein, daß sich in der akademischen (und mit geringerem Gewicht auch in der offiziösen) Literatur parallel zu totalitarismusdogmatischen Anklängen eine zweite Variante bei der Behandlung der revolutionären Arbeiterbewegung feststellen läßt. Die Entwicklung der KPD bewegt sich für sie ausschließlich in internen Macht- und Fraktionskämpfen und zeichnet sich durch politische Diskontinuität aus. Zusammen mit der wachsenden Abhängigkeit von der Sowjetunion sei die Handlungsfähigkeit der KPD durch ihre fortschreitende Bürokratisierung zunehmend beschnitten worden [87]). In der Phase der Zerstö-

83) Vgl. ebd., S. 128, 129.

84) Ebd., S. 130. Hiermit soll freilich nicht negiert werden, daß dieses Problem einen realen Kern hatte, der darin bestand, daß es der NSDAP gelang, vor allem bei solchen Gruppen der Arbeiterjugend, die seit langem arbeitslos waren oder gar nicht erst in ein geregeltes Arbeitsverhältnis gelangten, Anklang zu erzielen. Erstens lag dies jedoch nicht an einer besonderen Irrationalität der Jugend, sondern daran, daß die NSDAP auf demagogische Weise an der realen Lage dieser Jugendlichen, ihrer besonders extremen sozialen Gefährdung, ihrer drohenden Deklassierung, ihrer noch geringen politischen Kampferfahrung und den entsprechenden Begleiterscheinungen wie Verzweiflung und Demoralisation anknüpfte und ihrer unmittelbarsten Not etwa im Falle eines Beitritts zur SA aufgrund reichlich fließender Finanzquellen individuelle Linderung bot. Zweitens aber berechtigt dies noch lange nicht dazu, den Gegensatz von faschistisch verbogener sozialer Rebellion und revolutionärem Klassenbewußtsein zu verwischen.

85) Mommsen, a. a. O., S. 129.

86) Schon ein einfaches historisches Argument verweist auf die Fragwürdigkeit einer solchen Behauptung. Die Arbeiterbewegung existierte längst als Massenbewegung, bevor der Faschismus auf den Plan trat. Diese lange Tradition der Arbeiterbewegung und ihre feste Verankerung in breiten Bevölkerungsschichten hatte der deutsche Faschismus in Rechnung zu stellen. Aus diesem Grund mußte er sich selbst eine Massenbewegung schaffen. Zur Verbesserung seiner Massenwirksamkeit und angesichts der sozialen Gärung auch im Kleinbürgertum knüpfte er — etwa mit dem Namen der „National s o z i a l i s t i s c h e n Deutschen A r b e i t e r partei", um nur das Augenfälligste zu nennen, der r o t e n Hakenkreuzfahne, seinen disziplinierten Massenorganisationen, seiner antikapitalistisch hergemachten sozialen Demagogie, einzelnen Begriffen usw. — am äußeren Erscheinungsbild der Arbeiterbewegung an, paßte sich ihren Symbolen, Begriffen und Organisationsformen an und verkehrte deren Inhalt ins Gegenteil. Der Faschismus kopierte bis zu einem gewissen Grade das äußere Bild der Arbeiterbewegung, nicht umgekehrt. (Bei Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 223 f., wird dieser Zusammenhang wenigstens einmal kurz angedeutet.) Die Auswirkungen dieses Mißbrauchs sind bis heute zu spüren; er verlieh dem Totalitarismusdogma einen Schein von Plausibilität und wiederholt sich gegenwärtig — wenn auch unter anderen Vorzeichen — in kleinbürgerlich „intellektuellen" Karikaturen auf Tradition, Namen und Symbole der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wie in deren Kombination mit Antikommunismus und wütendem Haß auf die reale Arbeiterbewegung der Gegenwart.

87) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 56. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 182 ff. Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 131 ff. Diese Vorstellung ist maßgeblich geprägt durch Hermann Weber, bei dem sie sich zusammen mit einer flexiblen Handhabung des Totalitarismusdogmas zu einem einheitlichen Bild verbindet; vgl. z. B. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. o. J. (gekürzte Studienausgabe), bes. S. 7 ff. Ähnlich auch Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber. Frankfurt/M. 1969, bes. S. 334 ff. Für die

rung der Weimarer Republik habe sich die KPD als unfähig erwiesen, den Kampf gegen den Faschismus zu führen und deshalb im gleichen Maße wie die SPD versagt [88]). Unbestreitbare Irrtümer der kommunistischen Politik werden dabei als deren einziger wesentlicher Inhalt dargestellt. Das Ergebnis ist dasselbe wie beim Totalitarismusdogma. Die Frage, ob die KPD ernstzunehmende Alternativansätze im Interesse von Demokratie und Arbeiterklasse zur offiziellen Politik der SPD sichtbar gemacht habe, braucht gar nicht erst zur Diskussion gestellt zu werden [89]).

Diese künstliche Einengung der Problemstellung wirkt sich bis zur Rezeption der wissenschaftlichen Literatur aus. Ebenso wie die parteioffiziöse weigert sich auch die akademische Geschichtsschreibung, die Ergebnisse marxistischer Historiographie zum Thema Weimarer Republik auch nur zur Kenntnis zu nehmen [90]). Dies muß insbesondere bei den neueren Arbeiten auf Unverständnis stoßen, da vor allem die entsprechende Publikationstätigkeit aus der DDR in den letzten zehn Jahren quantitativ wie qualitativ erheblichen Umfang erreicht hat [91]).

Insgesamt wird den kommunistischen Organisationen eine Verankerung in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung abgesprochen. Gesteht man dem Spartakusbund noch eine gewisse Kontinuität mit Teilen der Vorkriegssozialdemokratie zu, so wird dies bei der KPD geleugnet. Sie wird als ein ferngesteuerter Fremdkörper ohne Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung und ihren Traditionen dargestellt [92]). Während somit die Weimarer SPD als alleiniger legitimer Erbe der Vorkriegsarbeiterbewegung erscheint, lastet insbesondere Eichler darüber hinaus der KPD die Verantwortung für die Spaltung der Arbeiterbewegung an. Umgekehrt hält er deren Einheit nur auf sozialdemokratisch-reformistischer Grundlage für möglich [93]). Das Problem von Einheit und Spaltung wird dadurch seines inhaltlichen Sinns entledigt. Einheit wird nicht bezogen auf die gemeinsame Durchsetzung von objektiv gleichen Klasseninteressen, sondern auf deren gemeinsame Preisgabe und die gemeinsame Integration in das kapitalistische Gesellschaftssystem. Da die objektive Klassenlage der Lohnabhängigen auf Dauer die Entwicklung von antikapitalistischem Bewußtsein und somit die Ausbreitung von nichtintegrierbaren Strömungen in der Arbeiterbewegung stets von neuem fördert, erscheinen bei Eichler die tatsächlichen Ursachen der Spaltung als Einheit, die Grundlage der Einheit dagegen als Spaltung.

Endphase der Weimarer Republik vgl. hierzu auch Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 655—739.

88) Als einziges positives Gegenbeispiel, dessen Scheitern freilich unumgänglich gewesen sei, erscheinen in der akademischen Geschichtsschreibung dann bisweilen die Splittergruppen und Sekten neben und zwischen SPD und KPD. So bei Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 131 ff. Vgl. auch Hermann Weber, Das Prinzip Links, a. a. O., S. 149.

89) Bei Grebing (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O.) drückt sich dies auch rein quantitativ aus. Während sie der SPD von 1919 bis 1933 etwa 20, den christlichen Arbeiterorganisationen etwa 10 Seiten widmet, räumt sie der KPD nur 2—3 Seiten ein.

90) Bei Grebing (a. a. O.) haben als einzige Ausnahme Arbeiten von Wolfgang Abendroth, bei Potthoff (Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O.) Arbeiten von Abendroth und Jürgen Kuczynski wenigstens Aufnahme in das Literaturverzeichnis gefunden.

91) Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", a. a. O., Bd. 4, behandelt beispielsweise ausführlich die Entwicklung von KPD, SPD und ADGB am Ende der Weimarer Republik. Dennoch behauptet Mommsen (Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 106), es fehle bislang „eine kritische Darstellung der Haltung, die die sozialistische Arbeiterbewegung gegenüber dem aufsteigenden Faschismus eingenommen hat." Demgegenüber vermerkt er — neben den Untersuchungen von Siegfried Bahne (Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, a. a. O.) und Erich Matthias (Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Ebd., S. 101—278) — die von authentisch ultralinken Positionen her geschriebene Arbeit von Hannes Heer über die freien Gewerkschaften durchaus positiv (Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930—1933, Neuwied und Berlin [West] 1971.

92) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 56. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 88 ff. Zur Diskontinuität zwischen Spartakusbund bzw. früher und später KPD vgl. auch Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, a. a. O., S. 13 f. Ders., Das Prinzip Links, a. a. O., S. 122.

93) Vgl. Eichler, a. a. O., S. 56, 57. Eine ähnliche Position deutet sich an bei Weber, Das Prinzip Links, a. a. O., S. 147.

Neben der Einengung der Diskussion um mögliche politische Alternativen kommt der Art und Weise, wie die revolutionäre Arbeiterbewegung in der vorgestellten Literatur behandelt wird, noch eine weitere Funktion zu. Insbesondere die Gleichsetzung der KPD mit Rechtsextremismus und Faschismus soll zur Erklärung dafür herhalten, weshalb die SPD-Führung weder in der Novemberrevolution noch jemals danach eine tiefgreifende Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zuwege brachte. Da sie schon seit der Revolution dem Zangengriff der „Radikalen von links und rechts" ausgesetzt war, wurde „das von der Sozialdemokratie repräsentierte Element einer demokratischen und sozialen Umgestaltung der Gesellschaft zerrieben und zerrissen" [94]). Die Verantwortung für das Versagen sozialdemokratischer Politik bei der Einlösung ihres eigenen Anspruchs wird so zu einem Gutteil der revolutionären Arbeiterbewegung angelastet. Die Rechtfertigungsfunktion dieser Konstruktion liegt auf der Hand. Sie hat ihre Ergänzung darin, daß die Rolle von SPD-Führung und staatlichen Mandatsträgern aus ihren Reihen bei Einschränkungen der Demokratie, undemokratischen Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung und Verhinderung wirksamer Masse naktivitäten zum Ausbau oder zur Verteidigung der Demokratie systematisch verschwiegen oder doch zumindest sehr stark relativiert wird. An Beispielen könnte man verweisen auf das höchstens einmal angedeutete Doppelspiel Friedrich Eberts im November 1918, auf die Unterdrückung der Abwehrbewegung nach ihrem Erfolg gegen den Kapp-Putsch im März und April 1920 [95]), auf die Suspendierung der bürgerlichen Demokratie und die Amtsenthebung der mitteldeutschen Arbeiterregierungen im Herbst 1923 [96]), auf die Auseinandersetzungen um den Panzerkreuzerbau im August/September 1928 [97]) oder auch auf den — gänzlich unerwähnt bleibenden — Berliner „Blutmai" von 1929 und das nachfolgende Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Wo eine solche Verfahrensweise, wie vor allem bei den Berliner Januarkämpfen von 1919, nicht möglich ist, wird das Problem personalisiert und auf Gustav Noske beschränkt [98]).

Die Verschiebung des Emanzipations- und Demokratiebegriffs, die verzerrte Darstellung von revolutionärer Arbeiterbewegung und KPD und die Beschönigung der Rolle der sozialdemokratischen Führungsgruppen in politischen und gesellschaftlichen Krisensituationen erfüllen einen doppelten Zweck. Zum einen dienen sie der Begründung eines sozialdemokratischen Monopolanspruchs auf sozialen Fortschritt und Demokratie. Für die Phase der Zerstörung der Weimarer Republik findet er sich wieder in einer, zumindest suggerierten, Alleinvertretungsanmaßung in Sachen Verteidigung der Demokratie und konsequentem Antifaschismus [99]).

94) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 76 f.

95) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 55. Miller, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a. a. O., S. 101 f. Potthoff, a. a. O., S. 95 f. Potthoff findet wenigstens einige Worte für die Brutalitäten der Reichswehr im Ruhrgebiet, doch verschleiert auch er die Rolle von Parteiführung und Regierungsvertretern der SPD bei der Verhinderung entscheidender Demokratisierungsmaßnahmen nach dem Kapp-Putsch. Ähnliches gilt beispielsweise auch für Potthoffs Darstellung (a. a. O., S. 92) des Polizeieinsatzes gegen die Massendemonstration Berliner Arbeiter, die im Januar 1920 vor dem Reichstag gegen das anstehende Betriebsrätegesetz protestierten. Mit Stillschweigen wird auch der Zusammenhang übergangen zwischen der für die Arbeiterbewegung ungünstigen Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses als Resultat ihrer Unterdrückung nach dem Kapp-Putsch, die von der SPD-Führung mitzuverantworten war, und dem Erstarken politischer Rechtskräfte, das sich im Ergebnis der Reichstagswahlen vom Juni 1920 niederschlug. Helga Grebing (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 169) spart solche konkreten Ereignisse ohnehin weitgehend aus.

96) Vgl. Potthoff, a. a. O., S. 98 f. Weber (Das Prinzip Links, a. a. O., S. 147) ringt sich den Satz ab, bei Reichswehreinsatz und Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen habe „auch der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert eine Rolle" gespielt.

97) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 59. Potthoff, a. a. O., S. 107. Ähnlich Eichlers Darstellung (a. a. O., S. 60) des Arbeitskampfes in der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie von Oktober/November 1928.

98) Vgl. Miller, Die Sozialdemokratie in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 96 f., 99, 101. Potthoff, a. a. O., S. 76.

99) Vgl. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 218. Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 107, 133. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 116, 123 f.

Zum anderen erlauben es diese Momente, daß die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Arbeiterparteien und die in ihr begründeten politischen Möglichkeiten nicht einmal unter dem Aspekt der Abwehr des Faschismus ernsthaft diskutiert werden. Die offiziöse Darstellung Eichlers diffamiert eine „‚Zusammenarbeit' mit den Kommunisten" sogar schlichtweg als „Unterwerfung" [100]).

Um diesem doppelten Zweck nachzukommen, wird die historische Realität nicht nur durch unrichtige Wiedergabe, sondern oftmals ebensosehr durch schlichte Auslassung entscheidender Tatsachen und Zusammenhänge verkürzt. Bezeichnende Beispiele sind der Papen-Staatsstreich gegen die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Preußen am 20. Juli 1932 und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Trotz einzelner, freilich stark relativierender, kritischer Bemerkungen zur Kapitulation der SPD-Führung werden in beiden Fällen die kommunistischen Einheitsfrontangebote mit keinem Wort erwähnt, somit also Tatsachen unterschlagen, die nicht nur für die Einschätzung des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung, sondern auch für das Verständnis der sozialdemokratischen Politik unerläßlich sind [101]). Ähnlich wird in den neueren Darstellungen darauf verzichtet, zur Beurteilung der Tolerierungspolitik gegenüber den Präsidialkabinetten unter Heinrich Brüning dessen 1970 erschienene Memoiren [102]) heranzuziehen. Dort ließen sich ohne Schwierigkeiten zahlreiche Eingeständnisse finden, die es schlichtweg verbieten, davon zu sprechen, das offizielle sozialdemokratische Verhalten habe „bis in die Phase der Tolerierungspolitik hinein die relative Stabilisierung des parlamentarischen Systems" [103]) ermöglicht, der Tolerierungspolitik also eine Absicherungsfunktion für die bürgerliche Demokratie zuzuschreiben. Eine analoge Vorgehensweise findet sich bei der Darstellung der Novemberrevolution. Während zwar den Volksbeauftragten erhebliche Versäumnisse im staatlichen und vor allem im wirtschaftlichen Bereich vorbehalten werden, so erscheinen doch wiederum die politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution ausschließlich als Verdienst ihrer Tätigkeit [104]). Damit erübrigt sich die Frage, ob sich hierin nicht vielmehr der Einfluß der revolutionären Massenbewegung ausdrückte — sei es direkt, insofern sie sich einen Teil der angeführten Rechte selbst bereits genommen hatte; sei es indirekt, insofern sie überhaupt erst eine Kräftegruppierung schuf, die es auch einem Friedrich Ebert unmöglich machte, sich weiterhin für seinen Kaiser und gegen die Republik einzusetzen, und welche den herrschenden Klassen Teilzugeständnisse in Gestalt sozialpolitischer Reformen und bürgerlich-demokratischer Veränderungen aufzwang.

II

Auf der anderen Seite werden die SPD und ihre Führung durchaus auch kritisiert. Im Zentrum steht hierbei die bedauernde Feststellung, „daß die Umwandlung der SPD von einer Berufspartei des Industrieproletariats (. . .) in eine Volkspartei in den 14 Jahren der Weimarer Republik auf der ganzen Linie gescheitert

100) Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 45.
101) Vgl. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 211 f. (Grebing deutet nur an anderer Stelle vage auf Einheitsfrontbestrebungen der KPD hin, stellt diese aber in keinen konkreten Zusammenhang; vgl. ebd., S. 218). Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 107 f. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 121 ff. Potthoffs Schilderung der Amtsenthebung der preußischen Regierung (ebd., S. 121) ist ausgesprochen rührend. Sie beklagt sich über Papen, dem sie einen schlechten, hinterlistigen und rücksichtslosen Charakter nachsagt.
102) Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918—1934, Stuttgart 1970.
103) Mommsen, Die Sozialdemokratie, a. a. O., S. 54. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 72.
104) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 54. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 72.

ist" [105]). Hierin wird die Hauptursache des für die Zeit der Weimarer Republik ganz besonders beklagten Mangels an Elastizität und Flexibilität gesehen. Diese Kritik hat einen doppelten Aspekt. Sie gilt zum einen der Massenwirksamkeit der SPD, zum andern dem Verhältnis von Partei und Staat.

Der Weimarer SPD galt der bürgerlich-republikanische Staat noch als günstiger Kampfboden wie als klassenneutrales Instrument zur Verwirklichung des Sozialismus. Die in dieser Konzeption enthaltenen Relikte sozialistischer Programmatik werden einer Verhaftung in überholten politischen Denk- und Verhaltensweisen der Vorkriegszeit zugeschrieben und als „eher defensive" oder „ambivalente Einstellung zum bestehenden Verfassungssystem" gewertet, die „ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie vermissen" ließ und diese „als wenig attraktive Übergangsstufe (. . .), welche es aus taktischen Gründen zu verteidigen galt" [106]), auffaßte. Zwar bescheinigt man der SPD und ihrer Führung, sich „staatspolitischen Notwendigkeiten" nicht versagt zu haben und deshalb „in die Bresche" gesprungen zu sein, „wenn unpopuläre Entscheidungen von großer Tragweite unumgänglich wurden" [107]). Gleichzeitig beklagt man jedoch, daß sich die SPD zu dieser systemerhaltenden Rolle nicht positiv genug bekannt, ihr die gesellschaftlichen Interessen ihrer sozialen Basis nicht noch konsequenter untergeordnet habe. Die Folgen seien mangelnder „Willen zur Macht" und „Unlust am Regieren" [108])gewesen.

Indem die Staatskonzeption der Weimarer SPD, wie sie etwa bei Rudolf Hilferding formuliert wurde [109]), der bürgerlichen Republik einen instrumentellen Charakter zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und zur Realisierung der historischen Zielsetzung der sozialistischen Arbeiterbewegung beimaß, räumte sie der sozialdemokratischen Partei noch die Rolle eines selbständig handelnden politischen Subjekts ein. In der referierten Kritik wird dieses Verhältnis von Partei und bürgerlichem Staat umgekehrt. Der bürgerliche Staat erscheint ausschließlich als Verkörperung des gesellschaftlichen Allgemeinwohls, dem sich die SPD zu fügen habe. Die klassenindifferenten „staatspolitischen Notwendigkeiten" gewinnen den Vorrang vor der Partei. So wie der bürgerliche Staat seines Instrumentalcharakters für die SPD entledigt wird, kommt dieser nur noch eine Objektrolle zu. Sie soll letztlich willenloses Hilfsmittel ihrer staatlichen Mandatsträger sein. Ihre Hauptaufgabe wird darin gesehen, die Tätigkeit dieser Personengruppe in Staatsapparat und Regierung an breite Bevölkerungsschichten zu vermitteln und deren Identifizierung mit den be-

105) Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 120.
106) Ebd., S. 110, 111. Auch hier fällt wieder die typische Begriffsverkehrung auf. Als „defensiv" wird eine Konzeption eingestuft, die immerhin noch beanspruchte, Klassenkampf gegen das Kapital zu führen und Regierungspositionen in diesem Sinne auszunutzen. „Offensiv" wäre demzufolge die uneingeschränkte Bejahung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Interessanterweise trägt Eichler eine solche Kritik nicht vor; deshalb gelangt er zu einer positiven Darstellung des Heidelberger Programms von 1925 (vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 57 f.). Potthoff dagegen erscheint selbst das Görlitzer Programm von 1921 stellenweise noch als zu radikal (vgl. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 102).
107) Potthoff, a. a. O., S. 98.
108) Miller, Die Sozialdemokratie in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 103, 104. Zu diesem Ansatz vgl. besonders Erich Matthias, Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate, in: Der Weg in die Diktatur 1918—1933, München 1962, S. 73—93. Zu der Kritik, die SPD-Führung habe in der Revolution die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft deshalb nicht erreichen können, weil es ihr am erforderlichen „Willen zur Macht" gefehlt habe, bemerkt Wolfgang Abendroth (Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 54 f.): „Diese These ist halb richtig, halb falsch; sie gewinnt erst vernünftigen Sinn, wenn sie differenziert wird. Die (. . .) Führungsspitze der MSP hat sicherlich in der Revolutionsperiode keinen Machtwillen gegenüber diesen früheren gesellschaftlichen Führungsschichten entwickelt. (. . .) Aber gegenüber ihren eigenen Auftraggebern, den revolutionären Arbeitern und Soldaten, besaß diese Führungsgruppe durchaus Machtbewußtsein. (. . .) So lag es durchaus im Rahmen dieser sozialpsychologischen Situation der Führung der MSP, daß Gustav Noske den energischen Kampf gegen revolutionäre Tendenzen der Arbeiter und Soldaten auch mit militärischen Mitteln (. . .) und durch brutalen Terror führte."
109) Vgl. z. B. Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 165—184.

stehenden Verhältnissen zu gewährleisten [110]). Diese Tätigkeit selbst, die im Gegensatz zum politischen Verhalten der Parteiführung im engeren Sinne bezeichnenderweise weitgehend aus der Kritik ausgespart bleibt [111]), wird aber ausschließlich als Funktion der „staatspolitischen Notwendigkeiten" angegeben und somit aus dem Einflußbereich der Partei herausverlagert.

Einer derartigen Aufgabenbestimmung der SPD stehen freilich die in der Weimarer Republik noch wirksamen Überreste sozialistischer Ideologie und Programmatik im Wege. Nicht minder sind ihr die noch immer stark industrieproletarisch geprägte Mitgliederstruktur und das relativ breit entfaltete Organisationsleben, seine in den Traditionen der Arbeiterbewegung begründete Formen, sein Aufbau und das entsprechende Organisationsbewußtsein hinderlich. Vordergründig richtet sich die Kritik deshalb auf alle Momente, die in programmatischer, sozialstruktureller und organisatorischer Hinsicht den Charakter der Weimarer SPD als einer reformistischen Arbeiterpartei ausmachten [112]). Tatsächlich stellen diese Kritik und das ihr zugrundeliegende Verständnis von Aufgaben und Funktion der sozialdemokratischen Partei jedoch jegliche eigene Willensbildung und selbständige, von der Staats- und Regierungstätigkeit ihrer Mandatsträger unabhängige und durch die Interessenlage ihrer sozialen Basis bestimmte politische Rolle der SPD in Frage. Indem diese Argumentation gegen die an der Basis der Weimarer SPD noch vorhandene Restsubstanz der sozialistischen Arbeiterbewegung polemisiert, wendet sie sich gleichzeitig gegen jene Faktoren, welche die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger gegen rechte und faschistische Einflüsse relativ immun machten.

Zugleich findet sich in dieser Argumentation die Gleichsetzung von Reformismus und Praxis, revolutionärem Sozialismus und politischer Abstinenz aus der Zeit vor 1914 wieder. Gemäß den veränderten politischen Bedingungen lautet diese Gleichung für die Weimarer Republik: Integration in das bürgerlich-parla-

---

110) Dies wird als Schaffung eines „für alle Staatsbürger verbindliche(n) republikanische(n) Staats- und Bürgerbewußtsein(s)" (Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 172), als Erfüllung der „Massen mit einem positiven demokratischen Bewußtsein" oder auch als „Erziehung zur Demokratie und (. . .) Ausformung eines wirklichkeitsnahen politischen Bewußtseins" (Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 111) ausgegeben.

111) Beispielhaft hierfür ist die Darstellung Friedrich Eberts, der als „engagierter, mustergültiger Demokrat" (Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 105) gefeiert und — so vor allem bei Grebing — allenfalls einmal wegen mangelnder Elastizität bei der Integration linker Strömungen oder vielleicht wegen seines wenig entwickelten Charismas kritisiert wird. Vgl. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 178. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 53. Vgl. auch Helga Grebing, Friedrich Ebert. Kritische Gedanken zur historischen Einordnung eines deutschen Sozialisten. Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert. Parteiführer — Reichskanzler — Volksbeauftragter — Reichspräsident. Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1971; Friedrich Ebert 1871—1925, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1971; Eine Ausnahme findet sich lediglich in bezug auf Gustav Noske (vgl. Anm. 98).

112) Diese Kritik wird wiederum häufig in ein progressiv anmutendes Vokabularium gekleidet. Die Weigerung, das parteioffizielle Bekenntnis zu sozialistischen Zielen zu revidieren, wird als „Reduzierung der innerparteilichen Diskussion", „Geist der Intoleranz", „a-politische Mentalität der Kader" (Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 117, 118, 120), als verabsäumte „Theorieauseinandersetzung" (Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 102) oder auch als Fortbestehen einer „überkommene(n) Kluft zwischen Theorie und Praxis" (Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 179) u. ä. bezeichnet. Wegen ihrer starken Verankerung in der Arbeiterklasse und vor allem bei Industriearbeitern wird der SPD angelastet, eine „schichtspezifische Integrationspartei" (Grebing, a. a. O., S. 175) gewesen zu sein. In organisatorischer Hinsicht wird diese Argumentation im Gewand einer Bürokratiekritik vorgetragen. Sie wirft der Weimarer SPD — neben Äußerlichkeiten wie der Altersstruktur ihrer Führungsgruppen — „Mangel an innerparteilicher Demokratie", „unzulängliche Aktivierung der Anhängerschaft", „oligarchische Tendenzen", „bürokratische Sterilität des Parteiapparats" (Mommsen, a. a. O., S. 113) u. ä. vor. Die monierten Mängel erklärt sie zu notwendigen Folgen einer zentralisierten Arbeiterorganisation, als Konsequenz aus dem Verlust des „ursprünglichen Bewegungscharakters" (ebd., S. 131), der bei der SPD dieselben Auswirkungen wie bei der KPD gezeitigt habe. Die Forderung nach „Dezentralisierung und Auflockerung des Parteiapparates" (ebd., S. 113) ist zwar durchaus konsequent, stellt aber zugleich auch die möglichen Vorteile einer disziplinierten und straff organisierten Arbeiterpartei auf der Grundlage programmatischer Einheitlichkeit und politischer Verbindlichkeit, etwa in Gestalt von Schlagkraft und Aktionsfähigkeit, prinzipiell in Frage. Dies reflektiert die Funktionsbestimmung der Partei als eines bloßen Handlungsgehilfen ihrer Vertreter in Regierung und Staatsapparat. Dabei kann sich eine solche Argumentation interessanterweise gleichermaßen auf Kritikpunkte stützen, die auf dem rechten Flügel der Weimarer SPD wie von linkssozialdemokratischer Seite — wenn auch jeweils in unterschiedlicher Absicht — vertreten wurden.

mentarische System, Übernahme von „Regierungsverantwortung" und Klassenkooperation ermöglichen politische Praxis; parlamentarische und außerparlamentarische Oppositionsstellung, der Anspruch, Arbeiterinteressen zu vertreten, und die Beibehaltung sozialistischer Programmpunkte setzen die tradierte „gesellschaftliche Isolierung" fort und führen zur „Tatlähmung" [113]). Für die Phase der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie durch die Präsidialkabinette ab 1930 folgt hieraus, daß die SPD aufgrund der „Ambivalenz" ihrer Haltung zum bürgerlichen Staat sich zu politischem „Immobilismus" [114]) verurteilt habe und an der „doppelte(n) Frontstellung" [115]) von politischer Abwehr des Faschismus und sozialer Interessenvertretung der lohnabhängigen Bevölkerung gescheitert sei. Hier wird auf der Grundlage einer strikten Trennung von Ökonomie und Politik nicht nur ein Widerspruch konstruiert zwischen antifaschistischem Kampf und entschlossener Wahrnehmung von sozialen Interessen der Lohnabhängigen, sondern gleichzeitig auch unterstellt, der Faschismus sei nur zu verhindern gewesen, wenn die SPD im uneingeschränkten Bündnis mit bürgerlichen Rechtskräften selbst zum Mitträger beim Abbau der bürgerlichen Demokratie und bei einer antiparlamentarischen Entwicklung unter autoritär-repressiven Vorzeichen geworden wäre. Diese Konsequenz wird in den Vorwurf gekleidet, die SPD sei zu sehr in „Legalitätsdenken" [116])befangen und einem „allzu formalisierte(n) Demokratieverständnis" [117]) verhaftet gewesen.

Andererseits wird diese politische Konsequenz teilweise dadurch verdeckt, daß sich die Ablehnung der Politik der Parteiführung scheinbar gleichberechtigt auf linke wie rechte Kritiker innerhalb und am Rande der Weimarer SPD beruft. Die daraus abgeleiteten Forderungen nach „politische(r) Aktion" [118]) und nach „mehr Aktivität" [119]) beschränken sich auf bloße Reizworte. Diese geben weder Zweck noch Stoßrichtung an. Eine solche inhaltliche Bestimmung würde eine, über die Konstatierung seiner kleinbürgerlich-mittelständischen Massenbasis hinausgehende, Aussage über die gesellschaftliche Funktion des Faschismus und die

113) Mommsen, a. a. O., S. 108, 110. Ein weiterer Ansatz, der sich durchgängig findet, behauptet die Unvereinbarkeit von Sozialpolitik und revolutionärem Sozialismus. Hiermit wird die für die Zeit vor 1914 konstruierte Unvereinbarkeit von Reform und Revolution auf die Weimarer Republik übertragen. Vgl. z. B. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 170.

114) Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 211. Mommsen, a. a. O., S. 109.

115) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 124. Ähnlich Mommsen, a. a. O., S. 133.

116) Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 216. Vgl. auch ebd., S. 172.

117) Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 113. Vgl. auch ebd., S. 108, 112 f. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 118. Dem Scheine nach handelt es sich hier um Anklänge an die linke Kritik, die SPD habe sich zu ausschließlich auf Wahlen und Parlamentstätigkeit beschränkt und außerparlamentarische Kampfmittel der Arbeiterbewegung vernachlässigt. Tatsächlich aber lehnt sich diese Kritik an politische Strategien an, wie sie in der Endphase der Weimarer Republik auf dem äußersten rechten Flügel der sozialdemokratischen Führungsgruppen vertreten wurden. Sie beinhalten den Vorwurf, die SPD habe es versäumt, „außerparlamentarische Mittel" im Sinne der Preisgabe des Parlamentarismus zugunsten einer autoritär-parlamentsunabhängig regierenden „große(n) Koalition der Vernünftigen" einschließlich solcher Politiker wie Heinrich Brüning und später Kurt von Schleicher zu ergreifen. Hierin besteht der tatsächliche Sinn dieses Zitats, das Potthoff (a. a. O., S. 117) von Otto Braun (Von Weimar zu Hitler. 2. Aufl., New York 1940, S. 308) übernimmt. In ähnlicher Richtung hatte sich schon 1929 Otto Wels auf dem Magdeburger Parteitag geäußert (vgl. Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929, Berlin 1929, S. 14. Hierzu auch Mommsen, a. a. O., S. 115). In derartigen Strategien drückte sich der Widerspruch aus, in den die sozialdemokratische Politik gegen Ende der Weimarer Republik geraten war. Er bestand darin, daß ihr proklamiertes Ziel — Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, Verteidigung der parlamentarischen Demokratie und Abwehr des Faschismus — den Einsatz außerparlamentarischer Machtmittel der Arbeiterbewegung immer dringlicher machte, also in wachsenden Gegensatz zu ihrem Zweck — Verhinderung von Massenmobilisierung und Aktionseinheit der Arbeiterklasse — geriet. Während sich eine Mehrheit in der Parteiführung angesichts dieses Dilemmas nicht zu entscheiden vermochte und deshalb zu politischer Ohnmacht verurteilt war, drängte die rechteste Variante sozialdemokratischer Politik darauf, den Widerspruch durch Verzicht auf das proklamierte Ziel aufzulösen, in der Hoffnung, hiermit neue Koalitionsmöglichkeiten mit großkapitalistischen Kräften zu schaffen und so dem Faschismus zu entgehen.
Wenn Mommsen (a. a. O., S. 108) schreibt: „Das Debakel des 20. Juli (1932, d. Verf.) machte die Aussichtslosigkeit der legalitätsorientierten sozialdemokratischen Strategie gegenüber dem als Massenbewegung auftretenden Faschismus offenkundig", so meint er dies entweder in dem zuletzt genannten Sinne, oder aber er geht von der verfassungsrechtlich unhaltbaren Prämisse aus, Massenkämpfe gegen den Faschismus seien illegal gewesen.

118) Mommsen, a. a. O., S. 131.

119) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 118.

von ihm repräsentierten sozialen Interessen und politischen Kräfte erfordern. Dies ist freilich auf der Grundlage der Theorie der Industriegesellschaft nicht möglich [120]). Als einziger Ansatz einer inhaltlichen Alternative zum Stillhaltekurs der Parteiführung angesichts der Zerstörung der Weimarer Republik verbleibt somit das Bedauern, daß Einschränkung der bürgerlichen Demokratie und Sozialabbau vorwiegend passiv geduldet, nicht aber selbst betrieben bzw. aktiv gefördert wurden. Es wirkt absurd, wenn von einer solchen Position her — wenngleich sie subjektiv als Möglichkeit der Faschismusverhinderung begriffen wird — Irrtümer der kommunistischen Politik kritisiert und sogar zu deren Hauptinhalt erklärt werden, die auf der Einschätzung beruhten, die SPD sei auch unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" und treibe den Faschisierungsprozeß aktiv voran.

III

Neben dem Vorwurf, die Identifizierung mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht bis zur Preisgabe sämtlicher weiterreichender historischer Zielansprüche getrieben zu haben, bezieht sich die unter dem Motto „Volkspartei" vorgetragene Kritik auch auf die Massenwirksamkeit der Weimarer SPD. Wiederum auf ungenügende Elastizität und Flexibilität der Partei werden das Unvermögen zur „Rückgewinnung der radikalisierten Arbeiter" [121]), unzureichende Integrationskraft nach links also und Erfolglosigkeit bei der Isolierung des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung zurückgeführt. Vor allem für die Novemberrevolution werden der SPD-Führung schwerwiegende Versäumnisse vorgehalten. Sie habe es unterlassen, die „Strukturen und Machtverhältnisse in Bürokratie und Wirtschaft" [122]) aufzubrechen und fortbestehende Hemmnisse einer Integration der Arbeiterklasse in Weimarer Staat und Gesellschaft zu beseitigen. Deshalb habe sie zur Linksentwicklung der mit den Revolutionsergebnissen unzufriedenen Industriearbeiter beigetragen [123]).

Diese Kritik verbindet sich gewöhnlich mit dem Schlagwort „demokratischer Sozialismus". Während die akademische Geschichtsschreibung sogar in der Rätebewegung Ansätze zu seiner Durchsetzung und also Möglichkeiten einer Umfunktionierung der Arbeiter- und Soldatenräte zu einem gegenrevolutionären Integrationsmechanismus sieht, lehnt Potthoff die Räte „als zutiefst undemokratisch" [124]) ab. Dennoch versucht auch er, die Verfasserin des Parteiprogramms der KPD und prononcierte Vertreterin der Parole „Alle Macht den Räten", Rosa Luxemburg nämlich, für den „demokratischen Sozialismus" zu vereinnahmen [125]).

120) Finden sich bei Potthoff (a. a. O., S. 112) schüchterne Andeutungen, bei Eichler (Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 55) einige eindeutige Aussagen über die Affinität wenigstens von Schwerindustrie und Faschismus, so vermißt man dies bei Mommsen gänzlich. Leider entwertet allerdings auch Eichler diesen Ansatz wieder, wenn er an anderer Stelle (a. a. O., S. 62) den Faschismus als das übliche Konglomerat diffusester gesellschaftlicher Interessen und Kräfte darstellt.

121) Potthoff, a. a. O., S. 99.

122) Ebd., S. 77.

123) In diesem Sinne meint auch der Hinweis auf den „spontanen" Charakter der Novemberrevolution (vgl. Miller, Die Sozialdemokratie in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 94), der sich auf den ersten Blick mit der marxistischen Einschätzung zu decken scheint, nicht das Fehlen bzw. die Schwäche einer revolutionären Führung in Gestalt einer marxistischen Arbeiterpartei, sondern die zeitweilige Desintegration der Massen gegenüber den Versuchen der SPD-Führung, die Revolution überhaupt zu verhindern bzw. sie nach ihrem Ausbruch so schnell wie möglich in bürgerlich-parlamentarische Bahnen zu kanalisieren. Gleichzeitig dient er zur Freisprechung der SPD-Führung von jeglicher „Schuld" am Ausbruch der Novemberrevolution.

124) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 78. Vgl. dagegen Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 158. Eine solche Position, wie sie sich bei Grebing findet, verbindet sich in der Regel mit einem Hinweis auf die Schwäche der revolutionären Kräfte. Sie spielt darüber hinaus zugleich auch die spontanen revolutionär-sozialistischen Hoffnungen der Massen herunter. Anders dagegen etwa Miller (Die Sozialdemokratie in den Anfängen der Weimarer Republik, a. a. O., S. 95 f.), doch hält auch sie solche Tendenzen für integrierbar.

125) Vgl. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 74 f. Weber, Das Prinzip Links, a. a. O., S. 122.

Obwohl solche Versuche nicht neu sind, dürfte sich hierin stärker als in anderen Einzelmomenten der Kritik ungenügender Linksintegration das Bedürfnis spiegeln, auch die gegenwärtige SPD nach links aufzufächern, um integrationistisch nicht kontrollierbaren Politisierungsprozessen vorzubeugen oder sie zu unterlaufen. Hierin spiegelt sich die Situation seit etwa Mitte/Ende der 60er Jahre. Ob dagegen die demonstrative Beanspruchung Rosa Luxemburgs der augenblicklichen Lage in der SPD noch angemessen ist, sei dahingestellt. Dies ist hier nur insofern von Interesse, als es zeigt, daß Flexibilität und Elastizität nach links stets an bestimmte gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden sind, deren Verschwinden bei politisch-sozialen Polarisierungsprozessen noch immer die Möglichkeiten elastisch-flexibler Integrationspolitik eingeschränkt hat und die repressive Komponente im politischen Verhalten rechtssozialdemokratischer Führungsgruppen und staatlicher Mandatsträger hervortreten ließ. Dieser Zusammenhang spielt in der referierten Kritik keine Rolle, da er auf Klasseninteressen verweist, deren Gegensätzlichkeit in Krisen- oder Stagnationsperioden evident wird und die Grundlage politischer Polarisierungen darstellt. Für die Novemberrevolution bleibt noch zu fragen, ob nicht die für notwendig gehaltene „Demokratisierung", sofern sie ihren Zweck erreichen sollte, trotz ihres systemerhaltenden und integrativen Charakters erfordert hätte, der Arbeiterklasse Positionen einzuräumen, die von ihr auch in nichtintegrationistischem Sinne genutzt werden konnten. Die dann unvermeidliche Auseinandersetzung mit den herrschenden Mächten hätte die sozialdemokratische Führung aber vor dasselbe Dilemma, vor dem sie in der Novemberrevolution stand, in noch schärferer Form gestellt. [126])

Der Vorwurf mangelnder Integrationskraft nach links wird ergänzt durch die Kritik, es sei der SPD in der Weimarer Republik mißlungen, die städtischen und ländlichen Mittelschichten für sich zu gewinnen. Während die Relikte sozialistischer Programmatik bei den Arbeitern unerfüllbare Erwartungen und deshalb Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Politik nährten, erschwerten sie den Zugang zu den Mittelschichten und verstärkten deren Vorbehalte gegenüber der SPD [127]). Bei Kleinbürgertum und Angestellten habe sich vor allem negativ ausgewirkt, daß die SPD sie „als Proletarier bzw. werdende Proletarier" [128]) angesprochen habe.

126) In diesem Zusammenhang verdient die von Arthur Rosenberg übernommene Vorstellung Beachtung, die „Alternative zwischen einer bolschewistischen Diktatur oder einem Bündnis mit Bürokratie und Armee des Kaiserreiches" hätte aufgehoben werden können „zugunsten einer dritten Möglichkeit" (Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 159). Dazu sei es erforderlich gewesen, der revolutionären Massenbewegung stärker entgegenzukommen, die herrschenden Mächte aus ihren staatlichen Schlüsselpositionen zu entfernen und vor allem eigene „sozialistisch-demokratische Truppen" (Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, a. a. O., S. 60. Vgl. auch Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 52. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 76) aufzustellen. Mit ihrer Hilfe hätte die Revolution ohne die Gefahr einer Stärkung gegenrevolutionärer Kräfte eingedämmt oder bekämpft werden können. Solche Vorstellungen erscheinen aus mehreren Gründen problematisch. Zuerst ließe sich darauf verweisen, daß beispielsweise die Kämpfe an Weihnachten 1918 in Berlin und der Fehlschlag der Bemühungen, die Revolution bereits zu diesem Zeitpunkt militärisch zu unterdrücken, zeigen, daß auch die mehrheitssozialdemokratisch orientierten Arbeiter und Soldaten in ihrer Masse nicht bereit waren, sich in einen Bürgerkrieg gegen die Revolution verstricken zu lassen. Darüber hinaus hätten derartige Pläne den rigorosen Bruch mit kaiserlichem Offizierskorps und ziviler Bürokratie und die Einbeziehung von Teilen der sozialdemokratischen Massenbasis in die Ausübung der militärischen Macht, die Stärkung proletarischer Einflüsse also, bedeutet. Für den Fall eines Scheiterns der hiermit verbundenen Integrationsabsichten hatte man sich dann aber jeder Rückversicherung gegen die Revolution begeben. Dieses Risiko erschien den maßgeblichen Sozialdemokraten als indiskutabel.

127) Diese Argumentation unterstellt eine Unvereinbarkeit von sozialistischer Politik und Programmatik der Arbeiterbewegung mit systematischer Bündnispolitik gegenüber den Mittelschichten. Eine interessante Variante erfährt diese Kritik bei Mommsen (Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 121). Er hält das „proletarische Image" der SPD und ihre engen Beziehungen zu den freien Gewerkschaften für schädlicher bei der Gewinnung mittelständischer Wähler als marxistische Theorierelikte. Um die Desintegration linker Tendenzen zu vermeiden und der Gefahr zu entgehen, an der linken Flanke den Wählereinfluß zu verlieren, der an der rechten eventuell hinzugewonnen werden könnte, hält er es angesichts starker sozialistischer und kommunistischer Einflüsse in der Arbeiterklasse offensichtlich für unumgänglich, daß die SPD zumindest zeitweilig innerhalb eines pluralistischen Ideologiespektrums auch unverbindliches „marxistisches" Theoretisieren dulde.

128) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 103. Ähnlich schon Evelyn Anderson, Hammer oder Amboß, Nürnberg 1948, S. 195.

Bei diesem Problem gilt es zunächst, nach sozialer Lage der entsprechenden Gesellschaftsschicht zu differenzieren. Bei den Angestellten läßt sich für die zwanziger Jahre ein starkes zahlenmäßiges Anwachsen feststellen. Mommsen wertet dies als einen Prozeß der „sozialen Umschichtung" [129]), der zur quantitativen und qualitativen Schwächung der Arbeiterklasse und zur Verstärkung mittelständischer Strukturen [130]) geführt habe. Dem läßt sich entgegenhalten, daß bei der Masse der Angestellten — bei gleichzeitiger Polarisierung innerhalb der Gesamtgruppe der Angestellten — im gleichen Zeitraum die typischen Merkmale proletarischer Existenz immer mehr hervortraten, etwa in Form verstärkter Arbeitsplatz- und sozialer Unsicherheit, in der Entwertung traditioneller Qualifikationen und in der damit zusammenhängenden Beseitigung individueller Aufstiegsmöglichkeiten [131]). Die Mehrheit der Angestellten machte tatsächlich einen Prozeß objektiver Annäherung an die Industriearbeiter durch. Eine Partei, die sie „als Proletarier bzw. werdende Proletarier" ansprach, befand sich in Einklang mit den realen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Sicherlich waren die subjektiven Auswirkungen dieser Entwicklung — wie immer bei solchen Vorgängen — widersprüchlich, fand eine automatische Angleichung der Bewußtseinslage an die objektive gesellschaftliche Lage nicht statt. Damit war diese Schicht aber noch keineswegs unansprechbar für die sozialistische Arbeiterbewegung geworden. Die einzige Möglichkeit, sie dauerhaft für die Arbeiterbewegung zu gewinnen, war, ihr trotz aller momentanen Schwierigkeiten zu einem adäquaten Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Lage zu verhelfen, indem man von der objektiven Entwicklungstendenz der Annäherung bzw. des Übergangs zur Arbeiterklasse ausging und die hieraus resultierende Gemeinsamkeit der gesellschaftlichen Interessen durch praktische Erfahrung einsichtig machte.

Unter dieser Voraussetzung kann die Frage nur noch lauten: Hat die SPD dies gegenüber den Angestellten und ähnlichen Gruppen tatsächlich getan? Dies muß bezweifelt werden, denn hierzu war die konsequente Interessenvertretung der Lohnabhängigen unverzichtbar. Ohne in eine ausführliche Debatte über die Funktion der Weimarer SPD einzutreten, kann doch davon ausgegangen werden, daß sich ihre Politik objektiv fortwährend im Spannungsfeld des Gegensatzes von Erhaltung und Effektivierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einerseits, sozialen Interessen von Lohnabhängigen andererseits bewegte. Die hieraus folgenden Inkonsequenzen bei der Wahrnehmung von Lohnabhängigeninteressen konnten bei Sozialschichten, die neu zur Arbeiterklasse hinzuzustoßen begannen und in denen die Sozialdemokratie nicht traditionell verankert war, wenig überzeugend wirken. Der Verzicht auf die entschlossene Vertretung der gesellschaftlichen Interessen von Lohnabhängigen setzte die SPD außerstande, auf die Bewußtseinswidersprüche dieser Sozialschichten zu ihren Gunsten einzuwirken. Sie vermochte es deshalb nicht, deren bürgerliche Bewußtseinselemente und ihre Bindung an die bürgerlichen Parteien abzuschwächen. Die SPD-Führung hat ihrerseits im Gegenteil sogar dazu beigetragen, bei der Masse der Angestellten und ähnlicher Gruppen die Herausbildung eines ihrer gesellschaftlichen Lage angemessenen Bewußtseins zu erschweren, indem sie erste Protestregungen gegen Beeinträchtigungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ungenügend unterstützte, sie behinderte oder ihnen in Gestalt führender staatlicher Funktionsträger sogar entgegentrat. Dies gilt beispielsweise für die Zeit der Notverordnungen ebenso wie für die Jahre der Inflation. Da die SPD jedoch

129) Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, a. a. O., S. 119.
130) In diesem Zusammenhang (Mommsen, a. a. O., S. 119) wird sogar der freigewerkschaftliche Angestelltenverband, der Allgemeine freie Angestelltenverband (AfA), zu einer der „mittelständischen Organisationen"!
131) Vgl. z. B. Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 115 ff., 167.

aus Rücksichtnahme auf die Industriearbeiter auf sozialistische Parolen nicht gänzlich verzichten konnte, wurde für die Mehrheit solcher Schichten wie der Angestellten die Arbeiterbewegung insgesamt diskreditiert. Deshalb war ihre Orientierung auf die NSDAP geradezu vorprogrammiert, als sie sich in der Weltwirtschaftskrise von den zur Absicherung ihrer sozialen Situation nicht fähigen traditionellen Parteien der bürgerlichen Mitte und Rechten zu lösen begannen [132]).

Obwohl sich die gesellschaftliche Lage der kleinbürgerlichen Schichten im engeren Sinne wie Bauern, Kleingewerbetreibende, kleine Kaufleute, Freiberufliche u. ä. trotz häufig drohender sozialer Deklassierung von derjenigen der Lohnabhängigen unterschied, stellte sich das Problem ihrer Gewinnung doch ähnlich wie bei den Angestellten. Hierbei handelt es sich um die Frage, inwieweit die sozialdemokratische Politik von der Existenz von Interessengegensätzen zwischen kleinbürgerlich-werktätigen Schichten und Großkapital ausging, an ihnen anzusetzen bereit und sie durch praktische Politik sichtbar zu machen in der Lage war. Eine Bereitschaft zur Mobilisierung und Austragung derartiger Konflikte kann für die Führungsgruppen der SPD nicht oder nur in geringem Maße konstatiert werden. Auch in dieser Frage ist die SPD nicht an einer zu klassenkämpferischen Haltung gescheitert. Es stimmt zwar, daß sie keine systematische Bündnispolitik gegenüber kleinbürgerlichen Schichten entfaltete. Dieser Mangel war indes, wie allein schon die — allerdings ebenfalls noch zu gering entwikkelten — bündnispolitischen Ansätze der KPD zeigen [133]), keine notwendige Folge sozialistischer Programmatik. Vielmehr hätte eine wirkungsvolle Alternative angesichts der prekären Situation breiter kleinbürgerlicher Kreise eine konsequente Haltung bei der Vertretung antimonopolistischer Forderungen und bei der Auseinandersetzung mit den herrschenden gesellschaftlichen Interessen vorausgesetzt. Wie wenig diese Voraussetzungen auf sozialdemokratischer Seite erfüllt waren, illustriert das bei Potthoff angeführte Agrarprogramm der SPD von 1927. Es enthielt zwar durchaus Ansätze zu realen Verbesserungen für werktätige Bauernschaft und Landarbeiter. Gleichzeitig beeinträchtigte es jedoch deren Realisierungsbedingungen, indem es eine klare antimonopolistische Stoßrichtung vor allem gegen Großgrundbesitz, Großhandel und Banken weitgehend aussparte und primär auf eine bloße Effektivierung des Agrarsektors und nur partielle Korrekturen der ländlichen Eigentumsverhältnisse abzielte [134]). Auf dieser Grundlage mußten auch die Möglichkeiten sozialdemokratischer Agrarpolitik sehr beschränkt bleiben. So wenig wie bei den Bauern vermochte es die SPD unter derartigen Auspizien, bei anderen kleinbürgerlichen Schichten an Attraktivität zu gewinnen und ihnen langfristig Bündnisbeziehungen zur Arbeiterbewegung plausibel zu machen. Deswegen konnte sie auch nicht dazu beitragen, der faschistischen Besetzung kleinbürgerlicher und bäuerlicher Protestbewegungen und antimonopolistischer Stimmungen entgegenzuwirken [135]).

132) Ausgespart bleibt hier das Problem, daß die langjährige Regierungspräsenz der SPD in Preußen und anderen Ländern sowie ihre starke Stellung in zahlreichen Kommunen für den öffentlichen Dienst eine Parteimitgliedschaft zur Verbesserung von Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten als opportun erscheinen lassen mochte. Wurde durch solche Mitgliedergruppen die Basis integrationistischer Politik verbreitert, so waren diese bei politischen Rechtsentwicklungen, welche die Stellung der SPD als maßgeblicher Regierungspartei ernsthaft in Frage stellten, eher als etwa gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiter bereit, sich auch wieder von ihr abzuwenden.

133) Vgl. z. B. „Aus den Resolutionen und Beschlüssen des Reichskongresses der Werktätigen, angenommen am 5. Dezember 1926", in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., Bd. 4, S. 464—473.

134) Vgl. z. B. Hans Krüger/Fritz Baade, Sozialdemokratische Agrarpolitik. Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm, Berlin o. J. Beispielsweise sollte in Ostelbien nur Großgrundbesitz über 750 Hektar beschnitten werden, und dies gegen Entschädigung (vgl. ebd., S. 93). Zum Vergleich: Die demokratische Bodenreform in der SBZ von 1945 bestimmte 100 Hektar als zulässige Obergrenze und enteignete allen Grundbesitz, der darüber hinausging, entschädigungslos.

135) Wo — wie im Falle des sozialdemokratischen Agrarprogramms — für die sozialdemokratische Seite die Voraussetzungen einer Bündnispolitik als gegeben betrachtet werden, wird deren dennoch ausbleibender Erfolg dann einseitig bäuerlicher Rückständigkeit angelastet. Vgl. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 103.

Es existieren Beispiele aus der Zeit der Weimarer Republik, die zeigen, daß es sich bei solchen Überlegungen nicht um aussichtslose Spekulation handelt. Ein derartiges Beispiel ist die Kampagne zur Fürstenenteignung von 1925/26. Sie demonstrierte auf eindrucksvolle Weise, wie es der Arbeiterbewegung gelingen konnte, beachtliche Resonanz bei den Mittelschichten zu finden. Auf der Grundlage der Aktioneinheit der Arbeiterorganisationen war es möglich, für einen Katalog konkreter Forderungen, welche die gemeinsamen sozialpolitischen Interessen von Arbeiterklasse und Mittelschichten ansprachen und sich gegen die extreme politische und gesellschaftliche Reaktion richteten, eine außerordentlich breite Massenmobilisierung zu erreichen, die tief in das traditionelle bürgerliche Wählerreservoir hineinwirkte. Da sich ein solches Vorgehen nicht wiederholte und die in der Fürstenenteignungskampagne entwickelten Ansätze einer Einheitsfront der Arbeiterbewegung nicht ausgebaut wurden, verblieb es allerdings bei einem nur punktuellen Einbruch in die Massenbasis der bürgerlichen Parteien. Es ist bezeichnend, daß die Kampagne zur Fürstenenteignung in der vorgestellten Literatur ausgesprochen stiefmütterlich behandelt wird. Sofern man sie überhaupt erwähnt, spricht man ihr einen vorbildhaften Charakter für die Bündnispolitik der Arbeiterbewegung ab und spielt ihre Bedeutung mit dem Hinweis auf ihre angebliche Erfolglosigkeit herunter [136]).

5) 1933—1945

Für „Drittes Reich" und antifaschistischen Widerstand liegen nur spärliche Produkte der parteioffiziösen wie der akademischen Geschichtsschreibung vor. Während Hermann Weber in seiner Dokumentation „zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847—1973" [137]) den Jahren von 1933—1945 keine eigene Abteilung einräumt und lediglich im Anschluß an die Weimarer Republik auf anderthalb Seiten knappe Auszüge aus dem Prager Manifest von 1934 abdruckt [138]), wird dieser Zeitabschnitt bei Eichler [139]) auf sechseinhalb, bei Grebing [140]) auf vierzehn (davon acht Seiten Arbeiterbewegung) und bei Potthoff [141]) auf zwanzig Seiten abgehandelt [142]). Die Inhalte decken sich noch weitgehender als bei der Weimarer Republik. Unter geschichtswissenschaftlichen Gesichtspunkten ist das Dargebotene von geringem, unter politischen Aspekten dagegen von erheblichem Interesse.

Für viele Sozialdemokraten lautete 1945 die Lehre aus der Zerstörung der Weimarer Republik und dem Sieg des Faschismus, daß sich der selbstmörderische Bruderkampf innerhalb der Arbeiterbewegung nicht wiederholen dürfe, daß die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte, welche die Novemberrevolution unbeschadet überstanden und die Errichtung der faschistischen Diktatur ermöglicht hatten, restlos entmachtet werden müßten und daß eine Zweitauflage der Politik der SPD-Führung, mit großkapitalistischen Interessenvertretern zu koalieren, nicht

136) Es stimmt zwar, daß dem Volksentscheid vom Juni 1926 ein unmittelbarer Erfolg versagt blieb, unhaltbar ist es jedoch, von einer „momentane(n) Demonstration ohne jeden praktischen Erfolg" zu sprechen. Potthoff, a. a. O., S. 104. Ähnlich Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 58.

137) Vgl. Weber, Das Prinzip Links, a. a. O., S. 212 f.

138) Damit unterscheidet er sich freilich noch von Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., der das Prager Manifest in seinen Dokumentenanhang gar nicht erst aufnimmt.

139) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 62—68.

140) Vgl. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 223—238.

141) Vgl. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 125—145.

142) Eine ausführliche SPD-orientierte akademische Gesamtdarstellung des sozialdemokratischen Parteivorstandes von 1933—1945 mußte aus dem Englischen übersetzt werden: Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933—1945, Hannover/Frankfurt/M. 1960. Ferner wäre zu verweisen auf: Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933—1938, Stuttgart 1952. Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940 bis 1945, Hannover 1968. Daneben hat die SPD-orientierte akademische Geschichtsschreibung hauptsächlich noch eine Anzahl lokalgeschichtlicher Untersuchungen zum Widerstand der Arbeiterbewegung vorgelegt.

in Frage komme [143]). Vorrangiger Zweck der vorgestellten Literatur ist es, diese Lehren zu verschütten und sie in ihr Gegenteil zu verkehren. Die Frage nach der Einheit der Arbeiterbewegung ist zwar nicht zu umgehen, sie wird jedoch nicht an die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gebunden. Je weiter die Darstellung zeitlich fortschreitet, desto mehr reduziert sich das Einheitsproblem auf die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Exilrichtungen und Emigrationssplittergruppen, vornehmlich in Großbritannien während des Krieges [144]). Kommunisten werden dagegen ausdrücklich aus der Einheit der Arbeiterbewegung ausgeschlossen [145]). Die Möglichkeiten einer demokratischen Erneuerung der deutschen Gesellschaft nach der Befreiung vom Faschismus werden im wirtschaftlichen Bereich in der — wie auch immer gearteten — „Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wer immer über sie verfügt" [146]), auf politischem Gebiet in einer antikommunistischen Allianz aller „demokratischen Kräfte" [147]), in der Klassenkooperation mit systemerhaltenden Kräften also gesehen. In bezug auf den politischen Charakter der wiederzugründenden sozialdemokratischen Partei wird die Konsequenz gezogen, die SPD dürfe „keine Klassenpartei mehr sein" [148]). Sie müsse sich vielmehr uneingeschränkt zu einer Stabilisierungs- und Integrationsfunktion bekennen. Über eine solche Ausrichtung der sozialdemokratischen Politik sei man sich, so wird unterstellt, allgemein einig gewesen. Über diesen Leisten wird die gesamte Entwicklung des antifaschistischen Widerstands in Deutschland und im Exil geschlagen.

Linkssozialdemokratische Tendenzen und Bestrebungen, im Widerstand zu einem gemeinsamen Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten zu gelangen, passen nicht zu der auf innersozialdemokratische Kooperation verkürzten Einheitskonzeption. Sie werden deshalb entweder ausgelassen oder als episodenhafte Randerscheinungen behandelt. Ebenso werden umgekehrt die Bemühungen der KPD, durch die Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand zu einer antifaschistischen Einheits- und Volksfront zu gelangen, ausgeklammert. Bei Grebing erfährt man hiervon allerdings en passant, wenn sie rühmend hervorhebt, daß „der Exil-Parteivorstand nie der Versuchung (erlag, d. Verf.), auf die Angebote der Kommunisten zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront einzugehen" [149]). Mit keinem Wort werden dagegen Beispiele praktischer Zusammenarbeit wie der gemeinsame Wahlkampf von SPD und KPD zur Saarabstimmung im Januar 1935, der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Internationalen Brigaden in Spanien, der — wenn auch gescheiterte — Pariser Volksfrontausschuß, die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Bewegung Freies Deutschland, der Widerstand in Konzentrationslagern wie Buchenwald usw. erwähnt. In diesem Zusammenhang stellt Heinrich Potthoff unsere Höflichkeit ein weiteres Mal auf eine harte Probe. Er bedient sich eines frei erfundenen Zitats, indem er schreibt: „Die nahezu bedingungslose Loyalität der Exil-KPD zu Stalin, ihre Verteidigung von Annexionen und Vertreibungen durch die siegreich vordringenden sowjetischen Truppen und die Beschimpfung der Sozialdemokratie als ‚Agentin des Hitlerismus im Ausland' (. . .)

143) Vgl. z. B. „Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. 6. 1945 zum Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands", in: Das Prager Manifest von 1934. Ein Beitrag zur Geschichte der SPD von Wolfgang Runge, Hamburg 1971, S. 55—58. „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald", in: Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 123—127. „Vereinbarung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD vom 19. Juni 1945", in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., Bd. 6, S. 352—353.
144) Vgl. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 68 f. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 237 f. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 141 ff.
145) Vgl. Eichler, a. a. O., S. 69. Potthoff, a. a. O., S. 144.
146) Eichler, a. a. O., S. 69. Die Eigentumsfrage wird ausdrücklich relativiert und als sekundär erklärt.
147) Ebd.
148) Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 138.
149) Ebd., S. 237.

machte auch für die am linken Flügel angesiedelten demokratischen Sozialisten den Gedanken an eine Einheitsfront mit den Kommunisten zunichte" [150]).

Das Zitat von der „Agentin des Hitlerismus im Ausland" weist Potthoff in folgender Weise nach: „Vgl. Heinz Schmidt, ‚Gegen die ganze Welt!' Zur Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in: Freie Tribüne, 6. Jg., Nr. 9/10, Oktober 1944." — Wir haben uns diesen Artikel besorgt und müssen betrübt berichten, daß sich in ihm die von Potthoff angeführte Stelle *nicht* findet, weder dem Wortlaut, noch dem Sinne nach.

Bemerkenswert ist hinsichtlich der Konsequenzen, die auf zeitgenössischer sozialdemokratischer Seite aus dem Faschismus gezogen worden seien, die Art und Weise, wie das Prager Manifest behandelt wird. Ausdrücklich erwähnt wird es überhaupt nur bei Potthoff. Die sich peinlicherweise in diesem Dokument ausdrückende „revolutionäre Komponente" [151]) wird sogleich mit dem entschuldigenden Hinweis auf die widrigen Zeitläufte, die quasi anormale Situation, welche die faschistische Diktatur geschaffen hatte, bedacht [152]). Als revolutionärer Gehalt des Prager Manifests werden demzufolge nicht etwa seine Absage an die Klassenkooperation mit großkapitalistischen Kräften und sein Bekenntnis zu proletarischem Klassenkampf und Sozialismus hervorgehoben, sondern ausschließlich der Umstand, daß es die Beseitigung der faschistischen Diktatur ihrer äußeren Form nach richtigerweise nur „umstürzlerisch" [153]) für möglich hielt. Das Prager Manifest kann somit als bloßes Produkt einer zeitbedingten Ausnahmesituation ohne weiterreichenden Aussagewert gelten.

Gleichzeitig wird versucht, einen sozialdemokratischen Führungsanspruch für den Arbeiterwiderstand innerhalb und außerhalb Deutschlands zu begründen oder sogar den Eindruck zu erwecken, der antifaschistische Kampf der Arbeiterbewegung sei eine rein oder zumindest vorwiegend sozialdemokratische Angelegenheit gewesen [154]). Der kommunistische Beitrag zum Widerstand wird dementsprechend entweder abgewertet oder verkleinert [155]) oder sogar ganz verschwiegen [156]). Potthoff gesteht zwar konzilianterweise zu, daß „der Widerstand aus den Reihen der kommunistischen Bewegung (. . .) einen hohen Blutzoll für seinen Kampf gegen Hitler zahlte" [157]). Doch wartet er noch im gleichen Zusam-

150) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 144. Diese Behauptung bleibt selbst dann falsch, wenn man das Wort Sozialdemokrat durch „demokratischer Sozialist" ersetzt. Davon hätte sich Potthoff durch einen Blick auf das „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald" (vgl. Anm. 143) überzeugen können. Seine Darstellung beruht darauf, daß er die SPD sukzessive auf die Emigration in Großbritannien reduziert und damit ihre politische Auffächerung zugunsten des dort einsetzenden antikommunistischen Vereinheitlichungsprozesses ignoriert.

151) Potthoff, a. a. O., S. 137.

152) Vgl. ebd. Ähnlich Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 236, wenn sie — freilich ohne das Prager Manifest beim Namen zu nennen — schreibt: „Die Führer der legalen (!) Partei waren zwangsweise Revolutionäre geworden".

153) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 137.

154) Zwei Beispiele mögen dies belegen. Bei Potthoff (a. a. O., S. 132) heißt es: „Trotz aller Unterdrückungen und Lockungen erwies sich die sozialdemokratische Gesinnungsgemeinschaft als außerordentlich stabil. Wie wenig der Nationalsozialismus unter der alten organisierten Arbeiterschaft Fuß fassen konnte, belegen die Betriebsrätewahlen vom April 1933." Oder (ebd., S. 134): Ähnlich wie Leuschner, Leber, Haubach, Reichwein, Mierendorff „haben viele Sozialdemokraten gedacht und gehandelt. Tausende zahlten für ihr mutiges Eintreten für Freiheit, Recht und ihre Mitmenschen mit Kerker, Folter und Leben (. . .) Wer weiß schon, daß eine Gestapo-Statistik am 10. April 1939 genau 302 562 politische Häftlinge aufführt." Was hier noch durch suggestive Formulierungen ausgedrückt wird, steigert sich schließlich sogar zum offenen Monopolanspruch: Die „Exilsozialdemokraten" stützten sich am Ende des Zweiten Weltkrieges „auf ihren moralischen Anspruch als früheste Kämpfer gegen den Faschismus" (ebd., S. 143). Es schmälert in keiner Weise die unbestreitbare Standhaftigkeit und das Heldentum von Zehntausenden deutscher Sozialdemokraten, wenn ein derartiger Anspruch in den Bereich der Legendenbildung verwiesen wird.

155) Bei Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 230, 231, äußert sich dies allein schon darin, daß sie dem kommunistischen Widerstand bis 1941 — außer einem Hinweis auf die Verhaftung Ernst Thälmanns und seine Ermordung im August 1944 — einen einzigen Satz, den Überresten katholischer Arbeitervereine dagegen ein Mehrfaches widmet.

156) Vgl. z. B. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 65 f.

157) Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 130. Ähnlich Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 231; um so unverständlicher muß es bleiben, daß sich Grebings Darstellung des kommunistischen Widerstands bis Kriegsbeginn auf diesen einen Satz beschränkt.

menhang mit der Geschichtslegende auf, der kommunistische Widerstand habe sich weitgehend außerhalb oder unabhängig von der „offiziellen Strategie der KPD" vollziehen müssen, bei der etwa im „Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes (...) Widerstand (...) wenig gefragt" [158]) gewesen und erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion gutgeheißen worden sei.

Zur Abrundung bliebe noch zu erwähnen, daß dem Widerstand kein politischer Sinn beigemessen wird. Für Eichler [159]) handelt es sich um eine nur moralische Frage; Grebing [160]), abgeschwächt auch Potthoff [161]), scheint andeutungsweise den aktiven Arbeiterwiderstand sogar für sinnlos zu halten.

6. 1945 ff.: Die Frau ohne Schatten

Die 1945 neugegründete SPD besteht nunmehr 30 Jahre. Ihre Geschichte ist von der Parteihistoriographie bis heute nicht geschrieben worden [162]). Der Schlußabschnitt von Willi Eichlers „Hundert Jahre Sozialdemokratie" ist auch seinem Selbstverständnis nach offensichtlich eher eine aktuelle Darstellung der SPD in unmittelbar politischer Absicht, und die Historikerin Susanne Miller wird wohl kaum ihren Aufsatz „Die SPD vor und nach Godesberg" als einen selbständigen Beitrag zur Parteigeschichte werten. Unklar bleibt lediglich, weshalb er dem Leser unter dem irreführenden Etikett eines angeblichen zweiten Bandes der „Kleinen Geschichte der SPD" verkauft wird. Zentrales Thema für Eichler ist nach 1945 die Aufhebung der 1863 und 1869 erkämpften Selbständigkeit der deutschen Sozialdemokratie neben den bürgerlichen Parteien. Der Antikommunismus wird als entscheidender Hebel dieses Vorgangs deutlich gemacht [163]). Einen anderen Aspekt der Identifizierung der SPD mit den politischen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft hebt Susanne Miller hervor: die Auflösung der sozialdemokratischen Sonderorganisationen — vor allem auf kulturellem Gebiet [164]). Neben den alten „Apparat" [165]) treten nun die „Persönlichkeiten" der „Landesväter" und Kommunalpolitiker [166]). Als Staffage vor dem Staatsapparat, der ihre „Popularität" stützt, rechtfertigen sie die von Miller geübte Ersetzung der Sozial- und Organisationsgeschichte durch eine Abfolge von Personen — von Schumacher bis Brandt. Diese personalisierende Vorgehensweise führt Miller dazu, den Entschluß zur beschleunigten Ausbreitung und Durchsetzung eines neuen Grundsatzprogramms auf „Erich Ollenhauers spontane Reaktion auf die Wahlniederlage" von 1957 zurückzuführen [167]). Hier wird die Hausgeschichtsschreibung zur Hofberichterstattung. Die von Miller propagierte Ergänzung und teilweise Ersetzung der Organisation durch die Summierung von Persönlichkeiten läßt für sie einige wichtige organisatorische und politische Entscheidungen in den Hinter-

158) Potthoff, a. a. O., S. 130. Gleichzeitig wird der KPD nachgesagt, sie sei in ganz besonderem Maße anfällig gewesen für Spitzel und Gestapoagenten, ohne hinzuzufügen, daß dies — vorausgesetzt die Behauptung trifft in diesem Sinne überhaupt zu — eine unmöglich völlig auszuschaltende Folge ihres aktiven und weitverzweigten Widerstandes war. Es braucht kaum betont zu werden, daß sich vor allem in den Darstellungen Eichlers und Potthoffs trotz einzelner hiervon abweichender Verlautbarungen außerdem die Einschätzung der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik mit Totalitarismusdogma und landläufigen Entstellungen aus der Zeit des Kalten Krieges verbindet. Vgl. beispielsweise die Kommentare zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (gewöhnlich als „Hitler-Stalin-Pakt" apostrophiert) bei Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 64, und Potthoff, a. a. O., S. 144.

159) Vgl. Eichler, a. a. O., S. 68.

160) Vgl. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 232, 236.

161) Vgl. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a. a. O., S. 137.

162) Dagegen gibt es eine journalistische kritische Arbeit von Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964, München 1965.

163) Eichler, a. a. O., S. 72—74. „Heute ist das Problem der Wiedervereinigung und der Auseinandersetzung mit den Kommunisten von so entscheidender Bedeutung geworden, daß es sich in allem Parteienstreit überordnet, so daß die Sozialdemokratie in dieser Frage nur in einem gemeinsamen Vorgehen aller Parteien des Bundestages eine gesunde Basis erblickt, wie es schon in der Bundestagsrede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 gesagt worden ist." Ebd., S. 76.

164) Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, a. a. O., S. 39.

165) Ebd.

166) Ebd.

167) Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, a. a. O., S. 36 f.

grund treten. Über die Abstimmung zu Partei- und Aktionseinheit von SPD und KPD in Westberlin 1946 berichtet sie lediglich, daß mehr als 82 % der Sozialdemokraten, die in Westberlin votierten, den sofortigen Zusammenschluß verneinten, doch verschweigt sie die im Jahre 1974 allerdings peinliche Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Abstimmenden sich für eine enge Aktionseinheit von KPD und SPD aussprach [168]). In Millers Geschichtsbild von einer nunmehrigen Irrelevanz der Organisation paßt auch nicht die von ihr nirgends erwähnte Tatsache, daß die programmatische Wandlung der SPD mit scharfen innerparteilichen administrativen Maßnahmen gegen die quantitativ schwache marxistische Opposition durchgesetzt wurde.

Helga Grebing begnügt sich im Unterschied zu Susanne Miller nicht mit einer reinen Personen- und Ideengeschichte. Sie stellt die Entwicklung der SPD nach 1945 in den Kontext einer weitgehenden Auflösung der Klassenstruktur in die „Industriegesellschaft", in welcher der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat durch den neuen Unterschied zwischen Managern und Mehrheit der Bevölkerung abgelöst ist [169]). Auch hier ist die politische Konsequenz die — zum Teil sogar mit den Mitteln der Repression durchgesetzte — Auflösung organisatorischer Strukturen. Das KPD-Verbot von 1956 bedeutet nach Grebing „die Ausschaltung einer radikalen, von außen gesteuerten Fraktion" und erleichterte den Versuch der „Integration" ehemals kommunistischer Arbeiter [170]). Selbständige Organisationsstrukturen — zumindest auf politischem und ideologischem Gebiet — erscheinen so für die sozialdemokratische Haus- und die akademische Geschichtsschreibung nach 1945 mehr als je zuvor als etwas Künstliches, Aufgesetztes, nicht den sozialen Realitäten Entsprechendes. Erst ihre Beseitigung erlaubt es, der Sozialdemokratie jenen „Bewegungscharakter" zu verschaffen, der ihre Integrationsfähigkeit garantiert. Die Negation der selbständigen Organisation ist allerdings nur der Ideologie nach eine Absage an jede Bürokratie. In Wirklichkeit bedeutet sie lediglich die Ersetzung einer dezidiert sozialistischen und demokratischen Organisationsstruktur durch eine repressive, zum Teil staatlich vermittelte Administrativgewalt. Dies zeigt sich gegenwärtig an den Disziplinierungsversuchen gegenüber Jungsozialisten und anderen nichtkonformen Sozialdemokraten. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen falsifiziert allerdings bereits die These von der gleichsam naturnotwendigen Selbstauflösung selbständiger sozialistischer und demokratischer Oganisationsstrukturen in der „Industriegesellschaft" und bringt eine alte, in der Geschichte der Sozialdemokratie immer wieder sichtbar werdende, von der Hausgeschichtsschreibung jedoch weithin unterbelichtete Tatsache zum Vorschein: daß nämlich Integration ohne Repression nicht möglich ist.

168) Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, a. a. O., S. 11.
169) Grebing, a. a. O., S. 240 f.
170) Grebing, a. a. O., S. 280 f.

Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (IV)*)

Das Scheitern des Interimskanzlers Erhard

Von Dieter Halfmann

4. *„Europäertum" und Nationalismus*

Des CSU-Vorsitzenden Auffassung von der „deutschen Frage" war seit langem durch die Erkenntnis mitbestimmt, daß nach dem Hitlerkrieg kaum jemand in Ost und West ein einheitliches imperialistisches Deutschland hinnehmen würde. Um die Verbündeten dennoch für die Belange des BRD-Imperialismus zu gewinnen, rückte er frühzeitig gleich Adenauer statt bestimmter territorialer Forderungen das imperialistische Klassenziel in den Vordergrund, das sozialistische System auf konterrevolutionäre Weise umzuwandeln.

Schon im März 1958 erklärte Strauß im Bundestag, die Wiedervereinigung gehöre ebensowenig wie Abrüstung und Frieden zu den absoluten Werten; es gehe weniger um die staatliche Einheit als vielmehr um eine „Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände" [98]) — d. h. um die Wiedereinführung imperialistischer „Ordnungsprinzipien" — auf DDR-Gebiet. Acht Jahre später äußerte er: „Ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen" [99]). Er war davon überzeugt, daß kein NATO-Verbündeter für die Reichsgrenzen von 1937 in den Krieg ziehen oder übermäßige Belastungen auf sich nehmen würde [100]). Nichtsdestoweniger war Strauß keineswegs bereit, sich mit der „normativen Kraft des Faktischen" abzufinden und irgendeine territoriale Forderung Bonns oder der „Vertriebenenverbände" von sich aus preiszugeben. Er wollte die alte „Politik der Stärke" durch bestimmte Korrekturen wieder wirksam machen und sah in den Gebietsansprüchen Handelsobjekte, die noch etwas einbringen könnten. Verbale Zugeständnisse an unleugbare Tatbestände waren bei ihm nur Piedestal für neue, weitergehende Forderungen.

Der CSU-Chef trat für die zeitweilige Anerkennung eines „östlichen deutschen Teilstaates" ein [101]) — aber nur, wenn dieser Staat nach Bonner Muster gestaltet wäre. Aus der positiven Haltung der Verbündeten zu den Nachkriegsgrenzen zog Strauß den Schluß, die Position der BRD müsse gestärkt werden, damit diese ihren Wünschen dennoch Geltung verschaffen könne [102]).

Da jeder Versuch nationaler Lösungen zum Scheitern verurteilt sei [103]), plädierte er für „Europäisierung der deutschen Frage". Durch sie sollten die Bonner Forderungen solche ganz Westeuropas werden, und eine europäische Föderation sollte der Schlüssel sein, das Moskauer „Sperrschloß" für die Wiedervereinigung zu öffnen [104]). F. J. Strauß ging in seinen aggressiven Wunschträumen noch wei-

*) Vgl. Hefte 1/1975, S. 43 ff., 2/1975, S. 192 ff., und 4/1975, S. 439 ff.
98) Franz Josef Strauß, Bundestagsreden, S. 162.
99) Gespräch mit „Die Zeit" v. 8. 4. 1966; variiert in: Entwurf für Europa, S. 50/51; Herausforderung und Antwort, S. 143.
100) Am 14. 9. 1965 auf einer Pressekonferenz in München.
101) Strauß Mitte Juni 1966 in London („Bayernkurier" v. 25. 6. 1966).
102) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), „Stuttgarter Zeitung" v. 15. 9. 1975; „Neue Zürcher Zeitung" v. 16. 9. 1965.
103) Entwurf für Europa, S. 13/14. Siehe u. a. auch „Kölnische Rundschau" v. 1. 2. 1965.
104) Entwurf für Europa, S. 148.

ter. Er konstatierte, eine selbständige Einheit Europa würde „das Ende des Weltkommunismus" bedeuten [105]). „Am Ende unserer Generation" — so sein Zeitplan — „darf es keinen Kommunismus mehr geben" [106]).

Daß der CSU-Vorsitzende gleich anderen bundesdeutschen „Europäern" und im Gegensatz zu Frankreichs Gaullisten den Zusammenschluß West- und „Zwischeneuropas" zur Föderation verfocht und noch verficht, der gegenüber ein Staatenbund nur Zwischenstadium sein könnte, hat folgende Gründe:

1) Das von de Gaulle konzipierte „Europa der Staaten" wäre im Entscheidenden die Fortsetzung des bisherigen Zustands, also auch der Eingeengtheit der BRD in politischer und rüstungsmäßiger Hinsicht. Föderation hingegen würde im Entscheidenden Verschmelzung sein; die bundesdeutschen Imperialisten wären der augenblicklichen Schranken ledig und kämen an das gesamte Potential der Partner heran.

2) Im Staatenbunde würde der ökonomische Konkurrenzkampf — trotz mancher Maßnahmen in Richtung Zoll- und Wirtschaftsunion — weiter zwischen Volkswirtschaften ausgetragen werden. Die Staaten nähmen Einfluß darauf, beispielsweise durch ihre Steuer- und Investitionspolitik. In der Föderation indes konkurrierten unmittelbar die Monopolgruppen. Hier müßte, auf die Dauer gesehen, wie in jedem kapitalistischen Staat der wirtschaftlich Stärkste auch am meisten politische Macht erringen.

Die Bundesrepublik ist gegenwärtig das vierstärkste Industrieland der Welt, das drittstärkste im imperialistischen Lager. Eine westeuropäische Föderation böte dem westdeutschen Imperialismus die beste Möglichkeit, diese Tatsache in ein Mehr an Macht umzumünzen.

Eben darin lag der Sinn der wohl bekanntesten Formulierung von Strauß: Da die „freie Welt" Westdeutschland brauche, dürfe sie es nicht wirtschaftlich stark, politisch aber schwach halten. „Das Problem ist vielmehr, wie man seiner wirtschaftlichen Stärke einen politischen Einfluß verschaffen kann, der für die Welt keine Bedrohung, sondern einen Vorteil bedeuten würde. Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen" [107]). Der Autor schrieb gleichzeitig „allen Kräften in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung" die Aufgabe zu, im Bundesbürger ein neues politisches Selbstbewußtsein zu erwecken [108]).

Wo immer auch an seinem Europakonzept gekratzt wird — stets kommt der alte deutsche Nationalismus zum Vorschein. Gerade das aber war geeignet, die Erfolgsaussichten des Konzepts sogar im imperialistischen Lager erheblich zu verringern. Daher verwundert nicht, daß Strauß im Zusammenhang mit seiner Konzeption nach Kräften bemüht war, die Schuld des deutschen Imperialismus an beiden Weltkriegen zu bagatellisieren und die Kontinuität der deutschen imperialistischen Ziele in Krieg und Frieden hinwegzudisputieren [109]). Um die zugleich von ihm verlangte Straffreiheit für Nazi- und Kriegsverbrecher zu rechtfertigen, bezichtige er Staaten der Anti-Hitler-Koalition, ihrerseits „Verbrechen an

105) Grundfragen deutscher Politik, S. 16.
106) „Der Kurier", Berlin (West), v. 9. 3. 1965.
107) Entwurf für Europa, S. 149/50; Herausforderung und Antwort, S. 203.
108) Entwurf für Europa, S. 153; zuvor am 30. 11. 1965 im Deutschen Bundestag.
109) So ebd. sowie in einer ganzen Reihe Reden und Veröffentlichungen der Jahre 1964 und 1965, die zumeist im Anhang des Buches von Samuel Wahrhaftig, Franz Josef Strauß, München/Bern/Wien 1965, auszugsweise enthalten sind.

Deutschen" begangen zu haben [110]). Der Bonner Regierung trug er auf, sie solle „Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute", wie er sie verstand, mit allen Mitteln bekämpfen [111]). Strauß' Appell an die Partnerstaaten, Bonn bei der von ihm propagierten Geschichtsumdeutung zu unterstützen, war auch unmittelbar Bestandteil seines Europakonzepts.

c) Sturz Kanzler Erhards und Herausbildung der Großen Koalition

1. Verstärkte Widersprüche und Formierungstendenzen 1965/66

Zu Beginn der zweiten Hälfte der 60er Jahre spitzten sich die ökonomisch-politischen Gegensätze zu. Eine Situation entstand, die mit den bisherigen Regierungsmethoden nicht bewältigt werden konnte.

Die bedeutendsten objektiven Veränderungen vollzogen sich auf wirtschaftlichem Gebiet. 1965 war noch ein Jahr der Hochkonjunktur, die nach den Rückschlägen von 1958 bzw. 1961/62 wieder eingesetzt hatte, wenngleich der Restaurationsperiode gegenüber in abgeschwächter Form. Während aber die Preise 1965 den höchsten Steigerungsgrad seit Bestehen der BRD erreichten, nahmen Produktionszuwachsrate, Exportüberschuß und Auftragsbestand schon wieder ab. 1966 brach eine zyklische Wirtschaftskrise herein, die erste in der Bundesrepublik seit Kriegsende. Ab August ging die Produktion ununterbrochen 14 Monate lang zurück. Besonders frühere Konjunkturstützen wie Baugewerbe, Fahrzeug- und Maschinenbau wurden von der Krise erfaßt. Die Zahl der Erwerbslosen betrug Ende 1966 rund 372 000, Mitte Januar 1967 578 000 sowie im Februar 674 000, wozu noch 344 000 Kurzarbeiter kamen.

Für Bonns Regierende kam die Wirtschaftskrise überraschend, ebenso auch für die Opposition. Vorkehrungen zur Abmilderung der Krise waren nicht getroffen. Die Politik der Kreditrestriktionen, mit der die Deutsche Bundesbank den Preisauftrieb „bekämpfte", trug sogar zu ihrer Verschärfung bei. Auch gingen gerade jetzt, da zusätzliche Staatsaufträge an die Industrie erwünscht gewesen wären, diese Aufträge zurück, weil in den Kassen Bonns sowie der Länder und Gemeinden Ebbe herrschte.

Das Defizit war vornehmlich durch die ständig steigenden Kosten einer entspannungsfeindlichen Politik verursacht worden. Die Ausgaben lagen vielfach auf Jahrzehnte hinaus gesetzlich fest. Am Ende konnte nur noch über 10 % des Staatshaushalts frei verfügt werden. Andererseits brauchte der Staat immer mehr Geld für Infrastrukturmaßnahmen. Das Bonner Defizit war somit weit drückender, als aus dem aktuellen Geschehen von Krise und finanzieller Ebbe erkennbar. Auch war es nicht allein ein Gegenwarts-, sondern vor allem ein Zukunftsproblem.

Rasche Zunahme der wirtschaftslenkenden Staatsfunktionen ist durch die wachsende Vergesellschaftung der Produktivkräfte bedingt, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution noch beschleunigt wird. Der dem Kapitalismus innewohnende Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wirkt sich vielfach hemmend auf die wissenschaftlich-technische Revolution aus, wie beispielsweise am bundesdeutschen Bildungsnotstand und am Rückgang des BRD-Anteils an Erfindungen und Patenten ersichtlich ist.

110) „Bayernkurier" v. 17. 4. 1965.
111) CSU-Dokumentation, Rede des CSU-Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß im Bundestag, S. 6; Entwurf für Europa, S. 152.

Die BRD-Staatseinnahmen konnten mit den damals vorhandenen gesetzlichen Mitteln nicht weiter erhöht werden; der Krise wegen sanken sie sogar. Es gab nur zwei Wege, das dringend benötigte Zusatzkapital aufzubringen:

Erstens die rigorose Verminderung bzw. völlige Streichung der Ausgaben für Rüstung und Kalten Krieg, verbunden mit dem Abbau der Steuervergünstigungen für die Monopole, einer Höherbesteuerung der Millionäre und der Steigerung der Massenkaufkraft durch höhere Reallöhne und -gehälter. Entsprechende Forderungen wurden von den demokratischen Kräften erhoben;

zweitens den Abbau der Sozialleistungen und einer Reihe staatlicher Subventionen, verbunden mit erhöhter Besteuerung der Werktätigen sowie der Klein- und Mittelbourgeoisie, während andererseits die Monopole noch mehr begünstigt würden. Außer den Konzernherrn selbst verlangte das vor allem die CDU/CSU-Spitze. Die Realisierung dieser Forderungen hätte bedeutet, die antidemokratischen Züge des Bonner Staates stärker auszuprägen. Sie erforderte ein Mehr an staatlichen Repressionsmitteln einerseits, an Demagogie andererseits.

Besonders CDU/CSU-Führer erklärten damals, der schlechten Wirtschaftslage wegen müßten „alle Opfer bringen"; auch müsse, da die Zukunft nicht gesichert sei, die jetzige zugunsten der kommenden Generation „Verzicht leisten". Der neue Nationalismus sollte die Massen nicht nur für außenpolitische Belange stärker einspannen, sondern sie auch darüber hinwegtäuschen, daß sie vom Monopolkapital ärger denn je ausgebeutet wurden. Indem sie die „Fleißigen" gegen „Faule" und Gastarbeiter aufhetzten, bedienten sich NPD- und CDU/CSU-Führer altbewährter kapitalistischer Agitationsmethoden zu dem Zweck, Zwietracht innerhalb der Arbeiterklasse zu säen.

Die Monopolbourgeoisie und ihre politischen Geschäftsführer waren sich zugleich darüber klar, daß Agitation und Propaganda allein auf die Dauer nicht ausreichen würden, die werktätigen Massen im Zaum zu halten. Mit der Zuspitzung der Situation im allgemeinen verschärfte sich in Westdeutschland der Klassenkampf, wobei die politische Rolle der Gewerkschaften zunahm. Eine neue linke Jugend- und Studentenbewegung entstand. Das Interesse am Marxismus erhöhte sich. Nicht von ungefähr nahm Bundeskanzler Erhard gerade einen Aufsatz über Klassen und Klassenkampf zum Anlaß, um gegen Linksintellektuelle der BRD zu Felde zu ziehen [112]). Die Bedenken der CDU/CSU-Führer verstärkten sich, als 1965 der dritte und bisher aussichtsreichste Versuch, eine Notstandsverfassung durchzusetzen, am Widerstand der Arbeiter und namhafter Wissenschaftler scheiterte.

Der BRD-Imperialismus sah weitere harte Auseinandersetzungen mit den demokratischen Kräften voraus. Mehr denn vorher strebte er darum einen „starken Staat" an. Einfach auf faschistische Methoden zurückzugreifen, war unmöglich, doch verschärften sich generell die Formierungstendenzen, die dem Imperialismus seit seinem Bestehen innewohnen. Sie laufen darauf hinaus, die gesamte Gesellschaft unter dem Kommando einer staatsmonopolistischen Oligarchie, bestehend aus Finanzkapitalisten und namhaften Parteichefs, zu integrieren und nach dem Muster eines modernen kapitalistischen Betriebes durchzurationalisieren.

Als Exponent der politisch hauptverantwortlichen Gruppe legte 1965/66 Kanzler Erhard auf CDU-Parteitagen in Düsseldorf und Bonn das Konzept einer „for-

[112]) Es handelte sich um eine Arbeit von Rolf Hochhuth, die in dem Sammelband „Plädoyer für eine neue Politik", Hamburg 1965, erschien. Erhard beschimpfte hierauf linke Intellektuelle als Banausen, Nichtskönner und Pinscher. Er wurde im Wahlkampf sowie am 30. 11. 1965 im Bundestag von Strauß unterstützt.

mierten Gesellschaft" vor [113]). Danach sollten alle Klassen und Schichten dem staatsmonopolistischen System eingeordnet werden, zu dem Zweck, die ökonomische und mit ihr die politische Potenz der BRD zu erhöhen. Damit vor allem die Arbeiterklasse sich am „Gemeinwohl oder volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen" orientiere [114]), sollte mittels Manipulation bewirkt werden, daß ein „gesamtgesellschaftliches Bewußtsein" an die Stelle klassenbewußten Denkens trat. In diesem volksgemeinschaftlichen Sinne forderte Erhard, „den Menschen die Fakten unserer politischen, geistigen und wirtschaftlichen Existenz nahezubringen" [115]). Eine „dynamische Leistungsgesellschaft" sollte dem sozialistischen System als Alternative gegenübergestellt werden und zugleich die Konkurrenzfähigkeit der BRD auf dem kapitalistischen Weltmarktsektor stärken. Mit nationalistischer Selbstüberhebung erklärte Erhard, daß sich in der „formierten Gesellschaft" auch „das Bild eines einigen Europas prägen" könne und sie geeignet wäre, „eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein" [116]). Der Staat sollte nach dem Muster industrieller Betriebsform organisiert, die „deutsche Demokratie" reformiert werden. Dem Parlament wollten Erhard und seine Gruppe wesentliche Kontrollrechte dadurch entziehen, daß ein automatisch durch bestimmte Bundes- und Ländereinkünfte finanziertes „Deutsches Gemeinschaftswerk" die Lösung großer öffentlicher Aufgaben übernahm [117]).

Während die demokratischen Kräfte dem Konzept Widerstand leisteten und auch die FDP Einwände erhob, lobte Strauß das „kühne Wort" von der „formierten Gesellschaft" [118]). Er hatte bereits Mitte 1963 geltend gemacht, daß der erste Abschnitt bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte zu Ende gehe und sich der Schwerpunkt in der nächsten Periode mehr auf die Innenpolitik verlagern werde. Adenauers „System der genialen Improvisation" müsse durch Vorausschau auf möglichst lange Sicht ersetzt werden; es gelte, ein wissenschaftlich fundiertes Bild der Wirtschafts- und Sozialordnung der 70er Jahre zu entwerfen [119]).

In Erhards Gesellschaftsplan sah der CSU-Vorsitzende einen Ansatz, die Formierungsaufgabe zu lösen. Er schlug seinerseits vor, das Regieren durch Einführung des Mehrheitswahlrechts, längere Legislaturperioden und zeitliche Zusammenlegung der Landtags- und Kommunalwahlen störungsärmer zu gestalten. Die „freischaffende Künstlertätigkeit" in Bonn sollte durch „wissenschaftlich geplante Politik" ersetzt werden. Strauß empfahl, beim Bundeskanzler einen „Gehirntrust" zu bilden, der für die Ressortminister Direktiven ausarbeiten und deren Ausführung überwachen sollte [120]). Es versteht sich, daß die Effektivität staatsmonopolistischer Herrschaft hierdurch erhöht worden wäre.

Mit seinen Vorschlägen verband Strauß den Appell, Erhard möge für die Staatsaufgaben Prioritäten setzen, „notfalls auch um den Preis, daß es in der Koalition oder auch in den eigenen Reihen der Partei politische Krisen gibt" [121]). Die Formulierung offenbarte ernste Gegensätze innerhalb der CDU/CSU und des Bonner Regierungslagers.

---

113) Hierzu: Reinhard Opitz, „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft' ", und „Elf Feststellungen zur ‚Formierten Gesellschaft' ", in: „Blätter", 9/1965, S. 750 ff., bzw. 3/1966, S. 190 ff.
114) 12 Thesen zur „Formierten Gesellschaft", These 10, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare", Bonn, 13/14, 1965.
115) Erhard auf dem 14. CDU-Parteitag im März 1966 in Bonn — „Dokumentation der Zeit", Berlin (DDR), Heft 357 (1966).
116) Erhard auf dem 13. CDU-Parteitag im März 1965 in Düsseldorf („Dokumentation der Zeit", Heft 333 [1965]).
117) Ebd.
118) Auf der Münchner CSU-Landesversammlung im April 1965, in: „Bayernkurier" v. 17. 4. 1965.
119) Die CSU zwischen gestern und morgen. Referat des Landesvorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, bei der Landesversammlung der CSU am 6. 7. 1963 in München, S. 6/7, 10—14.
120) Am 12. 7. 1965 im Politischen Club der Evangelischen Akademie in Tutzing („Stuttgarter Zeitung" v. 13. 7. 1965).
121) Bei derselben Gelegenheit („Bayernkurier" v. 17. 7. 1965).

2. *Wirtschafts- und finanzpolitische Konflikte und die Vorschläge F. J. Strauß'*

Differenzen wegen der Finanz- und Wirtschaftspolitik kam Mitte der 60er Jahre erhöhte Bedeutung zu. Zwei imperialistische Wirtschaftslehren, Neoliberalismus und Keynesianismus, lieferten hier den Streitern die Argumente.

Die Verfechter neoliberaler Auffassungen räumten früheren antistatistischen Konzepten gegenüber zwar ein, daß der Staat in die Wirtschaft eingreifen müsse. Dies sollte jedoch im wesentlichen durch marktkonforme Mittel geschehen, wobei vor allem die Einhaltung der Wettbewerbsbedingungen zu überwachen wäre. Der kapitalistische Konkurrenzkampf, national wie international, sollte als Anreiz zu höheren Produktionsleistungen und wichtige Expansionstriebkraft dienen. Die Konsequenz, fremden Kapitalanlagen im eigenen Land wenig entgegenzusetzen, lag auf der Hand. Bekanntester Vertreter des Neoliberalismus in der BRD-Politik war Ludwig Erhard, der nach wie vor an jener „sozialen Marktwirtschaft" festhielt, die ihn in der Restaurationsperiode zum Wirtschaftswundermann hatte werden lassen.

Die Anhänger keynesianischer Auffassungen propagierten demgegenüber relativ beträchtliche Eingriffe in die Wirtschaft. Der Charakter dieser Interventionen sollte klar antizyklisch sein, das finanz- und wirtschaftspolitische Instrumentarium des Staates erweitert werden. Hochgradige Förderung der Kapitalkonzentration bei gleichzeitigem Protektionismus für bestimmte Industriezweige, Regulierung, Globalsteuerung und in gewissem Umfang staatliche Planung lagen im Sinne des Keynesianismus, der seinerzeit zuerst in den USA die Regierungspolitik beeinflußt hatte. In der Bundesrepublik vertraten sowohl erfahrene Finanz- und Wirtschaftspraktiker wie Abs, als auch Wirtschaftsprofessoren wie Karl Schiller (SPD) keynesianische Standpunkte.

F. J. Strauß hatte im Herbst 1963 — bald nach Erhards Amtsantritt als Bundeskanzler — mit der Auffrischung und Vervollständigung seiner Kenntnisse in Nationalökonomie begonnen [122]). Er erwarb diese Kenntnisse schon während seiner Münchner Studienzeit durch Besuch einer Vorlesung des Propagandisten der „freien Marktwirtschaft" Adolf Weber und erprobte sie Ende der 40er Jahre in Debatten des Frankfurter Wirtschaftsrates und Wahlkampfgefechten. Hatte Strauß damals vor allem gegen planwirtschaftliche Vorstellungen der SPD polemisiert und sich für die „soziale Marktwirtschaft" eingesetzt, so begann er zwanzig Jahre später dieselbe Marktwirtschaft in ihrer „reinen" Form zu kritisieren.

Der CSU-Vorsitzende folgte in beiden Fällen Intentionen der Mehrheit der Monopolbourgeoisie. Tatsächlich hatte sich für diese in der Restaurationsperiode der Neoliberalismus als am günstigsten erwiesen, während in der folgenden Periode erhöhter Anforderungen und verschärfter Konkurrenz keynesianische Programmpunkte praktikabler wurden. Strauß, der entsprechende Schlußfolgerungen für die Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik zog und hierüber sowohl in öffentlichen Vorträgen als auch bei exklusiven Zusammenkünften führender Konzernherren referierte [123]), fand immer stärkeren Beifall.

Seine Auffassungen und Vorschläge lauteten zusammengefaßt wie folgt: „Die Wirtschaftspolitik des Bundes muß auf den Schutz, die Erhaltung, die Stärkung

[122]) Er nahm dazu auch ein Studium in Innsbruck auf.
[123]) Seine wichtigsten Äußerungen zum Thema: 15-Punkte-Programm, dargelegt vor dem Wirtschaftsbeirat der CSU am 19. 3. 1965 in Augsburg („Industriekurier" v. 23. 3. 1965 und „Bayernkurier" v. 10. 4. 1965); Rede vor dem Wirtschaftsbeirat der CSU in München im Oktober 1965 („Die Welt" und FAZ v. 18. 10. 1965); Briefe im Juli 1966 an Bundeskanzler Erhard (hierüber u. a. „Bayernkurier" v. 30. 7. 1966, „Der Spiegel" v. 22. 8. 1966); 15-Punkte-Programm von 1966, in: CSU-Dokumentation Landesversammlung 1966, „Die deutsche Aufgabe Bayerns", S. 21 ff.; Gespräch mit dem „Industriekurier" v. 10. 11. 1966.

und den Ausbau der nationalen Produktivkräfte ausgerichtet sein. Das für frühere Perioden gültige, auch im Laufe der ersten Phase der Nachkriegszeit so erfolgreich gewesene Spiel der freien Kräfte ... ist für die zweite Phase der deutschen Nachkriegszeit nicht mehr die allein gültige Formel. Die Produktivkräfte in der Gegenwart und die für die Zukunft stehen auf dem Spiel" [124]). Bonns künftige Führungsmethoden sollten daher die Methoden modernen Managements sein und insbesondere allgemeine wirtschaftspolitische Orientierungslinien, mehrjährige Investitionsprogramme, eine mittelfristige Finanzplanung und langfristige Finanzprogrammierung zum Inhalt haben. Die Haushaltspolitik wäre antizyklisch zu gestalten. In Zeiten abflauender Konjunktur sollten mehr Staatsaufträge vergeben, bei anschwellender Konjunktur die Ausgaben des Staates verringert werden.

Strauß erneuerte ein alterprobtes Rezept H. J. Abs' und anderer Monopolherren, als er vorschlug, die Wirtschaft vor allem zur Leistungssteigerung aus sich heraus, über selbstfinanzierte höhere Investitionen, anzuspornen. Als Stimuli für die Zeit wirtschaftlichen Rückgangs empfahl er wachstumsfördernde Abschreibungsmethoden, eine geringere steuerliche Belastung der Wertpapiere und Aktien und die Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes durch geringere Kreditaufnahme der öffentlichen Hand. Außerdem sollte vor allem den Ruhrindustriellen staatliche Soforthilfe gewährt werden [125]). In deutlicher Abgrenzung von Erhard forderte Strauß, der Überhandnahme ausländischer Investitionen in BRD-Wachstumsindustrien zu steuern: „Die Wirtschaft und der Markt der Bundesrepublik dürfen nicht zum Objekt einer supraliberalisierten Handelspolitik werden" [126]).

Um die zur „Zukunftsvorsorge" notwendigen Investitionen in Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Infrastruktur vornehmen zu können, sollten dem Gegenwartskonsum umfangreiche Mittel entzogen und diverse Einzelhaushalte, darunter das Verteidigungsbudget, umstrukturiert werden. Keineswegs sei aber das letztgenannte Budget ein Rangierbahnhof zum Etatausgleich [127]).

Charakteristisch für Strauß' Vorstellungen war, daß er jede Form erweiterter Mitbestimmung der Arbeiter, auch die von den CDU-Sozialausschüssen angeregte, strikt ablehnte. Die Vollbeschäftigung definierte er Mitte der 60er Jahre kurzerhand als „Abbau der Überbeschäftigung auf einen normalen Zustand" [128]). Gleich Bundesbankpräsident Blessing begrüßte er es, daß sich die Konjunktur abschwächte, da nun die „störenden Betriebsgammler" verschwinden würden [129]). Er verwarf jede weitere Arbeitszeitverkürzung und größere Lohnerhöhungen und verlangte, „auf die Sozialpartner einen zunächst psychologischen und später notfalls auch politischen Druck auszuüben, damit man auch dort ... Grenzen einhält und die Währung stabil bleibt" [130]). Zunächst im Gespräch mit Erhard, danach in der Öffentlichkeit forderte Strauß ein Interventionsrecht des Staates auf dem Arbeitsmarkt. Die Tarifautonomie sei kein lebenswichtiger Bestandteil des Grundgesetzes, erläuterte er; sie könne nicht ewig tabu bleiben [131]). Er ging mit dieser Forderung derart weit, daß bisher kein Bonner Kabinett sie zu realisieren versucht hat.

---

124) Punkt 1 des 15-Punkte-Programms von 1966, in: Die deutsche Aufgabe Bayerns, S. 21.
125) Zum Verhältnis zwischen den Herren des Ruhrbergbaus und Strauß siehe im „Bayernkurier" v. 27. 8. 1966 das Interview mit VEBA-Vorsitzendem Kemper.
126) Punkt 8 des 15-Punkte-Programms von 1966; ferner Punkt 10, in: a. a. O., S. 22, 23.
127) „Die Welt" v. 18. 10. 1965; „Bayernkurier" v. 8. 10. 1966.
128) These 2 des 15-Punkte-Programms von 1965, zit. nach „Industriekurier" v. 23. 3. 1965.
129) „Münchner Merkur" v. 28. 7. 1966, „Rheinische Post" v. 14. 11. 1966 und „Berliner Zeitung" v. 17. 11. 1966; „Nürnberger Nachrichten" v. 21./22. 1. 1967 und „Welt am Sonntag" v. 22. 1. 1967.
130) Zit. nach „Neues Deutschland" v. 24. 2. 1966.
131) „Münchner Merkur" v. 28. 7. 1966; „Der Spiegel" v. 2. 1. 1967.

Generell propagierte der CSU-Chef eine „selbstbewußtere deutsche Politik" statt höherer Löhne [132]). Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei weitgehend „unser Schicksal": „Gerade jetzt, wo uns in der Außenpolitik der Wind ins Gesicht bläst, darf dieses Fundament nicht angegriffen oder geschwächt werden, das in der Hauptsache unsere internationale Geltung ausmacht und das auch mehr als deklamatorische Reden über unser Recht, die deutsche Nation allein zu vertreten, entscheidet" [133]). Im Bundestag erklärte Strauß: „Wirtschaftliche Kraft münzt sich nur dann in politische Stärke um, wenn eine entschlossene Politik wirtschaftliche Kraft und politische Stärke so kombiniert, daß das eine dem anderen entspricht" [134]).

Inzwischen hatte eine Kampagne mit dem Ziel begonnen, F. J. Strauß den Finanzministerposten zu übertragen, der sich damals in den Händen der FDP befand. Bei einem stark keynesianisch orientierten Kurs, den einflußreiche Kräfte der Monopolbourgeoisie zu steuern verlangten und den der CSU-Vorsitzende zu steuern versprach, mußte dieser Posten zum wichtigsten Einzelressort in der Bundesregierung werden.

Etwa gleichzeitig bahnten sich bei den Freien Demokraten Entwicklungen an, die im Drängen auf eine CDU/CSU-unabhängige Politik — auch in der Budgetfrage — ihren Ausdruck fanden. Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und auch ein kleiner Kreis von Monopolisten wollten das Tau zu Erhard kappen und ein Bündnis FDP-SPD bewerkstelligen. Der der Union nahestehende FDP-Flügel um Mende verlor an Boden. Eine Reihe freidemokratischer Führer trat in außen- und wehrpolitischen Fragen, die gerade auch in diesem Zusammenhang akut waren, für Kurskorrekturen ein.

Eine Alternative zur CDU/CSU-Herrschaft begann sich abzuzeichnen. Die Gruppe um Strauß nahm hiergegen den Kampf auf.

Zuerst beim traditionellen Politischen Aschermittwoch im Februar 1966 in Vilshofen, danach auf anderen Kundgebungen befaßte sich der CSU-Vorsitzende mit dem Defizit im Bundeshaushalt, das bis 1970 bei Fortdauer der bisherigen Ausgabenwirtschaft auf 25 Mrd. DM anwachsen würde. „Wir stehen vor der grausamen Notwendigkeit", erklärte er, „entweder die Leistungen zu kürzen oder die Steuern zu erhöhen oder beides zur Hälfte" [135]). Seine Anhänger erhoben gleichzeitig die Forderung, Strauß zum Bundesfinanzminister zu ernennen. Als die FDP hierauf deutlichmachte, daß dieser Schritt und eine erhöhte Gesamtbesteuerung die Koalition in Frage stellen hieße, waren die Fronten abgesteckt.

3. *Der Zusammenbruch der Erhard-Politik* [136])

Erhards Konzept erwies sich als ungeeignet, aus der entstandenen Misere herauszukommen. Die politische Grablegung des Kanzlers ist einer weitverbreiteten Version zufolge am 10. Juli 1966 eingeläutet worden, als bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 200 000 Anhänger der Union zur SPD übergingen und damit die CDU ihre bisher größte Wahlniederlage erlitt. Dies Ergebnis und seine möglichen Konsequenzen für die CDU/CSU-Herrschaft, so heißt es, hätten die meisten Unionsführer in Unruhe versetzt und nach einem neuen Bundeskanzler Ausschau halten lassen, nachdem Erhard nun auch als „Wahllokomotive" versagt habe.

---

132) Beim Politischen Aschermittwoch 1965 in Vilshofen — „Frankfurter Rundschau" v. 4. 3. 1965.
133) Gespräch mit dem „Industriekurier" v. 10. 11. 1966.
134) CSU-Dokumentation. Rede des CSU-Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß (am 30. 11. 1965) im Bundestag, S. 29.
135) Zit. nach „Neues Deutschland" v. 24. 2. 1966.
136) Zum historischen Ablauf: Karl-Georg v. Stackelberg, Attentat auf Deutschlands Talisman, Stuttgart 1967.

Tatsächlich hatte aber die Entwicklung, die zum Abgang dieses Kanzlers führen sollte, lange vorher eingesetzt. Zu ihren Markierungspunkten zählten der Anti-Erhard-Feldzug von Abs zur Zeit des Bundestagswahlkampfes 1965, die anschließende CSU-Kampagne zur Abwertung der Gruppe Erhard-Schröder-Mende, die Propaganda Adenauers und Lübkes um die Jahreswende 1965/66 für ein Zusammengehen der Unionsparteien mit der SPD und Barzels Zermürbungskrieg gegen Erhard um das Amt des CDU-Vorsitzenden. Das Wahlresultat vom 10. Juli 1966 war ein Ereignis unter vielen, zweifellos allerdings ein wichtiges. Die Ursachen der Entwicklung lagen wesentlich tiefer.

1966 brach die Politik Erhards und seiner Mitregenten an sämtlichen Abschnitten zusammen. Die wirtschafts-, finanz- und innenpolitischen Fäden verwoben sich mit den außen-, wehr- und parteipolitischen zu einem Knäuel, in das der Kanzler sich hoffnungslos verstrickte.

Bonns Ostpolitik war in den alten Zustand der Sterilität zurückversetzt. Den NATO-Hauptmächten gegenüber scheiterte das Unternehmen Schröders, Erhards und Verteidigungsminister v. Hassels, durch einen „atlantischen" Kurs mehr für den BRD-Imperialismus herauszuholen. Es führte zur weiteren Abkühlung des Verhältnisses zu Frankreich, das im ersten Halbjahr 1966 die militärische Desintegration aus der NATO vollzog. Zwar erlangte hierdurch die Bundesrepublik zusätzliche NATO-Positionen, doch scheiterte ihr gleichzeitiger Versuch, die weitere Unterstellung der französischen Stationierungstruppen in Westdeutschland unter NATO-Befehl zu erzwingen bzw. diesen Truppen geringere Rechte einzuräumen. Strauß hatte davor gewarnt, zu starken Druck auf Paris auszuüben [137]). Mit unter seiner Einwirkung war Erhard schließlich bereit, de Gaulle gegenüber nachzugeben; der Kanzler desavouierte dadurch seinen Außenminister.

Der „atlantische" Kurs hatte keineswegs zur Folge, daß die USA Bonns Atomwünsche erfüllten. Bei einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Paris erklärte vielmehr McNamara, die zum Einsatz mit Kernwaffen bestimmten Luftstreitkräfte der Verbündeten müßten mindestens z. T. für konventionelle Zwecke umgerüstet werden. Da hierzu nicht weniger als 560 der 700 westdeutschen „Starfighter" gehörten, trug die Nachricht wesentlich dazu bei, in Bonn eine Bundeswehr-Führungskrise auszulösen.

In dieser Krise wurde offenbar, daß große Teile der Bonner Generalität mit der Wehrpolitik seit Strauß' Abgang als Verteidigungsminister unzufrieden waren. Zwar hatte v. Hassel sein Versprechen bei Amtsantritt: „Kein neuer Kurs wird abgesteckt", im Grunde eingelöst. Er hatte auch den Aufbau der Armee weiter vorangetrieben, wobei die Zahl der Soldaten von 390 000 auf 460 000 gestiegen war und zusätzliche Träger- und Abschußmittel für Kernwaffen beschafft worden waren. Doch waren speziell die Luftwaffengenerale darüber empört, daß der „atlantische" Kurs die Bundesrepublik eher von der atomaren Verfügungsgewalt weg- als zu ihr hingeführt hatte. Luftwaffeninspekteur Generalleutnant Panitzki löste denn auch mit einem Zeitungsinterview die Führungskrise aus. Unmittelbar nach ihm, jedoch mit anderer Begründung, legte Generalinspekteur Trettner sein Amt nieder. Er protestierte gegen das Zugeständnis, daß sich die Gewerkschaft ÖTV in gewissem Ausmaß unter den Berufssoldaten betätigen durften. Strauß stärkte den Generalen den Rücken [138]). Im parlamentarischen Verteidigungsausschuß nahmen unter der Regie Friedrich Zimmermanns (CSU) zeitweise Vertreter

137) „Der Tagesspiegel" v. 13. 5. 1966; „Die Welt" v. 16. und 17. 6. 1966; „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 26. 5. 1966.
138) „Telegraf" v. 25. 8. 1966; „Welt am Sonntag" v. 11. 9. 1966 und „Neue Illustrierte Revue" v. 18. 9. 1966.

aller Parteien Minister v. Hassel in die Mangel. Die Generale setzten Forderungen zur Stärkung ihrer Position durch. Sowohl v. Hassel als auch Schröder arrangierten sich damals mit den Widersachern des Kanzlers in der Union.

Ab September 1966 wurde innerhalb der CDU/CSU Erhards Ablösung gefordert. Zuerst bot sich Bundestagspräsident Gerstenmaier als Kanzlerkandidat an. Es folgten Barzel und Schröder.

Strauß und die CSU versuchten damals noch, Erhard im Amt zu halten — aber als ihre Marionette. Auf den Entwurf eines Gesetzes zur Wirtschaftsstabilisierung hin, den der Kanzler unter dem Zwang der Umstände hatte zugestehen müssen, legte der CSU-Chef ihm im Juli einschlägige Zusatzforderungen seiner Partei vor [139]). Erhard begrüßte die Initiative und sprach davon, Strauß später wieder einen Ministerposten zu geben [140]). Doch unternahm er nichts, um dessen Vorschläge zu realisieren. Bei einer Zusammenkunft mit dem Kanzler im August drohte der CSU-Vorsitzende: „Entweder haben Sie begriffen, worum es geht — dann haben Sie eine Chance, als Kanzler zu überleben —, oder Sie haben es nicht begriffen und wollen mich jetzt bloß loswerden, dann werden Sie am Ende des Jahres nicht mehr Bundeskanzler sein . . ." [141]). Zwei Monate später erwog die CSU den Auszug ihrer Minister aus dem Bundeskabinett. Strauß ließ sich beauftragen, Erhard einen Katalog innen- und außenpolitischer Forderungen vorzutragen, die dieser innerhalb des nächsten halben Jahres zu erfüllen hätte [142]). Der CSU-Kurs sollte Gemeingut der gesamten Union werden, „damit Deutschland wieder zur Geltung kommt und nicht nur zur Kasse gebeten wird" [143]).

Von inner- und außerparteilichen Gegnern hart bedrängt, hatte sich der Kanzler Ende September 1966 an Präsident Johnson um Unterstützung gewandt. Mit einer großen Zahl von Begleitern besuchte er die USA — und wurde dort ausnehmend kühl empfangen. Statt den erbetenen Zahlungsaufschub beim Devisenausgleich zu gewähren, forderte Johnson fristgemäße Bonner Waffenkäufe in voller Höhe. Ein Zugeständnis in atomaren Fragen erhielt Erhard wiederum nicht; er mußte stattdessen prinzipiell der Nichtverbreitung von Kernwaffen zustimmen.

Vor der Reise hatte Strauß ihn aufgefordert, in Washington klarzustellen, daß Bonn keinen Vertrag hierüber unterzeichnen werde. Danach konstatierte der „Bayernkurier", die westdeutsche Außenpolitik laufe „Gefahr, sich auf einem toten Nebengleis der Weltpolitik festzufahren"; denn heute sei „ein größerer Staat, der keinen effektiven Einfluß auf Entscheidungen über Kernwaffen besitzt, . . . ohne Einfluß auf die internationale Lösung von Krisen und Problemen, die seine ureigene Angelegenheit sind" [144]).

Durch das Beharren der USA auf vollem, termingemäßem Devisenausgleich war Bonns Haushaltslage prekärer denn je geworden. Es kam hinzu, daß die 1963 getroffene Vereinbarung über einen Bundesanteil von 39 % an der Einkommen- und Körperschaftssteuer auslief und die Länder wieder 65 % für sich verlangten; außerdem gingen die Steuereinnahmen wegen der Wirtschaftskrise zurück. Eine

139) „Bayernkurier" v. 30. 7. 1966.
140) Dalberg, S. 239.
141) Ebd.
142) Der Inhalt dieser Forderungen, die am 13. 10. 1966 im Beisein der stellvertretenden Landesvorsitzenden der CSU dem Kanzler vorgetragen wurden, geht aus Strauß' Reden v. 6. 10. vor der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in München sowie am 8. 10. auf der CSU-Landesversammlung hervor. Von Strauß stammt auch der Gedanke, die Forderungen ultimativ vorzutragen.
143) Strauß in seinem Schlußwort v. 9. 10. 1966 auf der Landesversammlung in München. Zit. nach: Was war wann? Deutscher Geschichtskalender 1966, Berlin (DDR) 1967, S. 263.
144) „Bayernkurier" v. 1. 10. 1966; die Klarstellung hatte Strauß am 8. 9. 1966 im CDU/CSU-Fraktionsvorstand verlangt.

Ausgabenminderung um 4 Mrd. DM reichte bei weitem nicht aus, die Deckungslücke im anstehenden Bundeshaushalt 1967 zu schließen. Von Erhard stets bagatellisiert, drohte das Defizit nun seine Regierung zu verschlingen.

Am 10. Oktober 1966 fand in Bonn ein Koalitionsgespräch über den Budgetausgleich statt. Den Präliminarien im ersten Halbjahr gegenüber offenbarte es unveränderte Fronten. Die FDP schlug weitere Kürzungen vor, darunter solche am Verteidigungsetat. Die CDU/CSU forderte stattdessen, einige Verbrauchssteuern zu erhöhen.

Fünf Tage später, an seinem 65. Geburtstag, gewährte Hermann Josef Abs Springers „Welt am Sonntag" ein Interview, worin er für Steuererhöhungen plädierte: „Darüber hinaus sollten Politiker den Mut haben, Wahlversprechungen zu vergessen." Abs orientierte auf ein neues Bundeskabinett. Da er selber nicht hineingehen wollte, könne Strauß die Regierung verstärken — ein Mann, der in jeden Ministeranzug passe. Abs erinnerte sich, daß er schon 1957 einmal vorgeschlagen hatte, Strauß zum Finanzminister zu ernennen [145]).

Die Situation in Bonn spitzte sich sehr rasch zu. In einem Spiel mit verteilten Rollen gingen Strauß und Barzel daran, das Lager der Regierungsanhänger zu spalten. Der CSU-Vorsitzende blieb erneuten Koalitionsgesprächen fern, da er die Regierungspolitik nicht länger mitverantworten könne. Vor Parteigremien griff er Erhard an und unterstützte Fraktionschef Barzel. Dieser führte inzwischen die Verhandlungen mit der FDP so, daß sie mit Sicherheit scheitern mußten. Er forderte grundsätzliche Bereitschaft zu Steuererhöhungen, beantwortete aber nicht die Frage, „für welche Politik, insbesondere für welche Verteidigungs- und Außenpolitik die Regierung soviel Geld braucht" [146]). Als die FDP-Fraktion am 26. Oktober ihren Standpunkt bekräftigte, forderte er sie auf, bis Mitternacht zu sagen, ob sie Regierungspartei bleiben wolle oder nicht.

Der durch Mende repräsentierte rechte Parteiflügel ließ sich bewegen, Steuererhöhungen zuzustimmen, wenn andere Methoden zum Etatausgleich nicht mehr ausreichten. Vorstand und Plenum der FDP-Fraktion erzwangen jedoch am 27. Oktober den sofortigen Rücktritt ihrer Minister.

Obwohl die Regierung Erhard als Rumpfkabinett noch einen Monat weiter existierte, war sie damit tatsächlich am Ende. Barzel und Strauß erschienen beim Kanzler und drängten ihn zur Demission, da sich in der CDU/CSU keine Mehrheit für ihn finde. Nach weiterer Seelenmassage, an der auch Freunde Erhards beteiligt waren, erklärte sich der Bundeskanzler rücktrittsbereit. Am 8. November lehnte er es im Bundestag ab, die von SPD und FDP erheischte Vertrauensfrage zu stellen, die Parlamentsauflösung und Neuwahlen zur Folge gehabt hätte: Einem damaligen Meinungstest zufolge waren 53 % der Wähler sozialdemokratisch gesinnt und lediglich 33 % für die Unionsparteien.

(Fünfter Teil folgt)

145) „Welt am Sonntag" v. 16. 10. 1966.
146) Zit. nach: Was war wann 1966, S. 276.

Medienkritik

GENRES UND GEBRAUCHSWERT

6: Der Realismus des Fernsehkrimis

Im Genre des Fernsehkrimis macht sich die Tendenz zu einem im Jargon der Programmacher *neuen Realismus* bemerkbar, der *aktuelle Probleme aufgreift.* Dieser Trend ist Resultat der wohl richtigen Einsicht, daß völlig realitätsferne Spielhandlungen die Zuschauer immer weniger interessieren. Man reagiert darauf mit dem Versuch, auch in Krimis nicht mehr das exotisch anmutende Kapitalverbrechen in den Mittelpunkt zu stellen, sondern sich mit alltäglicheren Delikten zu beschäftigen. Die Realisierung eines solchen Ansatzes konnte man am 29. Mai in der ARD unter dem Titel „Das Urteil" sehen. Bei dem hier thematisierten Delikt der Trunkenheit am Steuer, das ein großer Teil der Zuschauer meist unentdeckt bereits selbst begangen hat, kann man nicht mehr damit rechnen, daß sein krimineller Charakter so einhellig akzeptiert wird wie z. B. der eines Mordes. Jene Differenzierung wird jetzt notwendig, deren Fehlen man sonst bei Krimis zu kritisieren pflegt: Herausarbeitung der kriminellen Tat aus den individuellen und gesellschaftlichen Zusammenhängen und Ursachen statt einfachem und brutalem Abwälzen der gesamten Verantwortung für das Verbrechen von der dadurch rehabilitierten Gesellschaft auf die dadurch als asozial eingestufte Figur des Täters.

Das erwähnte Fernsehspiel scheint diese Kritik zunächst zu widerlegen. Mit deutlicher Anteilnahme wird die Hauptperson, der Kraftfahrzeugmeister Joos, auf ihrem Weg in die Straffälligkeit verfolgt. In die Handlung sind ihn entlastende Momente eingebaut: er verursacht nur einen harmlosen Unfall, seine Fahrerflucht erscheint dem Zuschauer verständlich.

Nicht so dem Gericht, das ihn zu einer hohen Geldstrafe verurteilt und ihm den Führerschein entzieht. Auch bei der Darstellung der Gerichtsverhandlung scheint die Sympathie des Autors auf der Seite des Angeklagten zu sein: Die Auslassungen des Staatsanwaltes erscheinen ungerecht hart, das Urteil unangemessen gegenüber der Integrität des Angeklagten. Kritik wird geäußert: die Höhe der Geldstrafe und der Entzug der Fahrerlaubnis bedeuten die Vernichtung der Existenz der Familie. Der studierende Sohn kritisiert eine Rechtssprechung, die das, was einem armen Mann die Existenz zerstört, für die Reichen zum Kavaliersdelikt macht.

Joos muß ins Gefängnis gehen — auch dies wird gezeigt, und die Szene entbehrt nicht eines gewissen Pathos: der Zuschauer spürt, daß hier ein Unrecht geschieht. Aber damit ist der Film nicht zu Ende. Frau Joos und der Sohn werden auf der Rückfahrt Zeugen eines Verkehrsunfalls: eine Tote und ein Verletzter sind Opfer eines offensichtlich volltrunkenen Autofahrers. Leise, geräuschhafte Bemerkungen des Rettungspersonals, absurdes Lallen des Betrunkenen in Großaufnahme: das Pathos des blutigen Parallelfalls macht auch den Kraftfahrzeugmeister wieder zum *Täter.*

Formal ist dies nur die Krimi-gängige Aufdeckung des Schuldigen in der überraschenden Schlußszene. Nur wird hier nicht ein Irrtum über die Identität des Täters aufgehoben, sondern seine Schuldhaftigkeit wird entgegen vorherigen, ihn entschuldigenden Momenten aufgedeckt, wobei die realen Unterschiede der beiden Fälle glatt unterschlagen werden im brutalen Einbruch der blutigen *Realität* in die dadurch als illusionär entlarvte kritisch-differenzierende *Humanitätsduselei.*

Diese geschickte Wendung eines realistischen Ansatzes gegen seine differenzierenden Folgerungen unter Berufung auf eine spektakuläre, den Schaugewohnheiten als eigentliche empfohlene Realität, ist Symbol der Realitätserfassung durch die Massenmedien überhaupt: differenzierte Haltungen in den sogenannten *kritischen* Sendungen können getrost ihrer Zerstörung und Widerlegung durch die Spektakularität von Ereignissen à la Lorenz-Entführung überlassen werden. Logisch wäre es, auch sie nicht mehr dem Zufall zu überlassen und sie, wie im Krimi, zu inszenieren. Beispiele dafür gibt es in der Geschichte.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

I. Daten

1. Industrielle Auftragseingänge (1970 = 100)

	März 1975	Veränderung in % gegenüber Februar 1975	Veränderung in % gegenüber März 1974
Gesamte Industrie	136,9	+ 3,3	— 12,2
Aus dem Inland	128,9	+ 5,9	— 8,4
Aus dem Ausland	163,1	— 3,0	— 20,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	134,2	+ 3,5	— 16,5
Investitionsgüterindustrie	141,0	— 1,6	— 8,5
Verbrauchsgüterindustrie	131,3	+ 17,8	— 13,6

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/1975 S. 64 *.

2. Löhne und Gehälter

	März 1975	Veränderung in % gegenüber Februar 1975	Veränderung in % gegenüber März 1974
Tariflöhne auf Monatsbasis (1962 = 100)	261,6	+ 0,5	+ 9,5

	4. Quartal 1974	Veränderung in % gegenüber 3. Quartal 1974	Veränderung in % gegenüber 4. Quartal 1973
Summe der:			
Bruttolöhne u. -gehälter	127,2 Mrd.	+ 6,7	+ 8,5
Nettolöhne u. -gehälter	88,8 Mrd.	+ 2,9	+ 6,1
Reallöhne u. -gehälter	—	—	— 0,4

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/1975, S. 67 *; eigene Berechnungen.

3. Preise

(1970 = 100)	April 1975	Veränderung in % gegenüber März 1975	Veränderung in % gegenüber April 1974
Private Lebenshaltung aller Haushalte	133,6	+ 0,8	+ 6,1
Arbeitnehmerhaushalte	133,0	+ 0,8	+ 6,2
Rentnerhaushalte	133,4	+ 0,9	+ 6,6
eines Kindes	138,6	+ 1,6	+ 7,6

Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 4/1975, S. 252 * f.; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 16. 5. 1975.

4. Arbeitsmarkt

(in 1000 Personen)	April 1975	Veränderung in % gegenüber März 1975	Veränderung in % gegenüber April 1974
Arbeitslose	1087	— 27	+ 570
saisonbereinigt	1062	+ 145	+ 525
Kurzarbeiter	900	+ 87	+ 789
Offene Stellen	262	+ 1	— 99

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/1975, S. 5 und 63 *.

5. Insolvenzen

1. Quartal 1975	Veränderung in % gegenüber 4. Quartal 1974	Veränderung in % gegenüber 1. Quartal 1974
2 298	+ 5,0	+ 29,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: Handelsblatt" v. 23./24. 5. 1975.

Das Bundesministerium für Wirtschaft sah sich in jüngster Vergangenheit veranlaßt, die „Eckdaten" des Jahreswirtschaftsberichts vom 30. Januar 1975 zu korrigieren. Statt mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 2 % wird nun nur noch mit einem „Nullwachstum" gerechnet. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wird nach der neuen Vorausschätzung mit 4 % statt mit 3 % angesetzt. Die wirtschaftliche Lage wird heute trotz des krampfhaften Konjunkturoptimismus wesentlich ungünstiger beurteilt als zum Jahresbeginn.

Tatsächlich weisen alle bisher verfügbaren „Konjunkturindikatoren" eher eine rückläufige Tendenz auf. Vor allem die industriellen Auftragseingänge sind weiter nach unten gerichtet. Auch die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist immer noch sinkend. Der Auslastungsgrad lag im April nur noch bei 76 % gegenüber 83 % im vergleichbaren Vorjahresmonat. Damit ist auch der Tiefpunkt der Krise 1966/67 unterschritten worden. Damals war der Auslastungsgrad nicht unter 76,5 % gesunken („Ifo-Schnelldienst", Nr. 13/14 1975).

Trotz Frühjahrsbelebung hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt kaum verändert. Schaltet man saisonale Faktoren aus, dann deuten die Zahlen sogar eindeutig auf eine konjunkturelle Verschlechterung hin. In einigen Bundesländern, darunter im Industrieland Nordrhein-Westfalen, hat die Arbeitslosigkeit sogar absolut zugenommen. Insbesondere in den Großstädten verschlechtert sich die Beschäftigungssituation.

Seit Ende des vergangenen Jahres sind auch die Steigerungsraten der nominalen Löhne und Gehälter deutlich rückläufig. Die ungünstigen Tarifabschlüsse drücken nun gemeinsam mit dem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden auf die Entwicklung der Kaufkraft. Schon im letzten Quartal 1974 war die Summe der Arbeitseinkommen real leicht rückläufig.

Konjunkturpolitisch ist das vor allem deshalb wichtig, weil die Arbeitseinkommen die wichtigste Stütze der inländischen Nachfrage darstellen. Sinkt ihre Kaufkraft, dann wird dadurch ein konjunktureller Aufschwung weiter verzögert.

Reduziert wird die Massenkaufkraft auch durch die Entwicklung der Verbraucherpreise. Seit einigen Monaten verschiebt sich hier die Struktur der Belastungen, ohne daß in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten insgesamt eine grundlegende Veränderung zu erkennen wäre. Vor allem die Preise für Grundbedürfnisse des täglichen Lebens steigen beschleunigt. Von März auf April erhöhten sich die Lebensmittelpreise um 1,7 %, die Mieten um 1,1 %. Betroffen von den Preissteigerungen sind heute besonders die unteren Einkommensschichten, die den größten Teil ihrer Einnahmen für solche Grundbedürfnisse ausgeben müssen.

Für die Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern, für kinderreiche Familien, aber auch für die Bezieher von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit hat sich die Preisentwicklung in den letzten Monaten eindeutig beschleunigt.

II. Sparquote und Massenkaufkraft

Während einerseits die Entwicklung der realen Arbeitseinkommen den Spielraum der Massennachfrage einengt, wird sie zusätzlich noch durch eine wachsende Ersparnisbildung der privaten Haushalte verringert. Die Sparquote, d. h. der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, stieg im Laufe des Jahres 1974 von 13,0 % auf 15,5 %.

Konjunkturpolitisch verstärkt die zunehmende Ersparnisbildung die rezessiven Tendenzen. Eine um 1 % höhere Sparquote bedeutet einen Kaufkraftausfall von 6 Mrd. DM, mehr als 2 % des Einzelhandelsumsatzes.

Im letzten Quartal 1974 wurden von Privatpersonen 22,7 Mrd. DM gespart, 70 % mehr als im letzten Quartal 1973. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1975 wurden 5,8 Mrd. DM in Form von Spareinlagen zurückgelegt, 320 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Nun sagt diese Entwicklung noch nichts darüber, aus welchen Einkommen diese Ersparnisse stammen. Die Statistiken fassen unterschiedslos alle privaten Haushalte zusammen, ohne zu differenzieren, ob es sich um Arbeiter- oder um Unternehmerhaushalte handelt. Trotzdem sind Rückschlüsse möglich.

Das einfache Kontensparen ist die bevorzugte Sparform der Arbeiter und Angestellten. Es wird in erster Linie gespart, um für Notfälle gerüstet zu sein oder aber um größere Anschaffungen bzw. Urlaubsreisen machen zu können. Dagegen handelt es sich beim „Sparen" der Unternehmerhaushalte in erster Linie um eine Geldanlage. Es werden vorwiegend Aktien oder andere Wertpapiere erworben. Ziel ist die Verwertung der Geldanlage, d. h. die Dividende oder die Kursverbesserung des Wertpapiers auf lange Sicht. Daher kann aus der raschen Zunahme der einfachen Spareinlagen geschlossen werden, daß sie aus Arbeiter- und Angestelltenhaushalten stammen.

Untermauert wird diese Annahme durch eine Differenzierung der Spareinlagen nach ihrer Fristigkeit. Denn die Arbeiter und Angestellten dehnen ihre Ersparnisse trotz sinkender Einkommenszuwächse aus, um die Risiken der unsicheren wirtschaftlichen Lage auffangen zu können. Bevorzugt wird daher eine Sparform, bei der die zurückgelegten Mittel jederzeit verfügbar sind. Die Spartätigkeit der Lohnabhängigen wird sich daher in erster Linie in der Entwicklung der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist niederschlagen.

Spareinlagen im Januar/Februar 1975

		Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
	In Mio. DM	*In Mio. DM*	*In %*
Spareinlagen insgesamt	*617 820*	*+ 68 584*	*+ 12,5*
darunter:			
mit gesetzlicher Kündigungsfrist	*348 412*	*+ 47 517*	*+ 15,4*
mit vereinbarter Kündigungsfrist	*268 418*	*+ 20 067*	*+ 8,1*

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1975, S. 23 *.

Die Zunahme im Tempo der Ersparnisbildung ist also vor allem auf das Sparverhalten der Arbeiter und Angestellten zurückzuführen. Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Einkommensverluste und ungünstige Tarifabschlüsse führen zu vermehrter Rücklagenbildung. Die als „Krisenbewältigung" im Sinne der Konzerne angestrebte Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten wirkt sich infolgedessen überproportional auf die Konsumnachfrage aus. Gleichzeitig setzt die Spartätigkeit die Arbeitseinkommen einer verstärkten Entwertung zugunsten der Banken und der Kreditnehmer aus. Denn die Zinsen für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist liegen weit unter der Inflationsrate. Bei Auflösung der Sparguthaben erhalten die Sparer real weniger Kaufkraft zurück.

Die Spartätigkeit der Arbeiter und Angestellten ist so gleichzeitig Ergebnis und Mittel der Umverteilungspolitik zugunsten der großen Unternehmen. Wenn Regierungssprecher Grünewald heute erklärt: „Mut zum Konsum ist gewiß kein Übermut" (zit. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 12. April 1975), so steht dieser Appell im eklatanten Widerspruch zur Einkommenspolitik der sozialdemokratisch geführten Regierung. Eine Verhaltensänderung wird erst dann erwartet werden können, wenn mit den Versuchen der „Krisenbewältigung" auf Kosten der Bezieher von Arbeitseinkommen Schluß gemacht wird.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué der Tagung des Nordatlantikrates am 29. und 30. Mai 1975 in Brüssel

(Wortlaut)

1. Der Nordatlantikrat tagte am 29. und 30. Mai 1975 in Brüssel unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs.

2. Als Ergebnis ihrer Prüfung der Entwicklung seit Unterzeichnung der Ottawa-Erklärung über die atlantischen Beziehungen in Brüssel im letzten Jahr sehen sich die führenden Staatsmänner des Bündnisses in ihrer Entschlossenheit bestärkt, ihre Solidarität aufrechtzuerhalten und sie dort, wo sie beeinträchtigt ist, wiederherzustellen, und zwar dadurch, daß sie die Ursachen für Störungen der Solidarität zwischen Bündnispartnern beseitigen. Sie bekräftigen erneut, daß der wesentliche Zweck des Bündnisses darin besteht, die Unabhängigkeit und Sicherheit seiner Mitglieder zu wahren und die Schaffung einer dauerhaften Friedensstruktur zu ermöglichen.

3. Bei der Verfolgung dieses Zieles sehen sich die Bündnispartner ernsten Problemen gegenüber. Die Streitkräfte des Warschauer Paktes nehmen auch weiterhin an Stärke über jede ersichtliche Verteidigungsnotwendigkeit hinaus zu. Gleichzeitig trifft die Aufrechterhaltung der Verteidigungsanstrengungen der Bündnispartner auf einer befriedigenden Höhe auf neue Schwierigkeiten, die sich aus der Weltwirtschaftslage ergeben. Die Bündnispartner sind entschlossen, diesen Herausforderungen gemeinsam und mit Entschiedenheit zu begegnen.

4. Die vom Bündnis auf der Grundlage einer glaubwürdigen Fähigkeit zur Abschreckung und zur Verteidigung gewährleistete kollektive Sicherheit ist ein stabilisierender Faktor, für die internationalen Beziehungen als Ganzes von Vorteil und sogar eine wesentliche Voraussetzung für Entspannung und Frieden. In einer unruhigen Welt voll rascher Veränderungen bekräftigen die Bündnispartner, daß die Sicherheit jedes einzelnen von ihnen von lebenswichtiger Bedeutung für sie alle ist. Sie schulden es nicht nur sich selbst, sondern der internationalen Völkergemeinschaft, zu den Grundsätzen und dem Geist der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung zu stehen, der sie als Verbündete zusammenführte. Die Bündnispartner betonen daher, daß sie sich zu den Verpflichtungen des Nordatlantik-Vertrages bekennen, insbesondere zu dem Artikel fünf, der die gemeinsame Verteidigung vorsieht.

5. Die durch den Nordatlantik-Vertrag gewährleistete Sicherheit versetzt die Bündnispartner in die Lage, eine Politik zu verfolgen, die ihren Wunsch erkennen läßt, Verständigung und Zusammenarbeit an die Stelle von Konfrontation treten zu lassen. Fortschritte in dieser Richtung würden erzielt werden, wenn die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit befriedigenden Regelungen abgeschlossen und ihre Worte in Taten umgesetzt würden. Die Bündnispartner hoffen, daß die Fortschritte bei den Verhandlungen in naher Zukunft einen derartigen Abschluß ermöglichen.

Sie erklären erneut, daß zwischen der Entspannung in Europa und der Lage hinsichtlich Berlins ein essentieller Zusammenhang besteht. Die an den Verhandlungen in Wien teilnehmenden Bündnispartner betonen, daß die Entwicklung von Verständigung und Zusammenarbeit auch beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Mitteleuropa erfordert, auf eine Weise, die zu stabileren Beziehungen und erhöhter Sicherheit für alle beitragen würde.

6. Die Völker des Bündnisses teilen das universelle Streben nach Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt. Es ist ihr Wunsch, daß durch gemeinsame Anstrengungen eine internationale Ordnung entsteht, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeiten unserer Zeit widerspiegelt. Die Bündnispartner sind entschlossen, mit anderen Mitgliedern der internationalen Völkergemeinschaft an der Lösung weltweiter Probleme wie

der Überbevölkerung, der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen und dem Umweltschutz zusammenzuarbeiten. Das Wohlergehen der gesamten Menschheit hängt von der erfolgreichen Lösung dieser Aufgaben ab.

7. Die im Rat versammelten Staatsmänner der Bündnispartner erinnern daran, daß die Zukunft der Demokratie und Freiheit in der Welt eng mit dem Schicksal derjenigen Länder zusammenhängt, deren gemeinsames Erbe diese Ideale umfaßt und in denen sie in der Öffentlichkeit die breiteste Unterstützung finden. In dieser Erkenntnis bekräftigen sie einstimmig ihren Willen zur Stärkung der Wirksamkeit und Lebenskraft ihres Zusammenschlusses im Rahmen des Nordatlantik-Vertrages, der für die Sicherheit der verbündeten Nationen und für die Bewahrung der Werte, denen sie sich zutiefst verpflichtet fühlen, von grundlegender Bedeutung ist.

Acht-Punkte-Programm des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und der Regierung der Sowjetunion für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 9. Mai 1975

Anläßlich des 30. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa richteten das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und die Regierung der UdSSR einen gemeinsamen Aufruf „An die Völker, Parlamente und Regierungen", dem wir das nachstehende Acht-Punkte-Programm im Wortlaut entnehmen. D. Red.

...

In der gegenwärtigen Epoche ist der Frieden eine notwendige Voraussetzung für den sozialen Fortschritt der Menschheit und für die Sicherung des souveränen Rechtes der Völker, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen. Die ganze Entwicklung in den drei Nachkriegsjahrzehnten ist ein offenkundiger Beweis dafür.

Das gigantische Wachstum der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse der Gegenwart und die damit zusammenhängende mächtige Entwicklung der Produktivkräfte im Frieden ermöglichen es, die materielle Kultur und das Leben der Menschen umzugestalten.

Die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution machen die grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen auf der Erde und die Ausrottung von Hunger, Armut und Epidemien erreichbar. Zugleich haben die im Laufe der 30 Jahre vor sich gegangenen gewaltigen sozialen Veränderungen und Umgestaltungen am Beispiel verschiedener Länder anschaulich demonstriert, daß antihumane, reaktionäre Kräfte gezügelt und auf dieser Grundlage negative Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution verhindert werden können.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben viele Völker enorme Erfolge erzielt. Sie könnten aber unvergleichlich größer sein, wenn die kolossalen Mittel, der Geist und die Energie, die in dieser Zeit für die Produktion von Waffen des Todes und der Zerstörung verausgabt wurden, für schöpferische Ziele verwendet worden wären.

Nichtsdestoweniger sind nach wie vor einflußreiche Kräfte am Werk, die hartnäckig die Bewegung zu einem dauerhaften Frieden aufzuhalten bestrebt sind. Schon ist eine für Friedenszeiten nie dagewesene Menge Waffen, darunter auch Raketen und Kernwaffen, angehäuft. Das Wettrüsten geht weiter. Das alles löst tiefe und begründete Besorgnis aus und erfordert größere Anstrengungen im Kampf für den Frieden, für die Beendigung des Wettrüstens, für die Abrüstung und für die Einstellung der materiellen Kriegsvorbereitung.

Das Sowjetvolk und der Sowjetstaat, die die Hauptlast des Kampfes gegen den Faschismus getragen haben, erklären erneut ihre feste Absicht, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um gemeinsam mit den anderen Völkern und Staaten den Krieg aus dem Leben der Menschheit auszuschalten.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

91

Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik

Kritische Psychologie (I)

Editorial

„Kritische Psychologie (I)"

D. Henkel u. D. Roer: Die Politik der klinisch-psychologischen Standesverbände

E. Jaeggi: Persönlichkeitstheoretische Implikationen verhaltenstherapeutischer Praxis

I. Gleiss: Verhalten oder Tätigkeit?

W. Maiers: Normalität und Pathologie des Psychischen

P. Heintel: Zum Wissenschaftsbegriff der Gruppendynamik

C. Ohm: Anmerkung zu Heintel

Rezensionen: Schwerpunkt: Wissenschaftstheorie; Sozialpädagogik; Verhaltensforschung; Geschichtsunterricht; „Dritter Weg"

Zeitschriftenschau

17. Jahrgang · Juni 1975 · Heft 4/5 · Doppelheft

Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 6,– DM
Schüler und Studenten 7,– DM, im Abonnement 5,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 3

Vom Faustus bis Karl Valentin
Der Bürger in Geschichte und Literatur

T. Metscher: Faust und die Ökonomie

U. Stadler: Notiz über den Faustus

G. Voigt: Forster, Lichtenberg und die Revolution

O. A. Böhmer: Revolution, Vernunftapriorität und Hofmeisterei

M.-L. Könneker: Der Struwwelpeter als Radikaler

J. Moebus: Zur Figur des bürgerlichen Heros

W. F. Haug: Das umwerfende Einverständnis des braven Soldaten Schwejk

A. Hauff: Karl Valentin

Erscheint im September 1975; Umfang: ca. 300 Seiten
Einzelpreis 15,50 DM, im Abonnement 10,– DM
Für Schüler und Studenten 11,– DM, im Abonnement 8,– DM

ARGUMENT-VERLAG **75 Karlsruhe 21** **Postfach 21 07 30**

Wir werden uns entsprechend dem Willen und dem leidenschaftlichen Streben aller sowjetischen Menschen dafür einsetzen:

— daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung voll und allseitig zur Anwendung kommen;

— daß der internationale Entspannungsprozeß unumkehrbar gemacht wird;

— daß das Wettrüsten mit allen Arten und Typen von Waffen begrenzt und eingestellt wird, daß der Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unbeirrt fortgesetzt wird;

— daß die bestehenden Kriegsherde unter unbedingter Anerkennung und Achtung des Rechtes jedes Volkes auf Unabhängigkeit und gleiche Sicherheit beseitigt werden;

— daß regionale Sicherheitssysteme und ein allgemeines System der Sicherheit und gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den Staaten geschaffen werden;

— daß die gegenseitig vorteilhaften Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur unter Wahrung des unabdingbaren Rechtes jedes Landes, über seine Naturschätze zu verfügen, seine Gesetze und Bräuche zu schützen, maximal entwickelt werden;

— daß reale Garantien für eine wirksame und gleichberechtigte Teilnahme alle Länder und Völker an der Weltpolitik gewährleistet werden und daß der Neokolonialismus und jegliche Diskriminierung dieser oder jener Länder beseitigt werden;

— daß ein internationales Klima geschaffen wird, in dem potentielle Aggressoren, Abenteurer und Säbelrassler überall auf entschlossenen Widerstand stoßen und bei dem die Sicherheit und das Vertrauen in die friedliche Zukunft wirklich zum Gemeingut aller Länder und Völker werden.

Im Namen von 250 Millionen sowjetischer Menschen appellieren wir an alle, denen die Zukunft unserer Erde am Herzen liegt, alle Kräfte einzusetzen, damit diese Zukunft eine friedliche sei.

...

Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien in Portugal

(Wortlaut)

Nach dem gescheiterten Rechtsputsch vom 11. März 1975 wurde auf Initiative der MFA eine „Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung der Streitkräfte und den politischen Parteien" vereinbart, in der die konstitutionelle Rolle der MFA verankert und im Hinblick auf die dann am 25. April 1975 gewählte verfassunggebende Versammlung die tragenden Grundsätze der künftigen Verfassung umrissen sind. Nachstehend der Wortlaut der am 10. April 1975 vom Revolutionsrat veröffentlichen endgültigen Fassung der Plattform. D. Red.

A. Einleitung

1. Die von den Streitkräften am 25. April 1974 eingeleitete revolutionäre Bewegung erlangt eine immer stärkere Dynamik teils als Antwort auf die gerechten Bestrebungen des portugiesischen Volkes, teils auf die ständigen und immer heftigeren Aggressionen der Reaktion.

2. Die schweren konterrevolutionären Ereignisse vom 11. März machten die Institutionalisierung der Bewegung der Streitkräfte erforderlich und unaufschiebbar. So schuf das verfassungsmäßige Gesetz Nr. 5/75 den Revolutionsrat, der die Befugnisse erhielt, die zuvor die Junta der nationalen Errettung, der Staatsrat und der Rat der Oberkommandierenden der Streitkräfte innehatten.

3. Das Gesetz Nr. 5/75 sieht keineswegs vor, die wirklich demokratischen politischen Parteien zu ersetzen oder zu verdrängen, die aufrichtig an der Erfüllung des Programms der MFA arbeiten. Vielmehr sieht es die Dynamisierung und die Überwachung des revolutionären Prozesses vor, der sich in immer engerer Verbindung mit dem portugiesischen Volk und mit den politischen Parteien, die seine legitimsten Interessen verteidigen, vollziehen wird.

4. Die MFA, die durch den Revolutionsrat vertreten wird, errichtet eine öffentliche politische Plattform mit den Parteien, die um die Erfüllung der Prinzipien des Programms der MFA und um die Festigung und Ausweitung der bereits erzielten demokratischen Errungenschaften bemüht sind.

5. Bei der Ausarbeitung der vorliegenden Plattform wurden die Ergebnisse der mit den verschiedenen Parteien geführten Gespräche sowie die Situation, die aus der Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches vom 11. März hervorging, berücksichtigt.

B. Ziele der Plattform

1. Die Absicht ist, eine gemeinsame politische Plattform zu errichten, die die Fortführung der am 25. April 1974 eingeleiteten ökonomischen und sozialen Revolution innerhalb eines politischen Pluralismus ermöglicht, der vereinbar ist mit dem gesellschaftlichen Weg, den wir beschritten haben und der es ermöglicht, in einer angemessenen Zeit ohne sterile und zersetzende Parteienkämpfe ein gemeinsames Projekt des nationalen Wiederaufbaus durchzuführen.

2. Die Ziele der vorliegenden Plattform werden Bestandteil der zukünftigen politischen Verfassung sein, die von der Verfassunggebenden Versammlung auszuarbeiten und zu bestätigen sind.

3. Die vorliegende Plattform wird eine Gültigkeitsdauer für einen als Übergangsperiode bezeichneten Zeitraum haben, dessen Dauer von der neuen Verfassung zwischen drei und fünf Jahren festgelegt wird und der durch eine Verfassungsrevision beendet wird.

C. Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, ihre Aufgaben

Ausarbeitung und Verkündung der politischen Verfassung

1. Der Revolutionsrat bekräftigt seine Entschlossenheit, die Festlegungen bezüglich der Abhaltung von wirklich freien und verantwortungsvollen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung durchführen zu lassen.

2. Während der Ausarbeitung der zukünftigen politischen Verfassung wird eine Kommission der MFA gebildet werden, die in Zusammenarbeit mit den Parteien, die das vorliegende Abkommen unterzeichnen, die Arbeiten der Verfassunggebenden Versammlung verfolgen wird, um die Zusammenarbeit zwischen den Parteien zu erleichtern und den Fortgang der Arbeiten zu beschleunigen, im Geiste des Programms der MFA und der vorliegenden Plattform.

3. Nach Ausarbeitung und Annahme der neuen Verfassung durch die Verfassunggebende Versammlung muß diese durch den Präsidenten der Republik nach Anhören des Revolutionsrates verkündet werden.

4. Bis zum Inkrafttreten der neuen Organe der Souveränität, die in der neuen politischen Verfassung festgelegt werden, werden der Revolutionsrat, die Versammlung der MFA und die Provisorische Regierung ihre gegenwärtigen Funktionen beibehalten.

5. Unter Berücksichtigung, daß die bevorstehenden Wahlen allein zur Benennung einer Verfassunggebenden Versammlung durchgeführt werden, deren ausschließliche Aufgabe darin besteht, die Verfassung auszuarbeiten und anzunehmen, obliegen eventuelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Provisorischen Regierung bis zu den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung und zur nachfolgenden Regierungsbildung allein dem Präsidenten der Republik, nach Anhören des Premierministers und des Revolutionsrates.
6. Die Unterzeichnerparteien dieser Plattform verpflichten sich, die Institutionalisierung der MFA in dem in folgendem dargelegten Sinne nicht in Frage zu stellen und sie in die

neue Verfassung einzubeziehen, ebenso wie die übrigen in diesem Dokument vereinbarten Punkte.

D. Der zukünftige Aufbau der Machtorgane und ihre Befugnisse

1. Organe der Souveränität

Die Organe der Souveränität der Republik Portugal während der Übergangsperiode werden folgende sein:

a) Präsident der Republik
b) Revolutionsrat
c) Versammlung der MFA
d) Gesetzgebende Versammlung
e) Regierung
f) Gerichte

2. Präsident der Republik

2.1 Der Präsident der Republik wird zugleich der Vorsitzende des Revolutionsrates und der Oberkommandierende der Streitkräfte sein.

2.2 Der Präsident der Republik wird die ihm von der Verfassung zuerkannten Befugnisse und Funktionen ausüben, darunter folgende:

a) Vorsitz im Revolutionsrat
b) Ausübung des Amtes als Oberkommandierender der Streitkräfte
c) Wahl des Premierministers, nach Anhören des Revolutionsrates
d) Ernennung und Abberufung der Mitglieder der Regierung entsprechend den Vorschlägen des Premierministers
e) Auflösung der Gesetzgebenden Versammlung nach Beratung mit dem Revolutionsrat und mit Festsetzung des Datums für Neuwahlen, die innerhalb von 90 Tagen zu erfolgen haben.
f) Verkündung und Veröffentlichung der Gesetze des Revolutionsrates und der Gesetzgebenden Versammlung sowie der Gesetzesverordnungen der Regierung.

2.3 Der Präsident der Republik wird durch eine zu diesem Zweck von der Versammlung der MFA und der Gesetzgebenden Versammlung zu bildende Wahlversammlung gewählt.

2.3.1 Die Kandidaturen müssen mindestens von 80 Mitgliedern der Wahlversammlung unterzeichnet sein.

2.3.2 Die Wahl erfolgt durch absolute Mehrheit im ersten Wahlgang oder durch einfache Mehrheit im zweiten, wobei zu diesem nur die Kandidaten zugelassen werden, die im ersten Wahlgang mehr als 20 Prozent der Stimmen erreicht haben.

2.4 Im Falle des Todes oder der ständigen Verhinderung des Präsidenten der Republik werden seine Funktionen von einem vom Revolutionsrat zu benennenden Vertreter ausgeübt, wobei die Neuwahl innerhalb von 60 Tagen zu erfolgen hat.

3. Revolutionsrat

3.1 Die Bildung des Revolutionsrates erfolgt so, wie sie im Verfassungsgesetz Nr. 5/75 vom 14. März festgelegt ist.

3.1.1 Jede Änderung an der Zusammensetzung des Revolutionsrates kann nur durch Gesetz des Rates selbst in Übereinstimmung mit der Beratung der Versammlung der MFA erfolgen.

3.2 Der Revolutionsrat hat folgende Funktionen:
a) Festlegung der notwendigen programmatischen Richtlinien der Innen- und Außenpolitik im Geiste der Verfassung und Überwachung ihrer Einhaltung.
b) Entscheidung in allgemeiner bindender Form über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und anderer Gesetzesformen, unbeschadet der Zuständigkeit der Gerichte, ihre formale Verfassungswidrigkeit zu beurteilen.

c) Beurteilung und Bestätigung der Gesetzesvorschläge der Versammlung oder der Regierung, sofern sie folgende Gebiete betreffen:

1. Allgemeine Richtlinien der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik

2. Außenpolitische Beziehungen, insbesondere mit den neuen portugiesisch sprechenden Staaten und mit den überseeischen Territorien, die sich noch unter portugiesischer Verwaltung befinden

3. Ausübung grundlegender Freiheiten und Rechte

4. Organisation der nationalen Verteidigung und Festlegung der sich daraus ergebenden Pflichten

5. Regelung der politischen Tätigkeit, insbesondere in bezug auf die Wahlvorgänge

d) Ausübung der gesetzgebenden Befugnis in Fragen des nationalen Interesses und in solchen, die einer dringenden Lösung bedürfen, sofern die Gesetzgebende Versammlung oder die Regierung das nicht ausführen können.

e) Überwachung der Einhaltung der ordentlichen Gesetze und Beurteilung der Tätigkeit der Regierung oder der Verwaltung

f) Änderungsvorschläge der geltenden Verfassung an die Gesetzgebende Versammlung

g) Ausübung der gesetzgebenden Befugnis auf dem Gebiet des Militärs, wobei die entsprechenden Vorschläge durch den Premierminister gegengezeichnet werden müssen, wenn sie eine Erhöhung der Ausgaben beinhalten, die unvereinbar mit dem angenommenen Staatshaushalt ist

h) Ermächtigung des Präsidenten der Republik im Falle eines erfolgten oder drohenden Angriffs, den Krieg zu erklären und Frieden zu schließen

i) Neben dem Präsidenten der Republik wird er seine Meinung äußern über die Benennung des Premierministers und der Minister, die das Vertrauen der MFA genießen müssen

j) Beratung über die Auflösung der Gesetzgebenden Versammlung, sofern dies als notwendig angesehen wird zur Lösung politischer Notstandssituationen

k) Ermächtigung des Präsidenten der Republik, den Belagerungszustand zu erklären und sich über alle schweren Notzustände des Lebens der Nation zu äußern

l) Erklärung der zeitweiligen oder ständigen phsyischen Unfähigkeit des Präsidenten der Republik

m) im Falle des Todes oder der Verhinderung des Präsidenten der Republik Benennung des Stellvertreters, der ad interim dessen Funktionen ausüben wird.

3.3 Der Revolutionsrat ist eine ständige Einrichtung nach eigener Satzung, die er ausarbeiten wird.

4. Die Regierung

4.1 Der Premierminister wird durch den Präsidenten der Republik nach Anhören des Revolutionsrates und der politischen Kräfte und Parteien, deren Meinung anzuhören er für zweckmäßig hält, benannt.

4.2 Die Regierung wird durch den Premierminister unter Berücksichtigung der Vertretung der Parteien in der Gesetzgebenden Versammlung und der möglichen Koalition benannt und durch den Präsidenten der Republik eingesetzt.

4.3 In den Fällen der Erstbildung oder einer ministeriellen Umbesetzung, die mindestens ein Drittel der Minister betrifft, benötigt die neue Regierung eine Vertrauensabstimmung der Gesetzgebenden Versammlung in ihrer ersten Sitzung.

4.4 Der Premierminister ist politisch verantwortlich vor dem Präsidenten der Republik und vor der Gesetzgebenden Versammlung.

4.5 Die Gesetzgebende Versammlung kann über Mißtrauensanträge an die Regierung abstimmen. Die Annahme von zwei Mißtrauensanträgen, mindestens mit einer Pause von 30 Tagen, zwingen zur ministeriellen Umbesetzung.

4.6 Die Regierung hat die Befugnis, durch Gesetzverordnungen auf den nicht dem Revolutionsrat und der Gesetzgebenden Versammlung vorbehaltenen Gebieten Gesetze zu erlassen. Sie kann außerdem aus eigener Initiative Gesetzesvorschläge der Gesetzgebenden Versammlung vorlegen.

4.7 Die Minister der Verteidigung, der inneren Verwaltung und Wirtschaftsplanung müssen obligatorisch das Vertrauen der MFA genießen. Darum kann ihre Ernennung nur nach Anhören des Revolutionsrates erfolgen.

5. Die Gesetzgebende Versammlung

5.1 Die Gesetzgebende Versammlung wird in direkten allgemeinen und geheimen Wahlen gewählt und wird mindestens 250 Abgeordnete umfassen.

5.2 Die Gesetzgebenden Befugnisse der Versammlung werden nur eingeschränkt durch die Notwendigkeit der Bestätigung durch den Revolutionsrat auf den in Punkt 3.2 c) aufgeführten Gebieten, wobei die Gesetzgebung auf militärischem Gebiet ihr untersagt bleibt.

5.3 Im Falle der Erklärung des Belagerungszustandes kann dieser nicht über 30 Tage hinaus verlängert werden, ohne von der Gesetzgebenden Versammlung bestätigt zu werden.

5.4 Die Gesetzgebende Versammlung ist mit der Gesamtheit ihrer gewählten Mitglieder Bestandteil der Wahlversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik.

5.5. Die Gesetzgebende Versammlung kann vom Revolutionsrat mit verfassunggebenden Befugnissen betraut werden, wenn ihr auf dessen Initiative Änderungsvorschläge zur Verfassung vorgelegt werden.

5.6 Die von der Versammlung ausgehenden Gesetzesvorschläge, die nicht die Bestätigung durch den Revolutionsrat erhalten, können in ihrer ersten Form erlassen werden, wenn in zweiter Abstimmung die Billigung durch eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erzielt wird.

6. Die Versammlung der MFA

6.1 Die Versammlung der MFA wird durch 240 Vertreter der Streitkräfte, d. h. 120 des Heeres, 60 der Marine und 60 der Luftwaffe gebildet. Ihre Zusammensetzung wird durch Gesetz des Revolutionsrates festgelegt.

6.2 Die Versammlung der MFA, zu der der Revolutionsrat gehört, wird von diesem durch seinen eigenen Präsidenten oder den, der diese Funktion ausübt, geleitet.

6.3 Die Versammlung der MFA ist mit der Gesamtheit ihrer Mitglieder Bestandteil der Wahlversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik.

6.4 Die Versammlung der MFA besteht als Dauereinrichtung nach eigenem Reglement, das in die gesetzgebende Zuständigkeit des Revolutionsrates fällt.

E. Verschiedene Bestimmungen

1. Verfassung, Gültigkeit und Revision

1.1 Die zukünftige von der Verfassunggebenden Versammlung auszuarbeitende Verfassung wird die gleiche Gültigkeitsdauer haben wie die Übergangsperiode, die auf zwischen drei bis fünf Jahre festgesetzt wird.

1.3 Gegen Ende der Übergangsperiode wird die Gesetzgebende Versammlung aufgelöst und die neue Versammlung gewählt, die ihr Mandat mit verfassunggebenden Befugnissen erhält und zur Revision der Verfassung übergehen wird. Erst wenn diese revidierte Verfassung in Kraft getreten ist, wird die Übergangsperiode als beendet angesehen werden.

2. Programmatische Punkte, die in die Verfassung aufzunehmen sind:

Außer den Bestimmungen, die die Grundlage dieses Abkommens bilden, muß die Verfassung die Prinzipien der Bewegung der Streitkräfte, die im Verlaufe des Prozesses legitim erworbenen Errungenschaften sowie die Programmpunkte beinhalten, die aus der revolutionären Dynamik hervorgegangen sind, die das Land offen und unumkehrbar auf den Weg eines portugiesischen Sozialismus geführt haben.

3. Die Streitkräfte

3.1 Während der ganzen Übergangszeit besteht die militärische Macht unabhängig von der zivilen.

3.2 Der Oberkommandierende der Streitkräfte wird der Chef des Generalstabs der Streitkräfte sein, der direkt dem Präsidenten der Republik untersteht.

3.3 Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte hat an seiner Seite einen stellvertretenden Chef des Generalstabes, der ihn im Verhinderungsfalle vertritt.

3.4 Jede Waffengattung der Streitkräfte hat an der Spitze einen Stabschef.

3.5 Der Chef und der stellvertretende Chef des Generalstabs und die drei Stabschefs der Streitkräfte haben Ministerstatus.

3.6 Die Streitkräfte werden Garant und Motor des revolutionären Prozesses sein, der zur Errichtung einer wahren politischen, ökonomischen und sozialen Demokratie führen wird.

3.7 Außer ihrer spezifischen Aufgabe der Verteidigung der nationalen Integrität und Unabhängigkeit werden die Streitkräfte an der ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung des Landes innerhalb ihrer Bewegung teilhaben.

Resolution des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd vom 24. Mai 1975 zur Praxis der Berufsverbote

(Wortlaut)

1. Die Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses in den CDU/CSU-regierten Bundesländern, aber auch in sozial-liberal regierten Bundesländern, zeitigt gefährliche Folgen:
— an Schulen, Hochschulen und im öffentlichen Dienst breitet sich eine Atmosphäre aus, die dazu führt, die Vielfalt von Meinungsäußerungen einzuschränken und Gesinnungsschnüffelei zu fördern.

Dies betrifft auch schon politische Standpunkte, die der Programmatik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entsprechen. Bewerber für den öffentlichen Dienst werden nach Kriterien politischer Zuverlässigkeit überprüft, die von Landesregierungen bzw. zuständigen Beamten von Innenministerien aufgestellt werden. In der Erklärung von einhundert baden-württembergischen Professoren heißt es dazu, daß dies „als geeignetes Mittel erscheinen mag, die Freiheit der Wissenschaft und die demokratische Grundordnung zu schützen; in Wirklichkeit ist es ein sicheres Mittel, beide zu zerstören".

— Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei fallen in zunehmendem Maße unter das Verdikt des Ministerpräsidentenbeschlusses, und zwar insbesondere seiner politischen Folgen. Der Unvereinbarkeitsbeschluß des Kolpingwerks mit einer Mitgliedschaft bei den Jungsozialisten ist als Folgeeffekt einer konservativen Kampagne erklärbar, deren Hauptinstrument Berufsverbotspraktiken sind, was jetzt andere Instrumente nach sich zieht. Dazu gehört eine pogromähnliche Stimmungskampagne gegen systemkritische Äußerungen, worunter nach dem Verständnis des Kolpingwerks Punkte wie Zustimmung zur Fristenregelung, Verstaatlichung der Berufsausbildung und nichtindividuelle Konzepte zur Vermögensbildung fallen. Unter diese Kriterien würde bereits eine Mehrzahl von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern fallen.

2. Politisch wirkt sich dies dahingehend aus, daß auf diesen Wegen die Sozialdemokratie an den Rand der Verfassung gedrückt wird. Aus einer solchen Position kann es der Partei kaum mehr gelingen, aus der Mitte der Verfassung heraus diese zu verteidigen. Die Partei darf es nicht hinnehmen, daß sich der Eindruck weiter fortsetzt, wonach links von der SPD oder gar schon am Rande der SPD die Verfassungswidrigkeit beginne.

Damit gelingt es der CDU, sich fälschlich als der „Hüter der Verfassung" aufzuspielen, um deren Prinzipien um so besser untergraben zu können.

3. Der Bezirksvorstand fordert deshalb alle sozialdemokratischen Regierungsverantwortlichen auf, dem Ministerpräsidentenbeschluß und seiner verfassungswidrigen Anwendung in CDU/CSU-Ländern eine eindeutig alternative, verfassungsmäßige, liberale Praxis entgegenzusetzen. Dazu ist eine offensive Argumentation notwendig.

Dies bedeutet die strikte Einhaltung der Prinzipien des Hannoveraner SPD-Parteitagsbeschlusses von 1973, in dem es u. a. heißt: „Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei steht daher einer Mitarbeit im öffentlichen Dienst nicht entgegen. Dies gilt auch für die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation."

4. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes gibt weder formell noch inhaltlich einen Anlaß, daß Sozialdemokraten ihre in Parteitagsbeschlüssen fixierte Position preisgeben. Gerade dieses Urteil muß die SPD dazu veranlassen, sich verstärkt für die anstehende Neufassung des Beamtenrechtsrahmengesetzes auf der Grundlage des Parteitagsbeschlusses einzusetzen. Nach dem Grundgesetz hat sich die Rechtsprechung der Gerichte einzig und allein an der Gesetzgebung des Bundestages zu orientieren.

Aufruf hessischer Persönlichkeiten vom Mai 1975 zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte

(Wortlaut)

Die hessische Landesverfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind Verfassungen eines liberalen und sozialen parlamentarisch-demokratischen Staates. In allen vergleichbaren Staaten ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch Anhänger eines sozialistischen Gesellschaftssystems — wenn es nur die Normen der Demokratie und die geistigen Freiheiten respektiert — zu allen staatlichen Ämtern, so auch zu den Berufen des Lehrers, des Professors und des Richters Zugang haben. Das haben auch die hessische Landesverfassung, die seinerzeit im Parlament mit breitester Zustimmung von CDU bis KPD verabschiedet wurde, und das Grundgesetz so gewollt.

Bis Ende 1973 hat die hessische Landesregierung die Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. 1. 1972 nicht durchgeführt, weil sie der Verfassung treu bleiben wollte. Seither hat sich ihre Haltung jedoch geändert:

— Seit über einem Jahr werden Verfassungsschutzüberwachungen und Anhörungsverfahren zur Verzögerung und Verweigerung der Einstellung von Lehrern und Lehramtsbewerbern in wachsendem Umfang durchgeführt.

— Die gleiche Praxis findet zunehmend auch im Hochschulbereich Anwendung, wo sie bis auf Verwaltungsangestellte ausgedehnt wird.

— In einem bisher nicht dementierten Interview vom 18. 2. 1975 in der Frankfurter Rundschau kündigte Kultusminister Krollmann an, daß jeder Bewerber zum Lehramt vor seiner Einstellung durch den Verfassungsschutz überprüft werde. Darüber hinaus erklärte er am 26. 4. 1975, daß Mitglieder der DKP in Hessen nicht Lehrer werden könnten.

— Schließlich wurde sogar einer Rechtskandidatin die Einstellung als Gerichtsreferendarin wegen ihrer Mitgliedschaft in der Vereinigung Demokratischer Juristen und ihrer Parteizugehörigkeit vorläufig verweigert.

Diese Praxis droht die Grundrechte und die Rechtsordnung unseres Staates zu zerstören, der durch seine Verfassung auf Demokratie sowie zu liberalem und sozialem Denken und Handeln verpflichtet ist. Bezüglich der Folgen, die aus einer solchen Ausdehnung der Gesinnungsschnüffelei und des Meinungsdrucks entstehen können, verweisen wir auf die Entwicklung in Baden-Württemberg und Bayern.

Diese Entwicklung erfolgt in einer Situation, in der Schüler, Lehrer und Eltern unter der Überfüllung der Klassen leiden und regelmäßig Unterrichtsstunden ausfallen müssen. Wir brauchen mehr Lehrer. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik ist ohne entsprechende qualifizierte Schulbildung des Nachwuchses nicht möglich. Es gibt durchaus Bereiche, in denen gespart werden könnte — nicht jedoch in der Schule, wenn die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Zukunft nicht aufs Spiel setzen will. Deshalb müssen alle angehenden Lehrer, denen kein verfassungswidriges Verhalten nachgewiesen ist, in den Vorbereitungsdienst aufgenommen und nach Ablegung ihres zweiten Staatsexamens in den Schuldienst eingestellt werden.

Alle, die es mit der Forderung nach mehr Demokratie ernst meinen, werden in ihrer beruflichen Existenz bedroht; dies gilt nicht nur für den öffentlichen Dienst und im Bereich der Publizistik, sondern nach wie vor werden aktive Gewerkschafter in den Betrieben als Verfassungsfeinde denunziert, wenn sie sich gegen Unternehmerwillkür für solche gewerkschaftlichen Forderungen wie paritätische Mitbestimmung einsetzen.

Die Erhaltung der verfassungsmäßigen Rechte erfordert unsere Initiative; mit der Praxis der Berufsverbote muß umgehend Schluß gemacht werden. In einem Staat, der auf dem früheren Territorium des Dritten Reiches entstanden ist, ist es doppelt notwendig, den demokratischen und liberalen Geist der Verfassung gegen jede Aushöhlung zu schützen.

Die hessische Landesregierung, die sehr genau darum weiß, daß zahlreiche frühere Mitglieder der NSDAP und Richter aus der Zeit von 1933—1945 auch im hessischen Staatsdienst Verwendung gefunden haben, bedroht das moralische Ansehen des Staates, wenn sie in der Gegenwart aktive Demokraten, die lediglich Verfassungsnormen zur Anwendung bringen wollen, unter dem Vorwand angeblicher Verfassungsfeindlichkeit vom öffentlichen Dienst fernhält. Deshalb schützt die Berufsfreiheit und die Meinungsfreiheit aller Bürger Hessens und der Bundesrepublik!

Wir rufen auf zu einer Veranstaltung „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte!" am 5. Juni 1975, um 19.30 Uhr im Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69—77.

Verantwortlich: Arbeitskreis „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte!", Joachim Schwammborn, 6 Frankfurt/M., Heiligkreuzgasse 29.

Unterstützt unsere Aktion durch Spenden auf das Sonderkonto „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte!". Konto-Nr. 75200 bei der Stadtsparkasse Frankfurt am Main.

Diesen Aufruf haben bisher u. a. unterzeichnet:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth — Ursula Apitzsch, Diplom-Soziologin, Bund Demokratischer Wissenschaftler, Frankfurt/M. — Günter Arndt, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz, Frankfurt/M. — Antje Arold, Vorstandsmitglied des SPD-Unterbezirks Frankfurt/M. — Peter Becker, 2. Vorsitzender der Deutschen Jungdemokraten — Frank Beucker, Landtagsabgeordneter, SPD — Horst Bingel, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) — Andrej Bockelmann, Fernsehjournalist — Prof. Dr. D. Boris — Anita Breithaupt, SPD-Stadtverordnete, Frankfurt/M. — Dankwart Breithaupt, Magistratsdirektor, Frankfurt/M. — Prof. Dr. med. H.-U. Deppe — Rainer Diederich, Fachhochschullehrer, Frankfurt/M. — Volker Dingeldey, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt/M. — Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt/M. — Claus Eilrich, Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union (DJU) Hessen — Prof. Dr. K. Fritzsche, Vorsitzender der Jungsozialisten Hessen-Süd — Ottfried Galm, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer — Prof. Dr. L. Gerritzen — Dr. Christian Glofke, Richter am OLG Frankfurt/M., Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Frankfurt/M. — Volker Glöser, Vorsitzender des AK Gerichtsreferendare in der ÖTV Frankfurt/M. — Friedel Hahn, DGB-Gewerkschaftssekretär, Frankfurt/M. — Heinz Haimerl, Leiter der Abteilung Beamte im DGB Hessen — Heiner Halberstadt, SPD-Ortsvereinsvorsitzender Frankfurt-Ostend — Peter Hartherz, SPD-Landtagsabgeordneter — Dieter Henkel, Fachhochschullehrer, Frankfurt/M. — Ute Hennige, Diplompsychologin, Bund Demokratischer Wissenschaftler, Frankfurt/M. — Volkmar Heusel, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Bezirksleitung, Frankfurt/M. — Wolfram Heyn, SPD-Landtagsabgeordneter — Dieter Hooge, DGB-Landesjugendsekretär Hessen — Christoph Jetter, DGB-Rechtsschutzsekretär, DGB Hessen — Dr. O. E. Kempen, Rechtsanwalt — Armin Kleist, Vorsitzender der Jungsozialisten Frankfurt/M. — Prof. Dr. R. Kühnl — Matthias Kurth, 2. Vorsitzender der Jungsozialisten Hessen-Süd — André Leisewitz, Bund Demokratischer Wissenschaftler, Frankfurt/M. — Fritz Libuda, Geschäftsführer der IG Chemie Frankfurt/M. — Gerhard Löhlein, Fachhochschullehrer, Frankfurt/M. — Karl Löffert, Gewerkschaftssekretär, IG Chemie Frankfurt/M. — Gert Lütgert, SPD-Landtagsabgeordneter — Herbert Mai, Bezirksjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV Frankfurt/M. — Dr. med. Hans Mausbach, Vorsitzender des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV Frankfurt/M. — Peter Milger, Journalist — D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident a. D. — Erich Nitzling, SPD-Landtagsabgeordneter — Alois Peressin, DGB-Kreisvorsitzender, Darmstadt — Dr. med. Michael Regus, Vorsitzender des Bundes Demokratischer Wissenschaftler, Frankfurt/M. — Prof. Dr. H. Reiser — Samuel H. Schirmbeck, Rundfunkjournalist — Herbert Schneider, SPD-Landtagsabgeordneter — Udo Schröder, SPD-Landtagsabgeordneter — Alexander Schubart, Magistratsdirektor, Frankfurt/M. — Joachim Schwammborn, Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied der Arbeits-

gemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Frankfurt/M. — Sepp Sigulla, DGB-Kreisvorsitzender Hanau — Prof. Dr. med. V. Sigusch — Christopher Sommerkorn, Rundfunkjournalist — Prof. Dr. theol. J. Stoodt — Klaus Sturmfels, Ortsvorsteher des Stadtbezirks V Frankfurt/M. (SPD) — Franz Treml, Bundesjugendsekretär der Deutschen Postgewerkschaft — Adelheid Tröscher, SPD-Stadtverordnete Frankfurt/M. — Jürgen Trühe, Geschäftsführer der Gewerkschaft Textil, Frankfurt/M. — Wolfgang Vogel, Fernsehredakteur — Dorothee Vorbeck, SPD-Landtagsabgeordnete — Prof. Dr. theol. E. Weber — Eberhard Weghorn, FDP-Landtagsabgeordneter — Prof. Werner Wilkening.

Neuerscheinung

Jürgen Räuschel

Die BASF

Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns

Kleine Bibliothek Band 54
264 Seiten, DM 9,80

„Dieses Buch argumentiert nur sparsam. Hier sind Aussagen erarbeitet und Fakten zusammengetragen worden, die allerdings Argumente stützen werden — Argumente für die gesellschaftliche Kontrolle der multinationalen Konzerne und für die Emanzipation ihrer Belegschaften. Ich wende mich deshalb zuerst an die BASF-Angehörigen. Aber auch Gewerkschafter anderer Unternehmen, politische Betriebsgruppen, Arbeitskreise an den Hochschulen und Wissenschaftler werden, so hoffe ich, Nutzen aus diesem Buch ziehen."

Aus dem Vorwort des Autors

Pahl-Rugenstein Verlag

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

OSTROWSKY, Jürgen, geb. 1945 in Kattowitz, Studium der Politischen Wissenschaften und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STEFFENSKY-SÖLLE, Prof. Dr. Dorothee,* geb. 1929 in Köln, Theologin, lebt in Köln, Mitinitiatorin der europäischen Bewegung „Christen für den Sozialismus"; Buchveröffentlichungen, u. a.: Das Recht, ein anderer zu werden. Theologische Texte, Neuwied/Berlin (West) 1972. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/ČSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen,* geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHUI, Herbert,* geb. 1940 in Köln, Studium der Ökonomie, derzeit Assistenzprofessor an der Universität Bremen. *** *MANNHARDT, Klaus,* geb. 1946 in Düsseldorf, Grafik-Studium an der Fachhochschule Düsseldorf, seitdem als Journalist tätig, Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner; zusammen mit Winfried Schwamborn Verfasser des Schwarzbuchs Kriegsdienstverweigerung, Köln 1974. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte, arbeitet seit 1972 als freier Journalist in Köln; verschiedene Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, Köln 1973. *** *FULBERTH, Dr. Georg,* geb. 1939 in Darmstadt, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HARRER, Dr. Jürgen,* geb. 1942 in Stuttgart, Dozent für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *HALFMANN, Dieter* (Pseudonym), lebt als Studienrat in München. *** *ELSNER, Wolfram,* geb. 1950 in Fritzlar, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu EWG-Fragen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Pädex-Verlags-GmbH bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

OSTROWSKY, Jürgen, geb. 1945 in Kattowitz, Studium der Politischen Wissenschaften und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STEFFENSKY-SÖLLE, Prof. Dr. Dorothee,* geb. 1929 in Köln, Theologin, lebt in Köln, Mitinitiatorin der europäischen Bewegung „Christen für den Sozialismus"; Buchveröffentlichungen, u. a.: Das Recht, ein anderer zu werden. Theologische Texte, Neuwied/Berlin (West) 1972. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/ČSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen,* geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHUI, Herbert,* geb. 1940 in Köln, Studium der Ökonomie, derzeit Assistenzprofessor an der Universität Bremen. *** *MANNHARDT, Klaus,* geb. 1946 in Düsseldorf, Grafik-Studium an der Fachhochschule Düsseldorf, seitdem als Journalist tätig, Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner; zusammen mit Winfried Schwamborn Verfasser des Schwarzbuchs Kriegsdienstverweigerung, Köln 1974. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte, arbeitet seit 1972 als freier Journalist in Köln; verschiedene Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, Köln 1973. *** *FULBERTH, Dr. Georg,* geb. 1939 in Darmstadt, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HARRER, Dr. Jürgen,* geb. 1942 in Stuttgart, Dozent für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *HALFMANN, Dieter* (Pseudonym), lebt als Studienrat in München. *** *ELSNER, Wolfram,* geb. 1950 in Fritzlar, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu EWG-Fragen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Pädex-Verlags-GmbH bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.